

Bundesgesetzblatt

Teil II

1956

Ausgegeben zu Bonn am 29. Dezember 1956

Nr. 37

Tag	Inhalt:	Seite
23. 12. 56	Gesetz über die deutsch-schweizerische Vereinbarung vom 3. Oktober 1955 über die Änderung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 24. Oktober 1950 über Sozialversicherung	1877
20. 12. 56	Gesetz über das Zusatzprotokoll vom 20. März 1952 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	1879
19. 12. 56	Gesetz über die Vereinbarung vom 12. November 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über Patente für gewerbliche Erfindungen	1883
24. 12. 56	Gesetz zu dem Abkommen vom 4. Juni 1954 über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr, dem Zusatzprotokoll vom 4. Juni 1954 hierzu betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr und dem Zollabkommen vom 4. Juni 1954 über die Einfuhr privater Straßenfahrzeuge	1886
20. 12. 56	Gesetz zum Übereinkommen Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes	2072
23. 12. 56	Gesetz zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 4. April 1955 über Offshore-Beschaffungen	2079
24. 12. 56	Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Protokoll vom 10. Mai 1948 zur Änderung des Abkommens vom 22. Oktober 1928 über Internationale Ausstellungen ...	2087
24. 12. 56	Gesetz zu dem Vertrag vom 4. November 1954 über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Iran	2091
24. 12. 56	Gesetz über die Feststellung eines Ersten Nachtrags zum Bundeshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1956 (Erstes Nachtragshaushaltsgesetz 1956)	2095
24. 12. 56	Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1956 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1956)	2098
21. 12. 56	Verordnung über Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen	2102
21. 12. 56	Verordnung über die Einrichtung von Auswandererschiffen	2145
28. 11. 56	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 17 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Juni 1925 über die Entschädigung bei Betriebsunfällen	2153
1. 12. 56	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 96 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1. Juli 1949 über Büros für entgeltliche Arbeitsvermittlung (Neufassung 1949)	2154
7. 12. 56	Bekanntmachung über die Wiederanwendung des deutsch-italienischen Abkommens über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen	2154
8. 12. 56	Bekanntmachung über die Wiederanwendung des deutsch-italienischen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrages	2155
19. 12. 56	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Dritten Zusatzabkommens zum Zollvertrag vom 20. Dezember 1951 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft	2155

**Gesetz
über die deutsch-schweizerische Vereinbarung vom 3. Oktober 1955
über die Änderung des Abkommens zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft
vom 24. Oktober 1950 über Sozialversicherung.**

Vom 23. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der durch Notenwechsel vom 3. Oktober 1955 vollzogenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über die Änderung des Artikels 7 Abs. 2 Buchstabe b des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Sozialversicherung

vom 24. Oktober 1950 (Bundesgesetzbl. 1951 II S. 146) wird zugestimmt. Der Wortlaut der deutschen Note wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrer Nummer 3 mit Wirkung vom 1. Januar 1955 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 23. Dezember 1956.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Blücher

Auswärtiges Amt

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beeht sich, den Empfang der Verbalnote der Schweizerischen Gesandtschaft in Köln vom 3. Oktober 1955 — Nr. 172/55 — über die Änderung des Artikels 7 Abs. 2 Buchstabe b des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Sozialversicherung vom 24. Oktober 1950 zu bestätigen.

Mit dieser Verbalnote hat die Schweizerische Gesandtschaft im Auftrage des Schweizerischen Bundesrats der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung vorgeschlagen:

„1. Artikel 7 Abs. 2 Buchstabe b des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Sozialversicherung vom 24. Oktober 1950 erhält folgende Fassung:

»b) Die von der Versicherungszeit unabhängigen Leistungen oder Leistungsteile werden nur im Verhältnis der nach der deutschen Gesetzgebung bei der Leistungsberechnung anzurechnenden Versicherungszeiten zur Gesamtsumme der nach der deutschen und der schweizerischen Gesetzgebung bei der Leistungsberechnung anzurechnenden Versicherungszeiten gewährt. Dabei bleiben schweizerische Versicherungszeiten insoweit außer Betracht, als sie sich mit
aa) deutschen Beitragszeiten oder den diesen gleichstehenden Ersatzzeiten,
bb) sonstigen deutschen Versicherungszeiten, in denen die Anwartschaft durch laufende Entrichtung von Beiträgen erhalten worden ist,
überschneiden.“

2. Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin (West), sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Schweizerischen Bundesrat innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

3. Diese Vereinbarung gilt rückwirkend auf den 1. Januar 1955. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird durch Notenwechsel festgesetzt.

4. Diese Vereinbarung soll nur als eine vorläufige Lösung betrachtet werden. Es soll später erneut geprüft werden, ob und inwieweit dem schweizerischen Vorschlag entsprochen werden kann, den Versicherten das Recht der Wahl zwischen der Anwendung und der Nichtanwendung der Bestimmungen über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten unter Aufrechterhaltung aller übrigen Vorteile des Abkommens zu geben.“

Das Auswärtige Amt beeht sich, der Schweizerischen Gesandtschaft mitzuteilen, daß die Bundesregierung mit diesem Vorschlag einverstanden ist.

Die Vereinbarung über die Änderung des Artikels 7 Abs. 2 Buchstabe b des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Sozialversicherung vom 24. Oktober 1950 ist damit als zustandegekommen anzusehen.

Das Auswärtige Amt benutzt auch diesen Anlaß, die Schweizerische Gesandtschaft erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 3. Oktober 1955

**Gesetz über das Zusatzprotokoll vom 20. März 1952
zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.**

Vom 20. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem am 20. März 1952 von den Regierungen der Mitglieder des Europarates unterzeichneten Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 wird zugestimmt. Das Zusatzprotokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzprotokoll gemäß seinem Artikel 6 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 20. Dezember 1956.

**Der Bundespräsident
Theodor Heuss**

**Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher**

**Der Bundesminister der Justiz
von Merkatz**

**Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Blücher**

**Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder**

(Übersetzung)

Protocol to the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms

The Governments signatory hereto, being Members of the Council of Europe,

Being resolved to take steps to ensure the collective enforcement of certain rights and freedoms other than those already included in Section I of the "Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms signed at Rome on 4th November, 1950 (hereinafter referred to as "the Convention"),

Have agreed as follows:

Article 1

Every natural or legal person is entitled to the peaceful enjoyment of his possessions. No one shall be deprived of his possessions except in the public interest and subject to the conditions provided for by law and by the general principles of international law.

The preceding provisions shall not, however, in any way impair the right of a State to enforce such laws as it deems necessary to control the use of property in accordance with the general interest or to secure the payment of taxes or other contributions or penalties.

Article 2

No person shall be denied the right to education. In the exercise of any functions which it assumes in relation to education and to teaching, the State shall respect the right of parents to ensure such education and teaching in conformity with their own religious and philosophical convictions.

Article 3

The High Contracting Parties undertake to hold free elections at reasonable intervals by secret ballot, under conditions which will ensure the free expression of the opinion of the people in the choice of the legislature.

Article 4

Any High Contracting Party may at the time of signature or ratification or at any time thereafter communicate to the Secretary General of the Council of Europe a note of protest stating the

Protocole additionnel à la Convention de sauvegarde des Droits de l'homme et des libertés fondamentales

Les Gouvernements signataires,
Membres du Conseil de l'Europe.

Résolus à prendre des mesures propres à assurer la garantie collective de droits et libertés autres que ceux qui figurent déjà dans le Titre I de la Convention de sauvegarde des Droits de l'homme et des libertés fondamentales, signée à Rome le 4 novembre 1950 (ci-après dénommée «la Convention»),

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Toute personne physique ou morale a droit au respect de ses biens. Nul ne peut être privé de sa propriété que pour cause d'utilité publique et dans les conditions prévues par la loi et les principes généraux du droit international.

Les dispositions précédentes ne portent pas atteinte au droit que possèdent les Etats de mettre en vigueur les lois qu'ils jugent nécessaires pour réglementer l'usage des biens conformément à l'intérêt général ou pour assurer le paiement des impôts ou d'autres contributions ou des amendes.

Article 2

Nul ne peut se voir refuser le droit à l'instruction. L'Etat, dans l'exercice des fonctions qu'il assumera dans le domaine de l'éducation et de l'enseignement, respectera le droit des parents d'assurer cette éducation et cet enseignement conformément à leurs convictions religieuses et philosophiques.

Article 3

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à organiser, à des intervalles raisonnables, des élections libres au scrutin secret, dans les conditions qui assurent la libre expression de l'opinion du peuple sur le choix du corps législatif.

Article 4

Toute Haute Partie Contractante peut, au moment de la signature ou de la ratification du présent Protocole ou à tout moment par la note communiquée au Secrétaire Général du Conseil

Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Entschlossen, Maßnahmen zur kollektiven Gewährleistung gewisser Rechte und Freiheiten außer denjenigen zu treffen, die bereits im Teil I der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (nachstehend als „Konvention“ bezeichnet) berücksichtigt sind,

vereinbaren die unterzeichneten Regierungen, die Mitglieder des Europarates sind, folgendes:

Artikel 1

Jede natürliche oder juristische Person hat ein Recht auf Achtung ihres Eigentums. Niemand darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn, daß das öffentliche Interesse es verlangt, und nur unter den durch Gesetz und durch die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts vorgesehenen Bedingungen

Die vorstehenden Bestimmungen beeinträchtigen jedoch in keiner Weise das Recht des Staates, diejenigen Gesetze anzuwenden, die er für die Regelung der Benutzung des Eigentums im Einklang mit dem Allgemeininteresse oder zur Sicherung der Zahlung der Steuern oder sonstigen Abgaben oder von Geldstrafen für erforderlich hält.

Artikel 2

Das Recht auf Bildung darf niemandem verwehrt werden. Der Staat hat bei Ausübung der von ihm auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts übernommenen Aufgaben das Recht der Eltern zu achten, die Erziehung und den Unterricht entsprechend ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sicherzustellen.

Artikel 3

Die Hohen Vertragschließenden Teile verpflichten sich, in angemessenen Zeitabständen freie und geheime Wahlen unter Bedingungen abzuhalten, welche die freie Äußerung der Meinung des Volkes bei der Wahl der gesetzgebenden Körperschaften gewährleisten.

Artikel 4

Jeder der Hohen Vertragschließenden Teile kann im Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Ratifizierung oder in der Frist zu jenem anderen Zeitpunkt eine Note des protestierenden Teiles

extent to which it undertakes that the provisions of the present Protocol shall apply to such of the territories for the international relations of which it is responsible as are named therein.

Any High Contracting Party which has communicated a declaration in virtue of the preceding paragraph may from time to time communicate a further declaration modifying the terms of any former declaration or terminating the application of the provisions of this Protocol in respect of any territory.

A declaration made in accordance with this Article shall be deemed to have been made in accordance with Paragraph (1) of Article 63 of the Convention.

Article 5
As between the High Contracting Parties the provisions of Articles 1, 2, 3 and 4 of this Protocol shall be regarded as additional Articles to the Convention and all provisions of the Convention shall apply accordingly.

Article 6
This Protocol shall be open for signature by the Members of the Council of Europe, who are the signatories of the Convention; it shall be ratified at the same time as or after the ratification of the Convention. It shall enter into force after the deposit of ten instruments of ratification. As regards any signatory ratifying subsequently, the Protocol shall enter into force at the date of the deposit of its instrument of ratification.

The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the Council of Europe, who will notify all Members of the names of those who have ratified.

DONE at Paris on the 20th day of March 1952,

in English and French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary-General shall transmit certified copies to each of the signatory Governments.

For the GOVERNMENT
OF THE KINGDOM OF BELGIUM:

For the GOVERNMENT
OF THE KINGDOM OF DENMARK:

For the GOVERNMENT
OF THE FRENCH REPUBLIC:

de l'Europe une déclaration indiquant la mesure dans laquelle elle s'engage à ce que les dispositions du présent Protocole s'appliquent à tels territoires qui sont désignés dans ladite déclaration et dont elle assure les relations internationales.

Toute Haute Partie Contractante qui a communiqué une déclaration en vertu du paragraphe précédent peut, de temps à autre, communiquer une nouvelle déclaration modifiant les termes de toute déclaration antérieure ou mettant fin à l'application des dispositions du présent Protocole sur un territoire quelconque.

Une déclaration faite conformément au présent article sera considérée comme ayant été faite conformément au paragraphe 1 de l'article 63 de la Convention.

Article 5
Les Hautes Parties Contractantes considéreront les articles 1, 2, 3 et 4 de ce Protocole comme des articles additionnels à la Convention et toutes les dispositions de la Convention s'appliqueront en conséquence.

Article 6
Le présent Protocole est ouvert à la signature des Membres du Conseil de l'Europe, signataires de la Convention; il sera ratifié en même temps que la Convention ou après la ratification de celle-ci. Il entrera en vigueur après le dépôt de dix instruments de ratification. Pour tout signataire qui le ratifiera ultérieurement, le Protocole entrera en vigueur dès le dépôt de l'instrument de ratification.

Les instruments de ratification seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe qui notifiera à tous les Membres les noms de ceux qui l'auront ratifié.

FAIT à Paris, le 20 mars 1952,

en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général en communiquera copie certifiée conforme à chacun des gouvernements signataires.

Pour le GOUVERNEMENT
DU ROYAUME DE BELGIQUE:
Paul van Zeeland

Pour le GOUVERNEMENT
DU ROYAUME DE DANEMARK:
Ole Bjoern Kraft

Pour le GOUVERNEMENT
DE LA REPUBLIQUE FRANCAISE:
Nehru

rates eine Erklärung darüber richten, in welchem Umfang er sich zur Anwendung der Bestimmungen dieses Protokolls auf die in der Erklärung angegebenen Gebiete, für deren internationale Beziehungen er verantwortlich ist, verpflichtet.

Jeder der Hoher Vertragschließenden Teile, der eine Erklärung gemäß dem vorstehenden Absatz abgegeben hat, kann von Zeit zu Zeit eine weitere Erklärung abgeben, die den Inhalt einer früheren Erklärung ändert oder die Anwendung der Vorschriften dieses Protokolls auf irgend einem Gebiet beendet.

Eine im Einklang mit diesem Artikel abgegebene Erklärung gilt als eine gemäß Artikel 63 Abs. 1 der Konvention abgegebene Erklärung.

Artikel 5

Zwischen den Hohen Vertragschließenden Teilen gelten die Bestimmungen der Artikel 1, 2, 3 und 4 dieses Protokolls als Zusatzartikel zur Konvention; alle Vorschriften der Konvention sind dementsprechend anzuwenden.

Artikel 6

Dieses Protokoll steht den Mitgliedern des Europarates, die die Konvention unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung offen; es wird gleichzeitig mit der Konvention oder nach dem Zeitpunkt der Ratifikation der Konvention ratifiziert. Es tritt nach der Hinterlegung von zehn Ratifikationsurkunden in Kraft. Für einen Unterzeichnerstaat, das das Protokoll später ratifiziert, tritt das Protokoll am Tage der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarates hinterlegt, der allen Mitgliedern die Namen der Staaten, die das Protokoll ratifiziert haben, mitteilt.

GESCHEHEN zu Paris am 20. März 1952

in englischer und französischer Sprache, wobei die beiden Texte in gleicher Weise maßgebend sind, in einer einzigen Ausfertigung, die in den Archiven des Europarates hinterlegt wird. Der Generalsekretär übermittelt allen Unterzeichnern beglaubigte Abdrücke.

Für die REGIERUNG
DES KONIGREICHES BELGIEN:

Für die REGIERUNG
DES KONIGREICHES DÄNEMARK:

Für die REGIERUNG
DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIQUE:

For the GOVERNMENT OF THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:

Pour le GOUVERNEMENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE:

Für die REGIERUNG DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Adenauer

For the GOVERNMENT
OF THE KINGDOM OF GREECE:

Pour le GOUVERNEMENT
DU ROYAUME DE GRÈCE:

Für die REGIERUNG DES
KONIGREICHES GRIECHENLAND:

R. Raphael

At the time of signature of this Protocol, the Greek Government, pursuant to Article 64 of the Convention, makes the following reservation relating to Article 2 of the Protocol: The application of the word "philosophical", which is the penultimate word of the second sentence of Article 2, will, in Greece, conform with the relevant provisions of the internal legislation.

Au moment de la signature du présent Protocole, le Gouvernement hellénique, se prévalant de l'article 64 de ladite Convention, formule la réserve suivante, portant sur l'article 2 du Protocole: Le mot «philosophique» par lequel se termine le second paragraphe de l'article 2 recevra en Grèce une application conforme aux dispositions y relatives de la législation intérieure.

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Protokolls erhebt die griechische Regierung gemäß Artikel 64 der Konvention den folgenden Vorbehalt bezüglich Artikel 2 des Protokolls: Die Anwendung des Wortes „weltanschaulich“, das das drittletzte Wort des zweiten Satzes von Artikel 2 ist, wird in Griechenland den einschlägigen Bestimmungen der Inlandsgesetzgebung entsprechen.

For the GOVERNMENT
OF THE ICELANDIC REPUBLIC:

Pour le GOUVERNEMENT
DE LA RÉPUBLIQUE ISLANDAISE:

Für die REGIERUNG
DER ISLANDISCHEN REPUBLIK:

Petur Benediktsson

For the GOVERNMENT
OF THE IRISH REPUBLIC:

Pour le GOUVERNEMENT
DE LA RÉPUBLIQUE IRLANDAISE:

Für die REGIERUNG
DER IRISCHEN REPUBLIK:

Próinsias Mac Aogáin

For the GOVERNMENT
OF THE ITALIAN REPUBLIC:

Pour le GOUVERNEMENT
DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE:

Für die REGIERUNG
DER ITALIENISCHEN REPUBLIK:

Paolo Emilio Tavanti

For the GOVERNMENT OF THE
GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:

Pour le GOUVERNEMENT DU
GRAND DUCHÉ DE LUXEMBOURG:

Für die REGIERUNG DES
GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG:

Jos. Bech

For the GOVERNMENT OF THE
KINGDOM OF THE NETHERLANDS:

Pour le GOUVERNEMENT
DU ROYAUME DES PAYS-BAS:

Für die REGIERUNG DES
KONIGREICHES DER NIEDERLANDE:

Stikker

For the GOVERNMENT
OF THE KINGDOM OF NORWAY:

Pour le GOUVERNEMENT
DU ROYAUME DE NORVÈGE:

Für die REGIERUNG DES
KONIGREICHES NORWEGEN:

Halvard Lange

For the GOVERNMENT
OF THE SAAR:

Pour le GOUVERNEMENT
DE LA SARRE:

Für die
SAARREGIERUNG:

Johannes Hoffmann

For the GOVERNMENT
OF THE KINGDOM OF SWEDEN:

Pour le GOUVERNEMENT
DU ROYAUME DE SUÈDE:

Für die REGIERUNG
DES KONIGREICHES SCHWEDEN:

Osten Undén

For the GOVERNMENT
OF THE TURKISH REPUBLIC:

Pour le GOUVERNEMENT
DE LA RÉPUBLIQUE TURQUE:

Für die REGIERUNG
DER TURKISCHEN REPUBLIK:

E. Kopruji

For the GOVERNMENT OF THE
UNITED KINGDOM OF GREAT
BRITAIN AND NORTHERN IRELAND:

Pour le GOUVERNEMENT DU
ROYAUME-UNI DE GRANDE-
BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD:

Für die REGIERUNG
DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHES
VON GROSSBRITANNIEN UND
NORDIRLAND:

Anthony Eden

Anthony Eden

At the time of signing the present Protocol, I declare that, in view of certain provisions of the Education Acts in force in the United Kingdom, the principle affirmed in the second sentence of Article 2 is accepted by the United Kingdom only so far as it is compatible with the provision of efficient instruction and training, and the avoidance of unreasonable public expenditure.

Au moment de signer le présent Protocole, je déclare qu'en raison de certaines dispositions des lois sur l'enseignement en vigueur au Royaume-Uni, le principe posé dans la seconde phrase de l'article 2 n'est accepté que dans la mesure où il est compatible avec l'octroi d'une instruction et d'une formation efficace et n'entraîne pas de dépenses publiques démesurées.

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des vorliegenden Protokolls erkläre ich, daß im Hinblick auf gewisse Bestimmungen der im Vereinigten Königreich geltenden Gesetze über das Erziehungswesen der im zweiten Satz des Artikels 2 aufgestellte Grundsatz von dem Vereinigten Königreich nur insoweit angenommen wird, als er mit der Bereitstellung eines wirksamen Unterrichts und einer wirksamen Ausbildung vereinbar ist und keine übermäßigen öffentlichen Ausgaben nach sich zieht.

**Gesetz
über die Vereinbarung vom 12. November 1953 zwischen der
Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik
über Patente für gewerbliche Erfindungen.**

Vom 19. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Rom am 12. November 1953 unterzeichneten Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über Patente für gewerbliche Erfindungen und dem gleichzeitig unterzeichneten zugehörigen Notenwechsel wird zugestimmt. Die Vereinbarung und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung gemäß ihrem Artikel 5 Abs. 2 und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 19. Dezember 1956.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Justiz
von Merkatz

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

**Vereinbarung zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der
Italienischen Republik über Patente
für gewerbliche Erfindungen**

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
und
der Präsident der Italienischen Republik

sind in dem Wunsche, das Abkommen vom 30. April 1952 auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes zu vervollständigen, übereingekommen, hierüber eine Vereinbarung zu schließen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Clemens von Brentano,
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
bei der Italienischen Republik.

Der Präsident der Italienischen Republik
Herrn Dr. Antonio Pennetta,
Abteilungspräsident des Obersten Kassationshofs,
Rechtskundiger Berater des Ministeriums
für Auswärtige Angelegenheiten,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befindenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

Die gewerblichen Erfindungspatente, die in Italien nach dem 15. September 1947 an natürliche Personen deutscher Staatsangehörigkeit, gleichgültig wo sie ihren Wohnsitz haben, oder an juristische Personen, die nach deutschem Recht bestehen, erteilt sind oder erteilt werden, stehen den vorgenannten natürlichen oder juristischen Personen zu, auch wenn sie sich auf Anmeldungen beziehen, die vor dem 16. September 1947 hinterlegt worden sind.

Artikel 2

Dritte, die es vor dem Tage der Unterzeichnung dieser Vereinbarung unternommen haben, Erfindungen, die Gegenstand der im vorhergehenden Artikel erwähnten Patente sind und die auf vor dem 16. September 1947 hinterlegte Anmeldungen erteilt worden sind, zu verwirklichen oder tatsächliche vorbereitende Veranstaltungen zu ihrer Verwirklichung zu treffen, können in persönlichem Gebrauch die Benutzung, die sie vorher begonnen oder für die sie mit den in Frage stehenden vorbereitenden Veranstaltungen Vorfahrten haben, gegen Zahlung eines angemessenen Entgeltes fortsetzen.

Ein solches Entgelt ist für die Fortsetzung des persönlichen Gebrauchs in dem Ausmaß nicht zu zahlen, in welchem die Verwirklichung bis zum 31. Oktober 1952 stattgefunden hat oder in welchem bis zu diesem Tage vorbereitende Veranstaltungen hierzu getroffen worden sind.

Eine Erweiterung in der Benutzung oder in den vorbereitenden Veranstaltungen über die in diesem Artikel vorgesehenen Grenzen hinaus ist den Dritten gegen Zahlung eines angemessenen Entgelts für den Unterschied gestattet, der der Erweiterung entspricht.

Artikel 3

Die vorgenannten Dritten müssen, um von der in dieser Vereinbarung zuerkannten Vergünstigung Gebrauch machen zu können, die Verwirklichung und die getroffenen vorbereitenden Veranstaltungen unter Spezifizierung des am 31. Oktober 1952 und des am Tage der Unterzeichnung dieser Vereinbarung erreichten Ausmaßes mitteilen. Diese Mitteilung ist durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein dem Patentinhaber an sein Wahldomizil in Italien sowie dem Ufficio Centrale Brevetti presso il Ministero dell'Industria e Commercio zu machen, das den Vermerk im Patentregister besorgt.

Die Mitteilungen gemäß dem vorhergehenden Absatz können zu verschiedenen Zeitpunkten erfolgen; sie müssen aber innerhalb einer Frist von sechs Monaten vom

**Accordo concluso
tra la Repubblica Italiana e la Repubblica
Federale di Germania in materia
di brevetti per invenzioni industriali**

Il Presidente della Repubblica Italiana
e
il Presidente della
Repubblica Federale di Germania

animati dal desiderio di completare l'Accordo del 30 aprile 1952 in materia di protezione dei diritti di proprietà industriale, hanno convenuto di concludere in proposito un Accordo ed hanno, quindi, nominati come loro Plenipotenziari:

Il Presidente della Repubblica Italiana
il Dottor Antonio Pennetta,
Presidente di Sezione della Suprema Corte di Cassazione,
Consulente giuridico del Ministero degli Affari Esteri,

Il Presidente della Repubblica Federale di Germania
il Signor Clemens von Brentano,
Ambasciatore della Repubblica Federale di Germania
presso la Repubblica Italiana.

i quali, dopo essersi scambiati i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma, hanno concordato le disposizioni seguenti:

Articolo 1

I brevetti per invenzioni industriali concessi o che saranno concessi, in Italia, a persone fisiche di nazionalità germanica, qualunque sia il luogo del loro domicilio o alle persone giuridiche soggette al diritto germanico, dopo il 15 settembre 1947, anche se riferintisi a domande depositate prima del 16 settembre 1947, appartengono alle persone fisiche o giuridiche predette.

Articolo 2

I terzi che, prima della data della firma del presente Accordo, hanno intrapreso l'attuazione o fatto preparativi effettivi in vista dell'attuazione di invenzioni, oggetto dei brevetti previsti dall'articolo precedente e rilasciati su domande depositate anteriormente al 16 settembre 1947, possono continuare nell'uso personale precedentemente iniziato o predisposto coi preparativi in questione, contro pagamento di un equo corrispettivo.

Tale corrispettivo non è dovuto per la continuazione dell'uso personale nella misura dell'attuazione effettuata fino al 31 ottobre 1952 o dei preparativi predisposti sino a tale data.

Un aumento nell'utilizzazione o nei preparativi oltre i limiti previsti nel presente articolo è consentito ai terzi subordinatamente al pagamento da parte di questi, per la differenza corrispondente all'aumento, di un equo corrispettivo.

Articolo 3

I terzi predetti per potersi avvalere delle facoltà riconosciute nel presente Accordo sono tenuti a comunicare l'attuazione e i preparativi predisposti specificandone la misura raggiunta alla data del 31 ottobre 1952 e a quella della firma del presente Accordo. Tale comunicazione deve essere fatta, con lettera raccomandata con avviso di ricevimento, al titolare del brevetto nel suo domicilio eletto in Italia nonché all'Ufficio Centrale Brevetti presso il Ministero dell'Industria e Commercio che ne cura l'annotazione sul Registro dei Brevetti.

Le comunicazioni di cui all'alinea precedente possono essere fatte in date diverse, però debbono essere fatte nel termine di sei mesi dalla data della firma del pre-

Tage der Unterzeichnung dieser Vereinbarung an oder für die nach diesem Datum erteilten Patente vom Tage der Patenterteilung an gemacht werden.

Artikel 4

Diese Vereinbarung wird auch für das Land Berlin gelten, sobald die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik eine entsprechende Erklärung abgibt.

Artikel 5

Diese Vereinbarung soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen baldigst in Bonn ausgetauscht werden.

Diese Vereinbarung tritt mit dem Tage in Kraft, der auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgt.

GESCHEHEN in Rom, in zweifacher Ausfertigung am 12. November 1953 in deutscher und italienischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sein werden.

Für die Bundesrepublik Deutschland gezeichnet: Clemens v. Brentano	Für die Italienische Republik gezeichnet: Antonio Pennetta
---	---

sente Accordo o, per i brevetti concessi posteriormente a tale data, da quella della concessione del brevetto.

Articolo 4

Il presente Accordo si applicherà anche al Land Berlin appena il Governo della Repubblica Federale di Germania avrà fatto al riguardo una comunicazione al Governo della Repubblica Italiana.

Articolo 5

Il presente Accordo dovrà essere ratificato e gli strumenti di ratifica saranno scambiati a Bonn al più presto.

Il presente Accordo entrerà in vigore il giorno successivo all'atto dello scambio degli strumenti di ratifica.

FATTO a Roma in duplice esemplare il 12 novembre 1953, in lingua italiana e tedesca ambo i testi facendo egualmente fede.

Per la Repubblica Italiana firmato: Antonio Pennetta	Per la Repubblica Federale di Germania firmato: Clemens v. Brentano
---	--

Rom, den 12. November 1953.

An den Vorsitzenden der Italienischen Delegation
 S E. Dr. Antonio Pennetta

Roma

Herr Präsident,

unter Bezugnahme auf das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über Sozialversicherung vom 5 Mai 1953 und die Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen vom 12. Mai 1953 beehe ich mich Ihnen mitzuteilen, daß im Laufe der Verhandlungen, die zum Abschluß der heute unterzeichneten Vereinbarung über Patente für gewerbliche Erfindungen geführt haben, auch über folgende Punkte Einverständnis erzielt worden ist:

- 1) Die Italienische Regierung wird von sich aus keinerlei einschränkende Maßnahmen gegen Fabrik- oder Handelsmarken ergreifen, die natürlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit, gleichgültig wo sie ihren Wohnsitz haben, oder juristischen Personen, die nach deutschem Recht bestehen — nachstehend „deutsche Personen“ genannt —, gehören und die vor dem 16. September 1947 hinterlegt worden waren.
- 2) Auf die Patente deutscher Personen für gewerbliche Erfindungen, die in Italien bis zum 30. November 1946 erteilt worden sind, wird das System des öffentlichen Eigentums angewendet.
- 3) Patentanmeldungen für gewerbliche Erfindungen, die deutsche Personen bis zum 30. November 1946 in Italien hinterlegt und nicht zurückgenommen haben, werden entsprechend der italienischen Gesetzgebung auf diesem Gebiete weiterbehandelt.
- 4) Vorstehendes wird auch für das Land Berlin gelten, sobald die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik eine entsprechende Erklärung abgibt.
- 5) Diese Note und Ihre gleichlautende Antwort sollen ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Bonn ausgetauscht werden.

Die vorgenannten Noten treten gleichzeitig mit der Vereinbarung über Patente für gewerbliche Erfindungen vom heutigen Tage in Kraft.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Clemens v. Brentano

Roma, li 12 novembre 1953

A S. E. Clemens von Brentano
 Ambasciatore della Repubblica Federale di Germania
 Roma

Signor Ambasciatore,

in relazione alla Convenzione del 5 maggio 1953 conclusa tra la Repubblica Italiana e la Repubblica Federale di Germania in materia di assicurazioni sociali e all'Accordo Aggiuntivo a tale Convenzione del 12 maggio 1953, ho l'onore d'informarLa che nel corso delle trattative che hanno portato alla conclusione dell'Accordo firmato in data odierna in materia di brevetti per invenzioni industriali, è stato raggiunto l'accordo anche sui seguenti punti:

- 1) Il Governo Italiano non prenderà l'iniziativa di alcun provvedimento di carattere vincolistico circa i marchi di fabbrica o di commercio appartenenti a persone fisiche di nazionalità germanica qualunque sia il luogo del loro domicilio o alle persone giuridiche soggette a diritto germanico — in seguito indicate «persone germaniche», — depositati anteriormente al 16 settembre 1947.
- 2) Per i brevetti per invenzioni industriali di persone germaniche concessi in Italia fino al 30 novembre 1946 è adottato il sistema del pubblico dominio.
- 3) Le domande di brevetti per invenzioni industriali, depositate in Italia da persone germaniche fino al 30 novembre 1946 e non ritirate, avranno corso a termini della legislazione italiana in materia.
- 4) Quanto sopra si applicherà anche al Land Berlin, appena il Governo della Repubblica Federale di Germania avrà fatto al riguardo una comunicazione al Governo della Repubblica Italiana.
- 5) La presente Nota e la Sua risposta dello stesso tenore dovranno essere ratificate. Gli strumenti di ratifica saranno scambiati a Bonn.

Le Note predette entreranno in vigore contemporaneamente all'Accordo in materia di brevetti per invenzioni industriali firmato in data odierna.

Voglia gradire, Signor Ambasciatore, l'espressione della mia più alta considerazione.

Antonio Pennetta

Gesetz
**zu dem Abkommen vom 4. Juni 1954 über die Zollerleichterungen
 im Touristenverkehr, dem Zusatzprotokoll vom 4. Juni 1954 hierzu
 betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für
 den Fremdenverkehr und dem Zollabkommen vom
 4. Juni 1954 über die vorübergehende Einfuhr privater
 Straßenfahrzeuge.**

Vom 24. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr,

dem Zusatzprotokoll zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr,

dem Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge

und der Schlußakte über die Konferenz der Vereinten Nationen über die Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßenfahrzeuge und im Touristenverkehr,

die in New York am 4. Juni 1954 unterzeichnet worden sind, wird zugestimmt. Die Abkommen, das Zusatzprotokoll und die Schlußakte werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Abkommen, das Zusatzprotokoll und die Schlußakte für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 24. Dezember 1956.

**Der Bundespräsident
 Theodor Heuss**

**Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
 Blücher**

**Der Bundesminister der Finanzen
 Schäffer**

**Für den Bundesminister des Auswärtigen
 Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
 Blücher**

Inhaltsverzeichnis*)	
	Seite
I. Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr	1888
II. Zusatzprotokoll zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr	1918
Anlage: Muster der Bescheinigung	1946
III. Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge Kap.	
I Begriffsbestimmungen	1948
II Einfuhr ohne Entrichtung der Eingangsabgaben und frei von Einfuhrverboten und -beschränkungen	1948
III Ausgabe der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr	1950
IV Angaben in den Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr	1952
V Bestimmungen für die Abfertigung zur vorübergehenden Einfuhr	1954
VI Verlängerung der Gültigkeitsdauer und Erneuerung der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr	1956
VII Bereinigung von Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr	1958
VIII Verschiedene Bestimmungen	1962
IX Schlußbestimmungen	1962
Anlage 1: Zollpassierscheinheft (Carnet de passages en douane)	1988
Anlage 2: Zollpassierschein (Triptyk)	2012
Anlage 3: Diptyk	2024
Anlage 4 Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Zollpassierscheinheften	2036
Anlage 5: Muster einer Bescheinigung zur Bereinigung von nicht erledigten, vernichteten, verlorengegangenen oder gestohlenen Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr	2040
IV. Schlufakte über die Konferenz der Vereinten Nationen über die Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßenfahrzeuge und im Touristenverkehr	2044

*) Das Inhaltsverzeichnis ist nicht Bestandteil der Abkommen

Convention Concerning Customs Facilities for Touring

THE CONTRACTING STATES,

DESIRING to facilitate the development of international touring,

HAVE DECIDED to conclude a Convention and have agreed as follows:

Article 1

For the purpose of this Convention:

- a) The term "import duties and import taxes" shall mean not only Customs duties but also all duties and taxes whatever chargeable by reason of importation;
- b) The term "tourist" shall mean any person without distinction as to race, sex, language or religion, who enters the territory of a Contracting State other than that in which that person normally resides and remains there for not less than twenty-four hours and not more than six months in the course of any twelve-month period, for legitimate non-immigrant purposes, such as touring, recreation, sports, health, family reasons, study, religious pilgrimages or business;
- c) The term "temporary importation permit" shall mean the Customs document testifying to the guarantee or deposit of import duties and import taxes chargeable in the event of failure to re-export the article temporarily imported.

Article 2

(1) Subject to the other conditions laid down in this Convention, each of the Contracting States shall admit temporarily free of import duties and import taxes the personal effects imported by a tourist, provided they are for the personal use of the tourist, that they are carried on the person of or in the luggage accompanying the tourist, that there is no reason to fear abuse, and that these personal effects will be re-exported by the tourist on leaving the country.

(2) The term "personal effects" shall mean all clothing and other articles new or used which a tourist may personally and reasonably require, taking into consideration all the circumstances of his visit, but excluding all merchandise imported for commercial purposes.

(3) Personal effects shall include among other articles the following, provided that they can be considered as being in use:

personal jewellery;
one camera with twelve plates or five rolls of film;

one miniature cinematograph camera with two reels of film;
one pair of binoculars;
one portable musical instrument;
one portable gramophone with ten records;
one portable sound-recording apparatus;
one portable wireless receiving set;
one portable typewriter;
one portable radio;
one tent and other camping equipment;

Convention sur les Facilités Douanières en faveur du Tourisme

LES ETATS CONTRACTANTS,

DÉSIREUX de faciliter le développement du tourisme international,

ONT DÉCIDÉ de conclure une Convention et sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier

Aux fins de la présente Convention, on entend:

- a) Par «droits et taxes d'entrée», non seulement les droits de douane, mais aussi tous droits et taxes quelconques exigibles du fait de l'importation;
- b) Par «touriste», toute personne qui, sans distinction de race, de sexe, de langue ou de religion, pénètre sur le territoire d'un Etat contractant autre que celui où elle réside habituellement et y séjourne pendant vingt-quatre heures au moins et six mois au plus, au cours d'une même période de douze mois, si son voyage est dû à un motif légitime, autre que l'immigration, tel que: tourisme, agrément, sport, santé, famille, études, pèlerinages religieux ou affaires;
- c) Par «titre d'importation temporaire», le document douanier permettant de constater la garantie ou la consignation des droits et taxes d'entrée exigibles en cas de non-réexportation des objets importés temporairement.

Article 2

(1) Sous réserve des autres conditions prévues par la présente Convention, chacun des Etats contractants admettra en franchise temporaire des droits et taxes d'entrée les effets personnels importés par un touriste à condition que ces effets soient destinés à son usage personnel, que le touriste les transporte sur lui ou dans les bagages qui l'accompagnent, qu'il n'y ait pas de raison de craindre un abus, et que ces effets soient réexportés par le touriste lorsqu'il quitte le pays.

(2) Par «effets personnels», on entend tous vêtements et autres articles, neufs ou usagés, dont un touriste peut personnellement et raisonnablement avoir besoin, compte tenu de toutes les circonstances de son voyage, à l'exclusion de toutes marchandises importées à des fins commerciales.

(3) Les effets personnels comprennent, entre autres articles, les objets suivants, à condition qu'ils puissent être considérés comme étant en cours d'usage:

bijoux personnels;
un appareil photographique et douze chassis ou cinq rouleaux de pellicules;
un appareil cinématographique de prise de vues de petit format et deux bobines de film;
une paire de jumelles;
un instrument de musique portatif;
un phonographe portatif et dix disques;
un appareil portatif d'enregistrement du son;
un appareil récepteur de radio portatif;
une machine à écrire portative;
une valise d'ordinateur;
toute autre et autre équipement d'équipage;

(Übersetzung)

Convención sobre Facilidades Aduaneras para el Turismo

LOS ESTADOS CONTRATANTES,
DESEANDO facilitar el desarrollo del turismo internacional,
HAN DECIDIDO concluir una Convención a tal efecto en los términos siguientes:

Artículo 1

Para los efectos de la presente Convención:

- La expresión "derechos y gravámenes de importación" significa no sólo los derechos de aduana, sino también todos los derechos y gravámenes exigibles con motivo de la importación;
- El término "turista" designa a toda persona, sin distinción de raza, sexo, lengua o religión, que entre en el territorio de un Estado Contratante distinto de aquél en que dicha persona tiene su residencia habitual y permanezca en él veinticuatro horas cuando menos y no más de seis meses, en cualquier periodo de doce meses, con fines de turismo, recreo, deportes, salud, asuntos familiares, estudio, peregrinaciones religiosas o negocios, sin propósito de inmigración;
- La expresión "permiso de importación temporal" designa al documento aduanero que atestigua la garantía o el depósito de los derechos y gravámenes de importación exigibles en caso de que no se reexporten los objetos importados temporalmente.

Artículo 2

(1) A reserva de las demás condiciones que se estipulan en la presente Convención, cada uno de los Estados Contratantes admitirá temporalmente, libres de derechos y gravámenes sobre la importación, los efectos personales que importen los turistas, a condición de que sean para su uso personal, de que los lleven consigo o en el equipaje que los acompañe, de que no existan motivos para temer que haya abuso y de que tales efectos sean reexportados por los turistas al salir del país.

(2) La expresión "efectos personales" designa toda la ropa y demás artículos nuevos o usados que un turista puede razonablemente necesitar para su uso personal, habida cuenta de todas las circunstancias de su viaje, con exclusión de toda mercadería importada con fines comerciales.

(3) Entre otros artículos, se considerarán efectos personales los siguientes, a condición de que se estime que están en uso:

- joyas personales;
- una cámara fotográfica con doce placas o cinco rollos de película;
- una cámara cinematográfica de pequeño milímetroaje con dos rollos de película;
- un par de gafas binoculares;
- un instrumento de música portátil;
- un gramófono portátil con diez discos;
- un aparato portátil para la grabación del sonido;
- un receptor de radio portátil;
- una máquina de escribir portátil;
- una cuchilla de afeitar;
- una tienda de campaña y el equipo para acampar;

Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr

DIE VERTRAGSSTAATEN,
VON DEM WUNSCH geleitet, die Entwicklung des internationalen Touristenverkehrs zu erleichtern,
HABEN BESCHLOSSEN, ein Abkommen zu schließen und sind über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Begriff a) „Eingangsabgaben“ nicht nur Zölle, sondern auch alle anderen bei der Einfuhr zu erhebenden Abgaben;

b) „Tourist“ jede Person ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechtes, der Sprache oder der Religion, die das Gebiet eines Vertragsstaates, in dem diese Person nicht ihren gewöhnlichen Wohnort hat, aufsucht und sich dort während eines Zeitraumes von zwölf aufeinanderfolgenden Monaten nicht weniger als vierundzwanzig Stunden und nicht länger als sechs Monate aufhält; dies gilt nur, wenn die Reise einem anderen rechtmäßigen Zwecke als der Einwanderung dient, wie Touristik, Erholung, Sport, Gesundheit, Familie, Studium, religiösen Wallfahrten oder Geschäften;

c) „Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr“ das Zollpapier, aus dem ersichtlich ist, daß die bei unterlassener Wiederausfuhr der vorübergehend eingeführten Gegenstände zu entrichtenden Eingangsabgaben durch Bürgschaft oder Hinterlegung sichergestellt sind.

Artikel 2

(1) Vorbehaltlich der anderen Bedingungen dieses Abkommens wird jeder Vertragsstaat das von den Touristen eingeführte persönliche Reisegut vorübergehend frei von Eingangsabgaben zulassen; Voraussetzung dafür ist, daß das Reisegut zum persönlichen Gebrauch des Touristen bestimmt ist, daß er es persönlich oder in dem ihn begleitenden Gepäck mitführt, daß kein Verdacht eines Mißbrauches besteht und daß dieses Reisegut vom Touristen beim Verlassen des Landes wieder ausgeführt wird.

(2) Der Begriff „persönliches Reisegut“ umfaßt alle Bekleidungsstücke und anderen Gegenstände, neu oder gebraucht, die ein Tourist unter Berücksichtigung aller Umstände seiner Reise in angemessenem Umfang persönlich benötigt; alle zu Handelszwecken eingeführten Waren sind jedoch ausgeschlossen.

(3) Das persönliche Reisegut umfaßt u. a. folgende Gegenstände, vorausgesetzt, daß sie als im Gebrauch stehend angesehen werden können:

- persönlicher Schmuck;
- ein Photoapparat mit zwölf Platten oder fünf Rollfilmen;
- eine Kleinfilmkamera mit zwei Filmrollen;
- ein Fernglas;
- ein tragbares Musikinstrument;
- ein tragbares Grammophon mit zehn Platten;
- ein tragbares Tonaufnahmegerät;
- ein tragbares Rundfunkempfangsgerät;
- ein tragbare Schreibmaschine (Reiseschreibmaschine);
- ein Kofferwagen;
- ein Zelt und andere Campingeinrichtungen.

sports equipment (one fishing outfit, one sporting fire-arm with fifty cartridges, one non-powered bicycle, one canoe or kayak less than 5½ metres long, one pair of skis, two tennis racquets, and other similar articles).

Article 3

Subject to the other conditions laid down in this Convention each of the Contracting States shall admit free of import duties and import taxes the following articles imported by a tourist for his personal use, provided that these articles are carried on the person of or in the hand luggage accompanying the tourist, and provided that there is no reason to fear abuse:

- a) 200 cigarettes or 50 cigars or 250 grammes of tobacco, or an assortment of these products, provided that the total weight does not exceed 250 grammes;
- b) one regular-size bottle of wine and one-quarter litre of spirits;
- c) one-quarter litre of toilet water and a small quantity of perfume.

Article 4

Subject to the other conditions laid down in this Convention each of the Contracting States shall grant to the tourist, provided that there is no reason to fear abuse:

- a) authorization to import in transit and without a temporary importation permit, travel souvenirs for a total value not exceeding 50 U.S.A. dollars, provided that such souvenirs are carried on the person of or in the luggage accompanying the tourist and that they are not intended for commercial purposes;
- b) authorization to export, without the formalities applying to currency controls and free of export duties, travel souvenirs which the tourist has bought in the country for a total value not exceeding 100 U.S.A. dollars, provided that they are carried on the person of or in the luggage accompanying the tourist and that such souvenirs are not intended for commercial purposes.

Article 5

Each of the Contracting States may require a temporary importation permit in respect of articles of a high value covered by article 2.

Article 6

The Contracting States shall endeavour not to introduce Customs procedures which might have the effect of impeding the development of international touring.

Article 7

In order to expedite Customs procedures, contiguous Contracting States shall endeavour to place their respective Customs posts close together and to keep them open during the same hours.

Article 8

The provisions of this Convention shall not prejudice in any way the application of police or other regulations concerning the importation, possession and carrying of arms and ammunition.

Article 9

Each of the Contracting States recognizes that any prohibitions which that State imposes on the importation or exportation of articles which benefit under this Con-

engins et articles de sport (un attirail de pêcheur, une arme de chasse avec cinquante cartouches, un cycle sans moteur, un canoë ou kayak d'une longueur inférieure à 5 mètres 50, une paire de skis, deux raquettes de tennis, et autres articles analogues).

Article 3

Sous réserve des autres conditions prévues par la présente Convention, chacun des Etats contractants admettra en franchise des droits et taxes d'entrée les produits ci-après lorsqu'un touriste les importe pour son usage personnel, à la condition qu'il les transporte sur lui ou dans ses bagages à main et qu'il n'y ait pas de raison de craindre un abus:

- a) 200 cigarettes, ou 50 cigares, ou 250 grammes de tabac, ou un assortiment de ces produits à concurrence de 250 grammes;
- b) une bouteille de vin de capacité normale et un quart de litre de spiritueux;
- c) un quart de litre d'eau de toilette et une petite quantité de parfums.

Article 4

Sous réserve des autres conditions prévues par la présente Convention, chacun des Etats contractants accorde au touriste, sous réserve qu'il n'y ait pas de raison de craindre un abus:

- a) l'autorisation d'importer en transit, sans titre d'importation temporaire, et dans la limite d'une valeur totale de 50 dollars (des Etats-Unis d'Amérique) les souvenirs de voyage qu'il transporte sur lui ou dans les bagages qui l'accompagnent, si ces souvenirs ne sont pas destinés à des fins commerciales;
- b) l'autorisation d'exporter, avec dispense des formalités relatives au contrôle des changes et en exonération des droits d'exportation, dans la limite d'une valeur totale de 100 dollars (des Etats-Unis d'Amérique), les souvenirs de voyage que le touriste a achetés dans le pays, qu'il emporte sur lui ou dans les bagages qui l'accompagnent, si ces souvenirs ne sont pas destinés à des fins commerciales.

Article 5

Chacun des Etats contractants peut exiger que ceux des objets visés à l'article 2 soient placés, lorsqu'ils ont une grande valeur, sous le couvert d'un titre d'importation temporaire.

Article 6

Les Etats contractants s'efforceront de ne pas instituer de formalités douanières qui pourraient avoir pour effet d'entraver le développement du tourisme international.

Article 7

En vue d'accélérer l'accomplissement des formalités douanières, les Etats contractants limitrophes s'efforceront de réaliser la juxtaposition de leurs installations douanières respectives et de faire coïncider les heures d'ouverture des bureaux et postes de douane correspondants.

Article 8

Les dispositions de la présente Convention ne portent aucune atteinte à l'application des règlements de police et autres, concernant l'importation, la possession et le port d'armes et de munitions.

Article 9

Chacun des Etats contractants reconnaît que les prohibitions qu'il impose à l'importation ou à l'exportation des objets visés par la présente Convention ne doivent s'ap-

artículos para deportes (un juego de avíos para la pesca, un arma de fuego de deportes con cincuenta cartuchos, una bicicleta sin motor, una canoa o kayak de menos de 5,50 metros de largo, un par de esquies, dos raquetas de tenis, y otros artículos similares).

Artículo 3

A reserva de las demás condiciones que se estipulan en la presente Convención, cada uno de los Estados Contratantes admitirá, libres de derechos y gravámenes sobre la importación, los siguientes artículos importados por un turista para su uso personal, a condición de que los lleve consigo o en el equipaje de mano que lo acompañe y a condición de que no existan motivos para temer que haya abuso:

- a) 200 cigarrillos o 50 cigarros o 250 gramos de tabaco, o bien un surtido de esos productos, a condición de que el peso total no exceda de 250 gramos;
- b) Una botella de vino de capacidad normal y un cuarto de litro de bebidas de destilación alcohólica;
- c) Un cuarto de litro de agua de tocador y una pequeña cantidad de perfume.

Artículo 4

A reserva de las demás condiciones que se estipulan en la presente Convención, cada uno de los Estados Contratantes concederá al turista, a condición de que no existan motivos para temer que haya abuso:

- a) La autorización de importar en tránsito y sin ningún permiso de importación temporal, recuerdos de viaje cuyo valor total no exceda del equivalente de 50 dólares (EE.UU.), siempre que el turista los lleve consigo o en el equipaje que lo acompañe y que no se destinen a fines comerciales;
- b) La autorización de exportar sin los requisitos correspondientes al control de cambios y libres de derechos de exportación, recuerdos de viaje que el turista haya comprado en el país y cuyo valor total no exceda del equivalente de 100 dólares (EE.UU.), siempre que el turista los lleve consigo o en el equipaje que lo acompañe y que no se destinen a fines comerciales.

Artículo 5

Cada uno de los Estados Contratantes podrá exigir un permiso de importación temporal con respecto a los objetos a que se refiere el artículo 2 de la presente Convención que sean de valor elevado.

Artículo 6

Los Estados Contratantes tratarán de no adoptar procedimientos aduaneros que pudieran obstaculizar el fomento del turismo internacional.

Artículo 7

Para acelerar el cumplimiento de los trámites aduaneros, los Estados Contratantes vecinos procurarán emplazar sus instalaciones y servicios aduaneros respectivos lo más próximos posibles y hacer que funcionen a las mismas horas.

Artículo 8

Las disposiciones de la presente Convención no menoscabarán en modo alguno la aplicación de los reglamentos de policía o de otra clase referentes a la importación, posesión y porte de armas y municiones.

Artículo 9

Cada uno de los Estados Contratantes reconoce que las prohibiciones que tal Estado impone sobre la importación o exportación de los artículos que gozan de los

Sportausrüstung (una Fischereiausrüstung, eine Sportfeuerwaffe mit fünfzig Patronen, ein Fahrrad ohne Motor, ein Kanu oder Kajak unter 5½ Meter Länge, ein Paar Skier, zwei Tennisschläger und andere ähnliche Gegenstände).

Artikel 3

Vorbehaltlich der anderen Bedingungen dieses Abkommens wird jeder Vertragsstaat die nachstehenden Erzeugnisse frei von Eingangsabgaben zulassen, wenn der Tourist sie zu seinem persönlichen Verbrauch einführt und sie persönlich oder in seinem Handgepäck mitführt und kein Verdacht eines Mißbrauchs besteht:

- a) 200 Zigaretten oder 50 Stück Zigarren oder 250 Gramm Tabak oder eine Auswahl dieser Erzeugnisse bis zu 250 Gramm;
- b) eine Flasche Wein von normaler Größe und ein viertel Liter Spirituosen;
- c) ein viertel Liter Toilettewasser und eine geringe Menge Parfüm.

Artikel 4

Vorbehaltlich der anderen Bedingungen dieses Abkommens und unter der Voraussetzung, daß kein Verdacht des Mißbrauchs besteht, wird jeder Vertragsstaat dem Touristen gestatten,

- a) Reiseandenken bis zum Gesamtwert von 50 US-Dollar bei der Durchreise ohne Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr mit sich zu führen, wenn der Tourist diese Reiseandenken persönlich oder in dem ihn begleitenden Gepäck mitführt und wenn sie nicht zu Handelszwecken bestimmt sind;
- b) Reiseandenken bis zum Gesamtwert von 100 US-Dollar ohne Anwendung der Formalitäten der Devisenkontrolle und frei von Ausgangsabgaben auszuführen, wenn der Tourist diese Reiseandenken im Land erworben hat, sie persönlich oder in dem ihn begleitenden Gepäck mitführt und wenn sie nicht zu Handelszwecken bestimmt sind.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat kann verlangen, daß für Gegenstände des Artikels 2, die einen hohen Wert haben, ein Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr ausgestellt wird.

Artikel 6

Die Vertragsstaaten werden sich bemühen, keine Zollformalitäten einzuführen, die die Entwicklung des internationalen Touristenverkehrs behindern könnten.

Artikel 7

Um das Zollverfahren zu beschleunigen, werden sich benachbarte Vertragsstaaten bemühen, ihre Zollämter zusammenzulegen und die Amtsstunden dieser Zollämter einander anzugeleichen.

Artikel 8

Die Bestimmungen dieses Abkommens beeinträchtigen in keiner Weise die Anwendung der polizeilichen oder anderen Vorschriften über die Einfuhr, den Besitz und das Tragen von Waffen und Munition.

Artikel 9

Jeder Vertragsstaat erkennt an, daß die von ihm erlaubten Ein- oder Ausfuhrverbote auf Waren, auf die dieses Abkommen sich bezieht, von Anwendung werden

vention shall apply only in so far as they are based on considerations other than economic in character, for example, of public morality, public security, public health, hygiene, veterinary or phyto-pathological considerations.

plier que dans la mesure où ces prohibitions sont basées sur des considérations qui n'ont pas un caractère économique, telles que des considérations de moralité publique, de sécurité publique, d'hygiène ou de santé publique, ou d'ordre vétérinaire ou phytopathologique.

Article 10

The exemptions and facilities provided by this Convention shall not apply to frontier traffic.

Nor shall the applications of these exemptions and facilities be considered as automatic:

- a) when the total quantity of a commodity to be imported by a tourist exceeds substantially the limit laid down in this Convention;
- b) in case of a tourist who enters the country of import more than once a month;
- c) in case of a tourist under 17 years of age.

Article 11

In the event of fraud, contravention or abuse the Contracting States shall be free to take proceedings for the recovery of the corresponding import duties and import taxes and also for the imposition of any penalties to which the persons who have been granted exemptions or other facilities may have rendered themselves liable.

Article 12

Any breach of the provisions of this Convention, any substitution, false declaration or act having the effect of causing a person or an article improperly to benefit from the system of importation laid down in this Convention, may render the offender liable in the country where the offense was committed to the penalties prescribed by the laws of that country.

Article 13

Nothing in this Convention shall prevent Contracting States which form a Customs or economic union from enacting special provisions applicable to residents of the States forming that union.

Article 14

(1) This Convention shall be open for signature until 31 December 1954 on behalf of any State Member of the United Nations and any other State invited to attend the United Nations Conference on Customs Formalities for the Temporary Importation of Private Road Motor Vehicles and for Tourism held in New York in May and June 1954, hereinafter referred to as the Conference.

(2) This Convention shall be subject to ratification and the instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 15

(1) From 1 January 1955 this Convention shall be open for accession by any State referred to in paragraph 1 of article 14 and any other State so invited by the Economic and Social Council of the United Nations. It shall also be open for accession on behalf of any Trust Territory of which the United Nations is the Administering Authority.

(2) Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article 10

Les franchises et autres facilités prévues par la présente Convention ne sont pas applicables au trafic frontalier.

Elles ne sont pas non plus automatiquement applicables:

- a) dans le cas d'un produit ou objet déterminé, lorsque, pour ce produit ou objet, la quantité totale importée par un touriste excède sensiblement la limite fixée par la présente Convention;
- b) en ce qui concerne les touristes qui entrent plus d'une fois par mois dans le pays d'importation;
- c) en ce qui concerne les touristes âgés de moins de 17 ans.

Article 11

En cas de fraude, de contravention ou d'abus, les Etats contractants ont le droit d'intenter des poursuites pour recouvrer les droits et taxes d'entrée qui seraient dus éventuellement ainsi que pour imposer les pénalités que les personnes bénéficiaires des franchises et autres facilités auraient encourues.

Article 12

Toute infraction aux dispositions de la présente Convention, toute substitution, fausse déclaration ou manœuvre ayant pour effet de faire bénéficier indûment une personne ou un objet du régime d'importation prévu par la présente Convention, expose le contrevenant, dans le pays où l'infraction a été commise, aux sanctions prévues par la législation de ce pays.

Article 13

Aucune disposition de la présente Convention n'exclut le droit pour les Etats contractants qui forment une union douanière ou économique de prévoir des règles particulières applicables aux personnes qui résident dans les pays faisant partie de cette union.

Article 14

(1) La présente Convention sera, jusqu'au 31 décembre 1954, ouverte à la signature au nom de tout Etat Membre de l'Organisation des Nations Unies et de tout autre Etat invité à participer à la Conférence des Nations Unies sur les formalités douanières concernant l'importation temporaire des véhicules de tourisme et le tourisme, tenue à New-York en mai et juin 1954 et ci-après dénommée « la Conférence ».

(2) La présente Convention devra être ratifiée et les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 15

(1) A partir du 1^{er} janvier 1955, tout Etat visé au paragraphe 1 de l'article 14 et tout autre Etat qui y aura été invité par le Conseil économique et social des Nations Unies pourront adhérer à la présente Convention. L'adhésion sera également possible au nom de tout Territoire sous tutelle dont l'Organisation des Nations Unies est l'Autorité administrante.

(2) L'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

beneficios de esta Convención sólo se aplicarán a dichos artículos cuando no estén basadas en motivos económicos y sí en consideraciones de moralidad pública, seguridad pública, sanidad pública, higiene o de índole veterinaria o fitopatológica.

Artículo 10

Las exenciones y facilidades previstas en la presente Convención no se aplicarán al tráfico fronterizo

Tampoco se considerará que tales exenciones y facilidades se aplicarán automáticamente:

- Cuando la cantidad total de un producto u objeto determinado importado por un turista exceda considerablemente de los límites previstos en la presente Convención;
- En el caso de un turista que entre más de una vez al mes en el país donde se efectúe la importación;
- En el caso de un turista menor de 17 años.

Artículo 11

En caso de fraude, contravenciones o abusos, los Estados Contratantes tendrán el derecho de adoptar las medidas destinadas al cobro de los derechos y gravámenes que eventualmente correspondan, así como de imponer sanciones por las faltas en que hubiesen incurrido los beneficiarios de exenciones u otras facilidades.

Artículo 12

Toda infracción de las disposiciones de la presente Convención y toda substitución, falsa declaración o maniobra que tenga por efecto beneficiar indebidamente a una persona u objeto del régimen de importación previsto por la presente Convención, podrá exponer al infractor en el país en que se haya cometido tal infracción a las sanciones establecidas por la legislación de dicho país.

Artículo 13

Ninguna de las disposiciones de la presente Convención impedirá que los Estados Contratantes que forman una unión aduanera o económica dicten disposiciones especiales aplicables a los residentes de los Estados que formen dicha unión.

Artículo 14

(1) La presente Convención quedará abierta hasta el 31 de diciembre de 1954 a la firma de todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y de todo otro Estado invitado a participar en la Conferencia de las Naciones Unidas sobre Formalidades Aduaneras para la Importación Temporal de Vehículos Automotores Particulares de Carretera y para el Turismo, celebrada en Nueva York en mayo y junio de 1954, y que en adelante se denominará "la Conferencia".

(2) La presente Convención estará sujeta a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán depositados en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 15

(1) A partir del 1º de enero de 1955 podrán adherirse a la presente Convención los Estados a que se hace referencia en el párrafo 1 del artículo 14, y cualquier otro Estado que sea invitado a hacerlo por el Consejo Económico y Social de las Naciones Unidas. Asimismo, podrá adherirse cualquier Estado en nombre de un territorio en fideicomiso del cual sean Autoridades Administradoras las Naciones Unidas.

(2) La adhesión se hará mediante el depósito de un instrumento de adhesión en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

dürfen, wenn diese Verbote nicht aus wirtschaftlichen Gründen erlassen worden sind, sondern beispielsweise aus Gründen der öffentlichen Moral, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit, der Hygiene, der Veterinärpolizei oder des Pilanzenschutzes.

Artikel 10

Die Befreiungen und Erleichterungen dieses Abkommens gelten nicht für den kleinen Grenzverkehr.

Ferner sind diese Befreiungen und Erleichterungen nicht ohne weiteres zu gewähren,

- wenn die Gesamtmenge einer von einem Touristen eingeführten Ware die in diesem Abkommen festgelegte Grenze wesentlich überschreitet;
- für Touristen, die mehr als einmal im Monat in das Einfuhrland einreisen;
- für Touristen unter 17 Jahren.

Artikel 11

Im Falle des Schmuggels, einer Zuwiderhandlung oder eines Missbrauchs haben die Vertragsstaaten das Recht, die erforderlichen Maßnahmen zur Einziehung etwa zu entrichtender Eingangsabgaben und auch zur Verhängung von Strafen zu ergreifen, die Personen verwirkt haben, denen Befreiungen oder andere Erleichterungen gewährt worden sind

Artikel 12

Jede Verletzung der Bestimmungen dieses Abkommens, jede Unterschiebung, falsche Anmeldung oder Handlung, die bewirkt, daß eine Person oder ein Gegenstand einen ungerechtfertigten Vorteil aus der Einfuhrregelung dieses Abkommens erlangt, macht den Schuldbaren nach den Gesetzen des Landes, in dem die Zuwiderhandlung begangen worden ist, strafbar.

Artikel 13

Keine in diesem Abkommen festgelegte Bestimmung hindert Vertragsstaaten, die eine Zoll- oder Wirtschaftsunion bilden, besondere Bestimmungen für die Personen zu erlassen, die in den zu dieser Union gehörenden Staaten wohnen.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen steht bis zum 31. Dezember 1954 zur Unterzeichnung durch jeden Staat offen, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, und jeden anderen Staat, der zur Teilnahme an der Konferenz der Vereinten Nationen über die Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßenfahrzeuge und im Touristenverkehr eingeladen worden ist, die im Mai und Juni 1954 in New York stattgefunden hat und im folgenden „die Konferenz“ genannt wird.

(2) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel 15

(1) Vom 1. Januar 1955 an kann jeder der in Artikel 14 Abs. 1 erwähnten Staaten und jeder andere Staat, der vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen dazu eingeladen worden ist, diesem Abkommen beitreten. Der Beitritt ist auch im Namen jedes Treuhandgebietes, dessen Verwaltungsbehörde die Vereinten Nationen sind, möglich.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitragsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Article 16

(1) This Convention shall enter into force on the ninth day following the date of the deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession either without reservation or with reservations accepted in accordance with article 20.

(2) For each State ratifying or acceding to the Convention after the date of the deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession in accordance with the preceding paragraph, the Convention shall enter into force on the ninetieth day following the date of the deposit by such State of its instrument of ratification or accession either without reservation or with reservations accepted in accordance with article 20.

Article 17

(1) After this Convention has been in force for three years, any Contracting State may denounce it by so notifying the Secretary-General of the United Nations

(2) Denunciation shall take effect fifteen months after the date of receipt by the Secretary-General of the United Nations of the notification of denunciation.

Article 18

This Convention shall cease to have effect if, for any period of twelve consecutive months after its entry into force, the number of Contracting States is less than eight.

Article 19

(1) Any State may, at the time of the deposit of its instrument of ratification or accession or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that this Convention shall extend to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible. The Convention shall extend to the territories named in the notification as from the ninetieth day after its receipt by the Secretary-General if the notification is not accompanied by a reservation, or from the ninetieth day after the notification has taken effect in accordance with article 20, or on the date on which the Convention enters into force for the State concerned, whichever is the later.

(2) Any State which has made a declaration under the preceding paragraph extending this Convention to any territory for whose international relations it is responsible may denounce the Convention separately in respect of that territory in accordance with the provisions of article 17.

Article 20

(1) Reservations to this Convention made before the signing of the Final Act shall be admissible if they have been accepted by a majority of the members of the Conference and recorded in the Final Act

(2) Reservations made after the signing of the Final Act shall not be admitted if objection is expressed by one-third of the Signatory States or of the Contracting States as hereinafter provided

(3) The text of any reservation submitted to the Secretary-General of the United Nations by a State at the time of the signature, the deposit of an instrument of ratification or accession or of any notification under article 19 shall be circulated by the Secretary-General to all States which have at that time signed, ratified or acceded to the Convention. If one-third of these States expresses an objection within ninety days from the date of circulation, the reser-

Article 16

(1) La présente Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt du quinzième instrument de ratification ou d'adhésion non assorti de réserves ou avec réserves acceptées selon les conditions prévues à l'article 20.

(2) Pour chaque Etat qui l'aura ratifié ou y aura adhéré après la date du dépôt du quinzième instrument de ratification ou d'adhésion prévu au paragraphe précédent, la Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt, par cet Etat, de son instrument de ratification ou d'adhésion non assorti de réserves ou avec réserves acceptées selon les conditions prévues à l'article 20.

Article 17

(1) Après que la présente Convention aura été en vigueur pendant trois ans, tout Etat contractant pourra la dénoncer par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

(2) La dénonciation prendra effet quinze mois après la date à laquelle le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en aura reçu notification.

Article 18

La présente Convention cessera de produire ses effets si, à un moment quelconque après son entrée en vigueur, le nombre des Etats contractants est inférieur à huit pendant une période de douze mois consécutifs.

Article 19

(1) Tout Etat pourra, lors du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, ou à tout moment ultérieur, déclarer, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, que la présente Convention sera applicable à tout ou partie des territoires qu'il représente sur le plan international. La Convention sera applicable aux territoires mentionnés dans la notification soit à dater du quatre-vingt-dixième jour après réception de cette notification par le Secrétaire général si la notification n'est pas assortie d'une réserve, soit à dater du quatre-vingt-dixième jour après que la notification aura pris effet, conformément à l'article 20, soit à la date à laquelle la Convention sera entrée en vigueur pour l'Etat en question, la plus tardive de ces dates étant déterminante.

(2) Tout Etat qui aura fait, conformément au paragraphe précédent, une déclaration ayant pour effet de rendre la présente Convention applicable à un territoire qu'il représente sur le plan international pourra, conformément à l'article 17, dénoncer la Convention en ce qui concerne ce seul territoire.

Article 20

(1) Les réserves à la présente Convention faites avant la signature de l'Acte final seront recevables si elles ont été acceptées par la Conférence à la majorité de ses membres et consignées dans l'Acte final

(2) Les réserves à la présente Convention présentées après la signature de l'Acte final ne seront pas recevables si un tiers des Etats signataires ou des Etats contractants y fait objection dans les conditions prévues ci-après.

(3) Le texte de toute réserve présentée par un Etat au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies lors d'une signature, du dépôt d'un instrument de ratification ou d'adhésion, ou de toute notification prévue à l'article 19, sera communiqué par le Secrétaire général à tous les Etats qui auront signé ou ratifié la Convention ou qui y auront adhéré. La réserve ne sera pas acceptée si un tiers de ces Etats formule une objection dans

Artículo 16

(1) La presente Convención entrará en vigor el nonagésimo día siguiente a la fecha de depósito del décimoquinto instrumento de ratificación o adhesión, ya sea sin reservas o con las reservas aceptadas según lo previsto en el artículo 20.

(2) Respecto de todo Estado que ratifique la Convención o se adhiera a ella después del depósito del décimoquinto instrumento de ratificación o adhesión conforme al párrafo anterior, la Convención entrará en vigor el nonagésimo día siguiente a la fecha del depósito por dicho Estado de su instrumento de ratificación o adhesión, ya sea sin reservas o con las reservas aceptadas según lo previsto en el artículo 20.

Artículo 17

(1) Cuando la presente Convención haya estado en vigor durante tres años, cualquier Estado Contratante podrá denunciarla mediante notificación al Secretario General de las Naciones Unidas.

(2) La denuncia surtirá efecto quince meses después de la fecha en que el Secretario General de las Naciones Unidas haya recibido la notificación de la denuncia.

Artículo 18

La presente Convención dejará de surtir efecto si durante cualquier período de doce meses consecutivos después de su entrada en vigor, el número de Estados Contratantes es menor de ocho.

Artículo 19

(1) Todo Estado podrá, en el momento de depositar su instrumento de ratificación o adhesión o en cualquier otro momento posterior, declarar por notificación dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas que las disposiciones de la presente Convención serán aplicables a todos los territorios cuyas relaciones internacionales tenga a su cargo o a cualquiera de ellos. Si la notificación no va acompañada de reservas, la Convención se hará extensiva a los territorios designados en cualquier notificación el nonagésimo día siguiente a la fecha en que el Secretario General la hubiese recibido; si se acompañan reservas, se hará extensiva a dichos territorios a partir del nonagésimo día siguiente a la fecha en que, conforme a lo previsto en el artículo 20, haya surtido efecto dicha notificación, o en la fecha en que la Convención entre en vigor para el Estado interesado, en el caso de que ésta sea posterior.

(2) Todo Estado que haya hecho una declaración con arreglo a las disposiciones del párrafo anterior del presente artículo, haciendo extensiva la aplicación de la presente Convención a cualquiera de los territorios cuyas relaciones internacionales tenga a su cargo, podrá denunciar la Convención por separado respecto a dicho territorio, de conformidad con las disposiciones del artículo 17.

Artículo 20

(1) Las reservas a la presente Convención hechas antes de la firma del Acta Final serán admisibles si han sido aceptadas por la mayoría de los miembros de la Conferencia y se han hecho constar en el Acta Final.

(2) Las reservas formuladas después de la firma del Acta Final no serán admitidas si un tercio de los Estados signatarios o de los Estados Contratantes oponen objeciones a las mismas conforme a lo que se estipula a continuación.

(3) El Secretario General de las Naciones Unidas comunicará a todos los Estados que para esa fecha hayan firmado o ratificado la presente Convención o se hayan adherido a ella, el texto de cualquier reserva que le haya presentado un Estado en el momento de la firma, del depósito de un instrumento de ratificación o de adhesión o de una notificación cualquiera de conformidad con el artículo 19. No se aceptará la reserva si un tercio

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen tritt am neunzigsten Tage nach Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft, sofern die Urkunden keinen oder einen nach Artikel 20 angenommenen Vorbehalt enthalten.

(2) Für jeden Staat, der nach dem Tage der gemäß dem vorstehenden Absatz erfolgten Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde das Abkommen ratifiziert oder diesem beitritt, tritt es am neunzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft, sofern die Urkunden keinen oder einen nach Artikel 20 angenommenen Vorbehalt enthalten.

Artikel 17

(1) Wenn dieses Abkommen drei Jahre in Kraft gewesen ist, kann es jeder Vertragsstaat durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen.

(2) Die Kündigung wird fünfzehn Monate nach Eingang der Notifizierung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Artikel 18

Dieses Abkommen tritt außer Kraft, wenn zu irgend einer Zeit nach seinem Inkrafttreten die Zahl der Vertragsstaaten während zwölf aufeinanderfolgender Monate weniger als acht beträgt.

Artikel 19

(1) Jeder Staat kann im Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu einem späteren Zeitpunkt durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen erklären, daß dieses Abkommen auf einzelne oder alle Gebiete Anwendung findet, die er auf internationaler Ebene vertritt. Das Abkommen wird auf die in dieser Notifizierung genannten Gebiete ausgedehnt, entweder vom neunzigsten Tage nach Eingang dieser Notifizierung beim Generalsekretär an, wenn die Notifizierung keinen Vorbehalt enthält, oder vom neunzigsten Tage an, an dem die Notifizierung nach Artikel 20 wirksam geworden ist, oder von dem Tage an, an dem das Abkommen für den betreffenden Staat in Kraft tritt; dabei ist der späteste dieser Zeitpunkte maßgebend.

(2) Jeder Staat, der dieses Abkommen durch eine Erklärung nach dem vorstehenden Absatz auf ein Gebiet ausgedehnt hat, das er auf internationaler Ebene vertritt, kann das Abkommen auch für dieses Gebiet allein nach den Bestimmungen des Artikels 17 kündigen.

Artikel 20

(1) Von Unterzeichnung der Schlusakte gemachte Vorbehalte zu diesem Abkommen sind zulässig, wenn sie von der Mehrheit der Konferenzmitglieder angenommen und in der Schlusakte festgehalten worden sind.

(2) Nach Unterzeichnung der Schlusakte gemachte Vorbehalte sind nicht mehr zulässig, wenn ein Drittel der Signatarstaaten oder der Vertragsstaaten unter den nachstehenden Bedingungen Einwendungen dagegen erhebt.

(3) Der Text jedes Vorbehaltes, der dem Generalsekretär der Vereinten Nationen von einem Staat im Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder einer Notifizierung nach Artikel 19 vorgelegt worden ist, wird vom Generalsekretär allen Staaten übermittelt, die zu diesem Zeitpunkt das Abkommen angenommen oder ratifiziert haben oder es angetreten sind. Wenn ein Drittel der Staaten innerhalb von

vation shall not be accepted. The Secretary-General shall notify all States referred to in this paragraph of any objection received by him as well as of the acceptance or rejection of the reservation.

(4) An objection by a State which has signed but not ratified the Convention shall cease to have effect if, within a period of nine months from the date of making its objection, the objecting State has not ratified the Convention. If, as the result of an objection ceasing to have effect, a reservation is accepted by application of the preceding paragraph, the Secretary-General shall so inform the States referred to in that paragraph. The text of any reservation shall not be circulated to any signatory State under the preceding paragraph if that State has not ratified the Convention within three years following the date of signature on its behalf.

(5) The State submitting the reservation may, within a period of twelve months from the date of the notification by the Secretary-General referred to in paragraph 3 that a reservation has been rejected in accordance with the procedure provided for in that paragraph, withdraw the reservation, in which case the instrument of ratification or accession or the notification under article 19 as the case may be shall take effect with respect to such State as from the date of withdrawal. Pending such withdrawal, the instrument or the notification as the case may be, shall not have effect, unless, by application of the provisions of paragraph 4, the reservation is subsequently accepted.

(6) Reservations accepted in accordance with this article may be withdrawn at any time by notification to the Secretary-General.

(7) No Contracting State shall be required to extend to a State making a reservation the benefit of the provisions to which such reservation applies. Any State availing itself of this right shall notify the Secretary-General accordingly and the latter shall communicate this decision to all signatory and Contracting States.

Article 21

(1) Any dispute between two or more Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention shall so far as possible be settled by negotiation between them.

(2) Any dispute which is not settled by negotiation shall be submitted to arbitration if any one of the Contracting States in dispute so requests and shall be referred accordingly to one or more arbitrators selected by agreement between the States in dispute. If within three months from the date of the request for arbitration the States in dispute are unable to agree on the selection of an arbitrator or arbitrators, any of those States may request the President of the International Court of Justice to nominate a single arbitrator to whom the dispute shall be referred for decision.

(3) The decision of the arbitrator or arbitrators appointed under the preceding paragraph shall be binding on the Contracting States concerned.

Article 22

(1) After this Convention has been in force for three years, any Contracting State may, by notification to the Secretary-General of the United Nations, request that a conference be convened for the purpose of reviewing the Convention. The Secretary-General shall notify all Contracting States of the request and a review conference shall be convened by the Secretary-General if, within a

les quatre-vingt-dix jours de la date de la communication. Le Secrétaire général informera tous les Etats visés dans le présent paragraphe de toute objection qui lui aura été signifiée ainsi que de l'acceptation ou du rejet de la réserve.

(4) Toute objection formulée par un Etat qui aura signé la Convention, mais ne l'aura pas ratifiée, cessera d'avoir effet si l'Etat auteur de l'objection ne ratifie pas la Convention dans un délai de neuf mois à dater de ladite objection. Si le fait qu'une objection cesse d'avoir effet a pour conséquence d'entraîner l'acceptation de la réserve en application du paragraphe précédent, le Secrétaire général en informera les Etats visés à ce paragraphe. Nonobstant les dispositions du paragraphe précédent, le texte d'une réserve ne sera pas communiqué à un Etat signataire qui n'aura pas ratifié la Convention dans les trois ans qui suivent la date de la signature apposée en son nom.

(5) L'Etat qui présente la réserve pourra la retirer dans un délai de douze mois à dater de la communication du Secrétaire général visée au paragraphe 3 annonçant le rejet de la réserve selon la procédure prévue à ce paragraphe. L'instrument de ratification ou d'adhésion ou, selon le cas, la notification prévue à l'article 19, prendra alors effet pour cet Etat à dater du retrait. En attendant le retrait, l'instrument ou, selon le cas, la notification, sera sans effet, à moins qu'en application des dispositions du paragraphe 4 la réserve ne soit ultérieurement acceptée.

(6) Les réserves acceptées conformément au présent article pourront être retirées à tout moment par notification adressée au Secrétaire général.

(7) Les Etats contractants ne sont pas tenus d'accorder à l'Etat auteur d'une réserve les avantages prévus dans les dispositions de la Convention qui ont fait l'objet de ladite réserve. Tout Etat qui aura recours à cette faculté en avisera le Secrétaire général. Le Secrétaire général en informera alors les Etats signataires et contractants.

Article 21

(1) Tout différend entre deux ou plusieurs Etats contractants touchant l'interprétation ou l'application de la présente Convention sera, autant que possible, réglé par voie de négociation entre les Etats en litige.

(2) Tout différend qui n'aura pas été réglé par voie de négociation sera soumis à l'arbitrage si l'un quelconque des Etats contractants en litige le demande et sera, en conséquence, renvoyé à un ou plusieurs arbitres choisis d'un commun accord par les Etats en litige. Si, dans les trois mois à dater de la demande d'arbitrage, les Etats en litige n'arrivent pas à s'entendre sur le choix d'un arbitre ou des arbitres, l'un quelconque de ces Etats pourra demander au Président de la Cour internationale de Justice de désigner un arbitre unique devant lequel le différend sera renvoyé pour décision.

(3) La sentence de l'arbitre ou des arbitres désignés conformément au paragraphe précédent sera obligatoire pour les Etats contractants intéressés.

Article 22

(1) Après que la présente Convention aura été en vigueur pendant trois ans, tout Etat contractant pourra, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, demander la convocation d'une conférence à l'effet de réviser la présente Convention. Le Secrétaire général notifiera cette demande à tous les Etats contractants et convoquera une conférence

de tales Estados oponen alguna objeción dentro de los noventa días siguientes a la fecha en que se les comunicó la reserva. El Secretario General notificará a todos los Estados a que se refiere este párrafo las objeciones que recibiere, así como la aceptación o la desestimación de la reserva.

(4) La objeción formulada por un Estado que haya firmado pero no ratificado la Convención dejará de tener efecto si, dentro de los nueve meses siguientes a la fecha de la objeción, el Estado que la formulare no hubiera ratificado la Convención. Si se aceptare una reserva en aplicación del párrafo precedente por haber dejado de ser efectiva alguna objeción, el Secretario General lo notificará a los Estados a que se refiere dicho párrafo. El texto de las reservas no se dará a conocer a un Estado signatario, de conformidad con el párrafo anterior, si dicho Estado no ha ratificado la Convención dentro de tres años a partir de la fecha de haber firmado la Convención.

(5) El Estado que formule la reserva podrá retirarla dentro de un plazo de doce meses a partir de la fecha en que el Secretario General haya notificado, de conformidad con el párrafo 3, que la reserva ha sido rechazada según el procedimiento previsto en dicho párrafo, en cuyo caso el instrumento de ratificación o adhesión o la notificación enviada en virtud del artículo 19, según fuere el caso, surtirá efecto para dicho Estado a partir de la fecha en que retire su reserva. Hasta tanto se retire la reserva, el instrumento o la notificación, según fuere el caso, no surtirá efecto a menos que la reserva sea ulteriormente aceptada en aplicación de las disposiciones del párrafo 4.

(6) Las reservas que se acepten de conformidad con el presente artículo podrán ser retiradas en cualquier momento mediante notificación al Secretario General.

(7) Los Estados Contratantes podrán denegar el beneficio de las disposiciones de la Convención objeto de una reserva al Estado que hubiere formulado esa reserva. Todo Estado que hiciere uso de este derecho lo habrá de notificar al Secretario General, quien comunicará lo decidido por tal Estado a todos los Estados Signatarios y Contratantes.

Artículo 21

(1) Toda controversia entre dos o más Estados Contratantes respecto a la interpretación o aplicación de la presente Convención, será resuelta, en lo posible, mediante negociaciones entre ellos.

(2) Toda controversia que no sea resuelta por negociaciones será sometida a arbitraje cuando uno de los Estados Contratantes interesados así lo pida, y, en consecuencia, será referida a uno o más árbitros designados de común acuerdo por los Estados entre los que se produce la controversia. Si en el término de tres meses a partir de la fecha en que se haya solicitado el arbitraje, esos Estados no hubieran podido ponerse de acuerdo para la designación del árbitro o de los árbitros, cualquiera de ellos podrá pedir al Presidente de la Corte Internacional de Justicia que designe a un árbitro único a cuya decisión se someterá la controversia.

(3) La decisión del árbitro o de los árbitros designados con arreglo al párrafo anterior será obligatoria para los Estados Contratantes interesados.

Artículo 22

(1) Despues de que la presente Convención haya estado en vigor durante tres años, cualquier Estado Contratante podrá solicitar, mediante notificación al Secretario General de las Naciones Unidas, que se convoque una conferencia con objeto de revisar la Convención. El Secretario General informará esta solicitud a todos los Estados Contratantes y convocará una con-

neunzig Tagen vom Zeitpunkt der Übermittlung an Einwendungen erhebt, so wird der Vorbehalt nicht angenommen. Der Generalsekretär wird allen in diesem Absatz erwähnten Staaten sowohl jede ihm zugegangene Einwendung als auch die Annahme oder die Zurückweisung des Vorbehaltes mitteilen.

(4) Jede Einwendung eines Staates, der das Abkommen unterzeichnet aber noch nicht ratifiziert hat, wird unwirksam, wenn der einwendende Staat das Abkommen innerhalb von neun Monaten vom Tage der Erhebung der Einwendung an nicht ratifiziert. Wenn eine Einwendung unwirksam wird und somit der Vorbehalt nach dem vorstehenden Absatz als angenommen gilt, so wird der Generalsekretär die in diesem Absatz erwähnten Staaten davon unterrichten. Ungeachtet der Bestimmungen des vorstehenden Absatzes wird jedoch der Text eines Vorbehaltes einem Signatarstaat nicht mitgeteilt, wenn dieser Staat das Abkommen innerhalb von drei Jahren nach dem Tage der durch ihn vorgenommenen Unterzeichnung nicht ratifiziert hat.

(5) Der Staat, der einen Vorbehalt gemacht hat, kann ihn innerhalb von zwölf Monaten von dem Tage an zurückziehen, an dem der Generalsekretär nach Absatz 3 mitgeteilt hat, daß der Vorbehalt nach dem im genannten Absatz vorgesehenen Verfahren zurückgewiesen worden ist; in diesem Falle wird die Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder die Notifizierung nach Artikel 19 gegebenenfalls einem solchen Staat vom Tage der Zurückziehung zu wirksam. Bis zur Zurückziehung bleibt die Urkunde oder die Notifizierung wirkungslos, wenn der Vorbehalt nicht nach den Bestimmungen von Absatz 4 nachträglich angenommen wird.

(6) Vorbehalte, die nach diesem Artikel abgewichen worden sind, können jederzeit durch Notifizierung an den Generalsekretär zurückgezogen werden.

(7) Kein Vertragsstaat ist verpflichtet, einem Staat, der einen Vorbehalt gemacht hat, die Vergünstigungen dieses Abkommens zu gewähren, auf die sich der Vorbehalt bezieht. Jeder Staat, der dieses Recht für sich in Anspruch nimmt, wird dies dem Generalsekretär mitteilen. Der Generalsekretär wird diese Entscheidung allen Signatar- und Vertragsstaaten mitteilen.

Artikel 21

(1) Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens soll, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen diesen Staaten beigelegt werden.

(2) Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird einem Schiedsspruch unterworfen, wenn einer der am Streitfall beteiligten Vertragsstaaten es verlangt, und wird einem oder mehreren Schiedsrichtern, die durch Übereinkommen zwischen den am Streitfall beteiligten Staaten zu wählen sind, zur Entscheidung übertragen. Wenn innerhalb von drei Monaten vom Tage des Ersuchens um schiedsgerichtliche Entscheidung an die am Streitfall beteiligten Staaten über die Wahl eines oder mehrerer Schiedsrichter nicht einig werden, kann jeder dieser Staaten den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, einen einzigen Schiedsrichter zu ernennen, dem der Streitfall zur Entscheidung übertragen wird.

(3) Die Entscheidung des oder der nach dem vorstehenden Absatz ernannten Schiedsrichter ist für die beteiligten Vertragsstaaten bindend.

Artikel 22

(1) Wenn dieses Abkommen drei Jahre in Kraft gewesen ist, kann jeder Vertragsstaat durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen um Einberufung einer Konferenz zur Revision dieses Abkommens ersuchen. Der Generalsekretär wird dieses Ersuchen alle Vertragsstaaten mitteilen und die Konferenz konstituieren, wenn dies innerhalb von vier Monaten

period of four months following the date of notification by the Secretary-General, not less than one-half of the Contracting States notify him of their concurrence with the request.

(2) If a conference is convened in accordance with the preceding paragraph, the Secretary-General shall notify all Contracting States and invite them to submit within a period of three months such proposals as they may wish the conference to consider. The Secretary-General shall circulate to all Contracting States the provisional agenda for the conference together with the texts of such proposals at least three months before the date on which the conference is to meet.

(3) The Secretary-General shall invite to any conference convened in accordance with this article all Contracting States and all other States Members of the United Nations or of any of the specialized agencies.

Article 23

(1) Any Contracting State may propose one or more amendments to this Convention. The text of any proposed amendment shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations who shall circulate it to all Contracting States.

(2) Any proposed amendment circulated in accordance with the preceding paragraph shall be deemed to be accepted if no Contracting State expresses an objection within a period of six months following the date of circulation of the proposed amendment by the Secretary-General.

(3) The Secretary-General shall notify as soon as possible all Contracting States whether an objection to the proposed amendment has been expressed, and if no such objection has been expressed, the amendment shall enter into force for all Contracting States three months after the expiration of the period of six months referred to in the preceding paragraph.

Article 24

The Secretary-General of the United Nations shall notify all Member States of the United Nations and all other States invited to attend the Conference of the following:

- a) Signatures, ratifications and accessions, received in accordance with articles 14 and 15;
- b) The date upon which this Convention shall enter into force in accordance with article 16;
- c) Denunciations received in accordance with article 17;
- d) The abrogation of this Convention in accordance with article 18;
- e) Notifications received under article 19;
- f) Entry into force of any amendment in accordance with article 23.

Article 25

The original of this Convention shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations who shall transmit certified copies thereof to all Members of the United Nations and all other States invited to the Conference.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Convention

DONE at New York, this fourth day of June one thousand nine hundred and fifty-four, in a single copy in the English, French and Spanish languages, each text being equally authentic.

de révision si, dans un délai de quatre mois à dater de la notification adressée par lui, la moitié au moins des Etats contractants lui signifient leur assentiment à cette demande.

(2) Si une conférence est convoquée conformément au paragraphe précédent, le Secrétaire général en avisera tous les Etats contractants et les invitera à présenter, dans un délai de trois mois, les propositions qu'ils souhaiteraient voir examiner par la conférence. Le Secrétaire général communiquera à tous les Etats contractants l'ordre du jour provisoire de la conférence, ainsi que le texte de ces propositions, trois mois au moins avant la date d'ouverture de la conférence.

(3) Le Secrétaire général invitera à toute conférence convoquée conformément au présent article tous les Etats contractants et tous les autres Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies ou d'une des institutions spécialisées.

Article 23

(1) Tout Etat contractant pourra proposer un ou plusieurs amendements à la présente Convention. Le texte de tout projet d'amendement sera communiqué au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui le transmettra à tous les Etats contractants.

(2) Tout projet d'amendement qui aura été transmis conformément au paragraphe précédent sera réputé accepté si aucun Etat contractant ne formule d'objection dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle le Secrétaire général aura transmis le projet d'amendement.

(3) Le Secrétaire général fera connaître le plus tôt possible à tout les Etats contractants si une objection a été formulée contre le projet d'amendement et, en l'absence d'objection, l'amendement entrera en vigueur pour tous les Etats contractants trois mois après l'expiration du délai de six mois visé au paragraphe précédent.

Article 24

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies notifiera à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et à tous les autres Etats invités à participer à la Conférence:

- a) Les signatures, ratifications et adhésions reçues conformément aux articles 14 et 15;
- b) La date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur conformément à l'article 16;
- c) Les dénonciations reçues conformément à l'article 17;
- d) L'abrogation de la présente Convention conformément à l'article 18;
- e) Les notifications reçues conformément à l'article 19;
- f) L'entrée en vigueur de tout amendement conformément à l'article 23.

Article 25

L'original de la présente Convention sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en transmettra des copies certifiées conformes à tous les Membres de l'Organisation des Nations Unies et à tous les autres Etats invités à participer à la Conférence.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé la présente Convention

FAIT À NEW-YORK, le quatre juin mil neuf cent cinquante-quatre, en un seul exemplaire, en langues anglaise, espagnole et française, les trois textes faisant également foi.

ferencia para revisar la Convención si, dentro de los cuatro meses siguientes a la notificación del Secretario General, no menos de la mitad de los Estados Contratantes le comunican que están conformes con la citada solicitud.

(2) Si se convocara una conferencia con arreglo a lo que dispone el párrafo anterior, el Secretario General lo comunicará a todos los Estados Contratantes y les invitará a presentar, dentro de un período de tres meses, las propuestas que deseen someter a la consideración de la conferencia. El Secretario General distribuirá el programa provisional de la conferencia, junto con los textos de esas propuestas, por lo menos tres meses antes de la fecha en que deberá reunirse la conferencia.

(3) El Secretario General invitará a cualquier conferencia que se convoque con arreglo a lo dispuesto en este artículo a todos los Estados Contratantes y a todos los demás Estados Miembros de las Naciones Unidas o de cualquiera de los organismos especializados.

Artículo 23

(1) Cualquier Estado Contratante podrá proponer una o más modificaciones a la presente Convención. El texto de la modificación propuesta será remitido al Secretario General de las Naciones Unidas, quien lo distribuirá entre todos los Estados Contratantes.

(2) Se considerará que ha sido aceptada cualquier modificación propuesta que se distribuya con arreglo a lo dispuesto en el párrafo anterior, si ningún Estado Contratante formula objeciones dentro de los seis meses siguientes a la fecha en que el Secretario General distribuyó la modificación propuesta.

(3) El Secretario General comunicará a los Estados Contratantes, tan pronto como sea posible, si se formula alguna objeción contra la modificación propuesta, y, en caso de que no se presente ninguna, la modificación entrará en vigor para todos los Estados Contratantes seis meses después de que expire el período de seis meses que se menciona en el párrafo anterior.

Artículo 24

El Secretario General de las Naciones Unidas notificará a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros invitados a participar en la conferencia:

- Las firmas, ratificaciones y adhesiones recibidas con arreglo a lo dispuesto en los artículos 14 y 15;
- La fecha de entrada en vigor de la presente Convención con arreglo a lo dispuesto en el artículo 16;
- Las denuncias recibidas con arreglo o lo dispuesto en el artículo 17;
- La abrogación de la presente Convención con arreglo a lo dispuesto en el artículo 18;
- Las notificaciones recibidas en virtud de lo previsto en el artículo 19;
- La entrada en vigor de cualquier modificación, con arreglo a lo dispuesto en el artículo 23.

Artículo 25

El original de la presente Convención será depositado en poder del Secretario General de las Naciones Unidas, quien remitirá copias certificadas de él a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a todos los demás Estados invitados a la conferencia.

EN FE DE LO CUAL, los infrascritos, debidamente autorizados, firman la presente Convención.

HECHO en Nueva York, a los cuatro días de junio de mil novecientos cincuenta y cuatro, en un solo ejemplar, en español, francés e inglés, siendo los tres textos igualmente auténticos.

vom Tage der von ihm vorgenommenen Notifizierung an wenigstens die Hälfte der Vertragsstaaten ihre Zustimmung zu diesem Ersuchen bekanntgibt.

(2) Wird eine Konferenz nach dem vorstehenden Absatz einberufen, so wird der Generalsekretär dies allen Vertragsstaaten notifizieren und sie einladen, innerhalb von drei Monaten Vorschläge zu übermitteln, die nach ihrem Wunsch von der Konferenz behandelt werden sollen. Der Generalsekretär wird allen Vertragsstaaten eine provisorische Tagesordnung für die Konferenz sowie die Texte der Vorschläge spätestens drei Monate vor Beginn der Konferenz übermitteln.

(3) Der Generalsekretär wird zu jeder nach diesem Artikel einberufenen Konferenz alle Vertragsstaaten und alle anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen einladen.

Artikel 23

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine oder mehrere Änderungen dieses Abkommens vorschlagen. Der Text jedes Änderungsvorschlags ist dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln, der ihn an alle Vertragsstaaten weiterleiten wird.

(2) Jeder nach dem vorstehenden Absatz übermittelte Änderungsvorschlag gilt als angenommen, wenn kein Vertragsstaat innerhalb von sechs Monaten nach Übermittlung des Änderungsvorschlags durch den Generalsekretär Einwendungen erhebt.

(3) Der Generalsekretär wird so bald als möglich allen Vertragsstaaten mitteilen, ob gegen den Änderungsvorschlag eine Einwendung erhoben worden ist. Wird keine Einwendung erhoben, so tritt die Änderung drei Monate nach Ablauf der im vorstehenden Absatz festgelegten sechsmonatigen Frist für alle Vertragsstaaten in Kraft.

Artikel 24

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und allen anderen zur Teilnahme an der Konferenz eingeladenen Staaten notifizieren

- die Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritte, die er nach Artikel 14 und 15 erhalten hat;
- das Datum, an dem dieses Abkommen nach Artikel 16 in Kraft tritt;
- die Kündigungen, die er nach Artikel 17 erhalten hat;
- das Außerkrafttreten dieses Abkommens nach Artikel 18;
- die Notifizierungen, die er nach Artikel 19 erhalten hat;
- das Inkrafttreten jeder Änderung nach Artikel 23.

Artikel 25

Die Urschrift dieses Abkommens wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Generalsekretär wird beglaubigte Abschriften davon allen Mitgliedern der Vereinten Nationen und allen anderen zur Teilnahme an der Konferenz eingeladenen Staaten übermitteln.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu New York am vierten Juni neunzehnhundertvierundfünfzig in einer einzigen Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

The Secretary-General is requested to prepare an authoritative translation of this Convention in the Chinese and Russian languages and to add the Chinese and Russian texts to the English, French and Spanish texts when transmitting certified copies thereof to the States in accordance with article 25 of this Convention.

Le Secrétaire général est invité à établir, de la présente Convention, une traduction en langues chinoise et russe faisant autorité, et à joindre les textes chinois et russes aux textes anglais, espagnol et français lorsqu'il transmettra aux Etats les copies certifiées conformes visées à l'article 25 de la présente Convention.

For AFGHANISTAN:
Pour l'AFGHANISTAN:
Por el AFGANISTÁN:

For ALBANIA:
Pour l'ALBANIE:
Por ALBANIA:

For ARGENTINA:
Pour l'ARGENTINE:
Por la ARGENTINA:

Ad Referendum
Luis J. Estevarena

For AUSTRALIA:
Pour l'AUSTRALIE:
Por AUSTRALIA:

For AUSTRIA:
Pour l'AUTRICHE:
Por AUSTRIA:

Dr. J. Stangelberger

For the KINGDOM OF BELGIUM:
Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:
Por el REINO DE BÉLGICA:

Sous réserve de ratification
Ch. Hopchet

For BOLIVIA:
Pour la BOLIVIE:
Por BOLIVIA:

For BRAZIL:
Pour le BRÉSIL:
Por el BRASIL:

For BULGARIA:
Pour la BULGARIE:
Por BULGARIA:

Se pide al Secretario General se sirva preparar una traducción fehaciente de la presente Convención a los idiomas chino y ruso y agregar los textos chino y ruso a los textos español, francés e inglés cuando remita a los Estados las copias certificadas de los mismos en conformidad con el artículo 25 de la Convención.

Der Generalsekretär wird ersucht, eine amtliche Übersetzung dieses Abkommens in chinesischer und russischer Sprache anzufertigen und den chinesischen und russischen Text dem englischen, französischen und spanischen Text beizufügen, wenn er die beglaubigten Abschriften den Staaten nach Artikel 25 dieses Abkommens übermittelt.

Für AFGHANISTAN:

Für ALBANIEN:

Für ARGENTINIEN:

Ad Referendum
Luis J. Estevarena

Für AUSTRALIEN:

Für ÖSTERREICH:

Dr. J. Stangelberger

Für das KONIGREICH BELGIEN:

Unter dem Vorbehalt der Ratifikation
Ch. Hopchet

Für BOLIVIEN:

Für BRASILIEN:

Für BULGARIEN:

For the UNION OF BURMA:
 Pour l'UNION BIRMANE:
 Por la UNIÓN BIRMANA:

For the BYELORUSSIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:
 Pour la RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE
 DE BIÉLORUSSIE:
 Por la REPÚBLICA SOCIALISTA SOVIÉTICA
 DE BIELORRUSIA:

For CAMBODIA:
 Pour le CAMBODGE:
 Por CAMBOJA:

Iem Kadul

For CANADA:
 Pour le CANADA:
 Por el CANADÁ:

For CEYLON:
 Pour CEYLAN:
 Por CEILÁN:

H. Shirley Amerasinghe

For CHILE:
 Pour le CHILI:
 Por CHILE.

For CHINA:
 Pour la CHINE:
 Por la CHINA:

For COLOMBIA:
 Pour la COLOMBIE:
 Por COLOMBIA:

For COSTA RICA:
 Pour le COSTA-RICA:
 Por COSTA RICA:

ad-referendum
 J. F. Carballo
 July 20th, 1954

For CUBA:
 Pour CUBA:
 Por CUBA:

José Manuel Vilas

Für BIRMA:

Für die
WEISSRUSSISCHE SOZIALISTISCHE
SOWJET-REPUBLIK:

Für KAMBODSCHA:

Iem Kadul

Für KANADA:

Für CEYLON:

H. Shirley Amerasinghe

Für CHILE:

Für CHINA:

Für KOLUMBIEN:

Für COSTA RICA:

ad-referendum

J. F. Carballo

20. Juli 1954

Für KUBA:

Adolfo Gómez Cordero

For CZECHOSLOVAKIA:
Pour la TCHÉCOSLOVAQUIE:
Por CHECOESLOVAQUIA:

For DENMARK:
Pour le DANEMARK:
Por DINAMARCA:

For the DOMINICAN REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE DOMINICAINE:
Por la REPÚBLICA DOMINICANA:

Ad Referendum
R. O. Galván

For ECUADOR:
Pour l'EQUATEUR:
Por el ECUADOR:

B. Oquendo

For EGYPT:
Pour l'EGYPTE:
Por ECIPTO:

Subject to the reservation recorded in the final act

Rachad Mourad

For EL SALVADOR:
Pour LE SALVADOR:
Por EL SALVADOR:

For ETHIOPIA:
Pour l'ETHIOPIE:
Por ETIOPÍA:

For FINLAND:
Pour la FINLANDE:
Por FINLANDIA:

For FRANCE:
Pour la FRANCE:
Por FRANCIA:

Philippe de Seynes

For the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:
Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:
Por la REPÚBLICA FEDERAL ALEMANA:

Richard Paulig
Walter Wagner

For GREECE:
Pour la GRÈCE:
Por GRECIA:

Für die TSCHIECHOSLOWAKER:

Für DÄNEMARK:

Für die
DOMINIKANISCHE REPUBLIK:

Ad Referendum
R. O. Galván

Für ECUADOR:

B. Oquendo

Für Ägypten:

Unter dem in den Schlußteil
niedergeschlagenen Vorwurf
Rachad Mourad

Für EL SALVADOR:

Für ÄTHIOPIEN:

Für FINNLAND:

Für FRANKREICH:

Philippe de Seynes

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Richard Paulig
Walter Wagner

For GUATEMALA:
Pour le GUATEMALA:
Por GUATEMALA:

Con sujeción a las reservas consignadas en el Acta Final

E. Castillo Artiola

For HAITI:
Pour HAÏTI:
Por HAÏTI:

Sous la réserve consignée dans l'Acte Final

Ernest G. Chauvet

For HONDURAS:
Pour le HONDURAS:
Por HONDURAS:

Tiburcio Carias Jr.
June 15, 1954

For HUNGARY:
Pour la HONGRIE:
Por HUNGRÍA:

For ICELAND:
Pour ISLANDE:
Por ISLANDIA:

For INDIA:
Pour l'INDE:
Por la INDIA:

For INDONESIA:
Pour l'INDONÉSIE:
Por INDONESIA:

For IRAN:
Pour l'IRAN:
Por IRÁN:

For IRAQ:
Pour l'IRAK:
Por IRAK:

Für GUATEMALA:

Unter den in der Schlußakte
niedergelegten Vorbehalten

E. Castillo Arriola

Für HAUTI:

Unter dem in der Schlußakte
niedergelegten Vorbehalt

Ernest G. Chauvet

Für HONDURAS:

Tiburcio Carias Jr.

15. Juni 1954

Für UNGARN:

Für ISLAND:

Für INDIEN:

Für INDONESIEN:

Für IRAN:

Für IRAK:

For IRELAND:
Pour l'IRLANDE:
Por IRLANDA:

For ISRAEL:
Pour ISRAEL:
Por ISRAEL:

For ITALY:
Pour l'ITALIE:
Por ITALIA:

Ugo Calderoni

For JAPAN:
Pour le JAPON:
Por el JAPÓN:

For the HASHEMITE KINGDOM OF THE JORDAN:
Pour le ROYAUME HACHÉMITE DE JORDANIE:
Por el REINO HACHEMITA DE JORDANIA:

For the REPUBLIC OF KOREA:
Pour la RÉPUBLIQUE DE CORÉE:
Por la REPÚBLICA DE COREA:

For LAOS:
Pour le LAOS:
Por LAOS:

For LEBANON:
Pour le LIBAN:
Por el LÍBANO:

For LIBERIA:
Pour le LIBÉRIA:
Por LIBERIA:

For LIBYA:
Pour la LIBYE:
Por LIBIA:

For the GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:
Pour le GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG:
Por el GRAN DUCADO DE LUXEMBURGO:

Für IRLAND:

Für ISRAEL:

Für ITALIEN:

Ugo Calderoni

Für JAPAN:

Für das
HASCHEMITISCHE KONIGREICH
JORDANIEN:

Für die REPUBLIK KOREA:

Für LAOS:

Für LIBANON:

Für LIBERIA:

Für LIBYEN:

Für das
GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG:

For MEXICO:
Pour le MEXIQUE:
Por MÉXICO:

José A. Bufort

For MONACO:
Pour MONACO:
Por MÓNACO:

Marcel A. Palmaro

For NEPAL:
Pour le NÉPAL:
Por NEPAL:

For the KINGDOM OF THE NETHERLANDS:
Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS
Por el REINO DE LOS PAÍSES BAJOS:

Paymans

For NEW ZEALAND:
Pour le NOUVEAU-ZÉLANDE:
Por NUEVA ZELANDIA:

For NICARAGUA:
Pour le NICARAGUA:
Por NICARACUA:

For the KINGDOM OF NORWAY:
Pour le ROYAUME DE NORVÈGE:
Por el REINO DE NORUEGA:

For PAKISTAN:
Pour le PAKISTAN:
Por el PAKISTÁN:

For PANAMA:
Pour le PANAMA:
Por PANAMÁ:

Ad referendum
Ernesto de la Ossa

For PARAGUAY:
Pour le PARAGUAY:
Por el PARAGUAY:

For PERU:
Pour le PÉROU:
Por el PERÚ

Für MEXIKO:

José A. Bufort

Für MONACO:

Marcel A. Palmaro

Für NEPAL:

Für das
KONIGREICH DER NIEDERLANDE:

Paymans

Für NEUSEELAND:

Für NICARAGUA:

Für das
KONIGREICH NORWEGEN:

Für PAKISTAN:

Für PANAMA:

Ad referendum
Ernesto de la Ossa

Für PARAGUAY:

Für PERU:

For the PHILIPPINE REPUBLIC:
 Pour la RÉPUBLIQUE DES PHILIPPINES:
 Por la REPÚBLICA DE FILIPINAS:

Mauro Méndez

For POLAND:
 Pour la POLOGNE:
 Por POLONIA:

For PORTUGAL:
 Pour le PORTUGAL:
 Por PORTUGAL:

ad referendum
 Freire de Andrade

For ROMANIA:
 Pour la ROUMANIE:
 Por RUMANIA:

For SAN MARINO:
 Pour SAINTE-MARIN:
 Por SAN MARINO:

For SAUDI ARABIA:
 Pour L'ARABIE SAOUDITE:
 Por ARABIA SAUDITA:

For SPAIN:
 Pour l'ESPAGNE:
 Por ESPAÑA:

ad referendum
 R. de la Presilla

For SWEDEN:
 Pour la SUÈDE:
 Por SUECIA:

Sous la réserve consignée dans l'Acte final

G. de Sydow
 A. Appeltoft

For SWITZERLAND:
 Pour la SUISSE:
 Por SUIZA:

Fr. Lüthi

For SYRIA:
 Pour la SYRIE:
 Por SIRIA:

Für die
REPUBLIK DER PHILIPPINEN:

Mauro Méndez

Für PCLEN:

Für PORTUGAL:

ad referendum
Freire de Andrade

Für RUMANIEN:

Für SAN MARINO:

Für SAUDI-ARABIEN:

Für SPANIEN:

ad referendum
R. de la Presilla

Für SCHWEDEN:

Unter dem in der Schlussakte
niedergelegten Vorbehalt.

G. de Sydow
A. Appeltoft

Für die SCHWEIZ:

Fr. Lüthi

Für SYRIEN:

For THAILAND:
 Pour la THAÏLANDE:
 Por TAILANDIA:

For TURKEY:
 Pour la TURQUIE:
 Por TURQUÍA:

For the
 UKRAINIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:
 Pour la
 RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE D'UKRAINE:
 Por la
 REPÚBLICA SOCIALISTA SOVIÉTICA DE UCRANIA:

For the UNION OF SOUTH AFRICA:
 Pour l'UNION SUD-AFRICAINE:
 Por la UNIÓN SUDAFRICANA:

For the
 UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS:
 Pour l'UNION
 DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES:
 Por la
 UNIÓN DE REPÚBLICAS SOCIALISTAS SOVIÉTICAS:

For the
 UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
 AND NORTHERN IRELAND:
 Pour le
 ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
 ET D'IRLANDE DU NORD:
 Por el
 REINO UNIDO DE LA GRAN BRETAÑA
 E IRLANDA DEL NORTE:

Charles Henry Blake

For the UNITED STATES OF AMERICA:
 Pour les ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE:
 Por los ESTADOS UNIDOS DE AMÉRICA:

James J. Wadsworth
Henry H. Kelly

For URUGUAY:
 Pour l'URUGUAY:
 Por el URUGUAY:

ad Referendum
E. Rodriguez Fabregat

For VATICAN CITY:
 Pour la CITÉ DU VATICAN:
 Por la CIUDAD DEL VATICANO:

Für THAILAND:

Für die TÜRKEI:

Für die
UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE
SOWJET-REPUBLIK:

Für die
SUDAFRIKANISCHE UNION:

Für die
UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJET-REPUBLIKEN:

Für das
VEREINIGTE KÖNIGREICH VON
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:

Charles Henry Blake

Für die
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:

James J. Wadsworth
Henry H. Kelly

Für URUGUAY:

ad Referendum
E. Rodríguez Fabregat

Für den
STAAT DER VATIKANSTADT:

Moskau
Prag und **London**

For VENEZUELA:
Pour le VENFZUELA:
Por VENEZUELA:

For VIET-NAM:
Pour le VIET-NAM:
Por VIETNAM:

For YEMEN:
Pour le YÉMEN:
Por el YEMEN:

For YUGOSLAVIA:
Pour la YOUGOSLAVIE:
Por YUGOESLAVIA:

Nr. 37 — Tag der Ausgabe: Bonn, den 29. Dezember 1956

1957

Für VENEZUELA:

Für VIETNAM:

Für den JEMEN:

Für JUGOSLAWIEN:

**Additional Protocol to the Convention
Concerning Customs Facilities for Touring, Relating to the Importation of Tourist Publicity Documents and Material**

THE CONTRACTING STATES,

AT THE TIME OF THE CONCLUSION of a Convention concerning Customs Formalities for Touring by the United Nations Conference on Customs Formalities for the Temporary Importation of Private Road Motor Vehicles and for Tourism.

DESIRING to facilitate also the circulation of tourist publicity documents and material,

HAVE AGREED on the following additional provisions:

Article 1

For the purpose of this Protocol the term "import duties and import taxes" shall mean not only customs duties but also all duties and taxes whatever chargeable by reason of importation.

Article 2

Each of the Contracting States shall admit free of import duties and import taxes the following articles provided they are imported from another Contracting State and that there is no reason for their release:

a) Documents (folders, pamphlets, books, magazines, guides, posters framed or unframed, unframed photographs and photographic enlargements, maps whether illustrated or not, printed window transparencies) for free distribution, the chief purpose of which is to encourage the public to visit foreign countries, inter alia to attend cultural, touristic, sporting, religious or professional meetings or demonstrations held in such foreign countries, provided these documents do not contain more than 25 per cent private commercial advertising and are obviously designed for general publicity purposes;

b) Lists and year-books of foreign hotels published or sponsored by official tourist agencies and timetables of transport services operating abroad, when such documents are for free distribution and do not contain more than 25 per cent private commercial advertising;

c) Technical material sent to the accredited representatives or correspondents appointed by national official tourist agencies, not intended for distribution, i.e., year-books, telephone directories, lists of hotels, catalogues of fairs, samples of negligible value of handicraft, documentation about museums, universities, spas and similar institutions.

Article 3

Subject to the conditions laid down in article 4, the following material shall be admitted temporarily free of import duties and import taxes, without entering into a bond in respect of those duties and taxes or depositing those duties and taxes when imported from one of the Contracting States directly for the purpose of exportation

**Protocole Additionnel à la Convention
sur les Facilités Douanières en faveur
du Tourisme, relatif à l'Importation de
Documents et de Matériel de
Propagande Touristique**

LES ETATS CONTRACTANTS,

AU MOMENT DE LA CONCLUSION, par la Conférence des Nations Unies sur les formalités douanières concernant l'importation temporaire des véhicules de tourisme et le tourisme, d'une Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme,

DÉSIREUX de faciliter aussi la circulation des documents et du matériel de propagande touristique,

SONT CONVENUS des dispositions complémentaires suivantes:

Article premier

Aux fins du présent Protocole, on entend par « droits et taxes d'entrée » non seulement les droits de douane, mais aussi tous droits et taxes quelconques éligibles à fait de l'importation.

Article 2

Chacun des Etats contractants admet en franchise des droits et taxes d'entrée, à condition qu'ils soient importés dans son territoire, les Etats et qu'il n'y ait pas de raison de craindre un abus.

a) Les documents (plans, brochures, livres, revues, guides, affiches encadrées ou non, photographies et agrandissements photographiques non encadrés, cartes géographiques illustrées ou non, vitraux destinés à être distribués gratuitement et qui ont pour objet essentiel d'amener le public à visiter des pays étrangers, notamment à assister à des réunions ou à des manifestations présentant un caractère culturel, touristique, sportif, religieux ou professionnel, pourvu que ces documents ne contiennent pas plus de 25 pour 100 de publicité commerciale privée et que leur but de propagande de caractère général soit évident;

b) Les listes et annuaires d'hôtels étrangers publiés par les organismes officiels de tourisme ou sous leur patronage et les indicateurs d'horaires relatifs à des services de transports exploités à l'étranger, lorsque ces documents sont destinés à être distribués gratuitement et ne contiennent pas plus de 25 pour 100 de publicité commerciale privée;

c) Le matériel technique envoyé aux représentants accrédités ou aux correspondants désignés par des organismes officiels nationaux de tourisme, qui n'est pas destiné à être distribué, c'est-à-dire les annuaires, listes d'abonnés au téléphone, listes d'hôtels, catalogues de foires, échantillons de produits de l'artisanat d'une valeur négligeable, documentations sur les musées, universités, stations thermales, ou autres institutions analogues.

Article 3

Sous réserve des conditions prévues à l'article 4, est admis en franchise temporaire des droits et taxes d'entrée, et à disposition de la personne ou de la compagnie de ces droits et taxes, le matériel visé ci-dessous, importé d'un des Etats contractants et ayant pour effet de servir à la propagation de la propagande touristique.

(Übersetzung)

Protocolo Adicional a la Convención sobre Formalidades Aduaneras para el Turismo, relativo a la Importación de Documentos y de Material de Propaganda Turística

LOS ESTADOS CONTRATANTES.

EN EL MOMENTO EN QUE la Conferencia de las Naciones Unidas sobre Formalidades Aduaneras para la Importación Temporal de Vehículos Automotores Particulares de Carretera y para el Turismo aprueba una Convención sobre Formalidades Aduaneras para el Turismo,

DESEANDO TAMBIÉN facilitar la circulación de documentos y de material de propaganda del turismo.

CONVIENEN EN las siguientes disposiciones complementarias:

Artículo 1

A los efectos del presente Protocolo, la expresión "derechos y gravámenes de importación" significa no sólo los derechos de aduanas sino también todos los derechos y gravámenes exigibles con motivo de la importación.

Artículo 2

Cada uno de los Estados Contratantes admitirá libre de derechos y gravámenes de importación los siguientes artículos, a condición de que sean importados de otro Estado Contratante y de que no haya motivo para temer un abuso:

a) Los materiales (volantes, folletos, libros, revistas, guías, carteles con o sin marco, fotografías y ampliaciones fotográficas sin marco, mapas ilustrados o no y transparentes impresos para vidrieras) destinados a ser distribuidos gratuitamente y que tengan por objeto esencial interesar al público a que visite países extranjeros, principalmente para asistir a reuniones o manifestaciones de carácter cultural, turístico, deportivo, religioso o profesional que se celebren en esos países, siempre que tales materiales no contengan más del 25 por ciento de publicidad comercial privada y que su fin propagandístico de carácter general sea evidente;

b) Las listas y los anuarios de hoteles extranjeros publicados por los organismos oficiales de turismo o bajo sus auspicios y los horarios de los servicios de transporte que funcionan en el extranjero, siempre que esos documentos sean distribuidos gratuitamente y no contengan más del 25 por ciento de publicidad comercial privada;

c) El material técnico enviado a los representantes acreditados o a los corresponsales autorizados designados por los organismos nacionales de turismo de carácter oficial, que no se destinen a la distribución, a saber, anuarios, guías de teléfonos, listas de hoteles, catálogos de ferias, muestras de productos de la artesanía de valor insignificante, documentación relativa a museos, universidades, estaciones termales e instituciones similares.

Artículo 3

Con sujeción a las condiciones previstas en el artículo 4, se admitirán con franquicia temporal de derechos y gravámenes de importación, sin necesidad de constituir fianza respecto de dichos derechos y gravámenes y dependiendo en su importancia, los materiales que se suministran o se introducen en importación de acuerdo con los Estados Contratantes.

Zusatzprotokoll zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr

DIE VERTRAGSSTAATEN,

ANLÄSSLICH DES ABSCHLUSSES eines Abkommens über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr durch die Konferenz der Vereinten Nationen über die Zollnormalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßfahrzeuge und im Touristenverkehr,

VON DEM WUNSCHE geleitet, auch den Verkehr mit Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr zu erleichtern,

SIND über folgende zusätzliche Bestimmungen einiggekommen:

Artikel 1

Im Sinne dieses Protokolls bedeutet der Begriff „Eingangsabgaben“ nicht nur Zölle, sondern auch alle anderen bei der Einfuhr zu erhebenden Abgaben.

Artikel 2

Jeder Vertragsstaat wird nachstehende Gegenstände frei von Eingangsabgaben aufgenommen, wenn sie aus einem anderen Vertragsstaat eingeführt werden und kein Verdacht eines Mißbrauchs besteht:

- a) Flugblätter, Prospekte, Broschüren, Bücher, Magazine, Reiseführer, Plakate mit oder ohne Rahmen, nicht eingekleimte Photographien und photographiche Vergrößerungen, Landkarten mit oder ohne Abbildungen, bedruckte Fenstertransparente), die zur unentgeltlichen Verteilung bestimmt sind und deren Hauptzweck es ist, die Öffentlichkeit anzuregen, fremde Länder zu besuchen, insbesondere um dort an kulturellen, touristischen, sportlichen, religiösen oder beruflichen Treffen oder Veranstaltungen teilzunehmen; Voraussetzung dafür ist, daß diese Papiere nicht mehr als 25 Prozent Geschäftsreklame enthalten und daß ihr allgemeiner Werbezweck offensichtlich ist;
- b) Listen und Jahrbücher ausländischer Hotels, die von den offiziellen Fremdenverkehrsorganisationen oder auf ihre Veranlassung veröffentlicht werden, sowie Fahrpläne im Ausland betriebener Verkehrsunternehmen, wenn diese Papiere zur unentgeltlichen Verteilung bestimmt sind und nicht mehr als 25 Prozent Geschäftsreklame enthalten;
- c) Technisches Material, das den von den nationalen offiziellen Fremdenverkehrsorganisationen anerkannten Vertretern oder bezeichneten Korrespondenten übersandt wird und das nicht zur Verteilung bestimmt ist, wie Jahrbücher, Telephonverzeichnisse, Hotellisten, Messekataloge, handwerkliche Muster von geringem Wert, Prospekte über Museen, Universitäten, Bäder und ähnliche Einrichtungen.

Artikel 3

Vorbehaltlich der Bedingungen des Artikels 4 werden nachstehende Gegenstände frei von Eingangsabgaben und ohne Sicherheitsleistung für die Eingangsabgabe verantwortlich zur Einfuhr zugelassen, wenn sie aus einem anderen Vertragsstaat eingeführt werden und kein Verdacht eines Mißbrauchs besteht:

the public to visit that State, inter alia to attend cultural, touristic, sporting, religious or professional meetings or demonstrations held in that country:

- a) Material intended for display in the offices of the accredited representatives or correspondents appointed by the official national tourist agencies or in other places approved by the Customs authorities of the country of import: pictures and drawings; framed photographs and photographic enlargements; art books; paintings, engravings or lithographs, sculptures and tapestries and other similar works of art;
- b) Display material (show-cases, stands and similar articles), including electrical and mechanical equipment required for operating such display;
- c) Documentary films, records, tape recordings and other sound recordings intended for use in performances at which no charge is made, but excluding those whose subjects lend themselves to commercial advertising and those which are on general sale in the country of importation;
- d) A reasonable number of flags;
- e) Displays of national handicrafts, printing blocks, photographic negatives;
- f) Specimens, in reasonable numbers, of articles of national handicrafts, local costumes and similar articles of folklore.

Article 4

(1) The facilities mentioned in article 3 shall be granted on the following conditions:

- a) The material must be despatched either by an official tourist agency or by a national tourist publicity agency affiliated therewith. Proof shall be furnished by presenting to the Customs authorities of the country of import a declaration made out in accordance with the model in the annex to this Protocol by the despatching agency;
- b) The material must be imported for and on the responsibility of either the accredited representative of the official national tourist agency of the country of despatch or of the correspondent appointed by the aforesaid agency and approved by the Customs authorities of the country of import. The responsibility of the accredited representative of the approved correspondent includes in particular the payment of the import duties and taxes, which will be chargeable if the conditions laid down in this Protocol are not fulfilled;
- c) The material imported must be re-exported without alteration by the importing agency. If the material granted temporary free admission is destroyed in accordance with the conditions laid down by the Customs authorities, the importer shall nevertheless be freed from the obligation to re-export.

(2) The privilege of temporary free admission shall be granted for a period of at least twelve months.

Article 5

In the event of fraud, contravention or abuse, the Contracting States shall be free to take proceedings for the recovery of the corresponding import duties and import taxes and also for the imposition of any penalties to which the persons who have been granted exemptions or other advantages under this Protocol may be subject.

à y assister à des réunions ou à des manifestations de caractère culturel, touristique, sportif, religieux ou professionnel:

- a) Objets destinés à être exposés dans les bureaux des représentants accrédités ou des correspondants désignés par des organismes officiels nationaux de tourisme ou dans d'autres locaux agréés par les autorités douanières du pays d'importation: tableaux et dessins; photographies et agrandissements photographiques encadrés; livres d'art; peintures, gravures ou lithographies, sculptures et tapisseries et autres œuvres d'art similaires;
- b) Matériel d'étalage (vitrines, supports et objets similaires), y compris les appareils électriques ou mécaniques nécessaires à son fonctionnement;
- c) Films documentaires, disques, rubans magnétiques impressionnés et autres enregistrements sonores, destinés à des séances gratuites, à l'exclusion de ceux dont le sujet tend à la propagande commerciale et de ceux qui sont couramment mis en vente dans le pays d'importation;
- d) Bâtonnets, en nombre raisonnable;
- e) Exemples, maquettes, diapositives, clichés d'impressions et négatifs photographiques;
- f) Exemplaires, en nombre raisonnable, de produits de l'artisanat national, de costumes régionaux et d'autres articles similaires de caractère folklorique.

Article 4

(1) Les facilités visées à l'article 3 sont accordées aux conditions suivantes:

- a) Le matériel doit être expédié soit par un organisme officiel de tourisme, soit par un organisme national de propagande touristique relevant de celui-ci. Il en est justifié par la présentation, aux autorités douanières du pays d'importation, d'une attestation, conforme au modèle figurant à l'annexe, du présent Protocole, établie par l'organisme expéditeur;
- b) Le matériel doit être importé à destination et sous la responsabilité, soit du représentant accrédité de l'organisme officiel national du tourisme du pays expéditeur, soit du correspondant désigné par l'organisme précité et agréé par les autorités douanières du pays d'importation. La responsabilité du représentant accrédité ou du correspondant agréé s'étend notamment au paiement des droits et taxes d'entrée qui seraient exigibles si les conditions prévues par le présent Protocole n'étaient pas remplies;
- c) Le matériel importé doit être réexporté à l'identique par l'organisme importateur; toutefois, la destruction de ce matériel, effectuée dans les conditions que les autorités douanières auront fixées, libère l'importateur de l'obligation de le réexporter.

(2) Le bénéfice de l'importation en franchise temporaire est accordé pour une période d'au moins douze mois.

Article 5

En cas de fraude, de contravention ou d'abus, les Etats contractants ont le droit d'intenter des poursuites pour recouvrer les droits et taxes d'entrée qui seraient due éventuellement ainsi que pour imposer les pénalités aux personnes bénéficiaires des franchises et autres avantages accordés par ce protocole.

tratantes y que tengan por objeto esencial interesar al público a que visite dicho Estado, principalmente para asistir a reuniones o manifestaciones de carácter cultural, turístico, deportivo, religioso o profesional celebradas en el país

- a) El material destinado a ser expuesto en las oficinas de los representantes acreditados o de los correspondentes autorizados designados por los organismos nacionales de turismo de carácter oficial o en otros lugares aprobados por las autoridades aduaneras del país de importación: cuadros y dibujos; fotografías y ampliaciones fotográficas con marco; libros de arte; pinturas, grabados o litografías; esculturas y tapices y otras obras de arte similares;
- b) El material de exposición (vitrinas, soportes y objetos similares), incluso los aparatos eléctricos y mecánicos necesarios para su funcionamiento;
- c) Películas cinematográficas documentales, discos, cintas magnéticas grabadas y otras grabaciones sonoras destinados a exhibiciones o audiciones gratuitas, con exclusión de aquellos cuyo tema tiende a la propaganda comercial y aquellos que se venden al público en el país de importación;
- d) Un número razonable de banderas;
- e) Dioramas, maquetas, diapositivas, matrices de impresión y negativos fotográficos;
- f) Un número razonable de muestras de artículos de artesanía nacional, indumentaria regional y objetos folklóricos similares.

Artículo 4

(1) Las facilidades previstas en el artículo 3 se concederán con sujeción a las siguientes condiciones:

- a) Los materiales deberán ser enviados por un organismo oficial de turismo o por un organismo nacional de propaganda del turismo dependiente de él. Este hecho se justificará mediante la presentación a las autoridades aduaneras del país de importación de una declaración jurada conforme al modelo que figura en el anexo al presente Protocolo, firmada por el organismo remitente;
- b) Los materiales deberán ser importados con destino al y bajo la responsabilidad del representante acreditado del organismo nacional de turismo de carácter oficial del país de origen o de un corresponsal designado por dicho organismo y aceptado por las autoridades aduaneras del país de importación. Entre las responsabilidades del representante acreditado o del corresponsal autorizado está especialmente el pago de los derechos y gravámenes de importación, que serán exigibles en caso de que no se cumplan las condiciones previstas en el presente Protocolo;
- c) Los mismos materiales importados deberán ser reexportados sin alteración por la agencia importadora. No obstante, la destrucción de los materiales importados temporalmente libres de derechos y gravámenes, efectuada en las condiciones establecidas por las autoridades aduaneras, eximirá al importador de la obligación de reexportar.

(2) El privilegio de importación temporal libre de derechos y gravámenes se concederá por un período de 12 meses como mínimo.

Artículo 5

En caso de fraude, contravenciones o abusos, los Estados Contratantes tendrán el derecho de adoptar las medidas destinadas al cobro de los derechos y gravámenes que eventualmente correspondan, así como de imponer sanciones por las faltas en que hubiesen incurrido los beneficiarios de exenciones u otras facilidades.

Staat zu besuchen, insbesondere um dort an kulturellen, touristischen, sportlichen, religiösen oder beruflichen Treffen oder Veranstaltungen teilzunehmen:

- a) Gegenstände, die zur Ausstellung in den Geschäftsstellen der von den nationalen offiziellen Fremdenverkehrsorganisationen anerkannten Vertreter oder bezeichneten Korrespondenten oder an anderen von den Zollbehörden des Einfuhrlandes zugelassenen Stellen bestimmt sind: Bilder und Zeichnungen; eingeraumte Photographien und photographische Vergrößerungen; Kunstdücher; Malereien; Kunststiche und Lithographien; Bildhauer- und Tapisseriearbeiten und andere ähnliche künstlerische Erzeugnisse;
- b) Gegenstände für Schaufenster (Schaukästen, Gestelle u. dgl.) einschließlich der zu ihrem Betrieb erforderlichen elektrischen und technischen Ausrüstung;
- c) Dokumentarfilme, Schallplatten, bespielte Tonbänder und andere Tonaufnahmen, die zu unentgeltlichen Vorführungen bestimmt sind, mit Ausnahme solcher, die als Geschäftsréklame verwendet werden können und solcher, die allgemein im Einfuhrland verkauft werden;
- d) eine angemessene Anzahl von Fahnen;
- e) Dioramen, Modelle, Diapositive, Klischees und photographische Negative;
- f) Muster von Gegenständen des einheimischen Handwerks, Volkstrachten und ähnlichen Gegenständen der Volkskunst in angemessener Anzahl.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 3 vorgesehenen Erleichterungen werden unter folgenden Bedingungen gewährt:

- a) Die Gegenstände müssen entweder von einer offiziellen Fremdenverkehrsorganisation oder von einer ihr angeschlossenen nationalen Organisation für Fremdenverkehrsarbeit versandt werden. Dies ist den Zollbehörden des Einfuhrlandes durch Vorlage einer Bescheinigung nachzuweisen, die von der versendenden Organisation nach dem Muster der Anlage zu diesem Protokoll ausgestellt worden ist.
- b) Die Gegenstände müssen für die von den nationalen offiziellen Fremdenverkehrsorganisationen anerkannten Vertreter oder die von diesen bezeichneten und von der Zollbehörde des Einfuhrlandes zugelassenen Korrespondenten bestimmt sein und unter ihrer Haftung eingeführt werden. Die Haftung des anerkannten Vertreters oder des zugelassenen Korrespondenten umfasst insbesondere die Verpflichtung, die Eingangsabgaben zu entrichten, wenn die Bedingungen dieses Protokolls nicht erfüllt werden.
- c) Die Gegenstände müssen unverändert von der einführenden Organisation wieder ausgeführt werden. Die Vernichtung der vorübergehend eingeführten Gegenstände unter den von den Zollbehörden festgelegten Bedingungen befreit den Einführenden von der Verpflichtung zur Wiederausfuhr.

(2) Die vorübergehende abgabenfreie Einfuhr wird für mindestens 12 Monate gewährt.

Artikel 5

Im Falle des Schmuggels, einer Zuwiderhandlung oder eines Mißbrauchs haben die Vertragsstaaten das Recht, die erforderlichen Maßnahmen zur Einziehung etwa zu entrichtender Eingangsabgaben und auch zur Verhängung von Strafen zu ergreifen, die Personen verurteilt haben, denen Befreiungen oder andere Erleichterungen gewährt wurden.

Article 6

Any breach of the provisions of this Protocol, any substitution, false declaration or act having the effect of causing a person or an article improperly to benefit from the system of importation laid down in this Protocol may render the offender liable to the penalties prescribed by the laws of the country in which the offence was committed.

Article 7

(1) The Contracting States undertake not to impose prohibitions of an economic character with respect to the material referred to in the present Protocol and to withdraw progressively such prohibitions of that kind as may still be in force.

(2) The provisions of the present Protocol, however, shall not prejudice the application of the laws and regulations relating to the importation of certain articles when such laws and regulations impose prohibitions which are based on considerations of public morality, public security, public health or hygiene.

Article 8

(1) This Protocol shall be open for signature until 31 December 1954 on behalf of any State Member of the United Nations and any other State invited to attend the United Nations Conference on Customs Formalities for the Temporary Importation of Private Road Motor Vehicles and for Tourism held in New York in May and June 1954, hereinafter referred to as the Conference.

(2) This Protocol shall be subject to ratification and the instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 9

(1) From 1 January 1955 this Protocol shall be open for accession by any State referred to in paragraph 1 of article 8 and any other State so invited by the Economic and Social Council of the United Nations. It shall also be open for accession on behalf of any Trust Territory of which the United Nations is the Administering Authority.

(2) Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article 10

(1) This Protocol shall enter into force on the ninetieth day following the date of the deposit of the fifth instrument of ratification or accession either without reservation or with reservations accepted in accordance with article 14.

(2) For each State ratifying or acceding to the Protocol after the date of the deposit of the fifth instrument of ratification or accession in accordance with the preceding paragraph, the Protocol shall enter into force on the ninetieth day following the date of the deposit by such State of its instrument of ratification or accession either without reservation or with reservations accepted in accordance with article 14.

Article 11

(1) After this Protocol has been in force for three years, any Contracting State may denounce it by so notifying the Secretary-General of the United Nations.

(2) Denunciation shall take effect fifteen months after the date of receipt by the Secretary-General of the United Nations of the notice of denunciation.

Article 6

Toute infraction aux dispositions du présent Protocole, toute substitution, fausse déclaration ou manœuvre ayant pour effet de faire bénéficier indûment une personne ou un objet du régime d'importation prévu par ce Protocole expose le contrevenant aux sanctions prévues par la législation du pays où l'infraction a été commise.

Article 7

(1) Les Etats contractants s'engagent à ne pas imposer de prohibitions de caractère économique relativement au matériel visé par le présent Protocole et à supprimer progressivement les prohibitions de cette nature qui pourraient être encore en vigueur.

(2) Les dispositions du présent Protocole ne portent cependant pas atteinte à l'application des lois et règlements concernant l'importation de certains objets lorsque ces lois et règlements prévoient des prohibitions basées sur des considérations de moralité publique, de sécurité publique, d'hygiène ou de santé publique.

Article 8

(1) Le présent Protocole sera, jusqu'au 31 décembre 1954, ouvert à la signature au nom de tout Etat Membre de l'Organisation des Nations Unies et de tout autre Etat invité à participer à la Conférence des Nations Unies sur les formalités douanières concernant l'importation temporaire des véhicules de tourisme et le tourisme, tenue à New-York en mai et juin 1954 et ci-après dénommée la Conférence.

(2) Le présent Protocole devra être ratifié et les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 9

(1) A partir du 1^{er} janvier 1955, tout Etat visé au paragraphe 1 de l'article 8 et tout autre Etat qui y aura été invité par le Conseil économique et social des Nations Unies pourront adhérer au présent Protocole. L'adhésion sera également possible au nom de tout Territoire sous tutelle dont l'Organisation des Nations Unies est l'Autorité administrante.

(2) L'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 10

(1) Le présent Protocole entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt du cinquième instrument de ratification ou d'adhésion non assorti de réserves ou avec réserves acceptées selon les conditions prévues à l'article 14.

(2) Pour chaque Etat qui laura ratifié ou y aura adhéré après la date du dépôt du cinquième instrument de ratification ou d'adhésion prévu au paragraphe précédent, le Protocole entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt, par cet Etat, de son instrument de ratification ou d'adhésion non assorti de réserves ou avec réserves acceptées selon les conditions prévues à l'article 14.

Article 11

(1) Après que le présent Protocole aura été en vigueur pendant trois ans, tout Etat contractant pourra le dénoncer par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

(2) La dénonciation prendra effet quinze mois après l'écriture à l'adresse du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artículo 6

Toda infracción de las disposiciones del presente Protocolo y toda sustitución, falsa declaración o maniobra que tenga por efecto beneficiar indebidamente a una persona u objeto del régimen de importación previsto por el presente Protocolo, podrá exponer al infractor en el país en que se haya cometido tal infracción a las sanciones establecidas por la legislación de dicho país.

Artículo 7

(1) Los Estados Contratantes se comprometen a no imponer prohibiciones de carácter económico con respecto al material a que se refiere el presente Protocolo y a suprimir progresivamente las prohibiciones de esta naturaleza que estuvieren aún en vigor.

(2) Sin embargo, las disposiciones del presente Protocolo no menoscabarán la aplicación de las leyes y reglamentos relativos a la importación de determinados objetos cuando tales leyes y reglamentos establezcan prohibiciones basadas en consideraciones de moralidad pública, seguridad pública, de higiene o de sanidad pública.

Artículo 8

(1) El presente Protocolo quedará abierto hasta el 31 de diciembre de 1954 a la firma de todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y de todo otro Estado invitado a participar en la Conferencia de las Naciones Unidas sobre Formalidades Aduaneras para la Importación Temporal de Vehículos Automotores Particulares de Carretera y para el Turismo, celebrada en Nueva York en mayo y junio de 1954 y que en adelante se denominará "la Conferencia".

(2) El presente Protocolo estará sujeto a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán depositados en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 9

(1) A partir del 1º de enero de 1955 podrán adherirse al presente Protocolo los Estados a que se hace referencia en el párrafo 1 del artículo 8, y cualquier otro Estado que sea invitado a hacerlo por el Consejo Económico y Social de las Naciones Unidas. Asimismo, podrá adherirse cualquier Estado en nombre de un territorio en fideicomiso del cual sean Autoridades Administradoras las Naciones Unidas.

(2) La adhesión se hará mediante el depósito de un instrumento de adhesión en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 10

(1) El presente Protocolo entrará en vigor el nonagésimo día siguiente a la fecha de depósito del quinto instrumento de ratificación o adhesión, ya sea sin reservas o con las reservas aceptadas según lo previsto en el artículo 14.

(2) Respecto de todo Estado que ratifique el Protocolo o se adhiera a él después del depósito del quinto instrumento de ratificación o adhesión conforme al párrafo anterior, el Protocolo entrará en vigor el nonagésimo día siguiente a la fecha del depósito por dicho Estado de su instrumento de ratificación o adhesión, ya sea sin reservas o con las reservas aceptadas según lo previsto en el artículo 14.

Artículo 11

(1) Cuando el presente Protocolo haya estado en vigor durante tres años, cualquier Estado Contratante podrá denunciarlo mediante notificación al Secretario General de las Naciones Unidas.

(2) La denuncia surtirá efecto 15 meses después de la fecha en que el Secretario General de las Naciones Unidas reciba la notificación de la denuncia.

Artikel 6

Jede Verletzung der Bestimmungen dieses Protokolls, jede Unterschreibung, falsche Anmeldung oder Handlung, die bewirkt, daß eine Person oder ein Gegenstand einen ungerechtfertigten Vorteil aus der Einfuhrregelung dieses Protokolls erlangt, macht den Schuldigen nach den Gesetzen des Landes, in dem die Zuwiderhandlung begangen worden ist, strafbar.

Artikel 7

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, keine Verbote aus wirtschaftlichen Gründen für die in diesem Protokoll erwähnten Gegenstände zu erlassen und etwa bestehende Verbote dieser Art schriftweise aufzuheben.

(2) Die Bestimmungen dieses Protokolls beeinträchtigen in keiner Weise die Anwendung der Gesetze und anderen Vorschriften über die Einfuhr bestimmter Waren, wenn diese Gesetze und anderen Vorschriften Verbote aus Gründen der öffentlichen Moral, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit oder Hygiene enthalten.

Artikel 8

(1) Dieses Protokoll steht bis zum 31. Dezember 1954 zur Unterzeichnung durch jeden Staat offen, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, und jeden anderen Staat, der zur Teilnahme an der Konferenz der Vereinten Nationen über die Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßenfahrzeuge und im Touristenverkehr eingeladen worden ist, die im Mai und Juni 1954 in New York stattgefunden hat und im folgenden „die Konferenz“ genannt wird.

(2) Dieses Protokoll bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel 9

(1) Vom 1. Januar 1955 an kann jeder der in Artikel 8 Abs. 1 erwähnten Staaten und jeder andere Staat, der vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen dazu eingeladen worden ist, diesem Protokoll beitreten. Der Beitritt ist auch im Namen jedes Treuhandgebietes, dessen Verwaltungsbehörde die Vereinten Nationen sind, möglich.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 10

(1) Dieses Protokoll tritt am neunzigsten Tage nach Hinterlegung der fünften Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft, sofern die Urkunden keinen oder einen nach Artikel 14 angenommenen Vorbehalt enthalten.

(2) Für jeden Staat, der nach dem Tage der gemäß dem vorstehenden Absatz erfolgten Hinterlegung der fünften Ratifikations- oder Beitrittsurkunde das Protokoll ratifiziert oder diesem beitritt, tritt es am neunzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft, sofern die Urkunden keinen oder einen nach Artikel 14 angenommenen Vorbehalt enthalten.

Artikel 11

(1) Wenn dieses Protokoll drei Jahre in Kraft gewesen ist, kann es jeder Vertragsstaat durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen.

(2) Die Kündigung wird 15 Monate nach Eingang der Notiz an den Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Article 12

This Protocol shall cease to have effect if, for any period of twelve consecutive months after its entry into force, the number of Contracting States is less than two.

Article 13

(1) Any State may, at the time of the deposit of its instrument of ratification or accession or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that this Protocol shall extend to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible. The Protocol shall extend to the territories named in the notification as from the ninetieth day after its receipt by the Secretary-General if the notification is not accompanied by a reservation, or from the ninetieth day after the notification has taken effect in accordance with article 14, or on the date on which the Protocol enters into force for the State concerned, whichever is the later.

(2) Any State which has made a declaration under the preceding paragraph, extending this Protocol to any territory for whose international relations it is responsible, may denounce the Protocol separately in respect of that territory in accordance with the provisions of article 11.

Article 14

(1) Reservations to this Protocol made before the signing of the Final Act shall be admissible if they have been accepted by a majority of the members of the Conference and recorded in the Final Act.

(2) Reservations made after the signing of the Final Act shall not be admitted if objection is expressed by one-third of the signatory States or of the Contracting States as hereinafter provided.

(3) The text of any reservation submitted to the Secretary-General of the United Nations by a State at the time of the signature, the deposit of an instrument of ratification or accession or of any notification under article 13 shall be circulated by the Secretary-General to all States which have at that time signed, ratified or acceded to the Protocol. If one-third of these States expresses an objection within ninety days from the date of circulation, the reservation shall not be accepted. The Secretary-General shall notify all States referred to in this paragraph of any objection received by him as well as of the acceptance or rejection of the reservation.

(4) An objection by a State which has signed but not ratified the Protocol shall cease to have effect if, within a period of nine months from the date of making its objection, the objecting State has not ratified the Protocol. If, as the result of an objection ceasing to have effect, a reservation is accepted by application of the preceding paragraph, the Secretary-General shall so inform the States referred to in that paragraph. The text of any reservation shall not be circulated to any signatory State under the preceding paragraph if that State has not ratified the Protocol within three years following the date of signature on its behalf.

(5) The State submitting the reservation may, within a period of twelve months from the date of the notification by the Secretary-General referred to in paragraph 3 that a reservation has been rejected in accordance with the procedure provided for in that paragraph, withdraw the reservation, in which case the notification of the objection or reservation in the manner referred to in paragraph 3

Article 12

Le présent Protocole cessera de produire ses effets si, à un moment quelconque après son entrée en vigueur, le nombre des Etats contractants est inférieur à deux pendant une période de douze mois consécutifs.

Article 13

(1) Tout Etat pourra, lors du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, ou à tout moment ultérieur, déclarer, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, que le présent Protocole sera applicable à tout ou partie des territoires qu'il représente sur le plan international. Le Protocole sera applicable aux territoires mentionnés dans la notification soit à dater du quatre-vingt-dixième jour après réception de cette notification par le Secrétaire général si la notification n'est pas assortie d'une réserve, soit à dater du quatre-vingt-dixième jour après que la notification aura pris effet, conformément à l'article 14, soit à la date à laquelle le Protocole sera entré en vigueur pour l'Etat en question, la plus tardive de ces dates étant déterminante.

(2) Tout Etat qui aura fait, conformément au paragraphe précédent, une déclaration ayant pour effet de rendre le présent Protocole applicable à un territoire qu'il représente sur le plan international pourra, conformément à l'article 11, dénoncer le Protocole en ce qui concerne ce seul territoire.

Article 14

(1) Les réserves au présent Protocole faites avant la signature de l'Acte final seront recevables si elles ont été acceptées par la Conférence à la majorité de ses membres et consignées dans l'Acte final.

(2) Les réserves au présent Protocole présentées après la signature de l'Acte final ne seront pas recevables si un tiers des Etats signataires ou des Etats contractants y fait objection dans les conditions prévues ci-après.

(3) Le texte de toute réserve présentée par un Etat au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies lors d'une signature, du dépôt d'un instrument de ratification ou d'adhésion, ou de toute notification prévue à l'article 13, sera communiqué par le Secrétaire général à tous les Etats qui auront signé ou ratifié le Protocole ou qui y auront adhéré. La réserve ne sera pas acceptée si un tiers de ces Etats formule une objection dans les quatre-vingt-dix jours de la date de la communication. Le Secrétaire général informera tous les Etats visés dans le présent paragraphe de toute objection qui lui aura été signifiée ainsi que de l'acceptation ou du rejet de la réserve.

(4) Toute objection formulée par un Etat qui aura signé le Protocole, mais ne l'aura pas ratifié, cessera d'avoir effet si l'Etat auteur de l'objection ne ratifie pas le Protocole dans un délai de neuf mois à dater de ladite objection. Si le fait qu'une objection cesse d'avoir effet a pour conséquence d'entraîner l'acceptation de la réserve en application du paragraphe précédent, le Secrétaire général en informera les Etats visés à ce paragraphe. Nonobstant les dispositions du paragraphe précédent, le texte d'une réserve ne sera pas communiqué à un Etat signataire qui n'aura pas ratifié le Protocole dans les trois ans qui suivent la date de la signature apposée en son nom.

(5) L'Etat qui présente la réserve pourra la retirer dans un délai de douze mois à dater de la communication du Secrétaire général visée au paragraphe 3 annonçant le rejet de la réserve selon la procédure prévue à ce paragraphe. L'instrument de ratification ou d'adhésion et, volontaire ou non, la notification de la réserve ou de la réservation peuvent être présentés à l'Etat qui a

Artículo 12

El presente Protocolo dejará de surtir efecto si durante cualquier período de doce meses consecutivos después de su entrada en vigor, el número de Estados Contratantes es menor de dos.

Artículo 13

(1) Todo Estado podrá, en el momento de depositar su instrumento de ratificación o adhesión o en cualquier otro momento posterior, declarar por notificación dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas que las disposiciones del presente Protocolo serán aplicables a todos los territorios cuyas relaciones internacionales tenga a su cargo o a cualquiera de ellos. Si la notificación no va acompañada de reservas, el Protocolo se hará extensivo a los territorios designados en cualquier notificación el nonagésimo día siguiente a la fecha en que el Secretario General la hubiese recibido; si se acompañasen reservas, se hará extensivo a dichos territorios a partir del nonagésimo día siguiente a la fecha en que, conforme a lo previsto en el artículo 14, haya surtido efecto dicha notificación, o en la fecha en que el Protocolo entre en vigor para el Estado interesado, en el caso de que ésta sea posterior.

(2) Todo Estado que haya hecho una declaración con arreglo a las disposiciones del párrafo anterior del presente artículo, haciendo extensiva la aplicación del presente Protocolo a cualquiera de los territorios cuyas relaciones internacionales tenga a su cargo, podrá denunciar el Protocolo por separado respecto a dicho territorio, de conformidad con las disposiciones del artículo 11.

Artículo 14

(1) Las reservas al presente Protocolo hechas antes de la firma del Acta Final serán admisibles si han sido aceptadas por la mayoría de los miembros de la Conferencia y se han hecho constar en el Acta Final.

(2) Las reservas formuladas después de la firma del Acta Final no serán admitidas si un tercio de los Estados Signatarios o de los Estados Contratantes oponen objeciones a las mismas conforme a lo que se estipula a continuación.

(3) El Secretario General de las Naciones Unidas comunicará a todos los Estados que para esa fecha hayan firmado o ratificado el presente Protocolo o se hayan adherido a él, el texto de cualquier reserva que le haya presentado un Estado en el momento de la firma, del depósito de un instrumento de ratificación o de adhesión o de una notificación cualquiera de conformidad con el artículo 13. No se aceptará la reserva si un tercio de tales Estados oponen alguna objeción dentro de los noventa días siguientes a la fecha en que se les comunicó la reserva. El Secretario General notificará a todos los Estados a que se refiere este párrafo las objeciones que recibe, así como la aceptación o la desestimación de la reserva.

(4) La objeción formulada por un Estado que haya firmado pero no ratificado el Protocolo, dejará de tener efecto si, dentro de los nueve meses siguientes a la fecha de la objeción, el Estado que la formulara no hubiera ratificado el Protocolo. Si se aceptare una reserva en aplicación del párrafo precedente por haber dejado de ser efectiva alguna objeción, el Secretario General lo notificará a los Estados a que se refiere dicho párrafo. El texto de las reservas no se dará a conocer a un Estado signatario, de conformidad con el párrafo anterior, si dicho Estado no ha ratificado el Protocolo dentro de tres años a partir de la fecha de haber firmado el Protocolo.

(5) El Estado que formule la reserva podrá retirarla dentro de un plazo de doce meses a partir de la fecha en que el Secretario General haya notificado, de conformidad con el párrafo 3, que la reserva ha sido rechazada según el procedimiento previsto en dicho párrafo, en cuyo caso el instrumento de ratificación o adhesión o la notificación mencionada en el párrafo 14

Artikel 12

Dieses Protokoll tritt außer Kraft, wenn zu irgendeiner Zeit nach seinem Inkrafttreten die Zahl der Vertragsstaaten während zwölf aufeinanderfolgender Monate weniger als zwei beträgt.

Artikel 13

(1) Jeder Staat kann im Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu einem späteren Zeitpunkt durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen erklären, daß dieses Protokoll auf einzelne oder alle Gebiete Anwendung findet, die er auf internationaler Ebene vertritt. Das Protokoll wird auf die in der Notifizierung genannten Gebiete ausgedehnt, entweder vom neunzigsten Tage nach Eingang der Notifizierung beim Generalsekretär an, wenn die Notifizierung keinen Vorbehalt enthält, oder vom neunzigsten Tage an, an dem die Notifizierung nach Artikel 14 wirksam geworden ist, oder von dem Tage an, an dem das Protokoll für den betreffenden Staat in Kraft tritt; dabei ist der späteste dieser Zeitpunkte maßgebend.

(2) Jeder Staat, der dieses Protokoll durch eine Erklärung nach dem vorstehenden Absatz auf ein Gebiet ausgedehnt hat, das er auf internationaler Ebene vertritt, kann das Protokoll auch für dieses Gebiet allein nach den Bestimmungen des Artikels 11 kündigen.

Artikel 14

(1) Vor Unterzeichnung der Schlußakte gemachte Vorbehalte zu diesem Protokoll sind zulässig, wenn sie von der Mehrheit der Konferenzmitglieder angenommen und in der Schlußakte festgehalten worden sind.

(2) Nach Unterzeichnung der Schlußakte gemachte Vorbehalte sind nicht mehr zulässig, wenn ein Drittel der Signatarstaaten oder der Vertragsstaaten unter den nachstehenden Bedingungen Einwendungen dagegen erhebt.

(3) Der Text jedes Vorbehaltes, der dem Generalsekretär der Vereinten Nationen von einem Staat im Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder einer Notifizierung nach Artikel 13 vorgelegt worden ist, wird vom Generalsekretär allen Staaten übermittelt, die zu diesem Zeitpunkt das Protokoll unterzeichnet oder ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind. Wenn ein Drittel dieser Staaten innerhalb von neunzig Tagen vom Zeitpunkt der Übermittlung an Einwendungen erhebt, so wird der Vorbehalt nicht angenommen. Der Generalsekretär wird allen in diesem Absatz erwähnten Staaten sowohl jede ihm zugegangene Einwendung als auch die Annahme oder die Zurückweisung des Vorbehaltes mitteilen.

(4) Jede Einwendung eines Staates, der das Protokoll unterzeichnet aber noch nicht ratifiziert hat, wird unwirksam, wenn der einwendende Staat das Protokoll innerhalb von neun Monaten vom Tage der Erhebung der Einwendung an nicht ratifiziert. Wenn eine Einwendung unwirksam wird und somit der Vorbehalt nach dem vorstehenden Absatz als angenommen gilt, so wird der Generalsekretär die in diesem Absatz erwähnten Staaten davon unterrichten. Ungeachtet der Bestimmungen des vorstehenden Absatzes wird jedoch der Text eines Vorbehaltes einem Signatarstaat nicht mitgeteilt, wenn dieser Staat das Protokoll innerhalb von drei Jahren nach dem Tage der durch ihn vorgenommenen Unterzeichnung nicht ratifiziert hat.

(5) Der Staat, der einen Vorbehalt gemacht hat, kann ihn innerhalb von zwölf Monaten von dem Tage an zurückziehen, an dem der Generalsekretär nach Absatz 3 mitgeteilt hat, daß der Vorbehalt nach dem im genannten Absatz vorgesehenen Verfahren zurückgewiesen worden ist, die entsprechende Einwendung jedoch nicht bestätigt wurde oder die bestätigt wurde, und zwar innerhalb von

may be shall take effect with respect to such State as from the date of withdrawal. Pending such withdrawal, the instrument or the notification, as the case may be, shall not have effect, unless, by application of the provisions of paragraph 4, the reservation is subsequently accepted.

(6) Reservations accepted in accordance with this article may be withdrawn at any time by notification to the Secretary-General.

(7) No Contracting State shall be required to extend to a State making a reservation the benefit of the provisions to which such reservation applies. Any State availing itself of this right shall notify the Secretary-General accordingly and the latter shall communicate this decision to all signatory and Contracting States.

Article 15

(1) Any dispute between two or more Contracting States concerning the interpretation or application of this Protocol shall so far as possible be settled by negotiation between them.

(2) Any dispute which is not settled by negotiation shall be submitted to arbitration if any one of the Contracting States in dispute so requests and shall be referred accordingly to one or more arbitrators selected by agreement between the States in dispute. If within three months from the date of the request for arbitration the States in dispute are unable to agree on the selection of an arbitrator or arbitrators any of those States may request the President of the International Court of Justice to nominate a single arbitrator to whom the dispute shall be referred for decision.

(3) The decision of the arbitrator or arbitrators appointed under the preceding paragraph shall be binding on the Contracting States concerned.

Article 16

(1) After this Protocol has been in force for three years, any Contracting State may, by notification to the Secretary-General of the United Nations, request that a conference be convened for the purpose of reviewing the Protocol. The Secretary-General shall notify all Contracting States of the request and a review conference shall be convened by the Secretary-General if, within a period of four months following the date of notification by the Secretary-General, not less than one-half of the Contracting States notify him of their concurrence with the request.

(2) If a conference is convened in accordance with the preceding paragraph, the Secretary-General shall notify all Contracting States and invite them to submit within a period of three months such proposals as they may wish the conference to consider. The Secretary-General shall circulate to all Contracting States the provisional agenda for the conference together with the texts of such proposals at least three months before the date on which the conference is to meet.

(3) The Secretary-General shall invite to any conference convened in accordance with this article all Contracting States and all other States Members of the United Nations or of any of the specialized agencies.

Article 17

(1) Any Contracting State may propose one or more amendments to this Protocol. The text of any proposed amendment shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations who shall circulate it to all Contracting States.

attendant le retrait, l'instrument ou, selon le cas, la notification, sera sans effet, à moins qu'en application des dispositions du paragraphe 4 la réserve ne soit ultérieurement acceptée.

(6) Les réserves acceptées conformément au présent article pourront être retirées à tout moment par notification adressée au Secrétaire général.

(7) Les Etats contractants ne sont pas tenus d'accorder à l'Etat auteur d'une réserve les avantages prévus dans les dispositions du Protocole qui ont fait l'objet de ladite réserve. Tout Etat qui aura recours à cette faculté en avisera le Secrétaire général. Le Secrétaire général en informera alors les Etats signataires et contractants.

Article 15

(1) Tout différend entre deux ou plusieurs Etats contractants touchant l'interprétation ou l'application du présent Protocole sera, autant que possible, réglé par voie de négociation entre les Etats en litige.

(2) Tout différend qui n'aura pas été réglé par voie de négociation sera soumis à l'arbitrage si l'un quelconque des Etats contractants en litige le demande et sera, en conséquence, renvoyé à un ou plusieurs arbitres choisis d'un commun accord par les Etats en litige. Si, dans les trois mois à dater de la demande d'arbitrage, les Etats en litige n'arrivent pas à s'entendre sur le choix d'un arbitre ou des arbitres, l'un quelconque de ces Etats pourra demander au Président de la Cour internationale de Justice de désigner un arbitre unique devant lequel le différend sera renvoyé pour décision.

(3) La sentence de l'arbitre ou des arbitres désignés conformément au paragraphe précédent sera obligatoire pour les Etats contractants intéressés.

Article 16

(1) Après que le présent Protocole aura été en vigueur pendant trois ans, tout Etat contractant pourra, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, demander la convocation d'une conférence à l'effet de reviser le présent Protocole. Le Secrétaire général notifiera cette demande à tous les Etats contractants et convoquera une conférence de révision si, dans un délai de quatre mois à dater de la notification adressée par lui, la moitié au moins des Etats contractants lui signifient leur assentiment à cette demande.

(2) Si une conférence est convoquée conformément au paragraphe précédent, le Secrétaire général en avisera tous les Etats contractants et les invitera à présenter, dans un délai de trois mois, les propositions qu'ils souhaiteraient voir examiner par la conférence. Le Secrétaire général communiquera à tous les Etats contractants l'ordre du jour provisoire de la conférence, ainsi que le texte de ces propositions, trois mois au moins avant la date d'ouverture de la conférence.

(3) Le Secrétaire général invitera à toute conférence convoquée conformément au présent article tous les Etats contractants et tous les autres Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies ou d'une des institutions spécialisées.

Article 17

(1) Tout Etat contractant pourra proposer un ou plusieurs amendements au présent Protocole. Le texte de tout projet d'amendement sera communiqué au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies qui le transmettra à tous les Etats contractants.

fuere el caso, surtirá efecto para dicho Estado a partir de la fecha en que retire su reserva. Hasta tanto se retire la reserva, el instrumento o la notificación, según fuere el caso, no surtirá efecto a menos que la reserva sea ulteriormente aceptada en aplicación de las disposiciones del párrafo 4.

(6) Las reservas que se acepten de conformidad con el presente artículo podrán ser retiradas en cualquier momento mediante notificación al Secretario General.

(7) Los Estados Contratantes podrán denegar el beneficio de las disposiciones del Protocolo objeto de una reserva al Estado que hubiere formulado esa reserva. Todo Estado que hiciere uso de este derecho lo habrá de notificar el Secretario General, quien comunicará lo decidido por tal Estado a todos los Estados Signatarios y Contratantes.

Artículo 15

(1) Toda controversia entre dos o más Estados Contratantes respecto a la interpretación o aplicación del presente Protocolo será resuelta, en lo posible, mediante negociaciones entre ellos.

(2) Toda controversia que no sea resuelta por negociaciones será sometida a arbitraje cuando uno de los Estados Contratantes interesados así lo pida, y, en consecuencia, será referida a uno o más árbitros designados de común acuerdo por los Estados entre los que se produce la controversia. Si en el término de tres meses a partir de la fecha en que se haya solicitado el arbitraje, esos Estados no hubieran podido ponerse de acuerdo para la designación del árbitro o de los árbitros, cualquiera de ellos podrá pedir al Presidente de la Corte Internacional de Justicia que designe a un árbitro único a cuya decisión se someterá la controversia.

(3) La decisión del árbitro o de los árbitros designados con arreglo al párrafo anterior será obligatoria para los Estados Contratantes interesados.

Artículo 16

(1) Despues de que el presente Protocolo haya estado en vigor durante tres años, cualquier Estado Contratante podrá solicitar, mediante notificación al Secretario General de las Naciones Unidas, que se convoque una conferencia con objeto de revisar el Protocolo. El Secretario General notificará esta solicitud a todos los Estados Contratantes, y convocará una conferencia para revisar el Protocolo si dentro de los cuatro meses siguientes a la notificación del Secretario General no menos de la mitad de los Estados Contratantes le comunican que están conformes con la citada solicitud.

(2) Si se convocara una conferencia con arreglo a lo que dispone el párrafo anterior, el Secretario General lo comunicará a todos los Estados Contratantes y les invitará a presentar, dentro de un período de tres meses, las propuestas que deseen someter a la consideración de la conferencia. El Secretario General distribuirá el programa provisional de la conferencia, junto con los textos de esas propuestas, por lo menos tres meses antes de la fecha en que deberá reunirse la conferencia.

(3) El Secretario General invitará a cualquier conferencia que se convoque con arreglo a lo dispuesto en este artículo a todos los Estados Contratantes y a todos los demás Estados Miembros de las Naciones Unidas o de cualquiera de los organismos especializados.

Artículo 17

(1) Cualquier Estado Contratante podrá proponer una o más modificaciones al presente Protocolo. El texto de la modificación propuesta será remitido al Secretario General de las Naciones Unidas, quien lo distribuirá entre todos los Estados Contratantes.

en einem solchen Staat vom Tage der Zurückziehung an wirksam. Bis zur Zurückziehung bleibt die Urkunde oder die Notifizierung wirkungslos, wenn der Vorbehalt nicht nach den Bestimmungen von Absatz 4 nachträglich angenommen wird.

(6) Vorbehalte, die nach diesem Artikel angenommen worden sind, können jederzeit durch Notifizierung an den Generalsekretär zurückgezogen werden.

(7) Kein Vertragsstaat ist verpflichtet, einem Staat, der einen Vorbehalt gemacht hat, die Vergünstigungen dieses Protokolls zu gewähren, auf die sich der Vorbehalt bezieht. Jeder Staat, der dieses Recht für sich in Anspruch nimmt, wird dies dem Generalsekretär mitteilen. Der Generalsekretär wird diese Entscheidung allen Signatar- und Vertragsstaaten mitteilen.

Artikel 15

(1) Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Protokolls soll, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen diesen Staaten beigelegt werden.

(2) Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird einem Schiedsspruch unterworfen, wenn einer der am Streitfall beteiligten Vertragsstaaten es verlangt, und wird einem oder mehreren Schiedsrichtern, die durch Übereinkommen zwischen den am Streitfall beteiligten Staaten zu wählen sind, zur Entscheidung übertragen. Wenn innerhalb von drei Monaten vom Tage des Ersuchens um schiedsgerichtliche Entscheidung an die am Streitfall beteiligten Staaten über die Wahl eines oder mehrerer Schiedsrichter nicht einig werden, kann jeder dieser Staaten den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, einen einzigen Schiedsrichter zu ernennen, dem der Streitfall zur Entscheidung übertragen wird.

(3) Die Entscheidung des oder der nach dem vorstehenden Absatz ernannten Schiedsrichter ist für die beteiligten Vertragsstaaten bindend.

Artikel 16

(1) Wenn dieses Protokoll drei Jahre in Kraft gewesen ist, kann jeder Vertragsstaat durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen um Einberufung einer Konferenz zur Revision dieses Protokolls ersuchen. Der Generalsekretär wird dieses Ersuchen allen Vertragsstaaten notifizieren und eine Revisionskonferenz einberufen, wenn ihm innerhalb von vier Monaten vom Tage der von ihm vorgenommenen Notifizierung an wenigstens die Hälfte der Vertragsstaaten ihre Zustimmung zu diesem Ersuchen bekanntgibt.

(2) Wird eine Konferenz nach dem vorstehenden Absatz einberufen, so wird der Generalsekretär dies allen Vertragsstaaten notifizieren und sie einladen, innerhalb von drei Monaten Vorschläge zu übermitteln, die nach ihrem Wunsch von der Konferenz behandelt werden sollen. Der Generalsekretär wird allen Vertragsstaaten eine provisorische Tagesordnung für die Konferenz, sowie die Texte der Vorschläge spätestens drei Monate vor Beginn der Konferenz übermitteln.

(3) Der Generalsekretär wird zu jeder nach diesem Artikel einberufenen Konferenz alle Vertragsstaaten und alle anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen einladen.

Artikel 17

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine oder mehrere Änderungen dieses Protokolls vorschlagen. Der Text jedes Änderungsvorschlags ist dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln, der ihn an alle Vertragsstaaten weiterleiten wird.

(2) Any proposed amendment circulated in accordance with the preceding paragraph shall be deemed to be accepted if no Contracting State expresses an objection within a period of six months following the date of circulation of the proposed amendment by the Secretary-General.

(3) The Secretary-General shall notify as soon as possible all Contracting States whether an objection to the proposed amendment has been expressed, and if no such objection has been expressed, the amendment shall enter into force for all Contracting States three months after the expiration of the period of six months referred to in the preceding paragraph.

Article 18

The Secretary-General of the United Nations shall notify all Member States of the United Nations and all other States invited to attend the Conference of the following:

- a) Signatures, ratifications and accessions, received in accordance with articles 8 and 9;
- b) The date upon which this Protocol shall enter into force in accordance with article 10;
- c) Denunciations received in accordance with article 11;
- d) The abrogation of this Protocol in accordance with article 12;
- e) Notifications received under article 13;
- f) Entry into force of any amendment in accordance with article 17.

Article 19

The original of this Protocol shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations who shall transmit certified copies thereof to all Members of the United Nations and all other States invited to the Conference.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Protocol.

DONE at New York, this fourth day of June one thousand nine hundred and fifty-four, in a single copy in the English, French and Spanish languages, each text being equally authentic.

The Secretary-General is requested to prepare an authoritative translation of this Protocol in the Chinese and Russian languages and to add the Chinese and Russian texts to the English, French and Spanish texts when transmitting certified copies thereof to the States in accordance with article 19 of this Protocol.

For AFGHANISTAN:
Pour l'AFGHANISTAN:
Por el AFGANISTÁN:

For ALBANIA:
Pour l'ALBANIE:
Por ALBANIA:

For ARGENTINA:
Pour l'ARGENTINE:
Por la ARGENTINA:

(2) Tout projet d'amendement qui aura été transmis conformément au paragraphe précédent sera réputé accepté si aucun Etat contractant ne formule d'objection dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle le Secrétaire général aura transmis le projet d'amendement.

(3) Le Secrétaire général fera connaître le plus tôt possible à tous les Etats contractants si une objection a été formulée contre le projet d'amendement et, en l'absence d'objection, l'amendement entrera en vigueur pour tous les Etats contractants trois mois après l'expiration du délai de six mois visé au paragraphe précédent.

Article 18

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies notifiera à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et à tous les autres Etats invités à participer à la Conférence:

- a) Les signatures, ratifications et adhésions reçues conformément aux articles 8 et 9;
- b) La date à laquelle le présent Protocole entrera en vigueur conformément à l'article 10;
- c) Les dénonciations reçues conformément à l'article 11;
- d) L'abrogation du présent Protocole conformément à l'article 12;
- e) Les notifications reçues conformément à l'article 13;
- f) L'entrée en vigueur de tout amendement conformément à l'article 17.

Article 19

L'original du présent Protocole sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies qui en transmettra des copies certifiées conformes à tous les Membres de l'Organisation des Nations Unies et à tous les autres Etats invités à participer à la Conférence.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, à ce document autorisés, ont signé le présent Protocole.

FAIT à New-York, le quatre juin mil neuf cent cinquante-quatre, en un seul exemplaire, en langues anglaise, espagnole et française, les trois textes faisant également foi.

Le Secrétaire général est invité à établir, du présent Protocole, une traduction en langues chinoise et russe faisant autorité, et à joindre les textes chinois et russes aux textes anglais, espagnol et français lorsqu'il transmettra aux Etats les copies certifiées conformes visées à l'article 19 du présent Protocole.

(2) Se considerará que ha sido aceptada cualquier modificación propuesta que se distribuya con arreglo a lo dispuesto en el párrafo anterior, si ningún Estado Contratante formula objeciones dentro de los seis meses siguientes a la fecha en que el Secretario General distribuyó la modificación propuesta.

(3) El Secretario General comunicará a los Estados Contratantes, tan pronto como sea posible, si se formula alguna objeción contra la modificación propuesta, y, en caso de que no se presente ninguna, la modificación entrará en vigor para todos los Estados Contratantes tres meses después de que expire el período de seis meses que se menciona en el párrafo anterior.

Artículo 18

El Secretario General de las Naciones Unidas notificará a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros invitados a participar en la Conferencia:

- a) Las firmas, ratificaciones y adhesiones recibidas con arreglo a lo dispuesto en los artículos 8 y 9;
- b) La fecha de entrada en vigor del presente Protocolo con arreglo a lo dispuesto en el artículo 10;
- c) Las denuncias recibidas con arreglo a lo dispuesto en el artículo 11;
- d) La abrogación del presente Protocolo con arreglo a lo dispuesto en el artículo 12;
- e) Las notificaciones recibidas en virtud de lo previsto en el artículo 13;
- f) La entrada en vigor de cualquier modificación, con arreglo a lo dispuesto en el artículo 17.

Artículo 19

El original del presente Protocolo será depositado en poder del Secretario General de las Naciones Unidas, quien remitirá copias certificadas de él a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a todos los demás Estados invitados a la Conferencia.

EN FE DE LO CUAL, los infrascritos, debidamente autorizados, firman el presente Protocolo.

HECHO en Nueva York, a los cuatro días de junio de mil novecientos cincuenta y cuatro, en un solo ejemplar, en español, francés e inglés, siendo los tres textos igualmente auténticos.

Se pide al Secretario General se sirva preparar una traducción fehaciente del presente Protocolo a los idiomas chino y ruso y agregar los textos chino y ruso a los textos español, francés e inglés cuando remita a los Estados las copias certificadas de los mismos en conformidad con el artículo 19 del presente Protocolo.

(2) Jeder nach dem vorstehenden Absatz übermittelte Änderungsvorschlag gilt als angenommen, wenn kein Vertragsstaat innerhalb von sechs Monaten nach Übermittlung des Änderungsvorschlages durch den Generalsekretär Einwendungen erhebt.

(3) Der Generalsekretär wird so bald als möglich allen Vertragsstaaten mitteilen, ob gegen den Änderungsvorschlag eine Einwendung erhoben worden ist. Wird keine Einwendung erhoben, so tritt die Änderung drei Monate nach Ablauf der im vorstehenden Absatz festgelegten sechsmonatigen Frist für alle Vertragsstaaten in Kraft.

Artikel 18

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und allen anderen zur Teilnahme an der Konferenz eingeladenen Staaten notifizieren

- a) die Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritte, die er nach Artikel 8 und 9 erhalten hat;
- b) das Datum, an dem dieses Protokoll nach Artikel 10 in Kraft tritt;
- c) die Kündigungen, die er nach Artikel 11 erhalten hat;
- d) das Außerkrafttreten dieses Protokolls nach Artikel 12;
- e) die Notifizierungen, die er nach Artikel 13 erhalten hat;
- f) das Inkrafttreten jeder Änderung nach Artikel 17.

Artikel 19

Die Urschrift dieses Protokolls wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Generalsekretär wird beglaubigte Abschriften davon allen Mitgliedern der Vereinten Nationen und allen anderen zur Teilnahme an der Konferenz eingeladenen Staaten übermitteln.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu New York am vierten Juni neunzehnhundertvierundfünfzig in einer einzigen Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Generalsekretär wird ersucht, eine amtliche Übersetzung dieses Protokolls in chinesischer und russischer Sprache anzufertigen und den chinesischen und russischen Text dem englischen, französischen und spanischen Text beizufügen, wenn er die beglaubigten Abschriften den Staaten nach Artikel 19 dieses Protokolls übermittelt.

Für AFGHANISTAN:

Für ALBANIEN:

Für ARGENTINIEN:

Ad Referendum
Luis J. Estevarena

For AUSTRALIA:
Pour l'AUSTRALIE:
Por AUSTRALIA:

For AUSTRIA:
Pour l'AUTRICHE:
Por AUSTRIA:

Dr. J. Stangelberger

For the KINGDOM OF BELGIUM:
Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:
Por el REINO DE BÉLGICA:

Sous réserve de ratification
Ch. Hopchet

For BOLIVIA:
Pour la BOLIVIE:
Por BOLIVIA:

For BRAZIL:
Pour le BRÉSIL:
Por el BRASIL:

For BULGARIA:
Pour la BULGARIE:
Por BULGARIA:

For the UNION OF BURMA:
Pour l'UNION BIRMANE:
Por la UNIÓN BIRMANA:

For the BYELORUSSIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE DE BIÉLORUSSIE:
Por la REPÚBLICA SOCIALISTA SOVIÉTICA DE BIELORRUSIA:

For CAMBODIA:
Pour le CAMBODGE:
Por CAMBOJA:

Iem Kadul

For CANADA:
Pour le CANADA:
Por el CANADÁ:

For CEYLON:
Pour CEYLAN:
Por CEILÁN:

Für AUSTRALIEN:

Für ÖSTERREICH:

Dr. J. Stangelberger

Für das KONIGREICH BELGIEN:

Unter dem Vorbehalt der Ratifikation

Ch. Hopchet

Für BOLIVIEN:

Für BRASILIEN:

Für BULGARIEN:

Für BIRMA:

Für die
WEISSRUSSISCHE SOZIALISTISCHE
SOWJET-REPUBLIK:

Für KAMBODSCHA:

Iem Kadul

Für KANADA:

Für CEYLON:

For CHILE:
Pour le CHILI:
Por CHILE:

For CHINA:
Pour la CHINE:
Por la CHINA:

For COLOMBIA:
Pour la COLOMBIE:
Por COLOMBIA:

For COSTA RICA:
Pour le COSTA-RICA:
Por COSTA RICA:

ad referendum
J. F. Cárdenas
July 26th, 1954

For CUBA:
Pour CUBA:
Por CUBA:

José Miguel Ribas

For CZECHOSLOVAKIA:
Pour la Tchécoslovaquie:
Por CHECOSLOVACIA:

For DENMARK:
Pour le DANEMARK:
Por DINAMARCA:

For the DOMINICAN REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE DOMINICAINE:
Por la REPÚBLICA DOMINICANA:

For ECUADOR:
Pour l'EQUATEUR:
Por el ECUADOR:

B. Oquendo

For EGYPT:
Pour l'EGYPTE:
Por EGIPTO:

Radiel Mourad

For EL SALVADOR:
Pour le SALVADOR:
Por el SALVADOR:

Für CHILE:

Für CHINA:

Für KOLUMBIEN:

Für COSTA RICA:

ad referendum

J. F. Carballó

20. Juli 1954

Für KUBA:

José Miguel Ribas

Für die TSCHECHOSLOWAKEI:

Für DÄNEMARK:

Für die
DOMINIKANISCHE REPUBLIK:

Für ECUADOR:

B. Oquendo

Für ÄGYPTEN:

Rachad Mourad

Für EL SALVADOR:

For ETHIOPIA:
Pour l'ETHIOPIE:
Por ETIOPIA:

For FINLAND:
Pour la FINLANDE:
Por FINLANDIA:

For FRANCE:
Pour la FRANCE:
Por FRANCIA:

Philippe de Seynes

For the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:
Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:
Por la REPÚBLICA FEDERAL ALEMANA:

Richard Faulig
Walter Winter

For GREECE:
Pour la GRÈCE:
Por GRECIA:

For GUATEMALA:
Pour le GUATEMALA:
Por GUATEMALA:

For HAITI:
Pour HAÏTI:
Por HAITÍ:

Ernest G. Chauvet

For HONDURAS:
Pour le HONDURAS:
Por HONDURAS:

Tiburcio Carias Jr.
June 15, 1954

For HUNGARY:
Pour la HONGRIE:
Por HUNGRÍA:

For ICELAND:
Pour l'ISLANDE:
Por ISLANDIA:

For INDIA:
Pour l'INDE:
Por la INDIA:

Für ÄTHIOPIEN:

Für FINNLAND:

Für FRANKREICH:

Philippe de Seynes

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Richard Paulig
Walter Wagner

Für GRIECHENLAND:

Für GUATEMALA:

Für HAITI:

Ernest G. Chauvet

Für HONDURAS:

Tiburcio Carias Jr.
15. Juni 1954

Für UNGARN:

Für ISLAND:

Für INDIEN:

For INDONESIA:
Pour l'INDONÉSIE:
Por INDONESIA:

For IRAN:
Pour l'IRAN:
Por IRÁN:

For IRAQ:
Pour l'IRAK:
Por IRAK:

For IRELAND:
Pour l'IRLANDE:
Por IRLANDÀ:

For ISRAEL:
Pour ISRAEL:
Por ISRAEL:

For ITALY:
Pour l'ITALIE:
Por ITALIA:

Ugo Calderoni

For JAPAN:
Pour le JAPON:
Por el JAPÓN:

For the HASHEMITE KINGDOM OF THE JORDAN:
Pour le ROYAUME HACHÉMITE DE JORDANIE:
Por el REINO HACHEMITA DE JORDANIA:

For the REPUBLIC OF KOREA:
Pour la RÉPUBLIQUE DE CORÉE:
Por la REPÚBLICA DE COREA:

For LAOS:
Pour le LAOS:
Por LAOS:

For LEBANON:
Pour le LIBAN:
Por el LÍBANO:

Für INDONESIEN:

Für IRAN:

Für IRAK:

Für IRLAND:

Für ISRAEL:

Für ITALIEN:

Ugo Calderoni

Für JAPAN:

Für das
HASCHEMITISCHE KÖNIGREICH
JORDANIEN:

Für die REPUBLIK KOREA:

Für LAOS:

Für LIBANON:

For LIBERIA:
Pour le LIBÉRIA:
Por LIBERIA:

For LIBYA:
Pour la LIBYE:
Por LIBIA:

For the GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:
Pour le GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG:
Por el GRAN DUCADO DE LUXEMBURGO:

For MEXICO:
Pour le MEXIQUE:
Por MÉXICO:

José A. Bufort

For MONACO:
Pour MONACO:
Por MÓNACO:

Marcel A. Palmaro

For NEPAL:
Pour le NÉPAL:
Por NEPAL:

For the KINGDOM OF THE NETHERLANDS:
Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS
Por el REINO DE LOS PAÍSES BAJOS:

Paymans

For NEW ZEALAND:
Pour la NOUVELLE-ZÉLANDE:
Por NUEVA ZELANDIA:

For NICARAGUA:
Pour le NICARAGUA:
Por NICARAGUA:

For the KINGDOM OF NORWAY:
Pour le ROYAUME DE NORVÈGE:
Por el REINO DE NORUEGA:

For PAKISTAN:
Pour le PAKISTAN:
Por el PAKISTÁN:

Für LIBERIA:

Für LIBYEN:

Für das
GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG:

Für MEXIKO:

José A. Bufort

Für MONACO:

Marcel A. Palmaro

Für NEPAL:

Für das
KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE:

Paymans

Für NEUSEELAND:

Für NICARAGUA:

Für das KÖNIGREICH NORWEGEN:

Für PAKISTAN:

For PANAMA:
Pour le PANAMA:
Por PANAMÁ:

Ad referendum
Ernesto de la Ossa

For PARAGUAY:
Pour le PARAGUAY:
Por el PARAGUAY:

For PERU:
Pour le PÉROU:
Por el PERÚ:

For the PHILIPPINE REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE DES PHILIPPINES:
Por la REPÚBLICA DE FILIPINAS:

Mauro Méndez

For POLAND:
Pour la POLOGNE:
Por POLONIA:

For PORTUGAL:
Pour la PORTUGAL:
Por PORTUGAL:

For ROMANIA:
Pour la ROUMANIE:
Por RUMANIA:

For SAN MARINO:
Pour SAINT-MARIN:
Por SAN MARINO:

For SAUDI ARABIA:
Pour l'ARABIE SAOUDITE:
Por ARABIA SAUDITA:

For SPAIN:
Pour l'ESPAGNE:
Por ESPAÑA:

For SWEDEN:
Pour la SUÈDE:
Por SUECIA:

**G. dte. St. dte. v.
A. 5 p. m. 1956**

Für PANAMA:

Ad referendum
Ernesto de la Ossa

Für PARAGUAY:

Für PERU:

Für die
REPUBLIK DER PHILIPPINEN:

Mauro Mendoza

Für POLEN:

Für PORTUGAL:

Für RUMÄNIEN:

Für SAN MARINO:

Für SAUDI-ARABIEN:

Für SPANIEN:

Für SWEITZERLAND:

Georg Schildknecht
Bundesrat

For SWITZERLAND:

Pour la SUISSE:

Por SUIZA:

Fr. Lüthi

For SYRIA:

Pour la SYRIE:

Por SIRIA:

For THAILAND:

Pour la THAÏLANDE:

Por TAILANDIA:

For TURKEY:

Pour la TURQUIE:

Por TURQUÍA:

For the
UKRAINIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:

Pour la

RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE D'UKRAINE:

Por la

REPÚBLICA SOCIALISTA SOVIÉTICA DE UCRANIA:

For the UNION OF SOUTH AFRICA:

Pour l'UNION SUD-AFRICAINE:

Por la UNIÓN SUDAFRICANA:

For the
UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS:

Pour l'UNION

DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES:

Por la

UNIÓN DE REPÚBLICAS SOCIALISTAS SOVIÉTICAS:

For the
UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND:

Pour le

ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD:

Por el

REINO UNIDO DE LA GRAN BRETAÑA
E IRLANDA DEL NORTE:

Subject to the reservation recorded in the Final Act

Charles Henry Blake

For the UNITED STATES OF AMERICA:

Pour les ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE:

Por los ESTADOS UNIDOS DE AMÉRICA:

Für die SCHWEIZ:

Fr. Lüthi

Für SYRIEN:

Für THAILAND:

Für die TURKEI:

Für die
UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE
SOWJET-REPUBLIK:

Für die SUDAFRIKANISCHE UNION:

Für die
UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJET-REPUBLIKEN:

Für das
VEREINIGTE KÖNIGREICH VON
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:

Unter dem in der Schlußakte niedergelegten Vorbehalt

Charles Henry Blake

Für die
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:

For URUGUAY:

Pour l'URUGUAY:

Por el URUGUAY:

Ad Referendum

E. Rodriguez Fabregat

For VATICAN CITY:

Pour la CITÉ DU VATICAN:

Por la CIUDAD DEL VATICANO:

Monseigneur Thomas J. McMahon

For VENEZUELA:

Pour le VENEZUELA:

Por VENEZUELA:

For VIET-NAM:

Pour le VIET-NAM:

Por VIETNAM:

For YEMEN:

Pour le YÉMEN:

Por el YEMEN:

For YUGOSLAVIA:

Pour la YOUGOSLAVIE:

Por YUGOESLAVIA:

Für URUGUAY:

Ad Referendum
E. Rodriguez Fabregat

Für den
STAAT DER VATIKANSTADT:

Monseigneur Thomas J. McMahon

Für VENEZUELA:

Für VIETNAM:

Für den JEMEN:

Für JUGOSLAWIEN:

ANNEX

Model declaration

(To be made out in the language of the exporting country
with a translation into English or French)

DECLARATION

**for the Temporary Free Admission of tourist publicity
material, without entering into a bond in respect of import
duties and import taxes or depositing such duties or taxes**

The (name of organization) is forwarding herewith the following tourist publicity material, addressed to its accredited representative (or the approved correspondent) whose name appears below, for temporary importation, on condition that it shall be re-exported within a period of twelve months and that it will be used solely for the purpose of inducing tourists to visit the country exporting the material.

The (name of organization) undertakes not to dispose of, either gratis or against payment, the articles temporarily imported without the consent of the Customs Administration of the country importing the material and without having first complied with any formalities required by that Administration.

This material is imported temporarily on the responsibility and against the guarantee of the accredited representative or the approved correspondent whose name appears below.

(a) List of the material:

.....
.....
.....
.....
.....

(b) Name and address of the accredited representative or correspondent to whom the material is consigned:

.....
.....
.....

*(Date, signature and stamp
of the official national tourist
agency of the country of despatch)*

ANNEXE

Modèle d'attestation

(A rédiger dans la langue du pays d'exportation avec
traduction en anglais ou en français)

ATTESTATION

**pour l'Importation en Franchise Temporaire, avec dis-
pense de la garantie ou de la consignation des droits
et taxes d'entrée, du matériel de propagande touristique**

L (nom de l'organisme) expédie, sous le couvert de la présente attestation, le matériel de propagande touristique ci-après, adressé au représentant accrédité (ou correspondant agréé) désigné ci-dessous, pour importation temporaire, à charge de réexportation dans un délai de douze mois. Cette expédition est faite dans le seul but d'encourager les touristes à visiter le pays d'exportation du matériel en question.

L' (nom de l'organisme) s'engage à ne pas céder ce matériel à titre gratuit ou onéreux sans le consentement de l'Administration des douanes du pays d'importation du matériel et sans avoir accompli au préalable les formalités que cette administration pourrait exiger.

Cette importation temporaire est effectuée sous la responsabilité et la garantie du représentant accrédité ou du correspondant agréé mentionné ci-dessous.

(a) Inventaire du matériel:

.....
.....
.....
.....
.....

b) Nom et adresse du représentant accrédité ou du correspondant agréé, à qui le matériel est adressé:

.....
.....
.....

*(Date, signature et cachet
de l'organisme officiel national
du tourisme du pays expéditeur)*

ANEXO

Modelo de declaración jurada

(Se redactará en el idioma del país exportador, e irá acompañada de una traducción al inglés o al francés)

DECLARACIÓN JURADA

para la Importación Temporal Libre de Derechos y Gravámenes de material de propaganda del turismo, sin constitución de fianza respecto de los derechos y gravámenes de importación ni depósito de su importe

El (o La)* remite con la presente el siguiente material de propaganda del turismo, dirigido a su representante acreditado (o corresponsal autorizado) cuyo nombre se indica al pie, para su importación temporal, con el compromiso de reexportarlo en el plazo de 12 meses y de utilizarlo exclusivamente con el objeto de interesar a los turistas a visitar el país de exportación.

El (o La)* se compromete a no ceder a título gratuito u oneroso los objetos importados temporalmente sin el consentimiento de la Administración de Aduanas del país de importación y sin haber cumplido previamente las formalidades que dicha Administración pueda exigir.

Esta importación temporal se efectúa bajo la responsabilidad y la garantía del representante acreditado o del corresponsal autorizado cuyo nombre se indica al pie.

a) Lista del material:

.....
.....
.....
.....
.....

b) Nombre y dirección del representante acreditado o corresponsal al cual va consignado el material:

.....
.....

*[Fecha, firma y sello
del organismo nacional de turismo
de carácter oficial del país de origen]*

ANLAGE

Muster der Bescheinigung

(Auszustellen in der Sprache des Ausfuhrlandes mit einer englischen oder französischen Übersetzung)

BESCHEINIGUNG

für die vorübergehende Einfuhr von Werbematerial für den Fremdenverkehr frei von Eingangsabgaben und ohne Sicherheitsleistung für diese Abgaben

Die (Name der Organisation) versendet hiermit das nachstehend angeführte Werbematerial für den Fremdenverkehr an den anerkannten Vertreter (oder zugelassenen Korrespondenten), dessen Name unten angegeben ist, zur vorübergehenden Einfuhr unter der Voraussetzung, daß es innerhalb von zwölf Monaten wieder ausgeführt wird und daß es nur verwendet wird, um Touristen zum Besuch des Landes anzuregen, aus dem dieses Material ausgeführt worden ist.

Die (Name der Organisation) verpflichtet sich, die vorübergehend eingeführten Gegenstände weder entgeltlich noch unentgeltlich ohne vorherige Zustimmung der Zollverwaltung des Einfuhrlandes und ohne vorherige Erfüllung der von dieser Verwaltung geforderten Formalitäten weiterzugeben.

Dieses Material wird unter Verantwortung und Haftung des anerkannten Vertreters oder des zugelassenen Korrespondenten, dessen Name unten angegeben ist, vorübergehend eingeführt.

a) Verzeichnis des Materials:

.....
.....
.....
.....
.....

b) Name und Adresse des anerkannten Vertreters oder des zugelassenen Korrespondenten, dem das Material zugesandt wird:

.....
.....

*[Datum, Unterschrift und Stempel
der offiziellen Fremdenverkehrsorganisation
des Versandlandes]*

Customs Convention on the Temporary Importation of Private Road Vehicles

THE CONTRACTING STATES,

DESIRING to facilitate the development of international touring,

HAVING REGARD to the aims of the Convention on Road Traffic, adopted by the United Nations Conference on Road and Motor Transport held at Geneva from 23 August to 19 September 1949 and opened for signature at Geneva on 19 September 1949,

HAVE DECIDED to conclude a Convention and have agreed upon the following provisions:

CHAPTER I

Definitions

Article 1

For the purpose of this Convention:

- a) The term "import duties and import taxes" shall mean not only Customs duties but also all duties and taxes whatever chargeable by reason of importation;
- b) The term "vehicles" shall, unless the context otherwise requires, mean all road motor vehicles (including cycles with engines) and trailers (whether imported with the vehicle or separately), together with their component parts, and normal accessories and equipment, when imported with the vehicle;
- c) The term "private use" shall exclude the transport of persons for remuneration, reward or other consideration and the industrial or commercial transport of goods with or without remuneration;
- d) The term "temporary importation papers" shall include the Customs document showing the guarantee or deposit of import duties and import taxes;
- e) The term "persons" shall mean both natural and legal persons unless the context otherwise requires.

CHAPTER II

Importation without payment of import duties and import taxes and free of import prohibitions and restrictions

Article 2

(1) Each of the Contracting States shall grant temporary admission without payment of import duties and import taxes and free of import prohibitions and restrictions, subject to re-exportation and to the other conditions laid down in this Convention, to vehicles owned by persons normally resident outside its territory which are imported and utilized, for their private use on the occasion of a temporary visit, either by the owners of the vehicles or by other persons normally resident outside its territory.

Convention Douanière relative à l'importation temporaire des véhicules routiers privés

LES ÉTATS CONTRACTANTS,

DÉSIREUX de faciliter le développement du tourisme international,

CONSIDÉRANT les objets de la Convention sur la circulation routière adoptée par la Conférence des Nations Unies sur les transports routiers et les transports automobiles tenue à Genève, du 23 août au 19 septembre 1949, et ouverte à la signature à Genève le 19 septembre 1949,

ONT DÉCIDÉ de conclure une Convention et sont convenus des dispositions suivantes:

CHAPITRE PREMIER

Définitions

Article premier

Aux fins de la présente Convention, on entend:

- a) Par «droits et taxes d'entrée», non seulement les droits de douane, mais aussi tous droits et taxes quelconques exigibles du fait de l'importation;
- b) Par «véhicules», à moins que le contraire ne résulte du contexte, tous véhicules routiers à moteur (y compris les cycles à moteur) et les remorques (importées avec le véhicule ou séparément), ainsi que leurs pièces de rechange, leurs accessoires et équipement normaux importés avec le véhicule;
- c) Par «usage privé», l'utilisation à des fins autres que le transport de personnes moyennant rémunération, prime ou autre avantage matériel, et autres que le transport industriel ou commercial de marchandises avec ou sans rémunération;
- d) Par «titre d'importation temporaire», le document douanier permettant de constater la garantie ou la consignation des droits et taxes d'entrée;
- e) Par «personnes», les personnes physiques et morales, à moins que le contraire ne résulte du contexte.

CHAPITRE II

Importation en franchise des droits et taxes d'entrée sans prohibitions ni restrictions d'importation

Article 2

(1) Chacun des Etats contractants admet en franchise temporaire des droits et taxes d'entrée, sans prohibitions ni restrictions d'importation, à charge de réexportation et sous les autres conditions prévues par la présente Convention, les véhicules appartenant à des personnes qui ont leur résidence normale en dehors de son territoire et qui sont importés et utilisés pour leur usage privé à l'occasion d'une visite temporaire, soit par les propriétaires de ces véhicules, soit par d'autres personnes qui ont leur résidence normale en dehors de son territoire.

(Übersetzung)

**Convención sobre Formalidades
Aduaneras para la Importación
Temporal de Vehículos Particulares
de Carretera**

LOS ESTADOS CONTRATANTES,

DESEANDO facilitar el desarrollo del turismo internacional,

TENIENDO en cuenta las finalidades de la Convención sobre Circulación por Carretera, aprobada por la Conferencia de las Naciones Unidas sobre Transporte por Carretera y Transporte por Vehículos Automotores celebrada en Ginebra del 23 de agosto al 19 de septiembre de 1949 y abierta a la firma en Ginebra el 19 de septiembre de 1949.

HAN RESUELTO concluir una Convención y han convenido en las disposiciones siguientes:

CAPITULO I

Definiciones

Artículo 1

Para los efectos de la presente Convención:

- a) La expresión "derechos y gravámenes de importación" significa no sólo los derechos de aduana, sino también todos los derechos y gravámenes exigibles en virtud de la legislación;
- b) A menos que del contexto se deduzca lo contrario, el término "vehículos" designa a todos los vehículos automotores que circulan por carretera (inclusive las bicicletas y triciclos con motor) y los remolques (tanto si son importados con el vehículo automotor o separadamente), junto con las piezas de repuesto, y los accesorios y equipo que normalmente les pertenecen, cuando éstos sean importados con el vehículo;
- c) La expresión "uso privado" excluye el transporte de personas mediante remuneración, prima u otra ventaja material y el transporte industrial y comercial de mercaderías con o sin remuneración;
- d) La expresión "título de importación temporal" incluirá un documento de la aduana en el que conste la garantía o el depósito de los derechos y gravámenes de importación;
- e) A menos que del contexto se deduzca lo contrario, el término "personas" comprende tanto a las personas físicas como a las jurídicas.

CAPITULO II

**Importación sin requerir el pago de derechos
y gravámenes de importación y sin aplicar
las prohibiciones y restricciones relativas a
la importación**

Artículo 2

- (1) Cada uno de los Estados Contratantes admitirá temporalmente, libres de derechos y gravámenes de importación y sin aplicar las prohibiciones y restricciones relativas a la importación, pero sujetos a la obligación de reexportación, y a las demás condiciones indicadas en la presente Convención, los vehículos, propiedad de personas que residan normalmente fuera de su territorio, importados y utilizados para su uso privado con motivo de una visita temporal, por los propietarios de los vehículos o por otras personas que residan normalmente en el exterior.

**Zollabkommen
über die vorübergehende Einfuhr
privater Straßenfahrzeuge**

DIE VERTRAGSSTAATEN,

VON DEM WUNSCH geleitet, die Entwicklung des internationalen Touristenverkehrs zu erleichtern, und

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Ziele des Abkommens über den Straßenverkehr, das von der Konferenz der Vereinten Nationen über Straßen- und Kraftfahrzeugverkehr, die vom 23. August bis 19. September 1949 in Genf tagte, angenommen worden ist und vom 19. September 1949 an in Genf zur Unterzeichnung offen stand,

HABEN BESCHLOSSEN, ein Abkommen zu schließen und sind über folgende Bestimmungen übereingekommen:

KAPITEL I

Begriffsbestimmungen

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Begriff

- a) „Eingangsabgaben“ nicht nur Zölle, sondern auch alle anderen bei der Einfuhr zu erhebenden Abgaben;
- b) „Fahrzeuge“, soweit sich aus dem nachfolgenden Text nichts anderes ergibt, alle Straßenkraftfahrzeuge (einschließlich Fahrräder mit Motor) und Anhänger (mit dem Fahrzeug oder getrennt von diesem eingeführt), mit ihren Ersatzteilen, ihrem normalen Zubehör und ihrer normalen Ausrüstung, die mit dem Fahrzeug eingeführt werden;
- c) „Eigener Gebrauch“ die Benutzung zu anderen Zwecken als zur Beförderung von Personen gegen Entgelt, Entlohnung oder andere materielle Vorteile und zu anderen Zwecken als zur gewöhnlichen oder kommerziellen Beförderung von Waren gegen oder ohne Entgelt;
- d) „Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr“ das Zollpapier, aus dem ersichtlich ist, daß die Eingangsabgaben durch Bürgschaft oder Hinterlegung sichergestellt sind;
- e) „Personen“ natürliche und juristische Personen, soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt.

KAPITEL II

**Einfuhr ohne Entrichtung der Eingangsabgaben und
frei von Einfuhrverböten und -beschränkungen**

Artikel 2

- (1) Unter dem Vorbehalt der Wiederausfuhr und unter den anderen in diesem Abkommen vorsehenen Bedingungen wird jeder Vertragsstaat diejenigen Fahrzeuge ohne Entrichtung der Eingangsabgaben und ohne Anwendung von Einfuhrverböten und -beschränkungen vorübergehend zur Einfuhr zulassen, deren Eigentümer ihren gewöhnlichen Wohnort außerhalb seines Gebietes haben; Voraussetzung ist, daß die Fahrzeuge von den Eigentümern selbst oder von anderen Personen, die Ihnen gewöhnlichsten Wohnort aufweisen, in einem Ort, der nicht in dem Land liegt, wo sie registriert sind, aufgestellt sind.

(2) Such vehicles shall be covered by temporary importation papers guaranteeing payment of import duties and import taxes, and if the case should arise, of any Customs penalties incurred, subject to the special provision of paragraph 4 of article 27.

Article 3

The fuel contained in the ordinary supply tanks of vehicles temporarily imported shall be admitted without payment of import duties and import taxes and free of import prohibitions and restrictions, it being understood that the ordinary tank is that designed by the maker for the type of vehicle concerned.

Article 4

(1) Component parts imported for the repair of a particular vehicle already temporarily imported shall be admitted temporarily without payment of import duties and import taxes and free of import prohibitions and restrictions. Contracting States may require these parts to be covered by temporary importation papers.

(2) Replaced parts which are not re-exported shall be liable to import duties and import taxes except where, in conformity with regulations of the country concerned, they may be abandoned free of all expense to the Exchequer or destroyed, under official supervision, at the expense of the parties concerned.

Article 5

Temporary importation papers and international circulation papers intended to be issued to persons residing in the country into which the papers are imported who wish to enter other countries and which are sent to the authorized touring associations by the corresponding foreign associations, by international organizations or by the Customs authorities of the Contracting States shall be admitted without payment of import duties and import taxes and free of import prohibitions and restrictions.

CHAPTER III

Issue of temporary importation papers

Article 6

(1) Subject to such guarantees and under such conditions as it may determine, each Contracting State may authorize associations, such as those affiliated to an international organization, to issue either directly or through corresponding associations the temporary importation papers covered by this Convention.

(2) Temporary importation papers may be valid for a single country or Customs territory, or for several countries or Customs territories

(3) The period of validity of these papers shall not exceed a year from the date of issue.

Article 7

(1) Temporary importation papers valid for the territories of all or several of the Contracting States shall be known as *carnets de passages en douane* and shall conform to the standard form contained in Annex 1 of this Convention.

(2) If a *carnet de passages en douane* is not valid for one or several territories, the issuing association shall indicate the fact on the cover and on the importation documents of the *carnet*.

(2) Ces véhicules sont placés sous le couvert d'un titre d'importation temporaire garantissant le paiement des droits et taxes d'entrée et, éventuellement, des amendes douanières encourues, sous réserve des dispositions spéciales prévues par le paragraphe 4 de l'article 27.

Article 3

Sont admis en franchise des droits et taxes d'entrée, et sans prohibitions ni restrictions d'importation, les combustibles et carburants contenus dans les réservoirs normaux des véhicules importés temporairement, étant entendu que le réservoir normal est celui prévu par le constructeur pour le type de véhicule en question.

Article 4

(1) Les pièces détachées importées pour servir à la réparation d'un véhicule déterminé déjà importé temporairement sont admises temporairement en franchise des droits et taxes d'entrée et sans prohibitions ni restrictions d'importation. Les Etats contractants peuvent exiger que ces pièces soient placées sous le couvert d'un titre d'importation temporaire.

(2) Les pièces remplacées non réexportées sont passibles des droits et taxes d'entrée à moins que, conformément à la réglementation du pays intéressé, elles ne soient abandonnées franches de tous frais au Trésor public ou bien détruites, sous contrôle officiel, aux frais des intéressés.

Article 5

Sont admis au bénéfice de la franchise des droits et taxes d'entrée, et sans prohibitions ni restrictions d'importation, les formulaires de titres d'importation temporaire et de circulation internationale destinés à être délivrés aux personnes résidant dans le pays d'importation desdits formulaires qui veulent se rendre dans d'autres pays, et qui sont expédiés aux associations de tourisme autorisées par les associations étrangères correspondantes, par les organisations internationales ou par les autorités douanières des Etats contractants.

CHAPITRE III

Délivrance des titres d'importation temporaire

Article 6

(1) Conformément aux garanties et sous les conditions qu'il peut déterminer, chaque Etat contractant peut habiliter des associations, et notamment celles qui sont affiliées à une organisation internationale, à délivrer, soit directement, soit par l'intermédiaire d'associations correspondantes, les titres d'importation temporaire prévus par la présente Convention.

(2) Les titres d'importation temporaire peuvent être valables pour un seul pays ou territoire douanier ou pour plusieurs pays ou territoires douaniers.

(3) La durée de validité de ces titres ne peut pas excéder une année à compter du jour de leur délivrance.

Article 7

(1) Les titres d'importation temporaire valables pour les territoires de tous les Etats contractants ou de plusieurs d'entre eux seront désignés sous le nom de «*carnets de passages en douane*» et doivent être conformes au modèle qui figure à l'annexe 1 de la présente Convention.

(2) Si le *carnet de passages en douane* n'est pas valable pour un ou plusieurs territoires, l'association qui délivre le titre doit en faire mention sur la couverture et les volets d'entrée du *carnet*.

(2) Dichos vehículos deberán estar amparados por títulos de importación temporal que garanticen el pago de los derechos y gravámenes de importación y, en su caso, de cualquier multa aduanera exigible, con sujeción a las disposiciones especiales del párrafo 4 del artículo 27.

Artículo 3

Se admitirán libres de derechos y gravámenes de importación, y sin aplicar las prohibiciones y restricciones de importar, los combustibles y carburantes contenidos en los depósitos ordinarios de los vehículos importados temporalmente, quedando entendido que los depósitos ordinarios son los previstos por el fabricante para el tipo de vehículo de que se trate.

Artículo 4

(1) Las piezas sueltas importadas para la reparación de vehículos particulares ya importados temporalmente serán admitidas con carácter temporal libres de derechos y gravámenes de importación y sin aplicar las prohibiciones y restricciones relativas a la importación. Los Estados Contratantes podrán exigir que tales piezas estén amparadas por los títulos de importación temporal.

(2) Las piezas reemplazadas que no se reexporten estarán sujetas al pago de los derechos y gravámenes de importación, a menos que, de conformidad con la reglamentación del país interesado, dichas piezas sean abandonadas libres de todo gasto al Fisco del país o destruidas, bajo la inspección de una autoridad pública, a costa de los importadores.

Artículo 5

Los formularios de los títulos de importación temporal y de circulación internacional que se hayan de expedir a favor de personas residentes en el país de importación de los documentos que deseen ir a otros países, enviados a las asociaciones de turismo autorizadas por las correspondientes asociaciones extranjeras, por organizaciones internacionales o por autoridades aduaneras de los Estados Contratantes, serán admitidos libres de derechos y gravámenes de importación, y sin aplicar las prohibiciones y restricciones de importar.

CAPITULO III

Expedición de títulos de importación temporal

Artículo 6

(1) Con sujeción a las garantías y bajo las condiciones que pueda determinar, cada uno de los Estados Contratantes podrá habilitar a asociaciones, y especialmente a las afiliadas a una organización internacional, para que expidan sea directamente, sea por conducto de asociaciones correspondientes, los títulos de importación temporal previstos por la presente Convención.

(2) Los títulos de importación temporal podrán ser válidos para un solo país o territorio aduanero o para varios países o territorios aduaneros.

(3) El plazo de validez de dichos títulos no podrá exceder de un año, a contar del día de su expedición.

Artículo 7

(1) Los títulos de importación temporal que sean válidos para los territorios de todos los Estados Contratantes o varios de ellos se denominarán "libreta de paso por las aduanas" y habrán de ajustarse al modelo contenido en el anexo 1 de la presente Convención.

(2) Si una "libreta de paso por las aduanas" no es válida para uno o varios territorios, la asociación que la expide lo habrá de indicar en la portada y en los títulos de la "libreta".

(2) Für diese Fahrzeuge muß ein Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr vorliegen, durch das die Entrichtung der Eingangsabgaben und erforderlichenfalls auch der verwirkten Zollstrafen gesichert wird, wobei die besonderen Bestimmungen des Artikels 27 Abs. 4 zu beachten sind.

Artikel 3

Der Treibstoff, der sich in den gewöhnlichen Kraftstoffbehältern der vorübergehend eingeführten Fahrzeuge befindet, wird frei von Eingangsabgaben und frei von Einfuhrverboten und -beschränkungen zugelassen; als gewöhnlicher Kraftstoffbehälter gilt der Behälter, der vom Hersteller für den betreffenden Fahrzeugtyp vorgesehen worden ist.

Artikel 4

(1) Ersatzteile, die zur Instandsetzung eines bestimmten, bereits vorübergehend eingeführten Fahrzeugs dienen sollen, werden frei von Eingangsabgaben und frei von Einfuhrverboten und -beschränkungen zugelassen. Die Vertragsstaaten können für diese Teile die Abfertigung auf ein Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr vorsehen.

(2) Für die ersetzen, nicht wieder ausgeführten Teile sind die Eingangsabgaben zu entrichten, wenn sie nicht nach den Vorschriften des betreffenden Landes unentbehrlich dem Staat überlassen oder unter amtlicher Aufsicht auf Kosten der Beteiligten vernichtet werden.

Artikel 5

Vordrucke für Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr und für die internationalen Zulassungspapiere werden frei von Eingangsabgaben und frei von Einfuhrverboten und -beschränkungen zugelassen, wenn sie zur Abgabe an im Einfuhrland wohnende Personen bestimmt sind, die andere Länder aufsuchen wollen, und wenn sie den ermächtigten Touristenverbänden von den mit ihnen in Verbindung stehenden ausländischen Verbänden, von internationalen Organisationen oder von den Zollbehörden der Vertragsstaaten zugesandt werden.

KAPITEL III

Ausgabe der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr

Artikel 6

(1) Jeder Vertragsstaat kann, vorbehaltlich der von ihm geforderten Sicherstellungen und festgesetzten Bedingungen, Verbände, insbesondere solche, die einer internationalen Organisation angehören, ermächtigen, selbst oder durch die mit ihnen in Verbindung stehenden Verbände, die in diesem Abkommen vorgesehenen Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr auszugeben.

(2) Die Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr können entweder für ein einziges Land oder Zollgebiet oder auch für mehrere Länder oder Zollgebiete gültig sein.

(3) Die Gültigkeitsdauer dieser Zollpapiere darf ein Jahr vom Tage der Ausgabe an nicht überschreiten.

Artikel 7

(1) Die für die Gebiete aller oder mehrerer Vertragsstaaten gültigen Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr werden als „Zollpassierscheinheft“ (Carnet de passages en douane) bezeichnet und müssen dem in der Anlage 1 dieses Abkommens enthaltenen Muster entsprechen.

(2) Wenn ein Zollpassierscheinheft für ein oder mehrere Gebiete nicht gültig ist, so muß der ausstellende Verband dies auf dem Umschlag und auf den Eingangsblättern des Heftes vermerken.

(3) Temporary importation papers valid only for the territory of a single Contracting State may conform to the standard form contained in Annex 2 or in Annex 3 of this Convention. Contracting States may also use other documents, in accordance with their legislation or regulations.

(4) The period of validity of temporary importation papers, other than those issued by authorized associations as provided for in article 6, shall be laid down by each Contracting State in accordance with its legislation or regulations.

(5) Each Contracting State shall, upon request, supply the other Contracting States with models of temporary importation papers valid for its territory, other than those appearing in the annexes to this Convention.

CHAPTER IV

Particulars on temporary importation papers

Article 8

Temporary importation papers issued by authorized associations shall be made out in the name of the persons who own the vehicles temporarily imported or who have the possession or control of them provided that, if the vehicle has been hired, the papers shall be made out in the name of the hirer.

Article 9

(1) The weight to be declared on temporary importation papers is the net weight of the vehicles. It shall be expressed in the metric system. In the case of papers valid for one country only, the Customs authorities of that country may prescribe the use of another system.

(2) The value to be declared on temporary importation papers valid for one country only shall be expressed in the currency of that country. The value to be declared on a *carnet de passages en douane* shall be expressed in the currency of the country where the *carnet* is issued.

(3) The articles and tool-kit which form the normal equipment of vehicles need not be specially declared on the temporary importation papers.

(4) When the Customs authorities so require, parts (such as wheels, tyres, and inner tubes) and accessories not considered as constituting the normal equipment of the vehicle (such as radio sets, trailers not declared on a separate document, or luggage carriers) shall be declared on the temporary importation papers with the necessary particulars (such as weight and value) and shall be produced on exit from the country visited.

Article 10

Any particulars inserted on temporary importation papers by the issuing association may be altered only with the approval of the issuing or guaranteeing association. No alteration to the papers may be made after they have been passed by the Customs authorities of the country of importation except with the consent of those authorities.

Article 11

(1) Vehicles admitted under the cover of temporary importation papers may be used, for their private use, by third persons duly authorized by the holders of the papers, provided that those third persons normally reside outside

(3) Les titres d'importation temporaire valables exclusivement pour le territoire d'un seul Etat contractant peuvent être conformes au modèle figurant à l'annexe 2 ou à l'annexe 3 de la présente Convention. Il est loisible aux Etats contractants d'utiliser également d'autres documents, conformément à leur législation ou à leur réglementation.

(4) La durée de validité des titres d'importation temporaire autres que ceux délivrés, conformément à l'article 6, par des associations autorisées est fixée par chaque Etat contractant suivant sa législation ou réglementation.

(5) Chacun des Etats contractants transmettra aux autres Etats contractants, sur leur demande, les modèles de titres d'importation temporaire valables sur son territoire et autres que ceux figurant aux annexes de la présente Convention.

CHAPITRE IV

Indications à porter sur les titres d'importation temporaire

Article 8

Les titres d'importation temporaire délivrés par les associations autorisées sont établis au nom des personnes propriétaires des véhicules importés temporairement ou qui en ont la jouissance. Dans le cas des véhicules loués, les titres doivent être établis au nom du loueur.*

Article 9

(1) Le poids à déclarer sur les titres d'importation temporaire est le poids à vide des véhicules. Il doit être exprimé suivant les unités du système métrique. Lorsqu'il s'agit de titres valables pour un seul pays, les autorités douanières de ce pays pourront prescrire l'emploi d'un autre système.

(2) La valeur à déclarer sur les titres d'importation temporaire valables pour un seul pays doit être exprimée dans la monnaie de ce pays. La valeur à déclarer sur un carnet de passages en douane doit être exprimée dans la monnaie du pays où le carnet est délivré.

(3) Les objets et l'outillage constituant l'équipement normal des véhicules n'ont pas à être spécialement déclarés sur les titres d'importation temporaire.

(4) Lorsque les autorités douanières l'exigent, les pièces de rechange (telles que roues, pneumatiques, chambres à air) ainsi que les accessoires non considérés comme constituant l'équipement normal du véhicule (tels que: appareils de radio, remorques ne faisant pas l'objet d'un document distinct et portebagages) doivent être déclarés sur les titres d'importation temporaire, avec les indications nécessaires (telles que poids et valeur) et être représentés à la sortie du pays visité.

Article 10

Toutes modifications aux indications portées sur les titres d'importation temporaire par l'association émettrice doivent être dûment approuvées par cette association ou par l'association garante. Aucune modification n'est permise après prise en charge des titres par les autorités douanières du pays d'importation sans l'assentiment de ces autorités.

Article 11

(1) Les véhicules se trouvant sous le couvert de titres d'importation temporaire peuvent être utilisés, pour leur usage privé, par des tiers dûment autorisés par les titulaires de ces titres, ayant leur résidence normale en

* Anmerkung: Nach Auffassung der französischen Regierung müßte das Wort „locataire“ durch „locataire“ ersetzt werden. Da jedoch der Vertrag unterzeichneten Fasschrift des Abkommens an dieser Stelle eine Klammer umschließt, bleibt die alte Form „locataire“ bestehen.

(3) Los títulos de importación temporal que únicamente sean válidos para el territorio de un solo Estado Contratante podrán ajustarse al modelo contenido en los anexos 2 ó 3 de la presente Convención. Los Estados Contratantes podrán emplear asimismo otros documentos de conformidad con su legislación o reglamentos, si así lo desean.

(4) El plazo de validez de los títulos de importación temporal que no hayan sido expedidos por asociaciones autorizadas en la forma prevista en el artículo 6, será fijado por cada Estado Contratante de conformidad con su legislación o reglamentos.

(5) Cada uno de los Estados Contratantes podrá facilitar a los demás Estados Contratantes, a petición de los mismos, los modelos de los títulos de importación temporal que sean válidos en su territorio, cuando éstos no sean los que figuran en los anexos de esta Convención.

CAPITULO IV

Indicaciones que deben consignarse en los títulos de importación temporal

Artículo 8

Los títulos de importación temporal expedidos por las asociaciones autorizadas se extenderán a nombre de las personas que sean propietarias o poseedoras, o que controlen los vehículos importados temporalmente, pero si los vehículos han sido alquilados los títulos se extenderán a nombre de las personas que los hayan alquilado.

Artículo 9

(1) El peso declarado en los títulos de importación temporal será el peso neto de los vehículos. Se expresará en unidades del sistema métrico decimal. Cuando se trate de documentos que sólo sean válidos para un país, las autoridades aduaneras de dicho país podrán prescribir el uso de otro sistema de pesas y medidas.

(2) El valor declarado en los títulos de importación temporal válidos para un país solamente se expresará en la moneda de dicho país. El valor declarado en una "libreta de paso por las aduanas" se expresará en la moneda del país donde se expida la libreta.

(3) Los artículos y herramientas que constituyan el equipo normal de los vehículos no tendrán que declararse expresamente en los títulos de importación temporal.

(4) Cuando lo exijan las autoridades aduaneras, las piezas de repuesto (tales como ruedas, neumáticos y cámaras) y los accesorios que no se consideran parte del equipo normal de los vehículos (tales como aparatos de radio, remolques no declarados en documento separado, o portaequipajes) serán declarados en los títulos de importación temporal con los detalles necesarios (tales como el peso y el valor) y se deberán presentar a la salida del país visitado.

Artículo 10

No podrá modificarse ninguna de las indicaciones consignadas en los títulos de importación temporal por la asociación que los expida, a menos que sean debidamente aprobadas por esa asociación o por la asociación que los garantiza. No se podrá introducir ninguna modificación en los títulos, una vez que éstos hayan sido tramitados por las autoridades aduaneras del país de importación, sin el consentimiento de dichas autoridades.

Artículo 11

(1) Los vehículos admitidos en virtud de títulos de importación temporal podrán ser utilizados, para su uso particular, por terceros debidamente autorizados por los titulares de dichos documentos, que residan normalmente

(3) Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr, die nur für das Gebiet eines einzigen Vertragsstaates gültig sind, können dem in der Anlage 2 oder der Anlage 3 dieses Abkommens enthaltenen Muster entsprechen. Die Vertragsstaaten können aber auch andere Zollpapiere entsprechend ihren Gesetzen und Vorschriften verwenden.

(4) Die Gültigkeitsdauer der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr, die nicht nach Artikel 6 von den ermächtigten Verbänden ausgegeben werden, kann von jedem Vertragsstaat nach seinen Gesetzen und Vorschriften festgesetzt werden.

(5) Jeder Vertragsstaat wird den anderen Vertragsstaaten auf Wunsch Muster der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr übersenden, die für sein Gebiet gültig sind und die nicht in den Anlagen dieses Abkommens enthalten sind.

KAPITEL IV

Angaben in den Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr

Artikel 8

Die von den ermächtigten Verbänden ausgegebenen Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr müssen auf den Namen der Personen lauten, die Eigentümer oder Besitzer der vorübergehend eingeführten Fahrzeuge sind oder denen das Verfügungsrecht über diese Fahrzeuge zu steht. Bei Mietfahrzeugen müssen die Zollpapiere auf den Namen des Mieters lauten.

Artikel 9

(1) Als Gewicht ist in den Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr das Leergewicht der Fahrzeuge anzumelden. Es ist in Einheiten des metrischen Systems anzugeben. Falls die Zollpapiere nur für ein Land gültig sind, können die Zollbehörden dieses Landes die Anwendung eines anderen Systems vorschreiben.

(2) Der Wert ist in den Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr, die nur für ein Land gültig sind, in der Währung dieses Landes anzumelden. Der in einem Zollpassierscheinheft anzumeldende Wert ist in der Währung des Landes anzugeben, in dem das Heft ausgegeben wird.

(3) Gegenstände und Werkzeuge, die die normale Ausrüstung der Fahrzeuge bilden, brauchen in den Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr nicht gesondert ange meldet zu werden.

(4) Auf Verlangen der Zollbehörden müssen die Ersatzteile (wie Räder, Gummireifen und Luftschläuche) und das Zubehör, das nicht zur normalen Ausrüstung des Fahrzeugs zu rechnen ist (wie Rundfunkgeräte, Anhänger, für die kein gesondertes Zollpapier vorliegt, oder Gepäckträger), in den Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr mit den erforderlichen Angaben wie Gewicht und Wert angemeldet werden; sie müssen beim Ausgang aus dem besuchten Land der Zollbehörde gestellt werden.

Artikel 10

Die Angaben des ausstellenden Verbandes in den Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr dürfen nur mit Zustimmung des ausstellenden oder des haftenden Verbandes geändert werden. Nach der Abfertigung durch die Zollbehörden des Einfuhrlandes dürfen Änderungen in den Zollpapieren nur noch mit Zustimmung dieser Behörden vorgenommen werden.

Artikel 11

(1) Auf ein Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr abgefertigte Fahrzeuge dürfen auch von dritten Personen zu ihrem eigenen Gebrauch benutzt werden, wenn diese von den Inhabern der Zollpapiere gehörig dazu ermächtigt

the country of importation and also fulfil the other conditions laid down in this Convention. The Customs authorities of the Contracting States have the right to require evidence that such persons have been duly authorized by the holders of the papers and fulfil the aforesaid conditions. If this evidence does not appear sufficient, the Customs authorities may refuse use of the vehicle in their country under cover of the papers. In the case of vehicles which have been hired, each Contracting State may, in the case of fear of abuse, require that the holder of the temporary importation paper be present at the time of importation of the vehicle.

(2) Notwithstanding the provisions of the preceding paragraph, the Customs authorities of the Contracting States may permit, in special circumstances and under conditions of which they shall be sole judges, a vehicle circulating under cover of temporary importation papers to be driven by a person who is normally resident in the country of importation, in particular when the driver drives the vehicle on behalf of or under instructions from the holder of the temporary importation papers.

dehors du pays d'importation et remplissant les autres conditions prévues par la présente Convention. Les autorités douanières des Etats contractants ont le droit d'exiger la preuve que ces personnes ont été dûment autorisées par les titulaires des titres et remplissent les conditions précitées. Si les justifications fournies ne leur paraissent pas suffisantes, les autorités douanières peuvent s'opposer à l'utilisation des véhicules dans leur pays sous couvert des titres en question. En ce qui concerne les véhicules loués, chaque Etat contractant peut, en cas de crainte d'abus, exiger que le titulaire du titre d'importation temporaire soit présent au moment de l'importation du véhicule.

(2) Nonobstant les dispositions du paragraphe précédent, les autorités douanières des Etats contractants peuvent tolérer, dans des cas exceptionnels et dans les conditions dont elles demeurent seules juges, qu'un véhicule circulant sous le couvert d'un titre d'importation temporaire soit conduit par une personne dont la résidence normale se trouve dans le pays d'importation du véhicule, notamment lorsque le conducteur conduit la voiture pour le compte et sur les instructions du titulaire du titre d'importation temporaire.

CHAPTER V

Conditions of temporary importation

Article 12

(1) The vehicles mentioned in the temporary importation papers shall be re-exported in the same general state, except for wear and tear, within the period of validity of such papers. In the case of vehicles which have been hired, the Customs authorities of the Contracting States shall have the right to require the re-exportation of the vehicle as soon as the hirer has left the country of temporary importation.

(2) Evidence of re-exportation shall be provided by the exit visa properly appended to the temporary importation papers by the Customs authorities of the country into which the vehicles were temporarily imported.

Article 13

(1) Notwithstanding the requirement of re-exportation laid down in article 12, the re-exportation of badly damaged vehicles shall not be required, in the case of duly authenticated accidents, provided that the vehicles:

- a) are subjected to the import duties and import taxes to which they are liable; or
- b) are abandoned free of all expense to the Exchequer of the country into which they were imported temporarily; or
- c) are destroyed, under official supervision, at the expense of the parties concerned as the Customs authorities may require.

(2) When a vehicle temporarily admitted cannot be re-exported as a result of a seizure, other than a seizure made at the suit of private persons, the requirement of re-exportation within the period of validity of the temporary importation papers shall be suspended for the duration of the seizure.

(3) The Customs authorities shall notify, so far as possible, to the guaranteeing association, seizures made by or on behalf of these Customs authorities of vehicles admitted under cover of temporary importation papers guaranteed by that association and shall advise it of the measures they intend to take.

CHAPITRE V

Conditions de l'importation temporaire

Article 12

(1) Les véhicules repris sur le titre d'importation temporaire doivent être réexportés à l'identique, compte tenu de l'usure normale, dans le délai de validité de ce titre. Dans le cas des véhicules loués, les autorités douanières des Etats contractants ont le droit d'exiger la réexportation du véhicule au moment où le locataire quitte le pays d'importation temporaire.

(2) La preuve de réexportation est fournie par le visa de sortie apposé régulièrement sur le titre d'importation temporaire par les autorités douanières du pays où les véhicules ont été importés temporairement.

Article 13

(1) Nonobstant l'obligation de réexportation prévue à l'article 12, en cas d'accident dûment établi, la réexportation des véhicules gravement endommagés n'est pas exigée, pourvu qu'ils soient, suivant ce que les autorités douanières exigent:

- a) Soit soumis aux droits et taxes d'entrée dus en l'espèce;
- b) Soit abandonnés francs de tous frais au Trésor public du pays d'importation temporaire;
- c) Soit détruits, sous contrôle officiel, aux frais des intéressés.

(2) Lorsqu'un véhicule admis temporairement ne peut être réexporté par suite d'une saisie différente de celles qui sont pratiquées à la requête de particuliers, l'obligation de réexportation dans le délai de validité des titres d'importation temporaire est suspendue pendant la durée de la saisie.

(3) Autant que possible, les autorités douanières notifient à l'association garante les saisies pratiquées par elles ou sur leur initiative sur des véhicules placés sous le couvert d'un titre d'importation temporaire garanti par cette association et l'avisen des mesures qu'elles envisagent d'entreprendre.

fuerza del país de importación y que reúnan además las otras condiciones previstas en la presente Convención. Las autoridades aduaneras de los Estados Contratantes tendrán derecho a exigir pruebas de que dichas terceras personas han sido debidamente autorizadas por los titulares y satisfacen las citadas condiciones, y, si dichas pruebas no les parecen suficientes, a denegar la utilización de los vehículos en su país sirviéndose de los mencionados títulos. En lo que concierne a los vehículos alquilados, cada Estado Contratante podrá exigir, en caso de que tema que existe abuso, que el beneficiario de un título de importación temporal esté presente en el momento de importarse el vehículo.

(2) Sin perjuicio de lo dispuesto en el párrafo precedente, las autoridades aduaneras de los Estados Contratantes podrán permitir en circunstancias especiales y en condiciones de las que serán únicos jueces, que un vehículo que circule amparado por un título de importación temporal sea conducido por una persona que tenga su residencia normal en el país de importación del vehículo, especialmente cuando el conductor guie el vehículo en nombre o cumpliendo instrucciones del titular del documento de importación temporal.

worden sind, ihren gewöhnlichen Wohnort außerhalb des Einfuhrlandes haben und auch die anderen in diesem Abkommen festgelegten Bedingungen erfüllen. Die Zollbehörden der Vertragsstaaten haben das Recht, den Nachweis darüber zu verlangen, daß diese Personen von den Inhabern der Zollpapiere gehörig ermächtigt worden sind und die vorerwähnten Bedingungen erfüllen. Erscheint dieser Nachweis nicht ausreichend, so können die Zollbehörden die Benutzung der Fahrzeuge unter Verwendung dieser Zollpapiere in ihrem Lande verweigern. Bei Mietfahrzeugen kann jeder Vertragsstaat im Verdachtsfalle verlangen, daß der Inhaber des Zollpapiers für die vorübergehende Einfuhr bei der Einfuhr des Fahrzeuges anwesend ist

(2) Ungeachtet der Bestimmungen des vorstehenden Absatzes können die Zollbehörden in Ausnahmefällen und unter Bedingungen, deren Festsetzung ihrem Ermessen überlassen ist, gestatten, daß ein auf ein Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr abgefertigtes Fahrzeug auch von einer Person gefahren wird, die ihren gewöhnlichen Wohnort im Einfuhrland hat; dies gilt insbesondere dann, wenn ein Fahrzeugführer das Fahrzeug auf Rechnung oder nach den Weisungen des Inhabers des Zollpapiers fährt.

CAPITULO V

Condiciones de la importación temporal

Artículo 12

(1) Los vehículos mencionados en los títulos de importación temporal habrán de ser reexportados en igual estado general, salvo el deterioro inherente al uso, y ello dentro del plazo de validez de dichos documentos. En el caso de vehículos que hayan sido alquilados, las autoridades aduaneras de los Estados Contratantes tendrán derecho a exigir que el vehículo sea reexportado tan pronto como la persona que lo haya alquilado abandone el país de importación temporal.

(2) El visado de salida debidamente estampado en el título de importación temporal por las autoridades aduaneras del país en el cual se importaron temporalmente los vehículos constituirá la prueba de la reexportación.

Artículo 13

(1) No obstante la obligación de reexportar los vehículos prevista en el artículo 12, en caso de accidente debidamente comprobado no se exigirá la reexportación de los vehículos que hayan quedado muy deteriorados siempre que, según lo que exijan las autoridades aduaneras:

- a) Se los someta al pago de los derechos y gravámenes de importación exigibles; o
- b) Se los abandone libres de todo gasto al Fisco del país; o
- c) Se los destruya, bajo la inspección de una autoridad pública, a costa de los interesados.

(2) Cuando un vehículo admitido temporalmente no pueda ser reexportado a causa de un embargo diferente de los efectuados a requerimiento de particulares, los requisitos de reexportación dentro de los plazos de validez de los documentos de importación temporal se suspenderán por todo el tiempo que dure el embargo.

(3) En la medida de lo posible, las autoridades aduaneras notificarán a la asociación garante los embargos efectuados por ellas o a su requerimiento sobre vehículos amparados por un título de importación temporal garantizado por dicha asociación y le comunicarán las medidas que se propongan adoptar.

KAPITEL V

Bestimmungen für die Abfertigung zur vorübergehenden Einfuhr

Artikel 12

(1) Die in den Zollpäpiereien für die vorübergehende Einfuhr bezeichneten Fahrzeuge müssen innerhalb der Gültigkeitsdauer der Zollpäpiere in unverändertem Zustand wieder ausgeführt werden, wobei die normale Abnutzung zu berücksichtigen ist. Bei Mietfahrzeugen haben die Zollbehörden der Vertragsstaaten das Recht, zu verlangen, daß das Fahrzeug in dem Zeitpunkt wieder ausgeführt wird, in dem der Mieter das Einfuhrland verläßt.

(2) Die Wiederausfuhr ist durch die Ausgangsbescheinigung nachzuweisen, die die Zollbehörden des Landes, in das das Fahrzeug vorübergehend eingeführt worden ist, auf dem Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr ordnungsgemäß abgegeben haben.

Artikel 13

(1) Ungeachtet der in Artikel 12 festgelegten Verpflichtung zur Wiederausfuhr ist im Falle eines gehörig nachgewiesenen Unfalls die Wiederausfuhr eines schwerbeschädigten Fahrzeugs nicht erforderlich, wenn je nach Verlangen der Zollbehörden

- a) die auf die Fahrzeuge entfallenden Eingangsabgaben entrichtet werden oder
- b) die Fahrzeuge unentgeltlich dem Staat, in den sie vorübergehend eingeführt worden sind, überlassen werden oder
- c) die Fahrzeuge unter amtlicher Aufsicht auf Kosten der Beteiligten vernichtet werden.

(2) Kann ein vorübergehend eingeführtes Fahrzeug wegen einer nicht von einer Privatperson veranlaßten Beschlagnahme nicht wieder ausgeführt werden, so wird die im Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr vorgesehene Frist für die Wiederausfuhr für die Dauer der Beschlagnahme gehemmt.

(3) Die Zollbehörden werden nach Möglichkeit den hafenden Verband benachrichtigen, wenn von ihnen oder auf ihre Veranlassung auf ein Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr abgefertigte Fahrzeuge beschlagnahmt worden sind, für deren Eingangsabgaben der betreffende Verband haftet. Sie werden ferner die beobachteten Maßnahmen mitteilen.

Article 14

Vehicles imported into the territory of one of the Contracting States under cover of temporary importation papers may not be used even incidentally for transport against payment, reward or other consideration between points within the frontiers of that territory.

Article 14

Les véhicules se trouvant dans le territoire de l'un des Etats contractants, sous le couvert d'un titre d'importation temporaire, ne peuvent être utilisés, même accessoirement, à des transports s'effectuant contre rémunération, prime ou autre avantage matériel, entre des points situés à l'intérieur des frontières de ce territoire.

Article 15

Persons entitled to temporary importation facilities may, during the period of validity of temporary importation papers, import the vehicles covered by those papers as often as necessary, on condition that they have each passage (entry and exit) established by a visa of the Customs officers concerned if the Customs authorities so require. Temporary importation papers may be made valid for a single journey only.

Article 15

Les bénéficiaires de l'importation temporaire ont le droit d'importer autant de fois que de besoin, pendant la durée de validité des titres d'importation temporaire, les véhicules repris sur ces titres, sous la réserve de faire constater chaque passage (entrée et sortie), si les autorités douanières l'exigent, par un visa des agents des douanes intéressés. Toutefois, il peut être émis des titres valables pour un seul voyage.

Article 16

When temporary importation papers without detachable vouchers for each passage are used, the visas given by the Customs officers between the first entry and the final exit are provisional. Nevertheless, when the last visa is a provisional exit visa, it will be admitted as proof of the re-exportation of the vehicle or component parts temporarily imported.

Article 16

Lorsqu'il est fait usage de titres d'importation temporaire ne comportant pas de volets détachables à chaque passage, les visas apposés par les agents des douanes entre la première entrée et la dernière sortie ont un caractère provisoire. Néanmoins, lorsque le dernier visa apposé est un visa de sortie provisoire, ce visa est admis comme justification de la réexportation du véhicule ou des pièces détachées importées temporairement.

Article 17

When temporary importation papers with a detachable voucher for each passage are used, each entry implies the passing of the document by the Customs, and each subsequent exit constitutes its final discharge, except as provided in article 18.

Article 17

Lorsqu'il est fait usage de titres d'importation temporaire comportant des volets détachables à chaque passage, chaque constatation d'entrée comporte prise en charge du titre par la douane et chaque constatation de sortie ultérieure comporte sa décharge définitive, sous réserve des dispositions de l'article 18.

Article 18

When the Customs authorities of a country have finally and unconditionally discharged temporary importation papers they can no longer claim from the guaranteeing association payment of import duties and import taxes, unless the certificate of discharge was obtained improperly or fraudulently.

Article 18

Lorsque les autorités douanières d'un pays ont déchargé définitivement et sans réserve un titre d'importation temporaire, elles ne peuvent plus réclamer à l'association garante le paiement des droits et taxes d'entrée à moins que le certificat de décharge n'ait été obtenu abusivement ou frauduleusement.

Article 19

Visas on temporary importation papers used under the conditions laid down in this Convention shall not be subject to the payment of charges for Customs attendance during the authorized hours for Customs offices and posts.

Article 19

Les visas des titres d'importation temporaire utilisés dans les conditions prévues par la présente Convention ne donnent pas lieu au paiement d'une rémunération pour le service des douanes pendant les heures d'ouverture des bureaux ou postes de douane.

CHAPTER VI**Extension of validity and renewal of temporary importation papers****Article 20**

The lack of proof of re-exportation within the time allowed of vehicles temporarily imported shall be disregarded when the vehicles are presented to the Customs authorities for re-exportation within fourteen days from the expiry of the papers and satisfactory explanations of the delay are given.

CHAPITRE VI**Prolongation de validité et renouvellement des titres d'importation temporaire****Article 20**

Il est passé outre au défaut de constatation de la ré-exportation, dans les délais impartis, des véhicules temporairement importés lorsque ceux-ci sont présentés aux autorités douanières pour réexportation dans les quatorze jours de l'échéance des titres et qu'il est donné des explications satisfaisantes pour l'absence de constatation.

Artículo 14

Los vehículos que se encuentren en el territorio de uno de los Estados Contratantes amparados por un título de importación temporal, no podrán ser utilizados ni siquiera ocasionalmente para el transporte mediante remuneración, prima u otra ventaja material, entre puntos situados dentro de sus fronteras.

Artículo 15

Los beneficiarios de la importación temporal tendrán el derecho, durante el período de validez de los títulos de importación temporal, de importar los vehículos amparados por dichos títulos todas las veces que sea necesario, a condición de que se haga constar cada paso de frontera (entrada y salida) mediante un visado del funcionario aduanero de que se trate, si las autoridades aduaneras así lo exigen. Sin embargo, se podrán expedir títulos de importación válidos para un solo viaje.

Artículo 16

Cuando se utilicen títulos de importación temporal sin talones separables para cada paso de frontera, los visados estampados por los funcionarios aduaneros entre la primera entrada y la última salida tendrán carácter provisional. Sin embargo, cuando el último visado sea un visado provisional de salida, será admitido como prueba de la reexportación del vehículo o de las piezas sueltas temporalmente importados.

Artículo 17

Cuando se empleen títulos de importación temporal con talones separables para cada paso de frontera, cada entrada requiere que la aduana acepte el documento y cada salida correspondiente constituye un refrendo definitivo, salvo lo dispuesto en el artículo 18.

Artículo 18

Una vez que las autoridades aduaneras de un país hayan hecho constar el refrendo de salida en los títulos de importación temporal en forma definitiva e incondicional, ya no podrán reclamar a la asociación garante el pago de los derechos y gravámenes de importación, a menos que el refrendo de salida haya sido obtenido en forma indebida o fraudulenta.

Artículo 19

Los visados de los títulos de importación temporal utilizados en las condiciones previstas por la presente Convención no estarán sujetos al pago de derechos por los servicios prestados por las aduanas durante las horas en que están abiertas las oficinas o los puestos de aduana.

CAPITULO VI**Prórroga de la validez y renovación de los títulos de importación temporal****Artículo 20**

Se hará caso omiso de la falta de prueba de la reexportación dentro del plazo autorizado de los vehículos importados temporalmente, siempre que los vehículos sean presentados a las autoridades aduaneras para reexportación dentro de los catorce días siguientes a la expiración de los títulos y se den explicaciones satisfactorias de la misma.

Artikel 14

Fahrzeuge, die unter Verwendung eines Zollpapiers für die vorübergehende Einfuhr in das Gebiet eines Vertragsstaates eingeführt worden sind, dürfen zu Beförderungen gegen Entgelt, Entlohnung oder andere materielle Vorteile zwischen Orten innerhalb der Grenzen dieses Gebietes nicht, auch nicht gelegentlich, verwendet werden.

Artikel 15

Personen, denen die Vergünstigungen der vorübergehenden Einfuhr zustehen, können die in den Zollpapieren bezeichneten Fahrzeuge innerhalb der Gültigkeitsdauer dieser Zollpapiere nach Bedarf beliebig oft einführen; Voraussetzung hierfür ist, daß sie sich jeden Grenzübergang (Eingang und Ausgang) von den betreffenden Zollbeamten bescheinigen lassen, wenn die Zollbehörden dies verlangen. Es können jedoch auch Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr abgegeben werden, die nur für eine einzige Reise gültig sind.

Artikel 16

Bei Verwendung von Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr, die keine bei jedem Grenzübergang abtrennbaren Blätter aufweisen, haben die Bescheinigungen der Zollbeamten zwischen dem ersten Eingang und dem endgültigen Ausgang nur vorläufigen Charakter. Nichtdestoweniger wird, wenn die letzte Bescheinigung eine vorläufige Ausgangsbescheinigung ist, diese als Nachweis der Wiederausfuhr des Fahrzeuges oder der vorübergehend eingeführten Ersatzteile zugelassen.

Artikel 17

Bei Verwendung von Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr, die für jeden Grenzübergang ein abtrennbares Blatt aufweisen, stellt vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 18 jede Eingangsbescheinigung die Eingangsabfertigung durch die Zollbehörde dar und jede spätere Ausgangsbescheinigung die endgültige Erledigung des Zollpapiers.

Artikel 18

Haben die Zollbehörden eines Landes ein Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr endgültig und vorbehaltlos erledigt, so können sie vom haftenden Verband die Errichtung der Eingangsabgaben nicht mehr verlangen, es sei denn, daß die Erledigungsbescheinigung mißbräuchlich oder betrügerisch erwirkt worden ist.

Artikel 19

Während der Amtsstunden der Zollstellen ausgestellte Bescheinigungen auf den Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr, die nach diesem Abkommen verwendet werden, sind gebührenfrei.

KAPITEL VI**Verlängerung der Gültigkeitsdauer und Erneuerung der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr****Artikel 20**

Ist die Wiederausfuhr vorübergehend eingeführter Fahrzeuge innerhalb der festgesetzten Frist nicht nachgewiesen worden, so bleibt dieser Mangel unbeachtet, wenn die Fahrzeuge innerhalb von vierzehn Tagen nach Ablauf der Gültigkeitsdauer der Zollpapiere den Zollbehörden zur Wiederausfuhr vorgeführt werden und die Prüfungsergebnisse bestätigt werden.

Article 21

Each of the Contracting States shall recognize as valid extensions of validity of *carnets de passages en douane* granted by another Contracting State in accordance with the procedure laid down in Annex 4 of this Convention.

Article 21

En ce qui concerne les carnets de passages en douane, chacun des Etats contractants reconnaît comme valables les prolongations de validité accordées par l'un quelconque d'entre eux conformément à la procédure établie à l'annexe 4 de la présente Convention.

Article 22

(1) Requests for extension of validity of temporary importation papers shall be presented to the competent Customs authorities before the expiry of the period of validity of these papers, unless this is rendered impossible by *force majeure*. If the temporary importation paper has been issued by an authorized association, the request for extension shall be made by the association which guarantees the papers.

(2) Extensions of time necessary for the re-exportation of vehicles or component parts imported temporarily shall be granted when the persons concerned can establish to the satisfaction of the Customs authorities that they are prevented by *force majeure* from re-exporting the said vehicles or component parts within the time allowed.

Article 22

(1) Les demandes de prolongation de validité des titres d'importation temporaire doivent, sauf impossibilité résultant d'un cas de force majeure, être présentées aux autorités douanières compétentes avant l'échéance de ces titres. Si le titre d'importation temporaire a été émis par une association autorisée, la demande de prolongation doit être présentée par l'association qui le garantit.

(2) Les prolongations de délai nécessaires pour la ré-exportation des véhicules ou pièces détachées importés temporairement seront accordées lorsque les intéressés peuvent établir à la satisfaction des autorités douanières qu'ils sont empêchés par un cas de force majeure de réexporter lesdits véhicules ou pièces détachées dans le délai imparti.

Article 23

Each of the Contracting States shall, unless the conditions of temporary admission are no longer satisfied, authorize, subject to whatever measures of control they may consider necessary, the renewal of temporary importation papers issued by the authorized associations and relating to vehicles or component parts temporarily imported into its territory. Requests for renewal shall be presented by the guaranteeing association.

Article 23

Chacun des Etats contractants autorisera, moyennant telles mesures de contrôle qu'il juge devoir fixer, le renouvellement des titres d'importation temporaire délivrés par les associations autorisées et afférents à des véhicules ou pièces détachées importés temporairement sur son territoire, sauf dans le cas où les conditions d'importation temporaire ne se trouvent plus réalisées. La demande de renouvellement est présentée par l'association garante.

CHAPTER VII**Regularization of temporary importation papers****Article 24**

(1) If temporary importation papers have not been regularly discharged, the Customs authorities of the country of importation shall (whether the papers have expired or not) accept as evidence of re-exportation of the vehicle or component parts the presentation of a certificate based on the standard form shown in Annex 5 of this Convention issued by an official authority (consul, Customs, police, mayor, judicial officer, etc.), attesting the facts that the vehicle or component parts in question have been presented to it and are outside the country of importation. They may also accept any other documentary evidence that the vehicle or component parts are outside the country of importation. In the case of papers, other than the *carnets de passages en douane*, which have not expired, the papers shall be produced at the same time as the evidence referred to above. In the case of *carnets* account shall be taken, as evidence of re-exportation of the vehicles or component parts, of the visas entered thereon by the Customs authorities of countries subsequently visited.

CHAPITRE VII**Régulations des titres d'importation temporaire****Article 24**

(1) Si les titres d'importation temporaire n'ont pas été régulièrement déchargés, les autorités douanières du pays d'importation acceptent (avant ou après péremption des titres), comme justification de la réexportation du véhicule ou des pièces détachées, la présentation d'un certificat conforme au modèle figurant à l'annexe 5 de la présente Convention délivré par une autorité officielle (consul, douane, police, maire, huissier, etc.) et attestant que le véhicule ou les pièces détachées précités ont été présentés à ladite autorité et se trouvent hors du pays d'importation. Elles peuvent également admettre toute autre justification établissant que le véhicule ou les pièces détachées se trouvent hors du pays d'importation. S'il ne s'agit pas d'un carnet de passages en douane, et lorsque le titre n'est pas périmé, ce titre est produit en même temps que la justification prévue ci-dessus. S'il s'agit d'un carnet, il est tenu compte, pour la justification de la réexportation du véhicule ou des pièces détachées, des visas de passage apposés par les autorités douanières des pays postérieurement visités.

(2) In the case of the destruction, loss or theft of a temporary importation paper not regularly discharged but relating to a vehicle or component parts which have been re-exported, the Customs authorities of the country of importation shall accept as proof of re-exportation the presentation of a certificate based on the standard form shown in Annex 5 of this Convention issued by an official authority (consul, Customs, police, mayor, judicial official, etc.), attesting the facts that the vehicle or component parts in question have been presented to it and are out-

(2) En cas de destruction, perte ou vol d'un titre d'importation temporaire, qui n'a pas été régulièrement déchargé mais qui se rapporte à un véhicule ou à des pièces détachées qui ont été réexportés, les autorités douanières du pays d'importation acceptent, comme justification de la réexportation, la présentation d'un certificat conforme au modèle figurant à l'annexe 5 de la présente Convention délivré par une autorité officielle (consul, douane, police, maire, huissier, etc.) et attestant que le véhicule ou des pièces détachées précités

Artículo 21

Cada uno de los Estados Contratantes reconocerá como válidas las prórrogas de la validez de las libretas de paso por las aduanas concedidas por otro Estado Contratante, de conformidad con el procedimiento establecido en el anexo 4 de la presente Convención.

Artículo 22

(1) Las solicitudes de prórroga de la validez de los títulos de importación temporal deberán ser presentadas a las autoridades aduaneras competentes antes de que venza el plazo de validez de dichos documentos, a menos que sea imposible hacerlo así por causa de fuerza mayor. Si el título de importación temporal ha sido expedido por una asociación autorizada, la solicitud de prórroga deberá ser presentada por la asociación que lo garantiza.

(2) Se concederán las prórrogas necesarias para la reexportación de los vehículos o de las piezas sueltas importados temporalmente cuando los interesados puedan probar, a satisfacción de las autoridades aduaneras de que se trate, que una causa de fuerza mayor les impide reexportar los referidos vehículos o piezas sueltas dentro del plazo prescrito.

Artículo 23

Cada uno de los Estados Contratantes autorizará, con sujeción a las medidas de inspección que considere necesarias, la renovación de los títulos de importación temporal expedidos por las asociaciones autorizadas y correspondientes a vehículos o piezas sueltas importados separada y temporalmente en su territorio, a menos que hayan dejado de existir las condiciones necesarias para autorizar la importación temporal. La asociación que los garantiza presentará las solicitudes de renovación.

CAPITULO VII**Regularización de los títulos de importación temporal****Artículo 24**

(1) Si los títulos de importación temporal no se han refrendado en forma regular, las autoridades aduaneras del país de importación deberán aceptar como prueba de la reexportación del vehículo o de las piezas sueltas (tanto si los títulos han vencido como si no) la presentación de un certificado basado en el modelo de formulario que figura en el anexo 5 de la presente Convención, expedido por una autoridad oficial (cónsul, oficial de aduanas, oficial de policía, alcalde, oficial del cuerpo judicial, etc.), en el que se atestigüe que el vehículo o las piezas sueltas de que se trata le han sido presentadas y están fuera del país de importación. También podrán aceptar cualquier otra prueba documental de que el vehículo o las piezas sueltas están fuera del país de importación. Cuando se trate de títulos distintos de las libretas de paso por las aduanas y que además no han vencido, deberán ser presentados simultáneamente como prueba, conforme a lo establecido con anterioridad. En el caso de las libretas, se deberán tomar en cuenta, como prueba de la reexportación del vehículo o de las piezas sueltas, los visados estampados en las mismas por las autoridades aduaneras de los países visitados con posterioridad.

(2) En caso de destrucción, robo o pérdida de un título de importación temporal correspondiente a un vehículo o a piezas sueltas reexportados y que no haya sido refrendado en forma regular, las autoridades aduaneras del país de importación deberán aceptar como prueba de reexportación la presentación de un certificado basado en el modelo de formulario que figura en el anexo 5 de la presente Convención, expedido por una autoridad oficial (cónsul, oficial de aduanas, oficial de policía, alcalde, oficial del cuerpo judicial, etc.) en el que se

Artikel 21

Jeder Vertragsstaat wird Verlängerungen der Gültigkeitsdauer von Zollpassierscheinheften, die von anderen Vertragsstaaten nach dem in der Anlage 4 zu diesem Abkommen festgelegten Verfahren gewährt worden sind, als gültig anerkennen.

Artikel 22

(1) Anträge auf Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr müssen vor Ablauf der Gültigkeitsdauer dieser Zollpapiere bei den zuständigen Zollbehörden gestellt werden, wenn dies nicht infolge höherer Gewalt unmöglich ist. Ist das Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr von einem ermächtigten Verband ausgegeben worden, so ist der Antrag auf Verlängerung der Gültigkeitsdauer von dem haftenden Verband zu stellen.

(2) Die Wiederausfuhrfrist für vorübergehend eingeführte Fahrzeuge oder Ersatzteile wird verlängert, wenn die Beteiligten den Zollbehörden ausreichend nachweisen können, daß sie durch höhere Gewalt an der rechtzeitigen Wiederausfuhr der Fahrzeuge oder Ersatzteile verhindert sind.

Artikel 23

Solange die Bestimmungen über die vorübergehende Einfuhr eingehalten werden, wird jeder Vertragsstaat unter den von ihm als notwendig erachteten Kontrollmaßnahmen die Erneuerung von Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr bewilligen, die von den ermächtigten Verbänden ausgestellt worden sind und vorübergehend in sein Gebiet eingeführte Fahrzeuge oder Ersatzteile betreffen. Die Anträge auf Erneuerung sind vom haftenden Verband zu stellen.

KAPITEL VII**Bereinigung von Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr****Artikel 24**

(1) Sind Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr nicht ordnungsgemäß erledigt worden, so werden die Zollbehörden des Einfuhrlandes (vor oder nach Ablauf der Gültigkeitsdauer der Zollpapiere) als Nachweis der Wiederausfuhr des Fahrzeuges oder der Ersatzteile die Vorlage einer Bescheinigung nach dem Muster der Anlage 5 zu diesem Abkommen annehmen, die von einer amtlichen Stelle (Konsul, Zollstelle, Polizei, Bürgermeister, Gerichtsbeamter u. dgl.) ausgestellt und in der bescheinigt ist, daß das betreffende Fahrzeug oder die betreffenden Ersatzteile dieser Stelle vorgeführt worden sind und sich außerhalb des Einfuhrlandes befinden. Sie können auch einen anderen schriftlichen Nachweis, daß sich das Fahrzeug oder die Ersatzteile außerhalb des Einfuhrlandes befinden, anerkennen. Wenn es sich um andere Zollpapiere als Zollpassierscheinhefte handelt, die noch nicht abgelaufen sind, so muß das Zollpapier gleichzeitig mit diesem schriftlichen Nachweis vorgelegt werden. Bei Zollpassierscheinheften sind die Bescheinigungen, die von den Zollbehörden der später besuchten Länder abgegeben worden sind, für den Nachweis der Wiederausfuhr der Fahrzeuge oder Ersatzteile zu berücksichtigen.

(2) Bei Vernichtung, Verlust oder Diebstahl von Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr, die nicht ordnungsgemäß erledigt worden sind, sich aber auf wieder-ausgeföhrte Fahrzeuge oder Ersatzteile beziehen, werden die Zollbehörden des Einfuhrlandes als Nachweis der Wiederausfuhr die Vorlage einer Bescheinigung nach dem Muster der Anlage 5 zu diesem Abkommen annehmen, die von einer amtlichen Stelle (Konsul, Zollstelle, Polizei, Bürgermeister, Gerichtsbeamter u. dgl.) ausgestellt und in der bescheinigt ist, daß das betreffende Fahrzeug oder

side the country of importation after the date of expiry of the paper. They may also accept any other documentary evidence that the vehicle or component parts are outside the country of importation.

(3) In the case of the destruction, loss or theft of a *carnet de passages en douane* while the vehicle or component parts to which it refers are in the territory of one of the Contracting States, the Customs authorities of that State shall, at the request of the association concerned, accept a replacement document, the validity of which expires on the date of expiration of validity of the *carnet* which it replaces. This acceptance will annul the previous acceptance of the *carnet* destroyed, lost or stolen. If, instead of a replacement document, an export licence or similar document is issued for the re-exportation of the vehicle or component parts, the exit visa on this licence or document shall be considered as sufficient proof of re-exportation.

(4) If the vehicle is stolen after having been re-exported from the country of temporary importation, without the exit having been regularly endorsed on the temporary importation papers and in the absence of entry visas on the papers entered thereon by the Customs authorities of countries subsequently visited, the papers may nevertheless be regularized provided that the guaranteeing association furnishes the papers together with such evidence of theft as may be considered sufficient. If the temporary importation papers have not expired, the Customs authorities may require their surrender.

Article 25

In the cases referred to in article 24, the Customs authorities shall have the right to charge a regularization fee.

Article 26

Customs authorities shall not have the right to require from the guaranteeing association payment of import duties and import taxes on vehicles or component parts temporarily imported when the non-discharge of the temporary importation papers has not been notified to the guaranteeing association within a year of the date of expiry of the validity of those papers.

Article 27

(1) The guaranteeing associations shall have a period of one year from the date of notification of the non-discharge of temporary importation papers in which to furnish proof of the re-exportation of the vehicles or component parts in question under the conditions laid down in this Convention.

(2) If such proof is not furnished within the time allowed, the guaranteeing association shall forthwith deposit or pay provisionally the import duties and import taxes payable. This deposit or payment shall become final after a period of one year from the date of the deposit or provisional payment. During the latter period, the guaranteeing association may still avail itself of the facilities provided by the preceding paragraph with a view to repayment of the sums deposited or paid.

(3) For countries whose regulations do not provide for the deposit or provisional payment of import duties, payments made in conformity with the provisions of the preceding paragraph will be regarded as final, it being understood that the sums paid may be refunded when the conditions laid down in this article are fulfilled.

(4) In the case of the non-discharge of temporary importation papers, the guaranteeing association shall not be required to pay a sum greater than the total of the import duties and import taxes applicable to the vehicles or component parts not re-exported, together with interest if applicable.

présentés à ladite autorité et se trouvent hors du pays d'importation postérieurement à la date d'échéance du titre. Elles peuvent également admettre toute autre justification établissant que le véhicule ou les pièces détachées se trouvent hors du pays d'importation.

(3) En cas de destruction, perte ou vol d'un carnet de passages en douane se rapportant à un véhicule ou à des pièces détachées se trouvant dans le territoire d'un des Etats contractants, les autorités douanières de cet Etat effectueront, à la demande de l'association intéressée, la prise en charge d'un titre de remplacement dont la validité expire à la date d'expiration de la validité du carnet remplacé. Cette prise en charge annule la prise en charge effectuée antérieurement sur le carnet détruit, perdu ou volé. Si, en vue de la réexportation du véhicule ou des pièces détachées, il est délivré, au lieu d'un titre de remplacement, une licence d'exportation ou un document analogue, le visa de sortie apposé sur cette licence ou sur ce document est accepté comme justification de la réexportation.

(4) Lorsqu'un véhicule est volé après avoir été ré-exporté du pays d'importation, sans que la sortie ait été régulièrement constatée sur le titre d'importation temporaire et sans que figurent sur le titre des visas d'entrée apposés par les autorités douanières des pays postérieurement visités, ce titre peut être néanmoins régularisé à condition que l'association garante le présente et fournit des preuves du vol qui seront jugées satisfaisantes. Si le titre n'est pas périmé, son dépôt peut être exigé par les autorités douanières.

Article 25

Dans les cas visés à l'article 24, les autorités douanières se réservent le droit de percevoir une taxe de régularisation

Article 26

Les autorités douanières n'ont pas le droit d'exiger le paiement des droits et taxes d'entrée de l'association garante à raison des véhicules ou pièces détachées importés temporairement lorsque la non-décharge du titre d'importation temporaire n'a pas été notifiée à cette association dans un délai d'un an à compter de la date d'expiration de la validité de ce titre.

Article 27

(1) Les associations garantes ont un délai d'un an à compter de la date de notification de la non-décharge des titres d'importation temporaire pour fournir la preuve de la réexportation des véhicules ou pièces détachées en question dans les conditions prévues par la présente Convention.

(2) Si cette preuve n'est pas fournie dans les délais prescrits, l'association garante consigne sans retard ou verse à titre provisoire les droits et taxes d'entrée exigibles. Cette consignation ou ce versement devient définitif à l'expiration d'un délai d'un an à compter de la date de la consignation ou du versement provisoire. Pendant ce dernier délai, l'association garante peut encore, en vue de la restitution des sommes consignées ou versées, bénéficier des facilités prévues au paragraphe précédent.

(3) Pour les pays dont la réglementation ne comporte pas le régime de la consignation ou du versement provisoire des droits et taxes d'entrée, les perceptions qui seraient faites en conformité avec les dispositions du paragraphe précédent auront un caractère définitif, étant entendu que les sommes perçues pourront être remboursées lorsque les conditions prévues par le présent article se trouveront remplies.

(4) En cas de non-décharge d'un titre d'importation temporaire, l'association garante ne peut être tenue de verser une somme supérieure au montant des droits et taxes d'entrée applicables au véhicule ou pièces détachées non réexportés, augmenté éventuellement de l'intérêt de retard.

atestigüe que el vehículo o las piezas sueltas de que se trata le han sido presentados y están fuera del país de importación al vencer el título. También podrán aceptar cualquier otra prueba documental de que el vehículo o las piezas sueltas están fuera del país de importación.

(3) En caso de destrucción, pérdida o robo de una libreta de paso por las aduanas mientras el vehículo o las piezas sueltas a que se refiere están en el territorio de uno de los Estados Contratantes, las autoridades aduaneras de tal Estado aceptarán por petición de la asociación interesada un documento sustitutivo cuya validez vencerá en la fecha en que termine la validez de la libreta a la que sustituye. Esta aceptación anulará la aceptación anterior de la libreta destruida, perdida o robada. Si en lugar de un documento sustitutivo se expide una licencia de exportación o un documento similar para la reexportación del vehículo o de las piezas sueltas, el visado de salida estampado sobre tal licencia o documento será considerado como prueba suficiente de la reexportación.

(4) Si el vehículo es robado después de haber sido reexportado del país de importación temporal sin que la salida haya sido refrendada en forma regular en el título de importación temporal, y a falta de visado de entrada en el título puesto por las autoridades aduaneras de los países visitados después, tal título podrá ser regularizado a condición de que la asociación garante presente dicho título y pruebas del robo que puedan ser consideradas como suficientes. Si el título de importación temporal no ha vencido, las autoridades aduaneras podrán exigir su entrega.

Artículo 25

En los casos mencionados en el artículo 24, las autoridades aduaneras tendrán derecho a percibir un derecho de regularización.

Artículo 26

Las autoridades aduaneras no tendrán derecho a reclamar a la asociación garante el pago de los derechos y gravámenes de importación de vehículos o piezas sueltas importados temporalmente cuando la falta de refrendo de los títulos de importación temporal no haya sido notificada a la asociación garante en el plazo de un año a contar de la fecha en que termina la validez de dichos documentos.

Artículo 27

(1) Las asociaciones garantes dispondrán de un plazo de un año, a contar de la fecha de la notificación de la falta de refrendo de salida en los títulos de importación temporal, para presentar la prueba de la reexportación de los vehículos o de las piezas sueltas de que se trate en las condiciones previstas en la presente Convención.

(2) Si no se presenta esta prueba en el plazo prescrito, la asociación garante remitirá sin demora en depósito o abonará a título provisional los derechos y gravámenes de importación exigibles. Este depósito o este abono pasará a ser definitivo al cabo de un año a contar de la fecha en que se haya efectuado dicho depósito o abono provisional. Durante este último plazo, la asociación garante podrá todavía acogerse a los beneficios del párrafo precedente con objeto de hacerse reintegrar las cantidades depositadas o abonadas.

(3) Respecto de los países cuyos reglamentos no prevean depósito o abono a título provisional de los derechos, los pagos efectuados de conformidad con el párrafo precedente se considerarán definitivos, quedando entendido que las cantidades abonadas podrán ser reembolsadas al cumplirse las condiciones establecidas en el presente artículo.

(4) En el caso de que un título de importación temporal no sea refrendado, la asociación garante no podrá ser obligada a abonar una cantidad superior al monto de los derechos y gravámenes de importación aplicables al vehículo o a las piezas sueltas no reexportados, con la adición eventual de los intereses por demora, si son

die betreffenden Ersatzteile dieser Stelle vorgeführt werden sind und daß sie sich nach Ablauf der Gültigkeitsdauer des Zollpapiers außerhalb des Einfuhrlandes befinden. Sie können auch einen anderen schriftlichen Nachweis, daß sich das Fahrzeug oder die Ersatzteile außerhalb des Einfuhrlandes befinden, anerkennen.

(3) Bei Vernichtung, Verlust oder Diebstahl eines Zollpassierscheinheftes über ein Fahrzeug oder Ersatzteile, die sich im Gebiete eines Vertragsstaates befinden, werden die Zollbehörden dieses Staates auf Antrag des betreffenden Verbandes ein Ersatzpapier annehmen, dessen Gültigkeit am Tage des Ablaufs der Gültigkeitsdauer des ersetzen Zollpassierscheinheftes abläuft. Die Annahme dieses Zollpapiers macht das vernichtete, verlorengegangene oder gestohlene Zollpassierscheinheft ungültig. Wird für die Wiederausfuhr des Fahrzeuges oder der Ersatzteile an Stelle des Ersatzpapiers eine Ausfuhrbewilligung oder ein ähnliches Papier ausgestellt, so gilt die Ausgangsbescheinigung auf dieser Bewilligung oder auf diesem Papier als genügender Nachweis der Wiederausfuhr.

(4) Wird ein Fahrzeug nach der Wiederausfuhr aus dem Einfuhrland gestohlen und ist weder die Wiederausfuhr ordnungsgemäß auf dem Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr bescheinigt, noch eine Eingangsbescheinigung von den Zollbehörden eines später besuchten Landes auf dem Zollpapier eingetragen worden, so kann das Zollpapier trotzdem bereinigt werden, wenn der haftende Verband das Zollpapier vorlegt und über den Diebstahl einen als ausreichend erachteten Nachweis erbringt. Ist das Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr noch nicht abgelaufen, so können die Zollbehörden seine Hinterlegung verlangen.

Artikel 25

In den Fällen des Artikels 24 sind die Zollbehörden berechtigt, für die Bereinigung eine Gebühr zu erheben.

Artikel 26

Die Zollbehörden sind nicht berechtigt, vom haftenden Verband die Eingangsabgaben für vorübergehend eingeführte Fahrzeuge oder Ersatzteile zu verlangen, wenn die Nichterledigung der Zollpapiere diesem Verband nicht innerhalb eines Jahres vom Tage des Ablaufs der Gültigkeitsdauer dieses Zollpapiers an mitgeteilt worden ist.

Artikel 27

(1) Die haftenden Verbände haben innerhalb eines Jahres vom Tage der Mitteilung über die Nichterledigung der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr an die Wiederausfuhr der betreffenden Fahrzeuge oder Ersatzteile nach den Bestimmungen dieses Abkommens nachzuweisen.

(2) Wird dieser Nachweis innerhalb der vorgesehenen Frist nicht erbracht, so hat der haftende Verband die zu entrichtenden Eingangsabgaben sofort zu hinterlegen oder vorläufig zu entrichten. Die hinterlegten oder vorläufig entrichteten Abgaben werden nach Ablauf eines Jahres vom Tage der Hinterlegung oder der vorläufigen Entrichtung an endgültig vereinnahmt. Während dieses Zeitraumes kann der haftende Verband nach den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes die Rückzahlung der hinterlegten oder entrichteten Beträge verlangen.

(3) In Ländern, deren Bestimmungen die Hinterlegung oder vorläufige Entrichtung der Eingangsabgaben nicht vorsehen, wird die Zahlung nach den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes als endgültig betrachtet; die entrichteten Beträge können jedoch zurückgezahlt werden, wenn die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen erfüllt sind.

(4) Wird ein Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr nicht erledigt, so darf der vom haftenden Verband verlangte Betrag nicht höher sein als die Summe der für die nicht wieder ausgeführten Fahrzeuge oder Ersatzteile zu entrichtenden Eingangsabgaben zuzüglich etwaiger Zinsen.

Article 28

In the event of fraud, contravention or abuse the Contracting States shall, notwithstanding the provisions of this Convention, be free to take proceedings, against persons using temporary importation papers, for the recovery of the import duties and import taxes and also for the imposition of any penalties to which such persons have rendered themselves liable. In such cases, the guaranteeing associations shall lend their assistance to the Customs authorities.

CHAPTER VIII**Miscellaneous Provisions****Article 29**

The Contracting States shall endeavour not to introduce Customs procedures which might have the effect of impeding the development of international touring.

Article 30

In order to expedite customs procedures contiguous Contracting States shall endeavour to place their respective Customs posts close together and to keep them open during the same hours.

Article 31

Any breach of the provisions of this Convention, any substitution, false declaration or act having the effect of causing a person or an article improperly to benefit from the system of importation laid down in this Convention, may render the offender liable in the country where the offence was committed to the penalties prescribed by the laws of that country.

Article 32

Nothing in this Convention shall prevent Contracting States which form a customs or economic union from enacting special provisions applicable to residents of the States forming that union.

CHAPTER IX**Final Provisions****Article 33**

(1) This Convention shall be open for signature until 31 December 1954 on behalf of any State Member of the United Nations and any other State invited to attend the United Nations Conference on Customs Formalities for the Temporary Importation of Private Road Motor Vehicles and for Tourism held in New York in May and June 1954, hereinafter referred to as the Conference.

(2) This Convention shall be subject to ratification and the instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 34

(1) From 1 January 1955 this Convention shall be open for accession by any State referred to in paragraph 1 of article 33 and any other State so invited by the Economic and Social Council of the United Nations. It shall also be open for accession on behalf of any Trust Territory of which the United Nations is the Administering Authority.

Article 28

En cas de fraude, de contravention ou d'abus, les Etats contractants ont le droit, nonobstant les dispositions de la présente Convention, d'intenter, pour recouvrer les droits et taxes d'entrée ainsi que pour imposer les pénalités dont ces personnes se seraient rendues passibles, des poursuites contre les personnes utilisant les titres d'importation temporaire. Dans ce cas, les associations garantes doivent prêter leur concours aux autorités douanières.

CHAPTER VIII**Dispositions diverses****Article 29**

Les Etats contractants s'efforceront de ne pas instituer de formalités douanières qui pourraient avoir pour effet d'entraver le développement du tourisme international.

Article 30

En vue d'accélérer l'accomplissement des formalités douanières, les Etats contractants limitrophes s'efforceront de réaliser la juxtaposition de leurs installations douanières et de faire coïncider les heures d'ouverture des bureaux et postes de douane correspondants.

Article 31

Toute infraction aux dispositions de la présente Convention, toute substitution, fausse déclaration ou manœuvre ayant pour effet de faire bénéficier indûment une personne ou un objet du régime d'importation prévu par la présente Convention, expose le contrevenant, dans le pays où l'infraction a été commise, aux sanctions prévues par la législation de ce pays.

Article 32

Aucune disposition de la présente Convention n'exclut le droit pour les Etats contractants qui forment une union douanière ou économique de prévoir des règles particulières applicables aux personnes qui résident dans les pays faisant partie de cette union.

CHAPTER IX**Dispositions finales****Article 33**

(1) La présente Convention sera, jusqu'au 31 décembre 1954, ouverte à la signature au nom de tout Etat Membre de l'Organisation des Nations Unies et de tout autre Etat invité à participer à la Conférence des Nations Unies sur les formalités douanières concernant l'importation temporaire des véhicules de tourisme et le tourisme, tenue à New-York en mai et juin 1954 et ci-après dénommée « la Conférence ».

(2) La présente Convention devra être ratifiée et les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 34

(1) A partir du 1er janvier 1955, tout Etat visé au paragraphe 1 de l'article 33 et tout autre Etat qui y aura été invité par le Conseil économique et social des Nations Unies pourront adhérer à la présente Convention. L'adhésion sera également possible au nom de tout Territoire sous tutelle dont l'Organisation des Nations Unies est l'Autorité administrative.

Artículo 28

En caso de fraude, contravenciones o abusos, los Estados Contratantes tendrán el derecho, no obstante las disposiciones de la presente Convención, de perseguir judicialmente a las personas que utilicen los títulos de importación temporal, con objeto de cobrar los derechos y gravámenes de importación y de imponer sanciones por las faltas en que hubiesen incurrido tales personas. En tales casos las asociaciones garantes deberán prestar su concurso a las autoridades aduaneras.

CAPITULO VIII**Disposiciones varias****Artículo 29**

Los Estados Contratantes se esforzarán por no establecer procedimientos aduaneros que puedan poner trabas al desarrollo del turismo internacional.

Artículo 30

Para facilitar el cumplimiento de los trámites aduaneros, los Estados Contratantes vecinos procurarán emplazar sus respectivos puestos aduaneros lo más próximos posibles y que funcionen a las mismas horas.

Artículo 31

Toda infracción de las disposiciones de la presente Convención y toda substitución, falsa declaración o maniobra que tenga por efecto beneficiar indebidamente a una persona u objeto del régimen de importación previsto por la presente Convención, podrá exponer al infractor en el país en que se haya cometido tal infracción a las sanciones establecidas por la legislación de dicho país.

Artículo 32

Ninguna de las disposiciones de la presente Convención impedirá que los Estados Contratantes que formen una unión aduanera o económica dicten disposiciones especiales aplicables a los residentes de los Estados que formen dicha unión.

CAPITULO IX**Cláusulas finales****Artículo 33**

(1) La presente Convención quedará abierta hasta el 31 de diciembre de 1954 a la firma de todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y de todo otro Estado invitado a participar en la Conferencia de las Naciones Unidas sobre Formalidades Aduaneras para la Importación Temporal de Vehículos Automotores Particulares de Carretera y para el Turismo, celebrada en Nueva York en mayo y junio de 1954, y que en adelante se denominará "la Conferencia".

(2) La presente Convención estará sujeta a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán depositados en poder del Secretario General des las Naciones Unidas.

Artículo 34

(1) A partir del 1º de enero de 1955 podrán adherirse a la presente Convención los Estados a que se hace referencia en el párrafo 1 del artículo 33, y cualquier otro Estado que sea invitado a hacerlo por el Consejo Económico y Social de las Naciones Unidas. Asimismo, podrá adherirse cualquier Estado en nombre de un territorio en fideicomiso del cual sean Autoridades Administradoras las Naciones Unidas.

Artikel 28

Im Falle des Schmuggels, einer Zu widerhandlung oder eines Mißbrauchs haben die Vertragsstaaten ungeachtet der Bestimmungen dieses Abkommens das Recht, gegen die Benutzer der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr die erforderlichen Maßnahmen zur Einziehung der Eingangsabgaben und auch zur Verhängung von Strafen zu ergreifen, die diese Personen verwirkt haben. In diesen Fällen werden die haftenden Verbände den Zollbehörden ihre Unterstützung gewähren.

KAPITEL VIII**Verschiedene Bestimmungen****Artikel 29**

Die Vertragsstaaten werden sich bemühen, keine Zollformalitäten einzuführen, die die Entwicklung des internationalen Touristenverkehrs behindern könnten.

Artikel 30

Um das Zollverfahren zu beschleunigen, werden sich benachbarte Vertragsstaaten bemühen, ihre Zollämter zusammenzulegen und die Amtsstunden dieser Zollämter einander anzugeleichen.

Artikel 31

Jede Verletzung der Bestimmungen dieses Abkommens, jede Unterschiebung, falsche Anmeldung oder Handlung, die bewirkt, daß eine Person oder ein Gegenstand einen ungerechtfertigten Vorteil aus der Einfuhrregelung dieses Abkommens erlangt, macht den Schuldigen nach den Gesetzen des Landes, in dem die Zu widerhandlung begangen worden ist, strafbar.

Artikel 32

Keine in diesem Abkommen festgelegte Bestimmung hindert Vertragsstaaten, die eine Zoll- oder Wirtschaftsunion bilden, besondere Bestimmungen für die Personen zu erlassen, die in den zu dieser Union gehörenden Staaten wohnen.

KAPITEL IX**Schlußbestimmungen****Artikel 33**

(1) Dieses Abkommen steht bis zum 31. Dezember 1954 zur Unterzeichnung durch jeden Staat offen, der Mitglied der Vereinten Nationen ist und jeden anderen Staat, der zur Teilnahme an der Konferenz der Vereinten Nationen über die Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßenfahrzeuge und im Touristenverkehr eingeladen worden ist, die im Mai und Juni 1954 in New York stattgefunden hat und im folgenden „die Konferenz“ genannt wird.

(2) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel 34

(1) Vom 1. Januar 1955 an kann jeder der in Artikel 33 Abs. 1 erwähnten Staaten und jeder andere Staat, der vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen dazu eingeladen worden ist, diesem Abkommen beitreten. Der Beitritt ist auch im Namen jedes Treuhandgebietes, dessen Verwaltungsbehörde die Vereinten Nationen sind, möglich.

(2) Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article 35

(1) This Convention shall enter into force on the ninetieth day following the date of the deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession either without reservation or with reservations accepted in accordance with article 39.

(2) For each State ratifying or acceding to the Convention after the date of the deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession in accordance with the preceding paragraph, the Convention shall enter into force on the ninetieth day following the date of the deposit by such State of its instrument of ratification or accession either without reservation or with reservations accepted in accordance with article 39.

Article 36

(1) After this Convention has been in force for three years, any Contracting State may denounce it by so notifying the Secretary-General of the United Nations.

(2) Denunciation shall take effect fifteen months after the date of receipt by the Secretary-General of the United Nations of the notification of denunciation.

Article 37

This Convention shall cease to have effect if, for any period of twelve consecutive months after its entry into force, the number of Contracting States is less than eight.

Article 38

(1) Any State may, at the time of the deposit of its instrument of ratification or accession or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that this Convention shall extend to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible. The Convention shall extend to the territories named in the notification as from the ninetieth day after its receipt by the Secretary-General if the notification is not accompanied by a reservation, or from the ninetieth day after the notification has taken effect in accordance with article 39, or on the date on which the Convention enters into force for the State concerned, whichever is the later.

(2) Any State which has made a declaration under the preceding paragraph extending this Convention to any territory for whose international relations it is responsible may denounce the Convention separately in respect of that territory in accordance with the provisions of article 36.

Article 39

(1) Reservations to this Convention made before the signing of the Final Act shall be admissible if they have been accepted by a majority of the members of the Conference and recorded in the Final Act.

(2) Reservation made after the signing of the Final Act shall not be admitted if objection is expressed by one-third of the Signatory States or of the Contracting States as hereinafter provided.

(3) The text of any reservation submitted to the Secretary-General of the United Nations by a State at the time of the signature, the deposit of an instrument of ratification

(2) L'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 35

(1) La présente Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt du quinzième instrument de ratification ou d'adhésion non assorti de réserves ou avec réserves acceptées selon les conditions prévues à l'article 39.

(2) Pour chaque Etat qui l'aura ratifiée ou y aura adhéré après la date du dépôt du quinzième instrument de ratification ou d'adhésion prévu au paragraphe précédent, la Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt, par cet Etat, de son instrument de ratification ou d'adhésion non assorti de réserves ou avec réserves acceptées selon les conditions prévues à l'article 39.

Article 36

(1) Après que la présente Convention aura été en vigueur pendant trois ans, tout Etat contractant pourra la dénoncer par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

(2) La dénonciation prendra effet quinze mois après la date à laquelle le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en aura reçu notification.

Article 37

La présente Convention cessera de produire ses effets si, à un moment quelconque après son entrée en vigueur, le nombre des Etats contractants est inférieur à huit pendant une période de douze mois consécutifs.

Article 38

(1) Tout Etat pourra, lors du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, ou à tout moment ultérieur, déclarer, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, que la présente Convention sera applicable à tout ou partie des territoires qu'il représente sur le plan international. La Convention sera applicable aux territoires mentionnés dans la notification soit à dater du quatre-vingt-dixième jour après réception de cette notification par le Secrétaire général si la notification n'est pas assortie d'une réserve, soit à dater du quatre-vingt-dixième jour après que la notification aura pris effet, conformément à l'article 39, soit à la date à laquelle la Convention sera entrée en vigueur pour l'Etat en question, la plus tardive de ces dates étant déterminante.

(2) Tout Etat qui aura fait, conformément au paragraphe précédent, une déclaration ayant pour effet de rendre la présente Convention applicable à un territoire qu'il représente sur le plan international pourra, conformément à l'article 36, dénoncer la Convention en ce qui concerne ce seul territoire.

Article 39

(1) Les réserves à la présente Convention faites avant la signature de l'Acte final seront recevables si elles ont été acceptées par la Conférence à la majorité de ses membres et consignées dans l'Acte final.

(2) Les réserves à la présente Convention présentées après la signature de l'Acte final ne seront pas recevables si un tiers des Etats signataires ou des Etats contractants y fait objection dans les conditions prévues ci-après.

(3) Le texte de toute réserve présentée par un Etat au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies lors d'un dépôt d'un instrument de ratification

(2) La adhesión se hará mediante el depósito de un instrumento de adhesión en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 35

(1) La presente Convención entrará en vigor el nonagésimo día siguiente a la fecha de depósito del décimoquinto instrumento de ratificación o adhesión, ya sea sin reservas o con las reservas aceptadas según lo previsto en el artículo 39.

(2) Respecto de todo Estado que ratifique la Convención o se adhiera a ella después del depósito del décimoquinto instrumento de ratificación o adhesión conforme al párrafo anterior, la Convención entrará en vigor el nonagésimo día siguiente a la fecha del depósito por dicho Estado de su instrumento de ratificación o adhesión, ya sea sin reservas o con las reservas aceptadas según lo previsto en el artículo 39.

Artículo 36

(1) Cuando la presente Convención haya estado en vigor durante tres años, cualquier Estado Contratante podrá denunciarla mediante notificación al Secretario General de las Naciones Unidas.

(2) La denuncia surtirá efecto quince meses después de la fecha en que el Secretario General de las Naciones Unidas haya recibido la notificación de la denuncia.

Artículo 37

La presente Convención dejará de surtir efecto si durante cualquier periodo de 12 meses consecutivos después de su entrada en vigor, el número de Estados Contratantes es menor de ocho.

Artículo 38

(1) Todo Estado podrá, en el momento de depositar su instrumento de ratificación o adhesión o en cualquier otro momento posterior, declarar por notificación dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas que las disposiciones de la presente Convención serán aplicables a todos los territorios cuyas relaciones internacionales tenga a su cargo o a cualquiera de ellos. Si la notificación no va acompañada de reservas, la Convención se hará extensiva a los territorios designados en cualquier notificación el nonagésimo día siguiente a la fecha en que el Secretario General la hubiese recibido; si se acompañan reservas, se hará extensiva a dichos territorios a partir del nonagésimo día siguiente a la fecha en que, conforme a lo previsto en el artículo 39, haya surtido efecto dicha notificación, o en la fecha en que la Convención entre en vigor para el Estado interesado, en el caso de que ésta sea posterior.

(2) Todo Estado que haya hecho una declaración con arreglo a las disposiciones del párrafo anterior del presente artículo, haciendo extensiva la aplicación de la presente Convención a cualquiera de los territorios cuyas relaciones internacionales tenga a su cargo, podrá denunciar la Convención por separado respecto a dicho territorio, de conformidad con las disposiciones del artículo 36.

Artículo 39

(1) Las reservas a la presente Convención hechas antes de la firma del Acta Final serán admisibles si han sido aceptadas por la mayoría de los miembros de la Conferencia y se han hecho constar en el Acta Final.

(2) Las reservas formuladas después de la firma del Acta Final no serán admitidas si un tercio de los Estados Signatarios o de los Estados Contratantes oponen objeciones a las mismas conforme a lo que se estipula a continuación.

(3) El Secretario General de las Naciones Unidas comunicará a todos los Estados que han suscrito la Convención o se han adherido a la misma la lista de las

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beiträtsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 35

(1) Dieses Abkommen tritt am neunzigsten Tage nach Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beiträtsurkunde in Kraft, sofern die Urkunden keinen oder einen nach Artikel 39 angenommenen Vorbehalt enthalten.

(2) Für jeden Staat, der nach dem Tage der gemäß dem vorstehenden Absatz erfolgten Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beiträtsurkunde das Abkommen ratifiziert oder diesem beitritt, tritt dieses am neunzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beiträtsurkunde in Kraft, sofern die Urkunden keinen oder einen nach Artikel 39 angenommenen Vorbehalt enthalten.

Artikel 36

(1) Wenn dieses Abkommen drei Jahre in Kraft gewesen ist, kann es jeder Vertragsstaat durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen.

(2) Die Kündigung wird fünfzehn Monate nach Eingang der Notifizierung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Artikel 37

Dieses Abkommen tritt außer Kraft, wenn zu irgend einer Zeit nach seinem Inkrafttreten die Zahl der Vertragsstaaten während zwölf aufeinanderfolgender Monate weniger als acht beträgt.

Artikel 38

(1) Jeder Staat kann im Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beiträtsurkunde oder zu einem späteren Zeitpunkt durch Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen erklären, daß dieses Abkommen auf einzelne oder alle Gebiete Anwendung findet, die er auf internationaler Ebene vertritt. Das Abkommen wird auf die in dieser Notifizierung genannten Gebiete ausgedehnt, entweder vom neunzigsten Tage nach Eingang dieser Notifizierung beim Generalsekretär an, wenn die Notifizierung keinen Vorbehalt enthält, oder vom neunzigsten Tage an, an dem die Notifizierung nach Artikel 39 wirksam geworden ist, oder von dem Tage an, an dem das Abkommen für den betreffenden Staat in Kraft tritt; dabei ist der späteste dieser Zeitpunkte maßgebend.

(2) Jeder Staat, der dieses Abkommen durch eine Erklärung nach dem vorstehenden Absatz auf ein Gebiet ausgedehnt hat, das er auf internationaler Ebene vertritt, kann das Abkommen auch für dieses Gebiet allein nach den Bestimmungen des Artikels 36 kündigen.

Artikel 39

(1) Vor Unterzeichnung der Schlusakte gemachte Vorbehalte zu diesem Abkommen sind zulässig, wenn sie von der Mehrheit der Konferenzmitglieder angenommen und in der Schlusakte festgehalten worden sind.

(2) Nach Unterzeichnung der Schlusakte gemachte Vorbehalte sind nicht mehr zulässig, wenn ein Drittel der Signatarstaaten oder der Vertragsstaaten unter den nachstehenden Bedingungen Einwendungen dagegen erhebt.

(3) Der Text jedes Vorbehaltes, der dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vorgelegt wird, muß in der Interkonferenz auf englisch und französisch vorliegen.

tion or accession or of any notification under article 38 shall be circulated by the Secretary-General to all States which have at that time signed, ratified or acceded to the Convention. If one-third of these States expresses an objection within ninety days from the date of circulation, the reservation shall not be accepted. The Secretary-General shall notify all States referred to in this paragraph of any objection received by him as well as of the acceptance or rejection of the reservation.

(4) An objection by a State which has signed but not ratified the Convention shall cease to have effect if, within a period of nine months from the date of making its objection, the objecting State has not ratified the Convention. If, as the result of an objection ceasing to have effect, a reservation is accepted by application of the preceding paragraph, the Secretary-General shall so inform the States referred to in that paragraph. The text of any reservation shall not be circulated to any signatory State under the preceding paragraph if that State has not ratified the Convention within three years following the date of signature on its behalf.

(5) The State submitting the reservation may, within a period of twelve months from the date of the notification by the Secretary-General referred to in paragraph 3 that a reservation has been rejected in accordance with the procedure provided for in that paragraph, withdraw the reservation, in which case the instrument of ratification or accession or the notification under article 38 as the case may be shall take effect with respect to such State as from the date of the withdrawal. Pending such withdrawal, the instrument or the notification as the case may be, shall not have effect, unless, by application of the provisions of paragraph 4, the reservation is subsequently accepted.

(6) Reservations accepted in accordance with this article may be withdrawn at any time by notification to the Secretary-General.

(7) No Contracting State shall be required to extend to a State making a reservation the benefit of the provisions to which such reservation applies. Any State availing itself of this right shall notify the Secretary-General accordingly and the latter shall communicate this decision to all signatory and Contracting States.

Article 40

(1) Any dispute between two or more Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention shall so far as possible be settled by negotiation between them.

(2) Any dispute which is not settled by negotiation shall be submitted to arbitration if any one of the Contracting States in dispute so requests and shall be referred accordingly to one or more arbitrators selected by agreement between the States in dispute. If within three months from the date of the request for arbitration the States in dispute are unable to agree on the selection of an arbitrator or arbitrators, any of those States may request the President of the International Court of Justice to nominate a single arbitrator to whom the dispute shall be referred for decision.

(3) The decision of the arbitrator or arbitrators appointed under the preceding paragraph shall be binding on the Contracting States concerned.

Article 41

(1) After this Convention has been in force for three years, any Contracting State may, by notification to the Secretary-General of the United Nations, request that a

cation ou d'adhésion, ou de toute notification prévue à l'article 38, sera communiqué par le Secrétaire général à tous les Etats qui auront signé ou ratifié la Convention ou qui y auront adhéré. La réserve ne sera pas acceptée si un tiers de ces Etats formule une objection dans les quatre-vingt-dix jours de la date de la communication. Le Secrétaire général informera tous les Etats visés dans le présent paragraphe de toute objection qui lui aura été signifiée ainsi que de l'acceptation ou du rejet de la réserve.

(4) Toute objection formulée par un Etat qui aura signé la Convention, mais ne l'aura pas ratifiée, cessera d'avoir effet si l'Etat auteur de l'objection ne ratifie pas la Convention dans un délai de neuf mois à dater de ladite objection. Si le fait qu'une objection cesse d'avoir effet a pour conséquence d'entraîner l'acceptation de la réserve en application du paragraphe précédent, le Secrétaire général en informera les Etats visés à ce paragraphe. Nonobstant les dispositions du paragraphe précédent, le texte d'une réserve ne sera pas communiqué à un Etat signataire qui n'aura pas ratifié la Convention dans les trois ans qui suivent la date de la signature apposée en son nom.

(5) L'Etat qui présente la réserve pourra la retirer dans un délai de douze mois à dater de la communication du Secrétaire général visée au paragraphe 3, annonçant le rejet de la réserve selon la procédure prévue à ce paragraphe. L'instrument de ratification ou d'adhésion ou, selon le cas, la notification prévue à l'article 38, prendra alors effet pour cet Etat à dater du retrait. En attendant le retrait, l'instrument ou, selon le cas, la notification, sera sans effet, à moins qu'en application des dispositions du paragraphe 4 la réserve ne soit ultérieurement acceptée.

(6) Les réserves acceptées conformément au présent article pourront être retirées à tout moment par notification adressée au Secrétaire général.

(7) Les Etats contractants ne sont pas tenus d'accorder à l'Etat auteur d'une réserve les avantages prévus dans les dispositions de la Convention qui ont fait l'objet de ladite réserve. Tout Etat qui aura recours à cette faculté en avisera le Secrétaire général. Le Secrétaire général en informera alors les Etats signataires et contractants.

Article 40

(1) Tout différend entre deux ou plusieurs Etats contractants touchant l'interprétation ou l'application de la présente Convention sera, autant que possible, réglé par voie de négociation entre les Etats en litige.

(2) Tout différend qui n'aura pas été réglé par voie de négociation sera soumis à l'arbitrage si l'un quelconque des Etats contractants en litige le demande et sera, en conséquence, renvoyé à un ou plusieurs arbitres choisis d'un commun accord par les Etats en litige. Si, dans les trois mois à dater de la demande d'arbitrage, les Etats en litige n'arrivent pas à s'entendre sur le choix d'un arbitre ou des arbitres, l'un quelconque de ces Etats pourra demander au Président de la Cour internationale de Justice de désigner un arbitre unique devant lequel le différend sera renvoyé pour décision.

(3) La sentence de l'arbitre ou des arbitres désignés conformément au paragraphe précédent sera obligatoire pour les Etats contractants intéressés.

Article 41

(1) Après que la présente Convention aura été en vigueur pendant trois ans, tout Etat contractant pourra, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisa-

adherido a ella, el texto de cualquier reserva que le haya presentado un Estado en el momento de la firma, del depósito de un instrumento de ratificación o de adhesión o de una notificación cualquiera de conformidad con el artículo 38. No se aceptará la reserva si un tercio de tales Estados oponen alguna objeción dentro de los noventa días siguientes a la fecha en que se les comunicó la reserva. El Secretario General notificará a todos los Estados a que se refiere este párrafo las objeciones que recibe, así como la aceptación o la desestimación de la reserva.

(4) La objeción formulada por un Estado que haya firmado pero no ratificado la Convención dejará de tener efecto si, dentro de los nueve meses siguientes a la fecha de la objeción, el Estado que la formulare no hubiera ratificado la Convención. Si se aceptare una reserva en aplicación del párrafo precedente por haber dejado de ser efectiva alguna objeción, el Secretario General lo notificará a los Estados a que se refiere dicho párrafo. El texto de las reservas no se dará a conocer a un Estado Signatario, de conformidad con el párrafo anterior, si dicho Estado no ha ratificado la Convención dentro de tres años a partir de la fecha de haber firmado la Convención.

(5) El Estado que formule la reserva podrá retirarla dentro de un plazo de 12 meses a partir de la fecha en que el Secretario General haya notificado, de conformidad con el párrafo 3, que la reserva ha sido rechazada según el procedimiento previsto en dicho párrafo, en cuyo caso el instrumento de ratificación o adhesión o la notificación enviada en virtud del artículo 38, según fuere el caso, surtirá efecto para dicho Estado a partir de la fecha en que retire su reserva. Hasta tanto se retire la reserva, el instrumento o la notificación, según fuere el caso, no surtirá efecto a menos que la reserva sea ulteriormente aceptada en aplicación de las disposiciones del párrafo 4.

(6) Las reservas que se acepten de conformidad con el presente artículo podrán ser retiradas en cualquier momento mediante notificación al Secretario General.

(7) Los Estados Contratantes podrán denegar el beneficio de las disposiciones de la Convención objeto de una reserva al Estado que hubiere formulado esa reserva. Todo Estado que hiciere uso de este derecho lo habrá de notificar al Secretario General, quien comunicará lo decidido por tal Estado a todos los Estados Signatarios y Contratantes.

Artículo 40

(1) Toda controversia entre dos o más Estados Contratantes respecto a la interpretación o aplicación de la presente Convención será resuelta, en lo posible, mediante negociaciones entre ellos.

(2) Toda controversia que no sea resuelta por negociaciones será sometida a arbitraje cuando uno de los Estados Contratantes interesados así lo pida, y, en consecuencia, será referida a uno o más árbitros designados de común acuerdo por los Estados entre los que se produce la controversia. Si en el término de tres meses a partir de la fecha en que se haya solicitado el arbitraje, esos Estados no hubieran podido ponerse de acuerdo para la designación del árbitro o de los árbitros, cualquiera de ellos podrá pedir al Presidente de la Corte Internacional de Justicia que designe a un árbitro único a cuya decisión se someterá la controversia.

(3) La decisión del árbitro o de los árbitros designados con arreglo al párrafo anterior será obligatoria para los Estados Contratantes interesados.

Artículo 41

(1) Después de que la presente Convención haya estado en vigor durante tres años, cualquier Estado Contratante podrá solicitar, mediante notificación al

tifikations- oder Beitrittsurkunde oder einer Notifizierung nach Artikel 38 vorgelegt worden ist, wird vom Generalsekretär allen Staaten übermittelt, die zu diesem Zeitpunkt das Abkommen unterzeichnet oder ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind. Wenn ein Drittel dieser Staaten innerhalb von neunzig Tagen vom Zeitpunkt der Übermittlung an Einwendungen erhebt, so wird der Vorbehalt nicht angenommen. Der Generalsekretär wird alien in diesem Absatz erwähnten Staaten sowohl jede ihm zugängliche Einwendung als auch die Annahme oder die Zurückweisung des Vorbehaltes mitteilen.

(4) Jede Einwendung eines Staates, der das Abkommen unterzeichnet aber noch nicht ratifiziert hat, wird unwirksam, wenn der einwendende Staat das Abkommen innerhalb von neun Monaten vom Tage der Erhebung der Einwendung an nicht ratifiziert. Wenn eine Einwendung unwirksam wird und somit der Vorbehalt nach dem vorstehenden Absatz als angenommen gilt, so wird der Generalsekretär die in diesem Absatz erwähnten Staaten davon unterrichten. Ungeachtet der Bestimmungen des vorstehenden Absatzes wird jedoch der Text eines Vorbehaltes einem Signatarstaat nicht mitgeteilt, wenn dieser Staat das Abkommen innerhalb von drei Jahren nach dem Tage der durch ihn vorgenommenen Unterzeichnung nicht ratifiziert hat.

(5) Der Staat, der einen Vorbehalt gemacht hat, kann ihn innerhalb von zwölf Monaten von dem Tage an zurückziehen, an dem der Generalsekretär nach Absatz 3 mitgeteilt hat, daß der Vorbehalt nach dem im genannten Absatz vorgesehenen Verfahren zurückgewiesen worden ist; in diesem Falle wird die Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder die Notifizierung nach Artikel 38 gegenüber einem solchen Staat vom Tage der Zurückziehung an wirksam. Bis zur Zurückziehung bleibt die Urkunde oder die Notifizierung wirkungslos, wenn der Vorbehalt nicht nach den Bestimmungen von Absatz 4 nachträglich angenommen wird.

(6) Vorbehalte, die nach diesem Artikel angenommen worden sind, können jederzeit durch Notifizierung an den Generalsekretär zurückgezogen werden.

(7) Kein Vertragsstaat ist verpflichtet, einem Staat, der einen Vorbehalt gemacht hat, die Vergünstigungen dieses Abkommens zu gewähren, auf die sich der Vorbehalt bezieht. Jeder Staat, der dieses Recht für sich in Anspruch nimmt, wird dies dem Generalsekretär mitteilen. Der Generalsekretär wird diese Entscheidung allen Signatar- und Vertragsstaaten mitteilen.

Artikel 40

(1) Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens soll, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen diesen Staaten beigelegt werden.

(2) Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird einem Schiedsspruch unterworfen, wenn einer der am Streitfall beteiligten Vertragsstaaten es verlangt, und wird einem oder mehreren Schiedsrichtern, die durch Übereinkommen zwischen den am Streitfall beteiligten Staaten zu wählen sind, zur Entscheidung übertragen. Wenn innerhalb von drei Monaten vom Tage des Erscheins um schiedsgerichtliche Entscheidung an die am Streitfall beteiligten Staaten über die Wahl eines oder mehrerer Schiedsrichter nicht einigt werden, kann jeder dieser Staaten den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, einen einzigen Schiedsrichter zu ernennen, dem der Streitfall zur Entscheidung übertragen wird.

(3) Die Entscheidung des oder der nach dem vorstehenden Absatz ernannten Schiedsrichter ist für die beteiligten Vertragsstaaten bindend.

Artikel 41

(1) Wenn dieses Abkommen drei Jahre in Kraft gesetzt ist, kann jeder Vertragsstaat, der nicht in Artikel 38 genannt ist, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen seine Ent-

conference be convened for the purpose of reviewing the Convention. The Secretary-General shall notify all Contracting States of the request and a review conference shall be convened by the Secretary-General if, within a period of four months following the date of notification by the Secretary-General, not less than one-half of the Contracting States notify him of their concurrence with the request.

(2) If a conference is convened in accordance with the preceding paragraph, the Secretary-General shall notify all Contracting States and invite them to submit within a period of three months such proposals as they may wish the conference to consider. The Secretary-General shall circulate to all Contracting States the provisional agenda for the conference together with the texts of such proposals at least three months before the date on which the conference is to meet.

(3) The Secretary-General shall invite to any conference convened in accordance with this article all Contracting States and all other States Members of the United Nations or of any of the specialized agencies.

sation des Nations Unies, demander la convocation d'une conférence à l'effet de réviser la présente Convention. Le Secrétaire général notifiera cette demande à tous les Etats contractants et convoquera une conférence de révision si, dans un délai de quatre mois à dater de la notification adressée par lui, la moitié au moins des Etats contractants lui signifient leur assentiment à cette demande.

(2) Si une conférence est convoquée conformément au paragraphe précédent, le Secrétaire général en avisera tous les Etats contractants et les invitera à présenter, dans un délai de trois mois, les propositions qu'ils souhaiteraient voir examiner par la conférence. Le Secrétaire général communiquera à tous les Etats contractants l'ordre du jour provisoire de la conférence, ainsi que le texte de ces propositions, trois mois au moins avant la date d'ouverture de la conférence.

(3) Le Secrétaire général invitera à toute conférence convoquée conformément au présent article tous les Etats contractants et tous les autres Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies ou d'une des institutions spécialisées.

Article 42

(1) Any Contracting State may propose one or more amendments to this Convention. The text of any proposed amendment shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations who shall circulate it to all Contracting States.

(2) Any proposed amendment circulated in accordance with the preceding paragraph shall be deemed to be accepted if no Contracting State expresses an objection within a period of six months following the date of circulation of the proposed amendment by the Secretary-General.

(3) The Secretary-General shall notify as soon as possible all Contracting States whether an objection to the proposed amendment has been expressed, and if no such objection has been expressed, the amendment shall enter into force for all Contracting States three months after the expiration of the period of six months referred to in the preceding paragraph.

Article 42

(1) Tout Etat contractant pourra proposer un ou plusieurs amendements à la présente Convention. Le texte de tout projet d'amendement sera communiqué au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui le transmettra à tous les Etats contractants.

(2) Tout projet d'amendement qui aura été transmis conformément au paragraphe précédent sera réputé accepté si aucun Etat contractant ne formule d'objection dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle le Secrétaire général aura transmis le projet d'amendement.

(3) Le Secrétaire général sera connaitre le plus tôt possible à tous les Etats contractants si une objection a été formulée contre le projet d'amendement et, en l'absence d'objection, l'amendement entrera en vigueur pour tous les Etats contractants trois mois après l'expiration du délai de six mois visé au paragraphe précédent.

Article 43

The Secretary-General of the United Nations shall notify all Member States of the United Nations and all other States invited to attend the Conference of the following:

- a) Signatures, ratifications and accessions, received in accordance with articles 33 and 34;
- b) The date upon which this Convention shall enter into force in accordance with article 35;
- c) Denunciations received in accordance with article 36;
- d) The abrogation of this Convention in accordance with article 37;
- e) Notifications received under article 38;
- f) Entry into force of any amendment in accordance with article 42.

Article 43

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies notifiera à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et à tous les autres Etats invités à participer à la Conférence:

- a) Les signatures, ratifications et adhésions reçues conformément aux articles 33 et 34;
- b) La date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur conformément à l'article 35;
- c) Les dénonciations reçues conformément à l'article 36;
- d) L'abrogation de la présente Convention conformément à l'article 37;
- e) Les notifications reçues conformément à l'article 38;
- f) L'entrée en vigueur de tout amendement conformément à l'article 42.

Article 44

The original of this Convention shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations who shall transmit certified copies thereof to all Members of the United Nations and all other States invited to the Conference.

Article 44

L'original de la présente Convention sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en transmettra des copies certifiées conformes à tous les Membres de l'Organisation des Nations Unies et à tous les autres Etats invités à participer à la Conférence.

Secretario General de las Naciones Unidas, que se convoque una conferencia con objeto de revisar la Convención. El Secretario General notificará esta solicitud a todos los Estados Contratantes, y convocará una conferencia para revisar la Convención si, dentro de los cuatro meses siguientes a la notificación del Secretario General, no menos de la mitad de los Estados Contratantes le comunican que están conformes con la citada solicitud.

(2) Si se convocara una conferencia con arreglo a lo que dispone el párrafo anterior, el Secretario General lo comunicará a todos los Estados Contratantes y les invitará a presentar, dentro de un período de tres meses, las propuestas que deseen someter a la consideración de la conferencia. El Secretario General distribuirá el programa provisional de la conferencia, junto con los textos de esas propuestas, por lo menos tres meses antes de la fecha en que deberá reunirse la conferencia.

(3) El Secretario General invitará a cualquier conferencia que se convoque con arreglo a lo dispuesto en este artículo a todos los Estados Contratantes y a todos los demás Estados Miembros de las Naciones Unidas o de cualquiera de los organismos especializados.

Artículo 42

(1) Cuauquier Estado Contratante podrá proponer una o más modificaciones a la presente Convención. El texto de la modificación propuesta será remitido al Secretario General de las Naciones Unidas, quien lo distribuirá entre todos los Estados Contratantes.

(2) Se considerará que ha sido aceptada cualquier modificación propuesta que se distribuya con arreglo a lo dispuesto en el párrafo anterior, si ningún Estado Contratante formula objeciones dentro de los seis meses siguientes a la fecha en que el Secretario General distribuyó la modificación propuesta.

(3) El Secretario General comunicará a los Estados Contratantes, tan pronto como sea posible, si se formula alguna objeción contra la modificación propuesta, y, en caso de que no se presente ninguna, la modificación entrará en vigor para todos los Estados Contratantes tres meses después de que expire el período de seis meses que se menciona en el párrafo anterior.

Artículo 43

El Secretario General de las Naciones Unidas notificará a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros invitados a participar en la conferencia:

- a) Las firmas, ratificaciones y adhesiones recibidas con arreglo a lo dispuesto en los artículos 33 y 34;
- b) La fecha de entrada en vigor de la presente Convención con arreglo a lo dispuesto en el artículo 35;
- c) Las denuncias recibidas con arreglo a lo dispuesto en el artículo 36;
- d) La abrogación de la presente Convención con arreglo a lo dispuesto en el artículo 37;
- e) Las notificaciones recibidas en virtud de lo previsto en el artículo 38;
- f) La entrada en vigor de cualquier modificación con arreglo a lo dispuesto en el artículo 42.

Artículo 44

El original de la presente Convención será depositado en poder del Secretario General de las Naciones Unidas, quien remitirá copias certificadas de él a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a todos los demás Estados invitados a la Conferencia.

berufung einer Konferenz zur Revision dieses Abkommens ersuchen. Der Generalsekretär wird dieses Ersuchen allen Vertragsstaaten notifizieren und eine Revisionskonferenz einberufen, wenn ihm innerhalb von vier Monaten vom Tage der von ihm vorgenommenen Notifizierung an wenigstens die Hälfte der Vertragsstaaten ihre Zustimmung zu diesen Ersuchen bekanntgibt.

(2) Wird eine Konferenz nach dem vorstehenden Absatz einberufen, so wird der Generalsekretär dies allen Vertragsstaaten notifizieren und sie einladen, innerhalb von drei Monaten Vorschläge zu übermitteln, die nach ihrem Wunsch von der Konferenz behandelt werden sollen. Der Generalsekretär wird allen Vertragsstaaten eine provisorische Tagesordnung für die Konferenz sowie die Texte der Vorschläge spätestens drei Monate vor Beginn der Konferenz übermitteln.

(3) Der Generalsekretär wird zu jeder nach diesem Artikel einberufenen Konferenz alle Vertragsstaaten und alle anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen einladen.

Artikel 42

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine oder mehrere Änderungen dieses Abkommens vorschlagen. Der Text jedes Änderungsvorschlags ist dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln, der ihn an alle Vertragsstaaten weiterleiten wird.

(2) Jeder nach dem vorstehenden Absatz übermittelte Änderungsvorschlag gilt als angenommen, wenn kein Vertragsstaat innerhalb von sechs Monaten nach Übermittlung des Änderungsvorschlags durch den Generalsekretär Einwendungen erhebt.

(3) Der Generalsekretär wird so bald als möglich allen Vertragsstaaten mitteilen, ob gegen den Änderungsvorschlag eine Einwendung erhoben worden ist. Wird keine Einwendung erhoben, so tritt die Änderung drei Monate nach Ablauf der im vorstehenden Absatz festgelegten sechsmonatigen Frist für alle Vertragsstaaten in Kraft.

Artikel 43

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und allen anderen zur Teilnahme an der Konferenz eingeladenen Staaten notifizieren

- a) die Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritte, die er nach Artikel 33 und 34 erhalten hat;
- b) das Datum, an dem dieses Abkommen nach Artikel 35 in Kraft tritt;
- c) die Kündigungen, die er nach Artikel 36 erhalten hat;
- d) das Außerkrafttreten dieses Abkommens nach Artikel 37;
- e) die Notifizierungen, die er nach Artikel 38 erhalten hat;
- f) das Inkrafttreten jeder Änderung nach Artikel 42.

Artikel 44

Die Urschrift dieses Abkommens wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Generalsekretär wird beglaubigte Abschriften davon allen Mitgliedern der Vereinten Nationen und allen anderen zur Teilnahme an der Konferenz eingeladenen Staaten mitteilen.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Convention.

DONE at New York this fourth day of June, one thousand nine hundred and fifty-four, in a single copy in the English, French and Spanish languages, each text being equally authentic.

The Secretary-General is requested to prepare an authoritative translation of this Convention in the Chinese and Russian languages and to add the Chinese and Russian texts to the English, French and Spanish texts when transmitting certified copies thereof to the States in accordance with article 44 of this Convention.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé la présente Convention

FAIT à New-York, le quatre juin mil neuf cent cinquante-quatre, en un seul exemplaire, en langues anglaise, espagnole et française, les trois textes faisant également foi

Le Secrétaire général est invité à établir, de la présente Convention, une traduction en langues chinoise et russe faisant autorité, et à joindre les textes chinois et russes aux textes anglais, espagnol et français lorsqu'il transmettra aux Etats les copies certifiées conformes visées à l'article 44 de la présente Convention.

For AFGHANISTAN:
Pour l'AFGHANISTAN:
Por el AFCANISTÁN:

For ALBANIA:
Pour l'ALBANIE:
Por ALBANIA:

For ARGENTINA:
Pour l'ARGENTINE:
Por la ARGENTINA:

Ad Referendum
Luis J. Estevarena

For AUSTRALIA:
Pour l'AUSTRALIE:
Por AUSTRALIA:

For AUSTRIA:
Pour l'AUTRICHE:
Por AUSTRIA:

Dr. J. Stangelberger

For the KINGDOM OF BELGIUM:
Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:
Por el REINO DE BÉLGICA:

Sous réserve de ratification
Ch. Hopchet

For BOLIVIA:
Pour la BOLIVIE:
Por BOLIVIA:

For BRAZIL:
Pour le BRÉSIL:
Por el BRASIL:

EN FE DE LO CUAL, los infrascritos, debidamente autorizados, firman la presente Convención.

HECHO en Nueva York, a los cuatro días de junio de mil novecientos cincuenta y cuatro, en un solo ejemplar, en español, francés e inglés, siendo los tres textos igualmente auténticos.

Se pide al Secretario General se sirva preparar una traducción fehaciente de la presente Convención a los idiomas chino y ruso y agregar los textos chino y ruso a los textos español, francés e inglés cuando remita a los Estados las copias certificadas de los mismos en conformidad con el artículo 44 de la Convención.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben

GESCHIEHEN zu New York am vierten Juni neunzehnhundertvierundfünzig in einer einzigen Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Generalsekretär wird ersucht, eine amtliche Übersetzung dieses Abkommens in chinesischer und russischer Sprache anzufertigen und den chinesischen und russischen Text dem englischen, französischen und spanischen Text beizufügen, wenn er die beglaubigten Abschriften den Staaten nach Artikel 44 dieses Abkommens übermittelt.

Für AFGHANISTAN:

Für ALBANIEN:

Für ARGENTINIEN:

Ad Referendum
Luis J. Estevarena

Für AUSTRALIEN:

Für ÖSTERREICH:

Dr. J. Stangelberger

Für das KONIGREICH BELGIEN:

Unter dem Vorbehalt der Ratifikation
Ch. Hopchet

Für BOLIVIEN:

Für BRASILIEN:

For BULGARIA:
Pour la BULGARIE:
Por BULGARIA:

For the UNION OF BURMA:
Pour l'UNION BIRMANE:
Por la UNIÓN BIRMANA:

For the BYELORUSSIAN SOVIET SOCIALIST
REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE
DE BIÉLORUSSIE:
Por la REPÚBLICA SOCIALISTA SOVIÉTICA
DE BIELORRUSIA:

For CAMBODIA:
Pour le CAMBODGE:
Por CAMBOJA:

Iem Kadul

For CANADA:
Pour le CANADA:
Por el CANADÁ:

For CEYLON:
Pour CEYLAN:
Por CEILÁN:

Subject to the reservation recorded in the Final Act

H. Shirley Amerasinghe

For CHILE:
Pour le CHILI:
Por CHILE:

For CHINA:
Pour la CHINE:
Por la CHINA:

For COLOMBIA:
Pour la COLOMBIE:
Por COLOMBIA:

For COSTA RICA:
Pour le COSTA-RICA:
Por COSTA RICA:

ad referendum
J. F. Carballo
July 20th, 1954

Für BULGARIEN:

Für BIRMA:

Für die
WEISSRUSSISCHE SOZIALISTISCHE
SOWJET-REPUBLIK:

Für KAMBODSCHA:

Iem Kaduu

Für KANADA:

Für CEYLON:

Unter dem in der Schlußakte
niedergelegten Vorbehalt
H. Shirley Amerasinghe

Für CHILE:

Für CHINA:

Für KOLUMBIEN:

Für COSTA RICA:

ad referendum
J. F. Carballo
20. Juli 1954

For CUBA:

Pour CUBA:

Por CUBA:

José Miguel Ribas

For CZECHOSLOVAKIA:

Pour la TCHÉCOSLOVAQUIE:

Por CHECOESLOVAQUIA:

For DENMARK:

Pour le DANEMARK:

Por DINAMARCA:

For the DOMINICAN REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE DOMINICAINE:
Por la REPUBLICA DOMINICANA

Ad Referendum

R. O. Galván

For ECUADOR:

Pour l'EQUATEUR:

Por el ECUADOR:

B. Oquendo

For EGYPT:

Pour l'EGYPTE:

Por EGIPTO:

Rachad Mourad

For EL SALVADOR:
Pour le SALVADOR:
Por EL SALVADOR:

For ETHIOPIA:
Pour l'ETHIOPIE:
Por ETIOPÍA:

For FINLAND:
Pour la FINLANDE:
Por FINLANDIA:

For FRANCE:
Pour la FRANCE:
Por FRANCIA:

Philippe de Seynes

For the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:
Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:
Por la REPÚBLICA FEDERAL ALEMANA:

Richard Pannier
Walter Wagner

Für KUBA:

José Miguel Ribas

Für die TSCHECHOSLOWAKEI:

Für DÄNEMARK:

Für die
DOMINIKANISCHE REPUBLIK:

Ad Referendum
R. O. Galván

Für ECUADOR:

B. Oquendo

Für ÄGYPTEN:

Rachad Mourad

Für EL SALVADOR:

Für ÄTHIOPIEN:

Für FINNLAND:

Für FRANKREICH:

Philippe de Seynes

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Richard Pöhl
Walter Wallmann

For GREECE:
Pour la GRÈCE:
Por GRECIA:

For GUATEMALA:
Pour le GUATEMALA:
Por GUATEMALA:

Con sujeción a las reservas consignadas en el Acta Final.

E. Castillo Arriola

For HAITI:
Pour HAÏTI:
Por HAITI:

Ernest G. Chauvet

For HONDURAS:
Pour le HONDURAS:
Por HONDURAS:

Tiburcio Carias Jr.

June 15, 1954

For HUNGARY:
Pour la HONGRIE:
Por HUNGRÍA:

For ICELAND:
Pour l'ISLANDE:
Por ISLANDIA:

For INDIA.
Pour l'INDE:
Por la INDIA:

Subject to the reservations recorded in the Final Act.

A. S. Lall

For INDONESIA:
Pour l'INDONÉSIE:
Por INDONESIA:

For IRAN:
Pour l'IRAN:
Por IRÁN:

For IRAQ:
Pour l'IRAK:
Por IRÁK:

Für GRIECHENLAND:

Für GUATEMALA:

Unter den in der Schlußakte
niedergelegten Vorbehalten
E. Castillo Arriola

Für HAITI:

Ernest G. Chauvet

Für HONDURAS:

Tiburcio Cárías Jr.
15. Juni 1954

Für UNGARN:

Für ISLAND:

Für INDIEN:

Unter den in der Schlußakte
niedergelegten Vorbehalten
A. S. Lall

Für INDONESIEN:

Für IRAN:

Für IRAK:

For IRELAND:
Pour l'IRLANDE:
Por IRLANDA:

For ISRAEL:
Pour ISRAËL:
Por ISRAEL:

For ITALY:
Pour l'ITALIE:
Por ITALIA:

Ugo Calderoni

For JAPAN:
Pour le JAPON:
Por el JAPÓN:

For the HASHEMITE KINGDOM OF THE JORDAN:
Pour le ROYAUME HACHÉMITE DE JORDANIE:
Por el REINO HACHEMITA DE JORDANIA:

For the REPUBLIC OF KOREA:
Pour la RÉPUBLIQUE DE CORÉE:
Por la REPÚBLICA DE COREA:

For LAOS:
Pour le LAOS:
Por LAOS:

For LEBANON:
Pour le LIBAN:
Por el LÍBANO:

For LIBERIA:
Pour le LIBÉRIA:
Por LIBERIA:

For LIBYA:
Pour la LIBYE:
Por LIBIA:

For the GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:
Pour le GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG:
Por el GRAN DUCADO DE LUXEMBURGO:

Für IRLAND:

Für ISRAEL:

Für ITALIEN:

Ugo Calderoni

Für JAPAN:

Für das HASCHEMITISCHE
KONIGREICH JORDANIEN:

Für die REPUBLIK KOREA:

Für LAOS:

Für LIBANON:

Für LIBERIA:

Für LIBYEN:

Für das
GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG:

For MEXICO:
Pour le MEXIQUE:
Por MÉXICO:

Con sujeción a la reserva consignada en el Acta Final

José A. Bufort

For MONACO:
Pour MONACO:
Por MÓNACO:

Marcel A. Palmaro

For NEPAL:
Pour le NÉPAL:
Por NEPAL:

For the KINGDOM OF THE NETHERLANDS:
Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS:
Por el REINO DE LOS PAÍSES BAJOS:

Paymans

For NEW ZEALAND:
Pour la NOUVELLE-ZÉLANDE:
Por NUEVA ZELANDIA:

For NICARAGUA:
Pour le NICARAGUA:
Por NICARAGUA:

For the KINGDOM OF NORWAY:
Pour le ROYAUME DE NORVÈGE:
Por el REINO DE NORUEGA:

For PAKISTAN:
Pour le PAKISTAN:
Por el PAKISTÁN:

For PANAMA:
Pour le PANAMA:
Por PANAMÁ:

Ad referendum
Ernesto de la Ossa

For PARAGUAY:
Pour le PARAGUAY:
Por el PARAGUAY:

For PERU:
Pour le PÉROU:
Por el PERÚ:

Für MEXIKO:

Unter dem in der Schlußakte
niedergelegten Vorbehalt

José A. Bufort

Für MONACO:

Marcel A. Palmaro

Für NEPAL:

Für das
KONIGREICH DER NIEDERLANDE:

Paymans

Für NEUSEELAND:

Für NICARAGUA:

Für das KONIGREICH NORWEGEN:

Für PAKISTAN:

Für PANAMA:

Ad referendum
Ernesto de la Ossa

Für PARAGUAY:

Für PERU:

For the PHILIPPINE REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE DES PHILIPPINES:
Por la REPÚBLICA DE FILIPINAS:

Mauro Méndez

For POLAND:
Pour la POLOGNE:
Por POLONIA:

For PORTUGAL:
Pour le PORTUGAL:
Por PORTUGAL:

ad referendum
Freire de Andrade

For ROMANIA:
Pour la ROUMANIE:
Per RUMANIA:

For SAN MARINO:
Pour SAINT-MARIN:
Por SAN MARINO:

For SAUDI ARABIA:
Pour l'ARABIE SAOUDITE:
Por ARABIA SAUDITA:

For SPAIN:
Pour l'ESPAGNE:
Por ESPAÑA:

ad referendum
R. de la Presilla

For SWEDEN:
Pour la SUÈDE:
Por SUECIA:

G. de Sydow
A. Appeltoft

For SWITZERLAND:
Pour la SUISSE:
Por SUIZA:

Fr. Lüthi

For SYRIA:
Pour la SYRIE:
Por SIRIA:

For THAILAND:
Pour la THAÏLANDE:
Por TAILANDIA:

Für die
REPUBLIK DER PHILIPPINEN:

Mauro Méndez

Für POLEN:

Für PORTUGAL:

ad referendum
Freire de Andrade

Für RUMÄNIEN:

Für SAN MARINO:

Für SAUDI-ARABIEN:

Für SPANIEN:

ad referendum
R. de la Presilla

Für SCHWEDEN:

G. de Sydow
A. Appeltoft

Für die SCHWEIZ:

Fr. Lüthi

Für SYRIEN:

Für THAILAND:

For TURKEY:
 Pour la TURQUIE:
 Por TURQUÍA:

For the
 UKRAINIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:
 Pour la
 RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE D'UKRAINE:
 Por la
 REPÚBLICA SOCIALISTA SOVIÉTICA DE UCRANIA:

For the UNION OF SOUTH AFRICA:
 Pour l'UNION SUD-AFRICAINE:
 Por la UNIÓN SUDAFRICANA:

For the
 UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS:
 Pour l'UNION
 DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES:
 Por la
 UNIÓN DE REPÚBLICAS SOCIALISTAS SOVIÉTICAS:

For the
 UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
 AND NORTHERN IRELAND:
 Pour le
 ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
 ET D'IRLANDE DU NORD:
 Por el
 REINO UNIDO DE LA GRAN BRETAÑA
 E IRLANDA DEL NORTE:

J. K. Hulme

For the UNITED STATES OF AMERICA:
 Pour les ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE:
 Por los ESTADOS UNIDOS DE AMÉRICA:

James J. Wadsworth,
 Henry H. Kelly

For URUGUAY:
 Pour l'URUGUAY:
 Por el URUGUAY:

Ad Referendum
 E. Rodriguez Fabregat

For VATICAN CITY:
 Pour la CITÉ DU VATICAN:
 Por la CIUDAD DEL VATICANO:

Monseigneur Thomas J. McMahon

For VENEZUELA:
 Pour le VENEZUELA:
 Por VENEZUELA:

Für die TÜRKEI:

Für die
UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE
SOWJET-REPUBLIK:

Für die
SUDAFRIKANISCHE UNION:

Für die
UNION DER SOZIALISTISCHEN
SOWJET-REPUBLIKEN:

Für das
VEREINIGTE KÖNIGREICH VON
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:

J. K. Hulme

Für die
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:

James J. Wadsworth
Henry H. Kelly

Für URUGUAY:

Ad Referendum
E. Rodriguez Fabregat

Für den
STAAT DER VATIKANSTADT:

Monseigneur Thomas J. McMahon

Für VENEZUELA:

1986

Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1956, Teil II

For VIET-NAM:
Pour le VIET-NAM:
Por VIETNAM:

For YEMEN:
Pour le YÉMEN:
Por el YEMEN:

For YUGOSLAVIA:
Pour la YOUGOSLAVIE:
Por YUGOESLAVIA:

Für VIETNAM:

Für den JEMEN:

Für JUGOSLAWIEN:

Annex 1

"CARNET DE PASSAGES EN DOUANE"

The *carnet* is issued in French.

The dimensions are 22 X 27 cm.

The issuing association shall insert its name on each voucher and shall include the initials of the international organization to which it belongs.

[International Organization]

CARNET DE PASSAGES EN DOUANE
FOR MOTOR VEHICLES AND TRAILERS

No. [REDACTED]

1 VALID FOR ONE YEAR, i.e., until 2 inclusive,

[Insert the date in red ink]

3 subject to compliance by the holder during this period with the Customs laws and regulations of the countries visited.

4 Issued by 5

Holder 6

[Block letters]

7 Normal residence or business address 7

[Block letters]

8 For the vehicle registered in under No. 8

9 This carnet may be used in the following countries:

(LIST OF COUNTRIES)

[Inside front cover]

DESCRIPTION OF VEHICLE

EXTENSION OF VALIDITY

7 MOTOR VEHICLE *driven by internal combustion, electricity, steam; TRAILER*

8 Type (car, bus, lorry, tractor, motor-cycle with or without sidecar, cycle with auxiliary engine)

9 Registered in under No.

10 Chassis | Make
11 | No.

12 | Make
13 Engine | No.

14 | Number of cylinders
15 | Horse power
16 | Type or shape
17 Coachwork | Colour
18 | Upholstery
19 | Number of seats or carrying capacity

20 Spare tyres

21 Radio (indicate make)

22 Other particulars

23

24

25

26 Net weight of vehicle in kg.

27 Value of vehicle

Delete words
not applicable

28 Issued at the 19

29 On condition that the holder re-exports the vehicle within the specified period of validity and complies with the Customs laws and regulations relating to the temporary admission of motor vehicles in the countries visited under the guarantee, in each country where the document is valid, of the authorized association affiliated to the undersigned international organization. On expiry, the carnet must be returned to the association which delivered it to the holder.

30 Holder's signature

Signature of Secretary-General
of the international organizationSignature of authorized official
of the issuing association

1

COUNTERFOIL

2 Importation into

3 of the vehicle described in carnet

4

No. 

5 took place on

6 at the Customs Office of

7

Customs stamp 

Customs Officer's signature

9 Exportation from

10 took place on

11 at the Customs Office of

12

Customs stamp 

Customs Officer's signature

1

EXPORTATION VOUCHER

2 Of Carnet de Passages No. 

3 VALID until

4 Issued by

5 Holder [Block letters]

6 Normal residence or business address [Block letters]

7 For a MOTOR VEHICLE driven by internal combustion, electricity or steam; TRAILER

Delete words
not applicable

8 Type (car, bus, lorry, van, tractor, motorcycle with or without sidecar, cycle with auxiliary engine)

9 Registered in under No.

10 Chassis { Make
No.12 { Make
No.13 Engine { Number of cylinders
Horse power16 { Type or shape
Colour17 { Upholstery
Number of seats or carrying capacity

20 Spare tyres

21 Radio (Indicate make)

22 Other particulars

23.....

24.....

25.....

26 Net weight of vehicle in kg

27 Value of vehicle

28 Date of exportation

29 At the Customs Office of

30 Voucher registered under No.

31 Customs stamp 

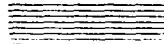
32 Customs officer's signature

33 To be returned to the Customs Office of importation at

34 Where the carnet has been registered under No.

1

IMPORTATION VOUCHER

2 Of Carnet de Passages No. 

3 VALID until

4 Issued by

5 Holder [Block letters]

6 Normal residence or business address [Block letters]

7 For a MOTOR VEHICLE driven by internal combustion, electricity or steam; TRAILER

Delete words
not applicable

8 Type (car, bus, lorry, van, tractor, motorcycle with or without sidecar, cycle with auxiliary engine)

9 Registered in under No.

10 Chassis { Make
No.12 { Make
No.13 Engine { Number of cylinders
Horse power16 { Type or shape
Colour17 { Upholstery
Number of seats or carrying capacity

20 Spare tyres

21 Radio (Indicate make)

22 Other particulars

23.....

24.....

25.....

26 Net weight of vehicle in kg

27 Value of vehicle

28 Date of importation

29 At the Customs Office of

30 Voucher registered under No.

31 Customs stamp 

32 Customs officer's signature

33 N.B. — The Customs Officer should fill in lines 33 and 34

of the adjacent exportation voucher.

[Reverse side of insert pages]

I declare that the particulars overleaf are true and correct, that I am normally resident outside the country of importation, that I am visiting that country only for a temporary period, that I will comply with all Customs conditions and requirements regarding the temporary importation of vehicles/trailers and that I will re-export the vehicle/trailer referred to overleaf within the period of validity of this document.

.....[Holder's signature]

[Pages 3 and 4 of the cover]

The following information is provided by the issuing association
to motorists.

A nnexe 1

CARNET DE PASSAGES EN DOUANE

Toutes les mentions imprimées du carnet de passages en douane sont rédigées en français.

Les dimensions sont de 22 × 27 cm.

L'association qui délivre le carnet doit faire figurer son nom sur chacun des volets et faire suivre ce nom des initiales de l'organisation internationale à laquelle elle est affiliée.

[Organisation Internationale]

CARNET DE PASSAGES EN DOUANE
POUR LES VEHICULES A MOTEUR ET REMORQUES

Nº

3 VALABLE UNE ANNEE, soit jusqu'au inclus,

(Inscrire la date à l'encre rouge)

4 sous réserve que le titulaire ne cesse pas de remplir, pendant cette période, les conditions prévues par les lois et réglements de douane des pays visités.

Délivré par

Titulaire _____

Résidence normale ou siège d'exploitation

Résidence normale ou siège d'exploitation

Résidence normale ou siège d'exploitation

7 Résidence normale ou siège d'exploitation

[en lettres majuscules]

8 Pour un véhicule immatriculé en sous le n°

9 Ce carnet peut être utilisé dans les pays suivants:

(LISTE DES PAYS)

SIGNALEMENT DU VEHICULE

PROLONGATION DE LA VALIDITE

- 7 AUTOMOBILE à combustion interne, électrique, à vapeur; REMORQUE
 8 Genre (voiture, autobus, camion, camionnette, tracteur, motocycle avec ou } Rayer
 sans sidecar, cycle avec moteur auxiliaire) les mots inutiles
- 9 Immatriculé en sous le No.
- 10 Châssis { Marque
 11 { Numéro
- 12 { Marque
- 13 Moteur { Marque
- 14 { Numéro
- 15 { Nombre de cylindres
- 16 { Force en chevaux
- 17 Carrosserie { Type ou forme
- 18 { Couleur
- 19 { Garniture intérieure
- 20 { Nombre de places ou charge utile
- 20 Pneumatiques de rechange
- 21 Appareil de radio (indiquer la marque)
- 22 Divers
- 23
- 24
- 25
- 26 Poids net du véhicule, en kg.
- 27 Valeur du véhicule

28 Délivré à , le 19.....

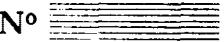
29 A charge pour le titulaire de réexporter le véhicule dans le délai de validité imparti et de se conformer aux lois et règlements de douane sur l'importation temporaire des véhicules à moteur dans les pays visités, sous la garantie, dans chaque pays où le document est valable, de l'association agréée, affiliée à l'organisation internationale sous-signée. A l'expiration, le carnet doit être retourné à l'association qui l'a délivré.

30 Signature du titulaire.

Signature du Secrétaire général
de l'organisation internationale.

Signature du délégué de l'association
qui délivre le carnet.

I**SOUCHE**

- 1
2 L'entrée en
3 du véhicule décrit dans le carnet
4 No 
5 a eu lieu le
6 par le bureau de douane de



Signature de l'agent de la douane

- 9 La sortie de
10 a eu lieu le
11 par le bureau de douane de

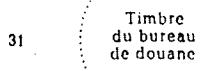


Signature de l'agent de la douane

I**VOLET DE SORTIE**

- 1 Du carnet de passages No
2 VALABLE jusqu'au
3 Délivré par
4 Titulaire [en lettres majuscules]

5 Résidence normale ou siège d'exploitation [en lettres majuscules]
6 Pour une AUTOMOBILE à combustion interne, électrique, à vapeur; REMORQUE Rayer les mots inutiles
7 Genre (voiture, autobus, camion, camionnette, tracteur, motocyclette avec ou sans sidecar, cycle avec moteur auxiliaire)
8 Immatriculé en sous le N°
9 Châssis { Marque
10 Numéro
11 Moteur { Marque
12 Numéro
13 Nombre de cylindres
14 Force en chevaux
15 Carrosserie { Type ou forme
16 Couleur
17 Garniture intérieure
18 Nombre de places ou charge utile
19 Pneumatiques de rechange
20 Appareil de radio (Indiquer la marque)
21 Divers
22
23
24
25
26 Poids net du véhicule, en kg.
27 Valeur du véhicule
28 Date de sortie
29 par le bureau de douane de
30 Volet pris en charge sous le N°



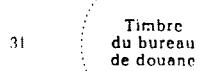
Signature de l'agent de la douane

- 31 A retourner au bureau de douane
32
33 où le carnet a été pris en charge sous le N°

I**VOLET D'ENTREE**

- 1 Du carnet de passages No
2 VALABLE jusqu'au
3 Délivré par
4 Titulaire [en lettres majuscules]

5 Résidence normale ou siège d'exploitation [en lettres majuscules]
6 Pour une AUTOMOBILE à combustion interne, électrique, à vapeur; REMORQUE Rayer les mots inutiles
7 Genre (voiture, autobus, camion, camionnette, tracteur, motocyclette avec ou sans sidecar, cycle avec moteur auxiliaire)
8 Immatriculé en sous le N°
9 Châssis { Marque
10 Numéro
11 Moteur { Marque
12 Numéro
13 Nombre de cylindres
14 Force en chevaux
15 Carrosserie { Type ou forme
16 Couleur
17 Garniture intérieure
18 Nombre de places ou charge utile
19 Pneumatiques de rechange
20 Appareil de radio (Indiquer la marque)
21 Divers
22
23
24
25
26 Poids net du véhicule, en kg.
27 Valeur du véhicule
28 Date d'entrée
29 par le bureau de douane de
30 Volet pris en charge sous le N°



Signature de l'agent de la douane

- 31 N.B.—Le bureau de douane d'entrée doit remplir le volet de sortie ci-contre aux lignes 33 et 34.

[Verso des pages intérieures]

Je déclare que les renseignements figurant au verso sont exacts et véridiques, que ma résidence normale n'est pas située dans le pays d'importation, que je ne séjourne dans ce pays que temporairement, que je me conformerai à toutes les dispositions des règlements douaniers visant l'importation temporaire des véhicules/remorques et que je réexporterai le véhicule/la remorque mentionné(e) au verso dans le délai de validité du présent document.

..... [Signature du titulaire]

[Pages 3 et 4 de la couverture]

L'association qui a délivré le présent carnet fournit
les renseignements suivants aux usagers.

Anexo 1

LIBRETA DE PASO POR LAS ADUANAS

La libreta está redactada en francés.

Su formato es de 22 X 27 cm.

La asociación que la expida deberá anotar su nombre en cada uno de los talones, seguido de las iniciales de la organización internacional a la cual esté afiliada.

[Organización Internacional]

LIBRETA DE PASO POR LAS ADUANAS

PARA VEHICULOS AUTOMOTORES Y REMOLQUES

Nº 

1 3 5 7 9 1 2 4 6 8
VALIDA POR UN AÑO, o sea hasta el inclusive,

[Anótese la fecha en tinta roja]

4 a reserva de que el titular cumpla en todo momento, durante ese periodo, las leyes y reglamentos aduaneros de los países visitados.

5 Expedida por

6 **Titular**

[en letras mayúsculas]

7 **Residencia normal o domicilio comercial**

[en letras mayúsculas]

8 Para un vehículo matriculado en

con el No.

9 La presente libreta puede ser utilizada en los países siguientes:

(LISTA DE PAISES)

(DORSO DE LA CUBIERTA ANTERIOR)

DESCRIPCION DEL VEHICULO

PRORROGA DE LA VALIDEZ

7 VEHICULO AUTOMOTOR de combustión interna, eléctrico, de vapor; RE-	Táchense las palabras no aplicables
MOLQUE	
8 Tipo (automóvil, autobús, camión, camioneta, tractor, motocicleta con o sin sidecar, bicicleta o triciclo con motor auxiliar)	
9 Matriculado en	con el No.
10 Chasis	Marca
11	Número
12	Marca
13 Motor	Marca
14	Número
15	Número de cilindros
16	Caballos de fuerza
17 Carrocería	Tipo o forma
18	Color
19	Tapizado
	Número de asientos o carga útil
20 Neumáticos de repuesto	
21 Aparato de radio (indíquese la marca)	
22 Otros detalles	
23	
24	
25	
26 Peso neto del vehículo, en kg.	
27 Valor del vehículo	

28 Expedido en , el de 19

29 A condición de que el titular reexporte el vehículo en el plazo de validez señalado y de que cumpla las leyes y reglamentos aduaneros sobre la importación temporal de vehículos automotores en los países visitados, bajo la garantía, en cada país donde el documento es válido, de la asociación autorizada afiliada a la organización internacional suscrita. A su expiración, la libreta debe ser devuelta a la asociación que la ha expedido.

30 Firma del titular

Firma del Secretario General de la
organización internacionalFirma del delegado de la asociación
que expide la libreta

{Anverso de las páginas interiores}

1

MATRIZ

2 La entrada en

3 del vehículo descrito en la libreta

4 No. [REDACTED]

5 se efectuó el

6 por el puesto de aduana de

7 Sello de la aduana

8 Firma del funcionario de aduana

9 La salida de

10 se efectuó el

11 por el puesto de aduana de

12 Sello de la aduana

13 Firma del funcionario de aduana

1

TALON DE SALIDA

2 De la Libreta de Paso No. [REDACTED]

3 VALIDA hasta

4 Expedida por

5 Titular [en letras mayúsculas]

6 Residencia normal o dirección comercial [en letras mayúsculas]

7 Para un VEHICULO AUTOMOTOR de combustión interna, eléctrico o de vapor; REMOLQUE

8 Tipo (automóvil, autobús, camión, camioneta, tractor, motocicleta con o sin sidecar, bicicleta o triciclo con motor auxiliar)

Táñense las palabras no aplicables

9 Matriculado en con el No.

10 Chasis { Marca
No.

12 { Marca
No.

13 Motor { Número de cilindros
Caballos de fuerza

15 { Tipo o forma
Caballos de fuerza

17 Carrocería { Color
Tapizado

18 Tapizado Número de asientos o carga útil

19 Número de asientos o carga útil

20 Neumáticos de repuestos

21 Aparato de radio (indíquese la marca)

22 Otros detalles

23

24

25

26 Peso neto del vehículo, en kg.

27 Valor del vehículo

28 Fecha de salida

29 Por el puesto de aduana de

30 Talón Inscrito con el No.

31 Sello de la aduana

32 Firma del funcionario de aduana

33 Devuélvase al puesto de aduana de entrada

34 donde esta libreta está inscrita con el No.

1

TALON DE ENTRADA

2 De la Libreta de Paso No. [REDACTED]

3 VALIDA hasta

4 Expedida por

5 Titular [en letras mayúsculas]

6 Residencia normal o dirección comercial [en letras mayúsculas]

7 Para un VEHICULO AUTOMOTOR de combustión interna, eléctrico o de vapor; REMOLQUE

8 Tipo (automóvil, autobús, camión, camioneta, tractor, motocicleta con o sin sidecar, bicicleta o triciclo con motor auxiliar)

Táñense las palabras no aplicables

9 Matriculado en con el No.

10 Chasis { Marca
No.

12 { Marca
No.

13 Motor { Número de cilindros
Caballos de fuerza

15 { Tipo o forma
Caballos de fuerza

17 Carrocería { Color
Tapizado

18 Tapizado Número de asientos o carga útil

19 Número de asientos o carga útil

20 Neumáticos de repuestos

21 Aparato de radio (indíquese la marca)

22 Otros detalles

23

24

25

26 Peso neto del vehículo, en kg.

27 Valor del vehículo

28 Fecha de entrada

29 Por el puesto de aduana de

30 Talón Inscrito con el No.

31 Sello de la aduana

32 Firma del funcionario de aduana

33 N.B.—El puesto de aduana de entrada debe llenar las líneas 33 y 34 del talón de salida contiguo.

Declaro que los datos que figuran en el anverso son verídicos y exactos, que mi residencia normal está situada fuera del país de importación, que sólo permaneceré temporalmente en este país, que cumpliré todas las disposiciones de los reglamentos aduaneros referentes a la importación temporal de vehículos/remolques y que reexportaré el vehículo/remolque mencionado en el anverso dentro del plazo de validez del presente documento.

[Firma del titular]

(Übersetzung)

Anlage 1

ZOLLPASSIERSCHEINHEFT

(CARNET DE PASSAGES EN DOUANE)

Alle vorgedruckten Angaben im Zollpassierscheinheft sind in französischer Sprache abzufassen.

Die Ausmaße sind 22 × 27 cm.

Der ausstellende Verband hat auf jedem Blatt seinen Namen und anschließend die Anfangsbuchstaben der internationalen Organisation zu vermerken, der er angehört.

(Internationale Organisation)

ZOLLPASSIERSCHEINHEFT
(CARNET DE PASSAGES EN DOUANE)
FÜR KRAFTFAHRZEUGE UND ANHÄNGER

Nr.

3 GULTIG FÜR EIN JAHR, das ist bis einschließlich

(das Datum ist in roter Tinte einzusetzen)

unter der Bedingung, daß der Inhaber während dieses Zeitraumes die Bestimmungen der Zollgesetze und der andern Zollvorschriften der besuchten Länder beachtet.

Ausgestellt von

Inhaber

7. Gewöhnlicher Wohnort oder Geschäftssitz _____

7 Gewöhnlicher Wohnort oder Geschäftssitz (In großen Buchstaben)

7 Gewöhnlicher Wohnort oder Geschäftssitz (In großen Buchstaben)

8 Für ein Fahrzeug, das zugelassen ist in unter Nr.

unter Nr.

Das Zollpassierscheinheft kann in nachstehenden Ländern verwendet werden:

(VERZEICHNIS DER LÄNDER)

BESCHREIBUNG DES FAHRZEUGES

VERLÄNGERUNG DER GÜLTIGKEITSDAUER

- | | | |
|----|---|---------------------------------------|
| 7 | KRAFTFAHRZEUG mit Kraftstoff-, Elektrizitäts- oder Dampfantrieb;
ANHÄNGER | Nichtzutreffendes
streicher |
| 8 | Fahrzeugart (Personenwagen, Autobus, Lastwagen, Lieferwagen, Traktor,
Motorrad mit oder ohne Beiwagen, Fahrrad mit Hilfsmotor) | |
| 9 | Zugelassen in | unter Nr. |
| 10 | Fahrgestell | { Marke |
| 11 | | Nummer |
| 12 | | { Marke |
| 13 | Motor | { Nummer |
| 14 | | Anzahl der Zylinder |
| 15 | | Pferdestärken |
| 16 | | Art oder Form |
| 17 | Karosserie | { Farbe |
| 18 | | Polsterung |
| 19 | | Anzahl der Plätze oder Nutzlast |
| 20 | Ersatzreifen | |
| 21 | Rundfunkgerät (mit Angabe der Marke) | |
| 22 | Verschiedenes | |
| 23 | | |
| 24 | | |
| 25 | | |
| 26 | Leergewicht des Fahrzeuges in kg | |
| 27 | Wert des Fahrzeuges | |

Ausgestellt in ~~Amsterdam~~ am ~~19.~~ 19

29 unter der Bedingung, daß der Inhaber das Fahrzeug innerhalb der Gültigkeitsdauer wieder ausführt und die Bestimmungen der Zollgesetze und der anderen Zollvorschriften der besuchten Länder über die vorübergehende Einfuhr von Kraftfahrzeugen beachtet. Hierfür haftet in jedem Land, für das das Papier gilt, der ermächtigte Verband, der der unterzeichneten internationalen Organisation angeschlossen ist. Bei Ablauf der Gültigkeitsdauer ist das Heft dem aussstellenden Verband zurückzugeben.

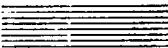
30 Unterschrift des Inhabers

**Unterschrift des Generalsekretärs
der internationalen Organisation**

Unterschrift des Vertreters des Verbandes,
der das Carnet ausgestellt hat

1

STAMMBLATT

- 2 Der Eingang nach
 3 des im Heft **Nr.** 
 4 beschriebenen Fahrzeuges
 5 ist erfolgt am
 6 über das Zollamt

 7 Stempel des Zollamtes

8 Unterschrift des Zollbeamten

- 9 Der Ausgang aus
 10 ist erfolgt am
 11 über das Zollamt

 12 Stempel des Zollamtes

13 Unterschrift des Zollbeamten

1

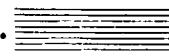
AUSGANGSBLATT

- 2 Des Zollpassierscheinheftes **Nr.** 
 3 GULTIG bis
 4 ausgestellt von
 5 Inhaber (in großen Buchstaben)
 6 Gewöhnlicher Wohnort oder Geschäftssitz (in großen Buchstaben)
 7 Für ein Kraftfahrzeug mit Kraftstoff-, Elektrizitäts- oder Dampfantrieb; Anhänger } Nicht-zutreffendes streichen
 8 Fahrzeugart (Personenwagen, Autobus, Lastwagen, Lieferwagen, Traktor, Motorrad mit oder ohne Beiwagen, Fahrrad mit Hilfsmotor) } Nicht-zutreffendes streichen
 9 Zugelassen in unter Nr.
 10 Fahrgestell { Marke
 11 Nummer
 12 Marke
 13 Nummer
 14 Anzahl der Zylinder
 15 Pferdestärken
 16 Art oder Form
 17 Karosserie { Farbe
 18 Polsterung
 19 Anzahl der Plätze oder Nutzlast
 20 Ersatzreifen
 21 Rundfunkgerät (mit Angabe der Marke)
 22 Verschiedenes
 23
 24
 25
 26 Leergewicht des Fahrzeugs in kg
 27 Wert des Fahrzeugs
 28 Datum des Ausgangs
 29 Über das Zollamt
 30 Blatt eingetragen unter Nr.

- 31 Stempel des Zollamtes **Unterschrift des Zollbeamten**
 32
 33 Dieses Blatt ist an das Zollamt
 34 zurückzusenden, bei dem das Heft unter Nr. eingetragen ist.

1

EINGANGSBLATT

- 2 Des Zollpassierscheinheftes **Nr.** 
 3 GULTIG bis
 4 ausgestellt von
 5 Inhaber (in großen Buchstaben)
 6 Gewöhnlicher Wohnort oder Geschäftssitz (in großen Buchstaben)
 7 Für ein Kraftfahrzeug mit Kraftstoff-, Elektrizitäts- oder Dampfantrieb; Anhänger } Nicht-zutreffendes streichen
 8 Fahrzeugart (Personenwagen, Autobus, Lastwagen, Lieferwagen, Traktor, Motorrad mit oder ohne Beiwagen, Fahrrad mit Hilfsmotor) } Nicht-zutreffendes streichen
 9 Zugelassen in unter Nr.
 10 Fahrgestell { Marke
 11 Nummer
 12 Marke
 13 Nummer
 14 Anzahl der Zylinder
 15 Pferdestärken
 16 Art oder Form
 17 Karosserie { Farbe
 18 Polsterung
 19 Anzahl der Plätze oder Nutzlast
 20 Ersatzreifen
 21 Rundfunkgerät (mit Angabe der Marke)
 22 Verschiedenes
 23
 24
 25
 26 Leergewicht des Fahrzeugs in kg
 27 Wert des Fahrzeugs
 28 Datum des Eingangs
 29 Über das Zollamt
 30 Blatt eingetragen unter Nr.

- 31 Stempel des Zollamtes **Unterschrift des Zollbeamten**
 32
 33 N.E. das Eingangszollamt hat im nebenstehenden Ausgangsblatt die Zellen 33 und 34 auszufüllen.

Ich erkläre, daß die auf der Vorderseite gemachten Angaben wahr und richtig sind, daß ich meinen gewöhnlichen Wohnort nicht im Einfuhrland habe, daß ich mich in diesem Lande nur vorübergehend aufhalten werde, daß ich alle Zollvorschriften über die vorübergehende Einfuhr von Kraftfahrzeugen/Anhängern beachten werde und daß ich das/den auf der Vorderseite angeführte(n) Fahrzeug/Anhänger innerhalb der Gültigkeitsdauer dieses Zollpapiers wieder ausführen werde.

(Unterschrift des Inhabers)

Der Verband, der dieses Heft ausgegeben hat,
gibt den Benutzern nachstehende Auskünfte

Nr. 37 --- Tag der Ausgabe: Bonn, den 29. Dezember 1956

2011

A n n e x 2

TRIPTYCH

The triptych should be printed in the national language of the country of importation and, if desired, also in one other language.

The dimensions are 13 X 29.5 cm.

1. IMPORTATION VOUCHER

This voucher to be detached and retained by the Customs Office of importation.

TRIPTYCH No. [REDACTED]

For
(country of validity)
VALID until

Guaranteed by
Delivered by
Holder
Normal residence
or business address } (block letters)
For a MOTOR VEHICLE driven by internal combustion, electricity, steam; TRAILER
Type (car, bus, lorry, van, tractor, motorcycle with or without sidecar, cycle with auxiliary engine) } Delete words not applicable
Registered in under No.

Chassis { Make
No.
Make
No.
Number of cylinders
Horse power
Type or shape
Colour
Coachwork { Upholstery
Number of seats or carrying capacity

Spare tyres
Radio (indicate make)
Other particulars
.....

Net weight of vehicle, in kg
Value of vehicle

Date of importation
At the Customs Office of
Voucher registered under No.

Customs stamp

Customs Officer's signature

The Customs Officer should make a similar entry in the corresponding section of Vouchers Nos. 2 and 3.

TEMPORARY EXITS AND RE-ENTRIES

Customs stamps and Customs Officer's signatures on temporary exits and re-entries

ENTRY	EXIT

2. HOLDER'S COPY

This voucher is to be retained by the holder after having been stamped and signed by the Customs authorities (1) on first importation into (2) on final re-exportation from and must subsequently be returned to (association which delivered the document to the holder).

TRIPTYCH No. [REDACTED]

For
(country of validity)
VALID until

Guaranteed by
Delivered by
Holder
Normal residence
or business address } (block letters)
For a MOTOR VEHICLE driven by internal combustion, electricity, steam; TRAILER
Type (car, bus, lorry, van, tractor, motorcycle with or without sidecar, cycle with auxiliary engine) } Delete words not applicable
Registered in under No.

Chassis { Make
No.
Make
No.
Number of cylinders
Horse power
Type or shape
Colour
Coachwork { Upholstery
Number of seats or carrying capacity

Spare tyres
Radio (indicate make)
Other particulars
.....

Net weight of vehicle, in kg
Value of vehicle

Date of importation
At the Customs Office of
Voucher registered under No.

Customs stamp

Customs Officer's signature

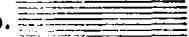
The Custom Officer should make a similar entry in the corresponding section of Vouchers Nos. 1 and 2.

Date of final re-exportation
At the Customs Office of

Customs stamp

Customs Officer's signature

The Customs Officer should make a similar entry at the foot of Voucher No. 2.

TRIPTYCHFor
(country of validity)No. 

This vehicle is imported subject to the holder's obligation to re-export it by the date specified above and to comply with the Customs laws and regulations relating to the temporary admission of motor vehicles in the countries visited, under the guarantee of (the guaranteeing association) in virtue of an undertaking which the latter association has given to (the Customs authority) the 19.....

Signature of the Secretary
of the guaranteeing association

Signature of holder

2. EXPORTATION VOUCHER

This voucher to be detached and retained at the Customs Office of exportation, to be forwarded to the Customs Office of the first importation.

TRIPTYCH No. For
(country of validity)

VALID until

Guaranteed by

Delivered by

Holder | (block letters)

Normal residence or business address

For a MOTOR VEHICLE driven by internal combustion, electricity, steam; | Delete words

TRAILER | not applicable

Type (car, bus, lorry, van, tractor, motorcycle with or without sidecar, cycle with auxiliary engine)

Registered in under No.

Chassis { Make

No.

Engine { Make

No.

Number of cylinders

Horse power

Coachwork { Type or shape

Colour

Upholstery

Number of seats or carrying capacity

Spare tyres

Radio (indicate make)

Other particulars

Net weight of vehicle in kg

Value of vehicle

Date of importation

At the Customs Office of

Voucher registered under No.

Customs Officer's signature

Customs stamp

The Customs Officer should make a similar entry in the corresponding section of Vouchers Nos. 1 and 3.

Date of final re-exportation

At the Customs Office of

Customs stamp

Customs Officer's signature

The Customs Officer should make a similar entry at the foot of Voucher No. 3.

A n n e x e 2

TRIPTYQUE

Toutes les mentions imprimées du triptyque sont rédigées dans la langue nationale du pays d'importation; elles peuvent l'être, en outre, en une autre langue.

Les dimensions sont de 13 × 29,5 cm.

1. VOLET D'ENTREE

Ce volet doit être détaché et conservé par le bureau de douane d'entrée.

TRIPTYQUE N° [REDACTED]

Pour...
(pays de validité)

VALIDE JUSQU'AU [REDACTED]

Garanti par [REDACTED]

Délivré par [REDACTED]

Titulaire [REDACTED]

Résidence normale [REDACTED]

ou siège d'exploitation [REDACTED]

Pour une AUTOMOBILE à combustion interne, électrique, à vapeur; une

REMORQUE;

Genre (voiture, autobus, camion, camionnette, tracteur, motocycle avec ou sans sidecar, cycle avec moteur auxiliaire)

Immatriculé en [REDACTED] sous le N° [REDACTED]

Châssis { Marque [REDACTED]

Numéro [REDACTED]

Marque [REDACTED]

Numéro [REDACTED]

Nombre de cylindres [REDACTED]

Force en chevaux [REDACTED]

Type ou forme [REDACTED]

Couleur [REDACTED]

Garniture intérieure [REDACTED]

Nombre de places ou charge utile [REDACTED]

Pneumatiques de rechange [REDACTED]

Appareil de radio (indiquer la marque) [REDACTED]

Divers [REDACTED]

Poids net du véhicule, en kg [REDACTED]

Valeur du véhicule [REDACTED]

Date d'entrée [REDACTED]
par le bureau de [REDACTED]

Volet pris en charge sous le N° [REDACTED]

Timbre
du bureau
de douane

Signature de l'agent de la douane

Ne pas oublier de remplir de la même façon la partie correspondante des volets N° 2 et 3.

VISAS DE PASSAGES

Signatures et timbres à date des bureaux de douane de passages

ENTREE	SORTIE
[REDACTED]	[REDACTED]

3. VOLET A CONSERVER PAR LE TITULAIRE

Ce volet doit être conservé par le titulaire après avoir été timbré et signé par les autorités douanières au moment (1) de la première entrée en et (2) de la réexportation définitive de et doit être retourné à (association qui a délivré le document au titulaire).

TRIPTYQUE N° [REDACTED]

Pour...
(pays de validité)

VALIDE JUSQU'AU [REDACTED]

Garanti par [REDACTED]

Délivré par [REDACTED]

Titulaire [REDACTED]

Résidence normale [REDACTED]

ou siège d'exploitation [REDACTED]

Pour une AUTOMOBILE à combustion interne, électrique, à vapeur; une

REMORQUE;

Genre (voiture, autobus, camion, camionnette, tracteur, motocycle avec ou sans

sidecar, cycle avec moteur auxiliaire)

Immatriculé en [REDACTED] sous le N° [REDACTED]

Châssis { Marque [REDACTED]

Numéro [REDACTED]

Marque [REDACTED]

Numéro [REDACTED]

Nombre de cylindres [REDACTED]

Force en chevaux [REDACTED]

Type ou forme [REDACTED]

Couleur [REDACTED]

Garniture intérieure [REDACTED]

Nombre de places ou charge utile [REDACTED]

Pneumatiques de rechange [REDACTED]

Appareil de radio (indiquer la marque) [REDACTED]

Divers [REDACTED]

Poids net du véhicule, en kg [REDACTED]

Valeur du véhicule [REDACTED]

Date d'entrée [REDACTED]
par le bureau de [REDACTED]

Volet pris en charge sous le N° [REDACTED]

Timbre
du bureau
de douane

Signature de l'agent de la douane

Ne pas oublier de remplir de la même façon la partie correspondante des volets N° 1 et 2.

Date de réexportation définitive [REDACTED]
par le bureau de [REDACTED]Timbre
du bureau
de douane

Signature de l'agent de la douane

Ne pas oublier de remplir de la même façon la partie correspondante du volet N° 2.

TRIPTYQUE

Pour.....
(pays de validité)

No [REDACTED]

Ce véhicule est admis à l'importation, à charge pour le titulaire de le réexporter au plus tard à la date mentionnée ci-dessus et de se conformer aux lois et règlements de douane sur l'importation temporaire des véhicules à moteur dans le pays visité, sous la garantie de
(association garante), en vertu d'un engagement que cette association a pris envers
(autorités douanières).

....., le..... 19.....

Signature du Secrétaire
de l'association garante

Signature du titulaire

2. VOLET DE SORTIE

Ce volet doit être détaché et conservé par le bureau de douane de sortie pour être renvoyé au bureau de douane de première entrée.

TRIPTYQUE N° [REDACTED]

Pour.....
(pays de validité)
VALIDE JUSQU'AU

Garanti par
Délivré par
Titulaire } (en lettres
Résidence normale } majuscules)
ou siège d'exploitation

Pour une AUTOMOBILE à combustion interne, électrique, à vapeur; une REMORQUE; Genre (voiture, autobus, camion, camionnette, tracteur, motocycle avec ou sans sidecar, cycle avec moteur auxiliaire)

Rayer les mots inutiles

Immatriculé en sous le N°

Châssis { Marque
Numéro

Moteur { Marque
Numéro
Nombre de cylindres
Force en chevaux

Carrosserie { Type ou forme
Couleur
Garniture intérieure
Nombre de places ou charge utile

Pneumatiques de rechange

Appareil de radio (indiquer le marque)

Divers

Poids net du véhicule en kg

Valeur du véhicule

Date d'entrée
par le bureau de

Volet pris en charge sous le N°

Timbre
du bureau
de douane

Signature de l'agent de la douane

Ne pas oublier de remplir de la même façon la partie correspondante des volets N° 1 et 3.

Date de réexportation définitive
par le bureau de

Timbre
du bureau
de douane

Signature de l'agent de la douane

Ne pas oublier de remplir de la même façon la partie correspondante du volet N° 3.

A n e x o 2

TRIPTICO

Todas las indicaciones impresas en el tríptico están redactadas en el idioma nacional del país de importación; además, pueden estarlo en otro idioma.

Su formato es de 13 X 29,5 cm.

1 TALON DE ENTRADA

Este talón debe ser separado y conservado por el puesto de aduana de entrada.

TRIPTICO No. [REDACTED]

Para
(país de validez)

VALIDO hasta

Garantizado por

Expedido por

Titular

Residencia normal

o dirección comercial

(En mayúsculas)

Para un VEHICULO AUTOMOTOR de

combustión interna, eléctrico, de vapor; un REMOLQUE

Tipo (automóvil, autobús, camión, camioneta, tractor, motocicleta con o sin sidecar, bicicleta o triciclo con motor auxiliar)

Táchense las palabras no aplicables

Matriculado en con el No.

Chasis { Marca

..... No.

..... Marca

..... No.

Motor { Número de cilindros

..... Caballos de fuerza

..... Tipo o forma

Carrocería { Color

..... Tapizado

..... Número de asientos o carga útil

Neumáticos de repuesto

Aparato de radio (indique la marca)

Otros detalles

Peso neto del vehículo, en kg.

Valor del vehículo

Fecha de entrada
por el puesto de aduana de

Inscrito con el No.

Sello de
aduana

Firma del funcionario de aduana

No se omita el llenar en igual forma la parte correspondiente de los talones 2 y 3.

VISADOS DE LOS PASOS
POR ADUANAS

Sello y firma del funcionario de aduana
en las salidas temporales y reentrados

X	SALIDA
ENTRADA	X

3 TALON QUE CONSERVA EL TITULAR

Este talón debe ser conservado por el titular una vez que haya sido sellado y firmado por las autoridades aduaneras en el momento de 1) la primera entrada en y 2) la reexportación definitiva de y debe ser devuelto a (asociación que expidió el documento al titular).

TRIPTICO No. [REDACTED]

Para
(país de validez)

VALIDO hasta

Garantizado por

Expedido por

Titular

Residencia normal

o dirección comercial

(En mayúsculas)

Para un VEHICULO AUTOMOTOR de

combustión interna, eléctrico, de vapor; un REMOLQUE

Tipo (automóvil, autobús, camión, camioneta, tractor, motocicleta con o sin sidecar, bicicleta o triciclo con motor auxiliar)

Matriculado en con el No.

Chasis { Marca

..... No.

..... Marca

..... No.

Motor { Número de cilindros

..... Caballos de fuerza

..... Tipo o forma

Carrocería { Color

..... Tapizado

..... Número de asientos o carga útil

Neumáticos de repuesto

Aparato de radio (indique la marca)

Otros detalles

Peso neto del vehículo, en kg.

Valor del vehículo

Fecha de entrada
por el puesto de aduana de

Inscrito con el No.

Sello de
aduana

Firma del funcionario de aduana

No se omita el llenar en igual forma la parte correspondiente de los talones 2 y 3.

Fecha de la salida definitiva
por el puesto de aduana de

Sello de
aduana

Firma del funcionario de aduana

No se omita el llenar en igual forma la parte correspondiente del talón 2.

TRIPTICO

Para
(país de validez)

No. [REDACTED]

Se admite la importación de este vehículo a condición de que el titular lo reexporte a más tardar en la fecha arriba señalada y de que cumpla las leyes y reglamentos aduaneros sobre la importación temporal de vehículos automotores en el país visitado, bajo la garantía de (la asociación garante) en virtud de un compromiso contraido por dicha asociación con (autoridades aduaneras)

a..... de de 19.....

Firma del Secretario
de la asociación garante

Firma del titular

2. TALON DE SALIDA

Este talón debe ser separado y conservado por el puesto de aduana de salida, para ser enviado al puesto de aduana por el que entró el vehículo por vez primera.

TRIPTICO No.

Para
(país de validez)

VALIDO hasta
[REDACTED]

Garantizado por
Expedido por
Titular

Residencia normal } (En mayusculas)
o dirección comercial }

Para un VEHICULO AUTOMOTOR de
combustión interna, eléctrica, de
vapor; un REMOLQUE

Tipo (automóvil, autobús, camión, ca-
mioneta, tractor, motocicleta con o
sin sidecar, bicicleta o triciclo con
motor auxiliar)

Matriculado en con el No.

Chasis { Marca
No.

Motor { Marca
No.
Número de cilindros
Caballos de fuerza

Carrocería { Tipo o forma
Color
Tapizado
Número de asientos o personas

Neumáticos de requesto
Aparato de radio (indíquese la marca)
Otros detalles
.....

Peso neto del vehículo, en kg.
Valor del vehículo
[REDACTED]

Fecha de entrada
por el puesto de aduana de

Inscrito con el No.
Firma del titular



Firma del funcionario de aduana

No se omita el llenar en igual forma la parte correspon-
diente de los talones 1 y 3

Fecha de la salida definitiva
por el puesto de aduana de



Firma del funcionario de aduana

No se omita el llenar en igual forma la parte correspon-
diente del talón 3.

(Übersetzung)

ANLAGE 2

ZOLLPASSIERSCHEIN
(Triptyk)

Alle im Zollpassierschein vorgedruckten Angaben sind in der Sprache des Einfuhrlandes abzufassen; sie können außerdem auch in einer anderen Sprache gedruckt werden.

Die Ausmaße sind 13 X 29,5 cm.

1 EINGANGSBLATT

Dieses Blatt ist vom Eingangszollamt abzutrennen und aufzubewahren.

ZOLLPASSIERSCHEIN Nr. [REDACTED]

für
(Land, für das der Zollpassierschein gültig ist)
GULTIG bis

Verbürgt durch
Ausgestellt von
Inhaber
Gewöhnlicher Wohnort } in großen Buchstaben
oder Geschäftssitz }
Für ein KRAFTFAHRZEUG, mit Kraftstoff-, Elektrizitäts- oder Dampfantrieb; ANHÄNGER } Nicht-zutreffendes streichen
Fahrzeugart (Personenwagen, Autobus, Lastwagen, Lieferwagen, Traktor, Motorrad mit oder ohne Beiwagen, Fahrrad mit Hilfsmotor) }
Zugelassen in unter Nr.
Fahrgestell { Marke
Nummer
Motor { Marke
Nummer
Anzahl der Zylinder
Pferdestärken
Art oder Form
Karosserie { Farbe
Polsterung
Anzahl der Sitzplätze oder Nutzlast
Ersatzreifen
Rundfunkgerät (mit Angabe der Marke)
Verschiedenes

Leergewicht des Fahrzeugs in kg
Wert des Fahrzeugs

Datum des Eingangs
über das Zollamt

Das Blatt wurde eingetragen unter Nr.

Stempel
des
Zollamtes

Unterschrift des Zollbeamten

Der Zollbeamte hat die gleiche Eintragung in den entsprechenden Teilen der Blätter 2 und 3 zu machen.

VORLÄUFIGE AUS- UND EINGANGSBESCHEINIGUNG

Unterschrift und Datumstempel des Eingangs- bzw. Ausgangszollamtes

EINGANG	AUSGANG

3. BLATT FÜR DEN INHABER

Dieses Blatt ist vom Inhaber aufzubewahren, nachdem es durch die Zollbehörden im Zeitpunkt (1) des ersten Eingangs in (2) des endgültigen Ausgangs aus unterzeichnet und mit dem Amtsstempel versehen worden ist. Es ist an (Verband, der das Zollpapier dem Inhaber ausgestellt hat) zurückzusenden.

ZOLLPASSIERSCHEIN Nr. [REDACTED]

für
(Land, für das der Zollpassierschein gültig ist)
GULTIG bis

Verbürgt durch
Ausgestellt von
Inhaber
Gewöhnlicher Wohnort } in großen Buchstaben
oder Geschäftssitz }
Für ein KRAFTFAHRZEUG, mit Kraftstoff-, Elektrizitäts- oder Dampfantrieb; ANHÄNGER } Nicht-zutreffendes streichen
Fahrzeugart (Personenwagen, Autobus, Lastwagen, Lieferwagen, Traktor, Motorrad mit oder ohne Beiwagen, Fahrrad mit Hilfsmotor) }
Zugelassen in unter Nr.
Fahrgestell { Marke
Nummer
Motor { Marke
Nummer
Anzahl der Zylinder
Pferdestärken
Art oder Form
Karosserie { Farbe
Polsterung
Anzahl der Sitzplätze oder Nutzlast
Ersatzreifen
Rundfunkgerät (mit Angabe der Marke)
Verschiedenes

Leergewicht des Fahrzeugs in kg
Wert des Fahrzeugs

Datum des Eingangs
über das Zollamt

Das Blatt wurde eingetragen unter Nr.

Stempel
des
Zollamtes

Unterschrift des Zollbeamten

Der Zollbeamte hat die gleiche Eintragung in den entsprechenden Teilen der Blätter 1 und 2 zu machen.

Datum der endgültigen Wiederausfuhr
über das Zollamt

Stempel
des
Zollamtes

Unterschrift der Zollbeamten

Der Zollbeamte hat die gleiche Eintragung im entsprechenden Teil des Blattes 2 zu machen.

ZOLLPASSIERSCHEIN

für
(Land, für das der Zollpassierschein gültig ist)

Nr. [REDACTED]

Dieses Fahrzeug wird zur Einfuhr unter der Bedingung zugelassen, daß es der Inhaber spätestens bis zum oben angeführten Zeitpunkt wieder ausführt und daß er die Zollgesetze und die anderen Zollvorschriften über die vorübergehende Einfuhr von Kraftfahrzeugen in den besuchten Ländern beachtet.

Hierfür haftet der (haftender Verband)
kraft der Verpflichtung, die dieser Verband der (Zollbehörde) gegenüber eingegangen ist.

....., den 19.....

Unterschrift des Sekretärs des haltenden Verbandes

Unterschrift des Inhabers

2. AUSGANGSBLATT

Dieses Blatt muß vom Ausgangszollamt abgetrennt und aufbewahrt werden, damit es an das Zollamt des ersten Einganges zurückgesandt werden kann.

ZOLLPASSIERSCHEIN Nr. [REDACTED]

für
(Land, für das der Zollpassierschein gültig ist)

GULTIG bis

Verbürgt durch
Ausgestellt von
Inhaber { in
Gewöhnlicher Wohnort großen
oder Geschäftssitz Buchstaben
für ein Kraftfahrzeug mit Kraftstoff-, Nicht-
Elektrizitäts- oder Dampfantrieb; zutreffendes
Anhänger streichen
Fahrzeugart (Personenwagen, Autobus,
Lastwagen, Lieferwagen, Traktor,
Motorrad mit oder ohne Beiwagen,
Fahrrad mit Hilfsmotor)

Zugelassen in unter Nr.

Fahrgestell { Marke
Nummer
Marke
Nummer
Motor { Anzahl der Zylinder
Pferdestärken
Art oder Form
Karosserie { Farbe
Polsterung
Anzahl der Sitzplätze oder Nutzlast
Ersatzreifen
Rundfunkgerät (mit Angabe der Marke)
Verschiedenes

Leergewicht des Fahrzeugs in kg

Wert des Fahrzeugs

Datum des Einganges
über das Zollamt

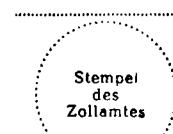
Das Blatt wurde eingetragen unter Nr.



Unterschrift des Zollbeamten

Der Zollbeamte hat die gleichen Eintragungen auch in den entsprechenden Teilen der Blätter 1 und 3 zu machen.

Datum der endgültigen Wiederausfuhr
über das Zollamt



Unterschrift des Zollbeamten

Der entsprechende Teil des Blattes 3 ist auf dieselbe Weise auszufüllen

Annex 3**DIPTYCH**

The diptych is printed in the national languages of the two countries to which it relates.

The dimensions are 11 X 24.5 cm.

The diptych comprises:

- (1) A counterfoil with a detachable sticker,
- (2) Holder's voucher with a certificate of identification,
models of which are contained in the present annex.

The diptych dispenses with the passing of the document by the Customs authority of the country of importation and with entry and exit visas. The document is used as follows:

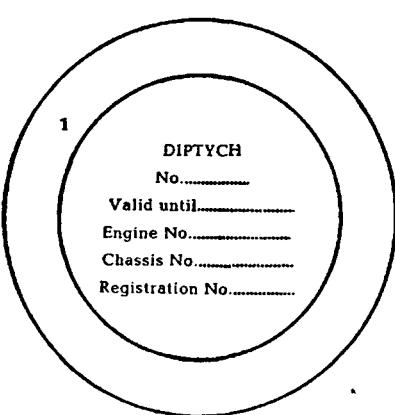
The diptych is issued by the authorized association of the country of registration of the vehicle. The counterfoil is retained by the issuing association. The detachable sticker is affixed to the windscreen of the vehicle.

The voucher is given to the holder who must return it to the issuing association with the certificate of identification duly completed, within fifteen days from the date of expiry of the document.

A list of all documents which expired in the preceding month and which have not been regularized is submitted by the issuing association to the Customs authorities of its country for transmission to the Customs authorities of the country of temporary importation. The guaranteeing association of the country of temporary importation is responsible for the payment of import duties and import taxes claimed by the Customs authorities.

The sticker, affixed to the windscreen of the vehicle, enables the Customs authorities of the exit office and of the office of entry into the country of temporary importation to see immediately that the vehicle is covered by a Customs pass the presentation of which they may, if necessary, require.

[Cover pages]

<p>Issuing association</p> <p>1</p> <p>Document authorizing the temporary importation into / of the DIPTYCH No. motor vehicle registered in /</p> <p>VALID until</p> <p>Holder Normal residence or business address</p> <p>For a MOTOR VEHICLE driven by internal combustion, electricity, steam; TRAILER Type (car, bus, lorry, van, tractor, motor-cycle with or without sidecar, cycle with auxiliary engine)</p> <p>Registered in under No.</p> <p>Chassis { Make No.</p> <p>Engine { Make No. Number of cylinders Horse power Type or shape Colour Coachwork { Upholstery Number of seats or carrying capacity Spare tyres Radio (indicate make) Other particulars Net weight of vehicle in kg. Value of vehicle</p>	<p>Issuing association</p> <p>1</p> <p>Document authorizing the temporary importation into / of the DIPTYCH No. motor vehicle registered in /</p> <p>VALID until</p> <p>Holder Normal residence or business address</p> <p>For a MOTOR VEHICLE driven by internal combustion, electricity, steam; TRAILER Type (car, bus, lorry, van, tractor, motor-cycle with or without sidecar, cycle with auxiliary engine)</p> <p>Registered in under No.</p> <p>Chassis { Make No.</p> <p>Engine { Make No. Number of cylinders Horse power Type or shape Colour Coachwork { Upholstery Number of seats or carrying capacity Spare tyres Radio (indicate make) Other particulars Net weight of vehicle in kg. Value of vehicle</p>
<p>(block letters)</p> <p>Delete words not applicable</p> <p>(block letters)</p> <p>Delete words not applicable</p>	
	
<p>..... the 19.....</p> <p>Signature of the Secretary of the guaranteeing association</p> <p>Signature of holder</p> <p>On the expiry of this voucher the holder must arrange for completion of the identification certificate on the reverse side and return the volet to the issuing association.</p>	

[Inside pages]

IDENTIFICATION CERTIFICATE

To be completed by one of the authorities indicated below
and returned to the issuing association on expiry of the
holder's voucher.

..... the 19.....

We the undersigned

(1)

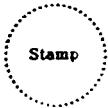
certify that the vehicle described on the reverse side,
was presented for our inspection this day (2)

the property of Mr.

resident at

In witness whereof we have issued this certificate.

We have this day destroyed the sticker affixed to the
said vehicle.



.....

Signature

- (1) Customs officer, mayor, commissioner of police or of gendarmerie,
notary, court official or any other departmental official entitled to
use an official stamp
- (2) The description of the vehicle is to be verified in all particulars
and any discrepancies noted.

I hereby undertake to comply with the Customs laws
and regulations relating to temporary importation into

....., subject to the legal
penalties, and to arrange for this tourism document to
be authorized by

The holder

Signature

The issuing association guarantees the undertakings
given above to the full extent of the duties and taxation
applicable to the vehicle described and in respect of
which this document is issued.

Signature and stamp

ANNEXE 3

DIPTYQUE

Le diptyque est rédigé dans les langues nationales des deux pays intéressés.

Les dimensions sont de 11 × 24,5 cm.

Le diptyque comporte:

- 1) Une souche et un papillon détachable,
- 2) Un volet avec un certificat d'identification, dont les modèles sont contenus dans la présente annexe.

Le diptyque supprime la prise en charge du titre par la douane à l'entrée dans le pays d'importation temporaire ainsi que le visa au moment des passages. Ce titre est utilisé de la façon suivante:

Le diptyque est délivré par l'association autorisée du pays d'immatriculation du véhicule. La souche est conservée par l'association émettrice. Le papillon est collé sur le pare-brise du véhicule.

Le volet est remis au titulaire qui doit le retourner dans les quinze jours de l'échéance du document, avec le certificat d'identification dûment rempli.

Une liste de tous les documents arrivés à échéance qui n'ont pas été régularisés au cours du mois précédent est adressée par l'association émettrice aux autorités douanières de son pays. Cette liste est ensuite transmise aux autorités douanières du pays d'importation temporaire. L'association garante dans le pays d'importation temporaire est responsable du paiement des doits et taxes d'entrée réclamés par les autorités douanières.

Le papillon, collé sur le pare-brise du véhicule, permet au service des douanes du bureau de sortie, ainsi qu'à celui du bureau d'entrée dans le pays d'importation temporaire, de voir immédiatement que le véhicule est placé sous le couvert d'un titre de douane dont il peut, le cas échéant, demander la présentation.

[Pages extérieures]

Association émettrice

1

Document permettant
l'importation temporaireen / d'un DIPTYQUE N°
véhicule automobile im-

matriculé en /

VALIDABLE jusqu'au

Titulaire

Résidence normale
ou siège d'exploitation(en lettres
majuscules)Pour une AUTOMOBILE à combustion
interne, électrique, à vapeur; une
REMORQUE;Genre (voiture, autobus, camion, camion-
nette, tracteur, motocycle avec ou sans
sidecar, cycle avec moteur auxiliaire)Rayer les
mots
inutiles

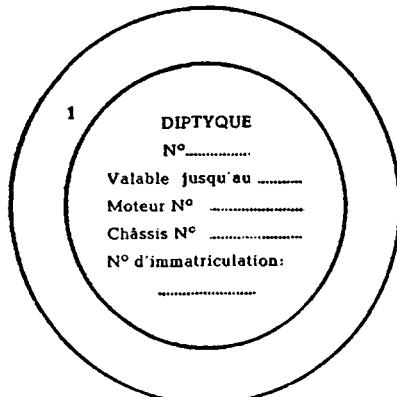
Immatriculé en sous le N°

Châssis	Marque
	Numéro
Moteur	Marque
	Numéro
	Nombre de cylindres
	Force en chevaux
	Type ou forme
Carrosserie	Couleur
	Garniture intérieure
	Nombre de places ou charge utile

Pneumatique de rechange

Appareil de radio (indiquer la marque)

Divers

Poids net du véhicule, en kg.**Valeur du véhicule**

Association émettrice

1

Document permettant
l'importation temporaireen / d'un DIPTYQUE N°
véhicule automobile im-

matriculé en /

VALIDABLE jusqu'au

Titulaire

Résidence normale
ou siège d'exploitation(en lettres
majuscules)Pour une AUTOMOBILE à combustion
interne, électrique, à vapeur; une
REMORQUE;Genre (voiture, autobus, camion, camion-
nette, tracteur, motocycle avec ou sans
sidecar, cycle avec moteur auxiliaire)Rayer les
mots
inutiles

Immatriculé en scus le N°

Châssis	Marque
	Numéro
Moteur	Marque
	Numéro
	Nombre de cylindres
	Force en chevaux
	Type ou forme
Carrosserie	Couleur
	Garniture intérieure
	Nombre de places ou charge utile

Pneumatique de rechange

Appareil de radio (indiquer la marque)

Divers

Poids net du véhicule, en kg.**Valeur du véhicule**

Ce véhicule est admis à l'importation, à charge pour le titulaire de le réexporter au plus tard à la date mentionnée ci-dessus et de se conformer aux lois et règlements de douane sur l'importation temporaire des véhicules à moteur dans le pays visité, sous la garantie de

(association garante), en vertu d'un engagement que cette association a pris envers les autorités douanières....., le 19.....



Signature du Secrétaire de l'association garante

Signature du titulaire

A l'expiration du délai de validité, le titulaire devra retourner ce volet à l'association émettrice après avoir fait établir le certificat d'identification prévu au verso.

1. Emplacement réservé à la mention des deux pays qui autorisent conjointement l'importation temporaire des véhicules à moteur dans le pays visité et l'exportation dans l'autre pays.

[Pages intérieures]

CERTIFICAT D'IDENTIFICATION

A faire établir par l'une des autorités indiquées ci-dessous et à retourner, à l'expiration du délai de validité, à l'association émettrice.

....., le 19

Nous soussignés

(1)

attestons qu'il a été présenté ce jour la voiture décrite (2)

appartenant à M.

demeurant à

en foi de quoi nous avons délivré la présente attestation.

Nous avons procédé ce jour à la destruction du papillon apposé sur ledit véhicule.



.....
Signature

Je m'engage à me conformer, sous les peines de droit, aux lois et règlements de douane sur l'importation temporaire en

..... / et à régulariser le précédent titre de tourisme avant le

Le titulaire

.....
Signature

L'association émettrice garantit les engagements souscrits ci-dessus dans la limite du montant des droits et taxes exigibles sur le véhicule décrit objet du présent document

.....
Signature et cachet

(1) Autorité douanière, maire, commissaire de police, gendarmerie, notaire, huissier ou tout autre officier ministériel ayant un cachet officiel.

(2) Toutes les énonciations du signalement du véhicule doivent être soigneusement contrôlées et toute discordance signalée.

A n e x o 3**DIPTICO**

Todas las indicaciones impresas en el diptico están redactadas en los idiomas nacionales de los dos países a que se refiere

Su formato es de 11 X 24.5 cm.

El diptico se compone de:

- 1) Una matriz con una contraseña separable.
 - 2) Un talón, para el titular, con un certificado de identificación,
- cuyos modelos figuran en el presente anexo

El diptico elimina la necesidad de que las autoridades aduaneras del país de importación se tengan que hacer cargo del documento y de los visados de entrada y salida. Se usa de la siguiente manera:

Expede el diptico la asociación autorizada del país de matrícula del vehículo. La asociación que lo expide conserva la matriz. La contraseña separable se pega sobre el parabrisas del vehículo

El talón se entrega al titular, quien debe devolverlo a la asociación que lo haya expedido con el

certificado de identificación debidamente llenado, dentro de los quince días siguientes a la fecha de expiración del documento

La asociación que expide del diptico envía a las autoridades aduaneras de su país, para que la transmitan a las autoridades aduaneras del país de importación temporal, una lista de todos los documentos cuya validez ha vencido en el curso del mes anterior y que no le han sido regularizados. La asociación garante del país de importación temporal será responsable del pago de los derechos y gravámenes de importación que exijan las autoridades aduaneras

La contraseña, fijada en el parabrisas del vehículo, permite que el servicio de aduanas de la oficina de salida y el de la oficina de entrada en el país de importación temporal vean inmediatamente que el vehículo está amparado por un título aduanero, cuya presentación pueden exigir, si lo consideran necesario.

{Páginas exteriores}

Asociación que expide este documento

1

Documento que autoriza
la importación temporal en..... / de un ve-
hículo automóvil matri-
culado en /**VALIDO hasta**Titular
Residencia normal } (En mayús-
culas)
o dirección comercialPara un VEHICULO AUTOMOTOR de
combustión interna, eléctrico, de vapor;
un REMOLQUE
Tipo (automóvil, autobús, camión, camio-
neta, tractor, motocicleta con o sin
sidecar, bicicleta o triciclo con motor
auxiliar)

Matriculado en con el No.....

Chasis { Marca
NoMotor { Marca
No
Número de cilindros
Caballos de fuerza

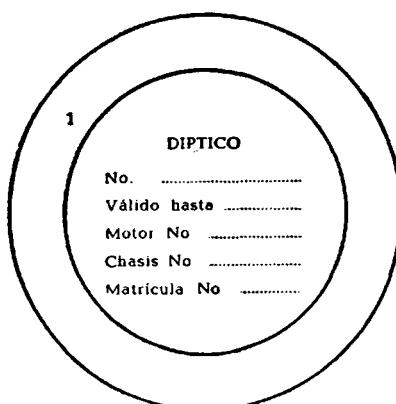
Carrocería { Tipo o forma

Carrocería { Color
Tapizado
Número de asientos o carga útil

Neumáticos de repuesto

Aparato de radio (indíquese la marca)

Otros detalles

Peso neto del vehículo, en kg.**Valor del vehículo**

Asociación que expide este documento

1

Documento que autoriza
la importación temporal en..... / de un ve-
hículo automóvil matri-
culado en /**VALIDO hasta**Titular
Residencia normal } (En mayús-
culas)
o dirección comercialPara un VEHICULO AUTOMOTOR de
combustión interna, eléctrico, de vapor;
un REMOLQUE
Tipo (automóvil, autobús, camión, camio-
neta, tractor, motocicleta con o sin
sidecar, bicicleta o triciclo con motor
auxiliar)

Matriculado en con el No.....

Chasis { Marca
NoMotor { Marca
No
Número de cilindros
Caballos de fuerza

Carrocería { Tipo o forma

Carrocería { Color
Tapizado
Número de asientos o carga útil

Neumáticos de repuesto

Aparato de radio (indíquese la marca)

Otros detalles

Peso neto del vehículo, en kg.**Valor del vehículo**

Se admite la importación de este vehículo a condición de que el titular lo reexporte a más tardar en la fecha arriba señalada y de que cumpla las leyes y reglamentos aduaneros sobre la importación temporal de vehículos automotores en el país visitado, bajo la garantía de (la asociación garante) en virtud de un compromiso contraído por dicha asociación con las autoridades aduaneras.

....., a de de 19



Firma del Secretario de la asociación garante

Firma del titular

Al expirar el periodo de validez, el titular deberá devolver este talón a la asociación que lo expidió, una vez que haya hecho extender el certificado de identidad que aparece al dorso

[Páginas interiores]

CERTIFICADO DE IDENTIDAD

Este certificado será extendido por una de las autoridades que se indican al pie y deberá devolverse a la asociación que lo expide al expiration del periodo de validez.

....., a de de 19

Los abajo firmantes

(1)

Firma

certificamos que en el dia de la fecha ha sido presentado el vehículo que se describe en otro lugar de este documento (2)

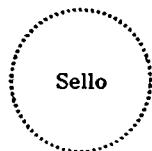
propiedad del Sr.

.....
Firma y sello

que reside en

en testimonio de lo cual expedimos el presente certificado.

En el día de la fecha hemos destruido la contraseña fijada en dicho vehículo.



Firma

(1) Autoridades aduaneras, alcalde, comisario de policia o gendarmería, notario, ujier, o cualquier otro funcionario ministerial que tenga sello oficial.

(2) Todas las indicaciones sobre las características del vehículo deberán comprobarse con sumo cuidado y señalarse cualquier discrepancia.

Me comprometo a acatar, bajo pena de las sanciones correspondientes, las leyes y reglamentos aduaneros sobre la importación

temporal en / y a

regularizar el presente título de turismo antes del

El titular.

La asociación que expide este documento garantiza los compromisos que anteceden hasta el importe de los derechos y gravámenes exigibles sobre el vehículo descrito en el presente documento.

(Übersetzung)

Anlage 3

DIPTYK

Das Diptyk ist in den nationalen Sprachen der beiden beteiligten Länder abzufassen.

Die Ausmaße sind 11 × 24,5 cm.

Das Diptyk umfaßt:

1) Ein Stammbrett mit einem abtrennbaren Klebezettel,

2) ein Blatt mit einer Nämlichkeitsbescheinigung, deren Muster in dieser Anlage enthalten ist.

Das Diptyk macht die Vorlage des Zollpapiers beim Eingangszollamt des vorübergehend besuchten Landes sowie die Eingangs- und Ausgangsbescheinigungen entbehrlich. Dieses Zollpapier wird wie folgt verwendet:

Das Diptyk wird von dem dazu ermächtigten Verband des Landes, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, ausgegeben. Das Stammbrett wird vom ausstellenden Verband aufbewahrt. Der abtrennbare Klebezettel wird auf die Windschutzscheibe des Fahrzeugs geklebt.

Das Blatt wird dem Fahrzeughaber übergeben, der es mit der ordnungsgemäß ausgefüllten Nämlichkeitsbescheinigung innerhalb von 15 Tagen vom Tage des Ablaufs der Gültigkeitsdauer an an den ausstellenden Verband zurückzusenden hat.

Der ausstellende Verband übersendet den Zollbehörden seines Landes ein Verzeichnis aller im Vormonat abgelaufenen und nicht erledigten Diplyks. Dieses Verzeichnis wird sodann den Zollbehörden des vorübergehend besuchten Landes übermittelt. Der haftende Verband des vorübergehend besuchten Landes haftet für die Entrichtung der von den Zollbehörden geforderten Eingangsabgaben.

Der an der Windschutzscheibe des Fahrzeugs befestigte Klebezettel ermöglicht es dem Ausgangs- und dem Eingangszollamt des vorübergehend besuchten Landes, sofort zu erkennen, daß für das Fahrzeug ein Zollpapier ausgestellt worden ist, dessen Vorlage sie allenfalls verlangen können.

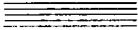
(Außenseite)

Ausstellender Verband

1

Zollpapier für die vor-
übergehende Einfuhr

nach eines Kraftfahrzeuges

DIPTYK Nr. 

zugelassen in

GULTIG bis

Inhaber

Gewöhnlicher Wohnort
oder Geschäftssitz{ (in großen
Buchstaben)}Für ein KRAFTFAHRZEUG, mit Kraft-
stoff-, Elektrizitäts- oder Dampfantrieb;
ANHANGERNichtzu-
treffendes
streichenFahrzeugart (Personenwagen, Autobus,
Lastwagen, Lieferwagen, Traktor, Mo-
torrad mit oder ohne Beiwagen, Fahr-
rad mit Hilfsmotor)

Zugelassen in unter Nr.

Fahrgestell	{ Marke
	Nummer
Motor	{ Marke
	Nummer
	Anzahl der Zylinder
	Pferdestärken
Karosserie	{ Art oder Form
	Farbe
	Polsterung
	Anzahl der Sitzplätze oder Nutzlast

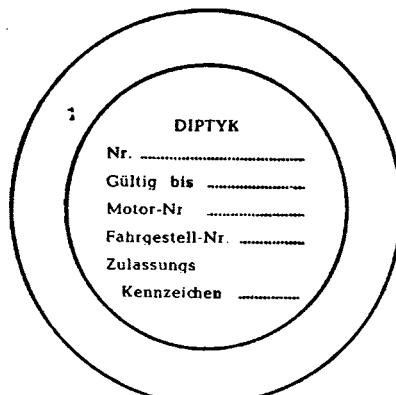
Ersatzreifen

Rundfunkgerät (mit Angabe der Marke)

Verschiedenes

Leergewicht des Fahrzeuges in kg

Wert des Fahrzeuges



Ausstellender Verband

1

Zollpapier für die vor-
übergehende Einfuhr

nach eines Kraftfahrzeuges

DIPTYK Nr. 

zugelassen in

GULTIG bis

Inhaber

Gewöhnlicher Wohnort
oder Geschäftssitz{ (in großen
Buchstaben)}Für ein KRAFTFAHRZEUG, mit Kraft-
stoff-, Elektrizitäts- oder Dampfantrieb;
ANHANGERNichtzu-
treffendes
streichenFahrzeugart (Personenwagen, Autobus,
Lastwagen, Lieferwagen, Traktor, Mo-
torrad mit oder ohne Beiwagen, Fahr-
rad mit Hilfsmotor)

Zugelassen in unter Nr.

Fahrgestell	{ Marke
	Nummer
Motor	{ Marke
	Nummer
	Anzahl der Zylinder
	Pferdestärken
Karosserie	{ Art oder Form
	Farbe
	Polsterung
	Anzahl der Sitzplätze oder Nutzlast

Ersatzreifen

Rundfunkgerät (mit Angabe der Marke)

Verschiedenes

Leergewicht des Fahrzeuges in kg

Wert des Fahrzeuges

Dieses Fahrzeug wird zur Einfuhr unter der Bedingung zugelassen, daß es der Inhaber spätestens bis zum oben angeführten Zeitpunkt wieder ausführt und daß er die Zollgesetze und die anderen Zollvorschriften über die vorübergehende Einfuhr von Kraftfahrzeugen in den besuchten Ländern beachtet. Hierfür haftet der (haftender Verband) kraft der Verpflichtung, die dieser Verband der (Zollbehörde) gegenüber eingegangen ist.

, den 19.



Unterschrift des Sekretärs des haftenden Verbandes

Unterschrift des Inhabers

Bei Ablauf der Gültigkeitsdauer hat der Inhaber dieses Blatt dem ausstellenden Verband zurückzusenden, nachdem ihm auf der Rückseite die Nämlichkeitshescheinigung ausgestellt worden ist.

(Innenseite)

NÄMLICHKEITSBESCHEINIGUNG

auszufüllen von einer der unten angegebenen Stellen und nach Ablauf der Gültigkeitsdauer an den ausstellenden Verband zurückzusenden

....., den 19.....

Die Unterzeichneten

(1)

bestätigen, daß uns das umseitig beschriebene Fahrzeug heute vorgeführt wurde (2)

Eigentümer ist

Der Inhaber

Unterschrift

In Kenntnis der gesetzlichen Straffolgen verpflichte ich mich hiermit, die Zollgesetze und die sonstigen Zollvorschriften über die vorübergehende Einfuhr in.....

zu beachten und dieses Zollpapier vor dem

zu erledigen.

Der Inhaber

Unterschrift

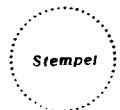
Der ausstellende Verband haftet für die oben eingegangenen Verpflichtungen bis zum vollen Betrag der Eingangsabgaben für das in diesem Zollpapier beschriebene Fahrzeug.

wohnhaft in

.....
Unterschrift und Stempel

Zu Urkund dessen haben wir diese Bescheinigung ausgestellt

Wir haben heute den Klebezettel, der auf dem bezeichneten Fahrzeug befestigt war, vernichtet.



.....
Unterschrift

- (1) Zollbehörde, Bürgermeister, Dienststellen der Polizei oder Gendarmerie, Notar, Gerichtsbeamter oder ein anderer öffentlicher Beamter, der zum Gebrauch eines Amtsstempels berechtigt ist
- (2) Alle Angaben der Beschreibung des Fahrzeugs sind sorgfältig zu kontrollieren; jede Unstimmigkeit ist zu vermerken.

Annex 4

EXTENSION OF VALIDITY OF THE "CARNET DE PASSAGES EN DOUANES"

I. The stamp for extension of validity shall conform to the model contained in the present annex.

The stamp shall be drawn up in French. The inscribed wording may be repeated in another language.

2. The following procedure shall be observed by the person requesting the extension and by the guaranteeing association dealing with the request:

(a) As soon as the holder of a *carnet de passages en douane* realizes that he is obliged to request an extension of the period of validity of the document, he sends to the guaranteeing association the *carnet* and a request for extension, indicating the circumstances which oblige him to make the request. He will submit with his request, as supporting evidence, such papers as a medical certificate, a statement from the garage repairing his vehicle, or any other authentic document showing that the delay in question is caused by *force majeure*.

(b) If the guaranteeing association considers that the request for extension might be passed on to the Customs authorities, it stamps the cover of the *carnet de passages en douane* in the space specially reserved for this purpose.

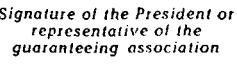
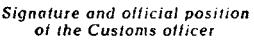
(c) In the left-hand side of the stamp the guaranteeing association fills in the date, in figures and words, until which the extension is requested. The President or representative of the association signs and the stamp of the association is affixed.

(d) The length of the extension must not exceed a reasonable period necessary to complete the journey, and should not normally exceed three months from the previous date of expiry of the *carnet*.

(e) The guaranteeing association then sends the *carnet* to the competent Customs authority of its country. The request made by the holder of the *carnet* and the supporting evidence are attached to the *carnet*.

(f) The Customs authority decides whether the extension shall be granted. It may reduce the period of extension requested, or refuse to grant any extension. If it is granted, the competent Customs officer completes the stamp placed on the cover of the *carnet* by the guaranteeing association, by adding a serial or registry number, the place and date and his own official position. He then signs and adds the Customs stamp.

(g) The *carnet* is then returned to the guaranteeing association, which in turn returns it to the person concerned.

<p>Country</p> <p>Guaranteeing association</p> <p>The extension of validity for all countries where this carnets is valid, is requested until</p> <p style="text-align: center;">..... (in figures and words)</p> <p style="text-align: center;">..... the 19.....</p> <p style="text-align: center;"> Stamp of the guaranteeing association</p> <p style="text-align: center;"> Signature of the President or representative of the guaranteeing association</p>	<p>No.</p> <p>Extension granted until</p> <p style="text-align: center;">..... (in figures and words)</p> <p style="text-align: center;">..... the 19.....</p> <p style="text-align: center;"> Customs stamp</p> <p style="text-align: center;"> Signature and official position of the Customs officer</p>
--	--

Annexe 4

PROLONGATION DE LA VALIDITE DU CARNET DE PASSAGES EN DOUANE

1. La formule de prolongation de validité doit être conforme au modèle figurant dans la présente annexe.

La formule est libellée en français. Les mentions qu'elle contient peuvent être répétées en une autre langue.

2. La personne qui demande la prolongation et l'association garante qui s'occupe de cette demande se conforment à la procédure indiquée ci-après:

a) Dès que le titulaire d'un carnet de passages en douane s'aperçoit qu'il est contraint de demander une prolongation du délai de validité de son document, il remet avec son carnet, à l'association garante, une demande de prolongation expliquant les circonstances qui l'ont obligé à formuler cette requête. A titre justificatif, il joint à la demande, selon le cas, un certificat médical, une attestation de l'atelier de réparation, ou toute autre pièce authentique établissant que la force majeure invoquée est réelle.

b) Si l'association garante estime que la demande de prolongation peut être présentée à la douane, elle imprime, au moyen d'un timbre humide, la formule visée au paragraphe 1 sur la couverture du carnet de passages en douane, à l'endroit spécialement réservé à cet effet.

c) L'association garante indique, dans la partie gauche de la formule, jusqu'à quelle date (en lettres et en chiffres) la prolongation est sollicitée. Y sont apposés la signature du président de l'association ou de son délégué ainsi que le cachet officiel de l'association.

d) La durée de prolongation ne doit pas excéder le délai raisonnablement nécessaire pour terminer le voyage, délai qui ne devrait normalement pas dépasser trois mois à compter de la date de péremption du carnet de passages en douane.

e) L'association garante transmet ensuite le carnet à l'autorité douanière compétente de son pays. Elle joint au carnet la demande du titulaire, accompagnée des pièces justificatives.

f) L'autorité douanière décide si la prolongation doit être accordée. Elle peut réduire la durée de la prolongation demandée ou refuser d'accorder toute prolongation. Si la prolongation est accordée, le fonctionnaire compétent de la douane complète la formule imprimée sur la couverture du carnet par l'association garante, lui donne un numéro d'ordre ou d'enregistrement, fait mention du lieu, de la date et de sa qualité. Il revêt ensuite la formule de sa signature ainsi que du cachet officiel de la douane.

g) Le carnet de passages en douane est alors renvoyé à l'association garante, qui le restitue à l'intéressé.

<p>Pays</p> <p>Association garante</p> <p>La prolongation pour tous les pays où ce carnet est valable est demandée jusqu'au</p> <p style="text-align: center;">....., le 19..... (en lettres et en chiffres)</p> <p style="text-align: center;">....., le 19..... (en lettres et en chiffres)</p> <p><i>Cachet officiel de l'association garante</i></p> <p><i>Signature du président ou du délégué de l'association garante</i></p>	<p>Nº</p> <p>Prolongation accordée jusqu'au</p> <p style="text-align: center;">....., le 19..... (en lettres et en chiffres)</p> <p style="text-align: center;">....., le 19..... (en lettres et en chiffres)</p> <p><i>Cachet du bureau de la douane</i></p> <p><i>Signature et qualité du fonctionnaire de la douane</i></p>
--	--

Anexo 4

PRORROGA DE LA VALIDEZ DE LAS LIBRETAS DE PASO POR LAS ADUANAS

1. El sello para la prórroga de la validez se ajustará al modelo contenido en el presente anexo.

El sello estará redactado en francés. La leyenda que contiene puede duplicarse en otro idioma.

2. La persona que solicita la prórroga y la asociación garante que la patrocina seguirán el siguiente procedimiento.

a) En cuanto el titular de una libreta de paso por las aduanas dé cuenta de que precisa solicitar una prórroga de la validez del documento, remitirá a la asociación garante, junto con su libreta, una solicitud de prórroga en la cual indicará las causas que le obligan a formular tal petición. Como prueba justificativa, adjuntará a su solicitud, según el caso, un certificado médico, un certificado del taller que esté reparando el vehículo o cualquier otro documento auténtico que demuestre que el caso de fuerza mayor invocado es verídico.

b) Si la asociación garante estima que la solicitud de prórroga puede ser presentada a la aduana, estampará un sello en la cubierta de la libreta de paso por las aduanas, en el lugar especialmente reservado al efecto.

c) Al lado izquierdo de la fórmula del sello, la misma asociación garante indicará (en cifras y

letras). hasta qué fecha se solicita la prórroga. El presidente de la asociación o su delegado firmarán la fórmula y pondrán el sello de la asociación.

d) El periodo de prórroga no deberá exceder del plazo razonablemente necesario para terminar el viaje, y normalmente no será mayor de tres meses a contar de la fecha previa de expiración de la libreta

e) A continuación la asociación garante enviará la libreta a la autoridad aduanera competente de su país. La solicitud del titular, acompañada de los documentos justificativos, se adjuntará a la libreta

f) La administración de aduanas adoptará una decisión, pudiendo reducir el período de prórroga solicitado o negarse a otorgar la prórroga. En caso de concederla, el funcionario competente de la aduana completará el sello estampado en la cubierta de la libreta por la asociación garante, añadiendo un número de orden o de registro, el lugar y la fecha y el cargo que ocupa. Después firmará y pondrá el sello de la aduana

g) La libreta será remitida inmediatamente a la asociación garante, la cual la devolverá al interesado.

<p>País</p> <p>Asociación garante</p> <p>Se solicita la prórroga de la presente libreta para todos los países donde ésta es válida, hasta el</p> <p>..... (en cifras y letras)</p> <p>....., a de de 19.....</p> <p><i>Sello de la asociación garante</i></p>	<p>No.</p> <p>Prórroga concedida hasta el</p> <p>..... (en cifras y letras)</p> <p>....., a de de 19.....</p> <p><i>Sello de la aduana</i></p> <p><i>Firma y cargo del funcionario de aduana</i></p>
--	---

(Übersetzung)

Anlage 4

VERLÄNGERUNG DER GÜLTIGKEITSDAUER VON ZOLLPASSIERSCHEINHEFTEN

1. Der Stempelaufdruck für die Verlängerung der Gültigkeitsdauer hat dem Vordruck dieser Anlage zu entsprechen. Der Stempelaufdruck ist in französischer Sprache zu halten. Der einzusetzende Wortlaut kann in einer anderen Sprache abgefaßt werden.

2. Die Person, die eine Verlängerung beantragt und der haftende Verband, der diesen Antrag behandelt, haben folgendes Verfahren zu beachten:

a) Sobald der Inhaber eines Zollpassierscheinheftes feststellt, daß die Verlängerung der Gültigkeitsdauer seines Zollpapiers erforderlich ist, über sendet er dem haftenden Verband mit dem Heft einen Verlängerungsantrag. Darin hat er alle Umstände anzugeben, die ihn zu diesem Antrag veranlassen. Zur Begründung hat er entsprechende Nachweise beizufügen, wie ein ärztliches Zeugnis, eine Bescheinigung der Werkstatt, in der sein Fahrzeug instandgesetzt wird, oder eine andere Unterlage, aus denen hervorgeht, daß die Verzögerung durch höhere Gewalt verursacht worden ist.

b) Ist der haftende Verband der Ansicht, daß der Verlängerungsantrag der Zollbehörde zur Genehmigung zugeleitet werden kann, so bringt er den im Absatz 1 erwähnten Stempelaufdruck in dem auf dem Deckblatt des Heftes dafür vorgesehenen Platz an.

c) Auf der linken Hälfte des Stempelaufdrucks vermerkt der haftende Verband in Ziffern und Wor-

ten das Datum, bis zu dem die Verlängerung erbettet wird. Der Präsident oder der Vertreter des Verbandes bringt seine Unterschrift und den Stempel des Verbandes an.

d) Die Dauer der Verlängerung darf einen angemessenen Zeitraum nicht überschreiten, der zur Beendigung der Reise erforderlich ist; sie soll in der Regel drei Monate vom Tage des Ablaufs der Gültigkeitsdauer an nicht übersteigen.

e) Der haftende Verband übermittelt sodann das Zollpassierscheinheft der zuständigen Zollbehörde seines Landes. Der Antrag des Inhabers des Heftes und die Nachweise sind dem Heft beizulegen.

f) Die Zollbehörde entscheidet über die Verlängerung. Sie kann die Dauer der beantragten Verlängerung kürzen oder eine Verlängerung überhaupt ablehnen. Wird eine Verlängerung gewährt, so füllt der zuständige Zollbeamte den Stempelaufdruck, der vom haftenden Verband auf dem Deckblatt des Zollpassierscheinheftes angebracht worden ist, weiter aus, indem er eine laufende Nummer oder eine Buchungsnummer, den Ort und das Datum, sowie seine Diensteigenschaft einsetzt. Sodann versieht er den Stempelaufdruck mit seiner Unterschrift und dem Stempel des Zollamtes.

g) Das Zollpassierscheinheft wird sodann an den haftenden Verband zurückgesandt, der es an den Antragsteller weiterleitet.

<p>Land</p> <p>Haftender Verband</p> <p>Es wird die Verlängerung der Gültigkeitsdauer für alle Länder, in denen das Zollpassierscheinheft gültig ist, beantragt bis</p> <p>..... <i>(in Worten und in Ziffern)</i></p> <p>....., den 19.....</p> <p><i>Stempel des haftenden Verbandes</i></p> <p><i>Unterschrift des Präsidenten oder des Vertreters des haftenden Verbandes</i></p>	<p>Nr.</p> <p>Verlängerung bewilligt bis</p> <p>..... <i>(in Worten und in Ziffern)</i></p> <p>....., den 19.....</p> <p><i>Stempel des Zollamtes</i></p> <p><i>Unterschrift und Diensteigenschaft des Zollbeamten</i></p>
---	--

Annex 5

**MODEL CERTIFICATE FOR THE ADJUSTMENT OF UNDISCHARGED, DESTROYED,
LOST OR STOLEN TEMPORARY IMPORTATION PAPERS**

(This certificate must be completed either by a Consular authority of the country in which the papers should have been discharged, or by an official authority (Customs, police, mayor, judicial officer, etc.) of the country in which the vehicle is examined).

..... [name of country]

The undersigned authority

certifies that this day 19 [date to be given in full]

a vehicle was produced at [place and country]

by [name, christian name and address]

which was found on examination to be of the following description:

Type of vehicle (car, bus, etc.)

Registered in under No.

Chassis { Make
No.

Engine { Make
No.

Number of cylinders

Horse power

Coachwork { Type or shape

Colour

Upholstery

Number of seats
or carrying capacity

Spare tyres

Radio (indicate make)

Other particulars

As applicable { 1st formula { This examination has been made on presentation of the following temporary
importation papers issued for the above vehicle

(carnet or triptych reference number, date and place of issue; name of
issuing body)

2nd formula No temporary importation papers were produced

Signed at

on the

Signature(s)

Official position

Stamp

Annexe 5

MODELE DE CERTIFICAT POUR LA REGULARISATION DES TITRES D'IMPORTATION TEMPORAIRE NON DECHARGES, DETRUISTS, PERDUS OU VOLES

(Ce certificat doit être rempli soit par une autorité consulaire du pays où le titre d'importation temporaire aurait dû être déchargé, soit par une autorité officielle (douane, police, maire, huissier, etc.) du pays où le véhicule a été présenté.)

..... [nom du pays]

L'autorité soussignée

certifie que ce jour 19 [préciser la date]

un véhicule a été présenté à [lieu et pays]

par [nom, prénoms et adresse]

Il a été constaté que ce véhicule répondait aux caractéristiques suivantes:

Genre du véhicule (voiture de tourisme, autobus, etc.)

Immatriculé en sous le n°

Châssis	Marque
	N°

Moteur	Marque
	N°
	Nombre de cylindres
	Force en chevaux

Carrosserie	Type ou forme
	Couleur
	Garniture intérieure
	Nombre de places ou charg utile

Pneumatiques de rechange

Appareil de radio (indiquer la marque)

Divers

Formules à adopter suivant le cas	1 ^e formule Cet examen a été effectué sur présentation des titres d'importation temporaire ci-après, délivrés pour le véhicule décrit ci-dessus

2 ^e formule	Il n'a été présenté aucun titre d'importation temporaire
------------------------	--

Fait à

le

Signature(s)

Qualité du (des) signataire(s)

Cachet

Anexo 5

MODELO DE CERTIFICADO PARA LA REGULARIZACION DE LOS DOCUMENTOS DE IMPORTACION TEMPORAL NO REFRENDADOS, DESTRUÍDOS, PERDIDOS O ROBADOS

(Este certificado debe ser llenado por una autoridad consular del país en que debiera haber sido refrendado el documento de importación temporal, o por una autoridad oficial (aduana, policía, alcalde, oficial del cuerpo judicial, etc.) del país en que sea examinado el vehículo.)

[Nombre del país]

La autoridad infrascrita

certifica que hoy, de de 19 [fecha completa]

ha sido presentado un vehículo en [lugar y país]
por [nombre, apellido y dirección]

Se ha comprobado que dicho vehículo respondía a las características siguientes:

Tipo del vehículo (automóvil, autobús, etc.)

Matriculado en con el No.

Chasis { Marca
Número

Motor { Marca
Número

Número de cilindros

Caballos de fuerza

Carrocería { Tipo o forma
Color

Tapizado

Número de asientos o carga útil

Neumáticos de repuesto

Aparato de radio (indíquese la marca)

Otros detalles

Fórmulas que han de adoptar según el caso { 1. a fórmula { Este examen ha sido efectuado previa presentación de los documentos de importación temporal siguientes, expedidos para el vehículo arriba descrito
(número de orden, fecha y lugar en que se expidió la libreta de paso por las aduanas o el tríptico, y nombre del organismo que expidió el documento)
2. a fórmula No se presentó ningún documento de importación temporal



Hecho en

el

Firma(s)

Cargo(s) del (de los) firmante(s)

(Übersetzung)

Anlage 5

**MUSTER EINER BESCHEINIGUNG ZUR BEREINIGUNG VON NICHT ERLEDIGTEN, VERNICHTETEN,
VERLORENGEGANGENEN ODER GESTOHLENEN ZOLLPAPIEREN FÜR DIE VORÜBERGEHENDE EINFUHR**

(Diese Bescheinigung muß entweder von einem Konsulat des Landes ausgestellt werden, in dem das Zollpapier für die vorübergehende Einfuhr hätte erledigt werden sollen oder von einer anderen amtlichen Stelle [Zollstelle, Polizei, Bürgermeister, Gerichtsbeamter u.dgl.] des Landes, in dem das Fahrzeug vorgeführt wurde).

.....(Bezeichnung des Landes)

Die unterzeichnete Stelle

bestätigt, daß heute 19..... (Angabe des genauen Datums)

ein Fahrzeug vorgeführt worden ist in (Ort und Land)
durch (Name, Vorname und Adresse)

Es wurde festgestellt, daß dieses Fahrzeug folgende Merkmale aufweist:

Fahrzeugart (Personenwagen, Autobus usw.)

Zugelassen in unter Nr.

Fahrgestell { Marke
 } NummerMotor { Marke
 } Nummer
 } Anzahl der Zylinder
 } PferdestärkenKarosserie { Art oder Form
 } Farbe
 } Polsterung
 } Anzahl der Sitzplätze oder Nutzlast

Ersatzreifen

Rundfunkgerät (mit Angabe der Marke)

Verschiedenes

Vermerk je nach Sachlage { 1. Vermerk { Diese Überprüfung erfolgte auf Grund der nachstehend angeführten Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr, die für das oben beschriebene Fahrzeug ausgestellt wurden
 } (Ausgabenummer des Zollpassierscheinheftes oder Zollpassierscheins, sowie Datum und Ort der Ausstellung; Name des ausstellenden Verbandes)
 } 2. Vermerk Es wurde kein Ausweis für die vorübergehende Einfuhr vorgelegt.

Stempel

Ausgefertigt in
am
Unterschrift(en)
Diensteigenschaft des (der) Unterzeichneten

Final Act of the United Nations Conference on Customs Formalities for the Temporary Importation of Private Road Motor Vehicles and for Tourism

1. The United Nations Conference on Customs Formalities for the Temporary Importation of Private Road Motor Vehicles and for Tourism was convened by the Secretary-General of the United Nations in accordance with resolution 468 F (XV) adopted by the Economic and Social Council on 15 April 1953. This resolution reads as follows:

"The Economic and Social Council,

"Referring to resolution 5 of the Transport and Communications Commission on the subject of Customs formalities for the temporary importation of private vehicles and for tourism,

"Instructs the Secretary-General:

"a) To convene as early as possible in 1954, and preferably in Geneva, a conference of governments for the conclusion on a world-wide basis of two conventions relating to Customs formalities, namely:

"(i) For the temporary importation of private road motor vehicles carrying persons and the equipment of such vehicles;

"(ii) For tourism (i.e., the personal effects of tourists travelling by any means of transport);

"b) To circulate to all the governments invited to the conference:

"(i) The Secretary-General's report entitled 'Customs Formalities for the Temporary Importation of Private Vehicles and for Tourism' containing drafts of such conventions and comments thereon; and

"(ii) The relevant part of the report of the Transport and Communications Commission (sixth session);

"c) To invite governments which have not yet done so to transmit their comments on the texts contained in documents E/CN.2/135 and Corr.1 and 2 and Add.1 and 2;

"d) To draw up a provisional agenda for the conference and to prepare provisional rules of procedure for it;

"e) (i) To invite to participate in the conference all States Members of the United Nations or any of the specialized agencies,

"(ii) To request the governments of the States invited to give their delegates full powers to sign, subject to ratification, such conventions as may be concluded at the conference;

Acte Final de la Conférence des Nations Unies sur les formalités douanières concernant l'importation temporaire des véhicules de tourisme et le tourisme

1. La Conférence des Nations Unies sur les formalités douanières concernant l'importation temporaire des véhicules de tourisme et le tourisme a été convoquée par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, conformément à la résolution 468 F (XV) adoptée le 15 avril 1953 par le Conseil économique et social. Cette résolution a la teneur suivante:

"Le Conseil économique et social,

"Vu la résolution 5 de la Commission des transports et des communications relative aux formalités douanières concernant l'importation temporaire des véhicules de tourisme et le tourisme,

"Charge le Secrétaire général:

"a) De réunir le plus tôt possible en 1954, de préférence à Genève, une conférence de gouvernements, en vue de la conclusion de deux conventions mondiales relatives aux formalités douanières:

"i) L'une concernant l'importation temporaire des véhicules routiers privés transportant des personnes et l'équipement de ces véhicules;

"ii) L'autre concernant le tourisme (c'est-à-dire les effets personnels de touristes voyageant par un moyen de transport quelconque);

"b) De communiquer à tous les gouvernements invités à la conférence:

"i) Le rapport du Secrétaire général intitulé "Formalités douanières concernant l'importation temporaire des véhicules de tourisme et le tourisme", qui contient plusieurs projets des conventions précitées et des observations formulées au sujet de ces textes;

"ii) Les passages pertinents du rapport de la Commission des transports et des communications (sixième session);

"c) D'inviter les gouvernements qui ne l'ont pas encore fait à transmettre leurs observations sur les textes cités dans les documents E/CN.2/135 et Add.1 et 2;

"d) D'établir un ordre du jour provisoire pour cette conférence et d'établir son règlement intérieur provisoire;

"e) i) D'inviter à participer à la conférence tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies ou d'une institution spécialisée;

ii) De prier les gouvernements des Etats qui sont invités à la conférence de donner à leurs délégués pleins pouvoirs pour signer, sous réserve de ratification, les conventions qui pourront être conclues à la conférence.

(Übersetzung)

Acta Final de la Conferencia de las Naciones Unidas sobre Formalidades Aduaneras para la Importación Temporal de Vehículos Automotores Particulares de Carretera y para el Turismo

1. La Conferencia de las Naciones Unidas sobre Formalidades Aduaneras para la Importación Temporal de Vehículos Automotores Particulares de Carretera y para el Turismo fué convocada por el Secretario General de las Naciones Unidas de conformidad con la resolución 468 F (XV) aprobada por el Consejo Económico y Social el 15 de abrili de 1953. La resolución dice así:

"El Consejo Económico y Social,

"Refiriéndose a la resolución 5 de la Comisión de Transportes y Comunicaciones que trata de las formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos particulares y para el turismo,

"Encarga al Secretario General que:

"a) Convoque lo antes posible en 1954, de preferencia en Ginebra, una conferencia de Estados con miras a la conclusión de dos convenciones mundiales sobre formalidades aduaneras, a saber:

- "i) Una referente a la importación temporal de vehículos automotores de turismo para el transporte de pasajeros y el equipo de tales vehículos, y
- "ii) Otra referente al turismo (es decir, los efectos personales de los turistas que viajen por cualquier medio de transporte);

"b) Envíe a todos los gobiernos invitados a la conferencia:

- "i) El informe del Secretario General titulado "Formalidades Aduaneras para la Importación Temporal de Vehículos Particulares y para el Turismo" que contiene proyectos de tales convenciones y observaciones presentadas sobre esos textos, y

"ii) La parte correspondiente del informe de la Comisión de Transportes y Comunicaciones (sexto periodo de sesiones);

"c) Invite a los gobiernos que no lo hayan hecho todavía, a que transmitan sus observaciones sobre los textos contenidos en los documentos E/CN.2/135 y Corr.1 y 2, y Add.1 y 2;

"d) Prepare un programa y un reglamento provisionales para esa conferencia;

"e) i) Invite a participar en la conferencia a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas o de cualquiera de los organismos especializados;

"ii) Pida a los gobiernos de los Estados invitados que den a sus delegados plenos poderes para firmar, a reserva de ratificación, las convenciones que se concluyan en la conferencia;

Schlußakte über die Konferenz der Vereinten Nationen über die Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßenfahrzeuge und im Touristenverkehr

1. Die Konferenz der Vereinten Nationen über die Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßenfahrzeuge und im Touristenverkehr wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen auf Grund der vom Wirtschafts- und Sozialrat am 15. April 1953 angenommenen Entschließung Nr. 468 F (XV) einberufen. Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut:

"Der Wirtschafts- und Sozialrat,

auf Grund der Entschließung Nr. 5 der Transport- und Verkehrskommission betreffend Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Fahrzeuge und im Touristenverkehr

beauftragt den Generalsekretär:

a) Im Jahre 1954 sobald als möglich und vorzugsweise nach Genf eine Konferenz der Regierungen zum Abschluß von zwei Weltabkommen über Zollformalitäten einzuberufen und zwar:

- (i) Eines Abkommens über die vorübergehende Einfuhr privater, zur Personenbeförderung bestimmter Straßen-Kraftfahrzeuge und der Ausrüstung dieser Fahrzeuge;
- (ii) Eines Abkommens für den Touristenverkehr (d.h. das persönliche Reisegut von Touristen, die mit irgendeinem Beförderungsmittel reisen);

b) Allen zur Konferenz eingeladenen Regierungen zu übersenden:

- (i) Den Bericht des Generalsekretärs mit der Überschrift „Zollformalitäten für die vorübergehende Einfuhr privater Fahrzeuge und im Touristenverkehr“, der Entwürfe der vorerwähnten Abkommen und Stellungnahmen zu diesen Texten enthält und

(ii) Den in Betracht kommenden Teil des Berichtes der Transport- und Verkehrskommission (6. Tagung);

c) Die Regierungen einzuladen, ihre Stellungnahmen zu den in den Dokumenten E/CN.2/135 und Corr.1 und 2 und Add.1 und 2 enthaltenen Texten zu übersenden, soweit sie es noch nicht getan haben;

d) Eine vorläufige Tagesordnung für die Konferenz festzulegen und eine vorläufige Geschäftsordnung für sie auszuarbeiten;

e) i) Zur Teilnahme an der Konferenz alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen einzuladen;

ii) Die Regierungen der eingeladenen Staaten zu ersuchen, ihren Delegierten Vollmacht zu erteilen, die auf der Konferenz etwa abgeschlossenen Abkommen mit dem Vorbehalt der Ratifizierung zu ratifizieren;

- "l) To invite the specialized agencies, intergovernmental organizations and international organizations in this field, as may be appropriate, to send observers to the conference;
- "g) To invite territories which are not fully responsible for their foreign relations, but which are self-governing in the fields covered by the terms of reference of the conference, to attend the conference without the right to vote;
- "h) To designate an executive secretary and provide the conference with the necessary staff and services."

2. In accordance with the terms of paragraph 1 e) (i) of the above resolution, the following States were invited by the Secretary-General to participate in the Conference:

Afghanistan	Hashemite Kingdom of the Jordan
Albania	Republic of Korea
Argentina	Laos
Australia	Lebanon
Austria	Liberia
Belgium	Libya
Bolivia	Luxembourg
Brazil	Mexico
Bulgaria	Monaco
Burma	Nepal
Byelorussian Soviet Socialist Republic	Netherlands
Cambodia	New Zealand
Canada	Nicaragua
Ceylon	Norway
Chile	Pakistan
China	Panama
Colombia	Paraguay
Costa Rica	Peru
Cuba	Philippines
Czechoslovakia	Poland
Denmark	Portugal
Dominican Republic	Romania
Ecuador	San Marino
Egypt	Saudi Arabia
El Salvador	Spain
Ethiopia	Sweden
Finland	Switzerland
France	Syria
Federal Republic of Germany	Thailand
Greece	Turkey
Guatemala	Ukrainian Soviet Socialist Republic
Haiti	Union of South Africa
Honduras	Union of Soviet Socialist Republics
Hungary	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Iceland	United States of America
India	Uruguay
Indonesia	Vatican City
Iran	Venezuela
Iraq	Viet-Nam
Ireland	Yemen
Israel	Yugoslavia
Italy	
Japan	

3. The United Nations Conference on Customs Formalities for the Temporary Importation of Private Road Motor Vehicles and for Tourism was held at the United Nations Headquarters, New York, from 11 May to 4 June 1954.

- "f) D'inviter, comme il le jugera bon, les institutions spécialisées, les organisations intergouvernementales et les organisations internationales dans ce domaine à envoyer des observateurs à cette conférence;
- "g) D'inviter à la conférence, sans leur accorder le droit de vote, les territoires qui n'ont pas entièrement la direction de leur politique étrangère, mais qui sont autonomes dans les domaines sur lesquels porte le mandat de la conférence;
- "h) De nommer un secrétaire de la conférence et de fournir à la conférence le personnel de secrétariat et les services nécessaires."

2. En conformité des dispositions du point i) de l'alinéa e) du premier paragraphe de la résolution précitée, les Etats suivants ont été invités par le Secrétaire général à participer à la Conférence:

Afghanistan	Japon
Albanie	Jordanie (Royaume hachémite de)
Allemagne (République fédérale d')	Laos
Arabie saoudite	Liban
Argentine	Libéria
Australie	Libye
Autriche	Luxembourg
Belgique	Mexique
Biélorussie (République socialiste soviétique de)	Monaco
Birmarie	Népal
Bolivie	Nicaragua
Brésil	Norvège
Bulgarie	Nouvelle-Zélande
Cambodge	Pakistan
Canada	Panama
Ceylan	Paraguay
Chili	Pays-Bas
Chine	Pérou
Colombie	Philippines
Corée (République de)	Pologne
Costa-Rica	Portugal
Cuba	République Dominicaine
Danemark	Roumanie
Egypte	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Equateur	Saint-Marin
Espagne	Salvador
Etats-Unis d'Amérique	Suède
Ethiopie	Suisse
Finlande	Syrie
France	Tchécoslovaquie
Grèce	Thaïlande
Guatemala	Turquie
Haïti	Ukraine (République socialiste soviétique d')
Honduras	Union des Républiques socialistes soviétiques
Hongrie	Union Sud-Africaine
Inde	Uruguay
Indonésie	Vatican (Cité du)
Irak	Venezuela
Iran	Viêt-Nam
Irlande	Yémen
Islande	Yougoslavie
Israël	
Italie	

3. La Conférence des Nations Unies sur les formalités douanières concernant l'importation temporaire des véhicules de tourisme et le tourisme s'est tenue au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New-York, du 11 mai au 4 juin 1954.

- "f) Invite a los organismos especializados, a las organizaciones intergubernamentales y a las organizaciones internacionales interesadas en esta materia, segun proceda, a que envíen observadores a esa conferencia;
- "g) Invite a los territorios que, sin ser plenamente responsables de sus relaciones exteriores, disfrutan de autonomía en las materias de que han de tratarse en la conferencia, a asistir a ella sin derecho a voto;
- "h) Designe un secretario ejecutivo y proporcione el personal y los servicios necesarios para la celebración de la conferencia."

2. En cumplimiento de lo dispuesto en el apartado i), inciso e), del párrafo 1 de la resolución citada, el Secretario General invitó a los siguientes Estados a participar en la Conferencia:

Afganistán	Laos
Albania	Libano
Arabia Saudita	Liberia
Argentina	Libia
Australia	Luxemburgo
Austria	México
Bélgica	Mónaco
Birmania	Nepal
Bolivia	Nicaragua
Brasil	Noruega
Bulgaria	Nueva Zelanda
Camboya	Paises Bajos
Canadá	Pakistán
Ceilán	Panamá
Ciudad del Vaticano	Paraguay
Colombia	Perú
Costa Rica	Polonia
Cuba	Portugal
Checoeslovaquia	Reino Hachemita de Jordania
Chile	Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte
China	República de Corea
Dinamarca	República Dominicana
Ecuador	República Federal Alemana
Egipto	República Socialista Soviética de Bielorrusia
El Salvador	República Socialista Soviética de Ucrania
España	Rumania
Estados Unidos de América	San Marino
Etiopía	Siria
Filipinas	Suecia
Finlandia	Suiza
Francia	Tailandia
Grecia	Turquía
Guatemala	Unión de Repúblicas Socialistas Soviéticas
Haití	Unión Sudafricana
Honduras	Uruguay
Hungría	Venezuela
India	Vietnam
Indonesia	Yemen
Irak	Yugoeslavia
Irán	
Irlanda	
Islandia	
Israel	
Italia	
Japón	

3. La Conferencia de las Naciones Unidas sobre Formalidades Aduaneras para la Importación Temporal de Vehículos Automotores Particulares de Carretera y para el Turismo se celebró en la Sede de las Naciones Unidas, Nueva York, del 11 de mayo al 4 de junio de 1954.

- f) Nach seinem Ermessen die auf diesem Sachgebiet tätigen Sonderorganisationen, zwischenstaatlichen Regierungsorganisationen und internationalen Organisationen einzuladen, Beobachter zu dieser Konferenz zu entsenden;
- g) Gebiete, die für ihre auswärtigen Angelegenheiten nicht voll verantwortlich sind, die sich aber auf den zur Zuständigkeit der Konferenz gehörenden Sachgebieten selbst verwalten, zur Teilnahme an der Konferenz ohne Stimmrecht einzuladen;
- h) Für die Konferenz einen geschäftsführenden Sekretär zu ernennen und der Konferenz das erforderliche Sekretariatspersonal und die notwendigen Dienste zur Verfügung zu stellen."

2. Nach den Bestimmungen des Absatzes 1 Buchstabe a Punkt (i) der vorerwähnten Entschließung hat der Generalsekretär folgende Staaten zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen:

Aegypten	Libyen
Äthiopien	Luxemburg
Afghanistan	Mexiko
Albanien	Monaco
Argentinien	Nepal
Australien	Neuseeland
Belgien	Nicaragua
Birma	Niederlande
Bolivien	Norwegen
Brasilien	Osterreich
Bulgarien	Pakistan
Bundesrepublik Deutschland	Panama
Ceylon	Paraguay
Chile	Peru
China	Philippinen
Costa Rica	Polen
Dänemark	Portugal
Dominikanische Republik	Republik Korea
Ecuador	Rumänien
Finnland	Salvador
Frankreich	San Marino
Griechenland	Saudi-Arabien
Guatemala	Schweden
Haiti	Schweiz
Honduras	Spanien
Indien	Südafrikanische Union
Indonesien	Syrien
Irak	Thailand
Iran	Tschechoslowakei
Irland	Türkei
Island	Ukrainische Sozialistische Sowjet-Republik
Israel	Ungarn
Italien	Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
Japan	Uruguay
Jemen	Staat der Vatikanstadt
Jordanien (Haschemitisches Königreich)	Venezuela
Jugoslawien	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
Kambodscha	Vereinigte Staaten von Amerika
Kanada	Vietnam
Kolumbien	Weißrussische Sozialistische Sowjet-Republik
Kuba	
Laos	
Libanon	
Liberia	

3. Die Konferenz der Vereinten Nationen über die Zollformalitäten bei der vorübergehenden Einfuhr privater Straßenkraftfahrzeuge und im Touristenverkehr ist am Sitz der Vereinten Nationen in New York vom 11. Mai bis 4. Juni 1954 abgehalten worden.

4. The Governments of the following States were represented at the Conference by representatives:

Argentina	Israel
Australia	Italy
Austria	Japan
Belgium	Hashemite Kingdom of the Jordan
Bolivia	Lebanon
Burma	Luxembourg
Cambodia	Mexico
Canada	Monaco
Ceylon	Netherlands
Chile	Panama
China	Peru
Colombia	Philippines
Costa Rica	Portugal
Cuba	San Marino
Dominican Republic	Spain
Ecuador	Syria
Egypt	Sweden
France	Switzerland
Federal Republic of Germany	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Guatemala	United States of America
Haiti	Uruguay
Honduras	Vatican City
India	Yugoslavia

The Governments of the following States sent observers to the Conference:

Brazil	Hungary
Denmark	Iraq
Finland	Thailand
Greece	Turkey

The following organizations were represented at the Conference:

A. Specialized agencies:

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization;

B. Other intergovernmental organizations:

Customs Co-operation Council,

Organization of American States,

Organization for European Economic Co-operation;

C. Non-governmental organizations in consultative status with the Economic and Social Council:

Category A:

International Chamber of Commerce;

Category B:

{ Inter-American Federation of Automobile Clubs,
International Automobile Federation,
International Touring Alliance.

International Air Transport Association,

International Road Federation,

International Union of Official Travel Organizations;

4. Les Gouvernements des Etats ci-après étaient représentés à la Conférence par des représentants:

Allemagne (République fédérale d')	Iran
Argentine	Israël
Australie	Italie
Autriche	Japon
Belgique	Jordanie (Royaume hachémite de)
Birmanie	Liban
Bolivie	Luxembourg
Cambodge	Mexique
Canada	Monaco
Ceylan	Panama
Chili	Pays-Bas
Chine	Pérou
Colombie	Philippines
Costa-Rica	Portugal
Cuba	République Dominicaine
Dominican Republic	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Ecuador	Saint-Marin
Egypt	Suède
France	Suisse
Federal Republic of Germany	Syrie
Guatemala	Uruguay
Haiti	Vatican (Cité du)
Honduras	Yugoslavie
India	
Iran	

Les Gouvernements des Etats ci-après étaient représentés à la Conférence par des observateurs:

Brésil	Hongrie
Danemark	Irak
Finlande	Thaïlande
Grèce	Turquie

Les organisations ci-après étaient représentées à la Conférence:

A. Institutions spécialisées:

Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture;

B. Autres organisations intergouvernementales:

Conseil de coopération douanière,

Organisation des Etats américains,

Organisation européenne de coopération économique;

C. Organisations non gouvernementales dotées du statut consultatif auprès du Conseil économique et social:

Catégorie A:

Chambre de commerce internationale;

Catégorie B:

{ Fédération interaméricaine des automobile-clubs,
Fédération internationale de l'automobile,
Alliance internationale de tourisme,

Association du transport aérien international,

Fédération routière internationale

Union internationale des organismes officiels de tourisme

4. Los Gobiernos de los siguientes Estados enviaron representantes a la Conferencia:

Argentina	Irán
Australia	Israel
Austria	Italia
Bélgica	Japón
Birmania	Líbano
Bolivia	Luxemburgo
Camboja	México
Canadá	Mónaco
Ceilán	Países Bajos
Ciudad del Vaticano	Panamá
Colombia	Perú
Costa Rica	Portugal
Cuba	Reino Hachemita de Jordania
Chile	Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte
China	República Dominicana
Ecuador	República Federal Alemana
Egipto	República Federal Alemana
España	San Marino
Estados Unidos de América	Siria
Filipinas	Suecia
Francia	Suiza
Guatemala	Uruguay
Haití	Yugoslavia
Honduras	
India	

Los Gobiernos de los siguientes Estados enviaron observadores a la Conferencia:

Brasil	Hungría
Dinamarca	Irak
Finlandia	Tailandia
Grecia	Turquía

Las siguientes organizaciones estuvieron representadas en la Conferencia:

A. Organismos especializados:

Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura;

B. Otras organizaciones intergubernamentales:

Consejo de Cooperación Aduanera,

Organización de los Estados Americanos,

Organización de Cooperación Económica Europea;

C. Organizaciones no gubernamentales reconocidas como entidades consultivas por el Consejo Económico y Social:

Categoría A:

Cámara de Comercio Internacional:

Categoría B:

{ Federación Interamericana de Automóvil Clubs,
Federación Automovilística Internacional,
Alianza Internacional de Turismo.

Asociación de Transporte Aéreo Internacional,

Federación Internacional de Carreteras,

Unión Internacional de Organizaciones Oficiales de Vías de Comunicación;

4. Die Regierungen der folgenden Staaten waren an der Konferenz durch Bevollmächtigte vertreten:

Ägypten	Kambodscha
Argentinien	Kanada
Australien	Kolumbien
Belgien	Kuba
Birma	Libanon
Bolivien	Luxemburg
Bundesrepublik Deutschland	Mexiko
Ceylon	Monaco
Chile	Niederlande
China	Osterreich
Costa Rica	Panama
Dominikanische Republik	Peru
Ecuador	Philippinen
Frankreich	Portugal
Guatemala	San Marino
Haiti	Schweden
Honduras	Schweiz
Indien	Spanien
Iran	Syrien
Israel	Uruguay
Italien	Staat der Vatikanstadt
Japan	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
Jordanien (Haschemitisches Königreich)	Vereinigte Staaten von Amerika
Jugoslawien	

Die Regierungen folgender Staaten haben zur Konferenz Beobachter entsandt:

Brasilien	Irak
Dänemark	Thailand
Finnland	Türkei
Griechenland	Ungarn

Die folgenden Organisationen waren auf der Konferenz vertreten:

A. Sonderorganisationen:

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur;

B. Andere zwischenstaatliche Regierungsorganisationen:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens,

Organisation der Amerikanischen Staaten,

Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit;

C. Nichtstaatliche Organisationen mit beratender Stellung beim Wirtschafts- und Sozialrat:

Kategorie A

Internationale Handelskammer;

Kategorie B

{ Interamerikanischer Verband der Automobilclubs,
Internationaler Automobilverband (Fédération Internationale de l'Automobile),
Internationaler Touring-Verband (Alliance- Internationale de Tourisme),

Internationaler Luftverkehrsverband (Association du Transport Aérien International),

Internationale Straßen-Vereinigung (Fédération Routière Internationale),

Internationale Union der offiziellen Fremdenverkehrsbeamten (Union Internationale des Officiers des Services de l'Information et de la Propagande),

D. Other non-governmental organizations:

Caribbean Tourist Association.

5. In accordance with Rules 52, 54 and 55 of the Rules of Procedure adopted by the Conference, the observers and the representatives of the above-mentioned organizations participated in the work of the Conference without the right of vote

6. The Conference elected as President Mr. Philippe de Seynes (France) and Mr. A. S. Lall (India) and Mr. Orcencio Nodarse (Cuba) respectively as First and Second Vice-Chairman.

7. The Conference set up a Credentials Committee which elected as Chairman Mr. H. Scheltema (Netherlands) and two Working Parties which elected respectively as Chairmen: Mr. Franz Luethi (Switzerland) and Mr. Charles Hopchet (Belgium).

A Legal Committee was also set up, which elected Mr. G. de Sydow (Sweden) as Chairman.

8. Working Party I adopted as a basis for its discussion the provisions of the Draft International Customs Convention on Touring, prepared by the Economic Commission for Europe, which were relevant to Customs formalities for the temporary importation of private road motor vehicles.

Working Party II adopted as a basis for its discussions the Draft Convention on the Concessions and Facilities to be Granted to Tourists submitted by the Government of France, which was based in part on the draft convention of the Economic Commission for Europe referred to above.

9. The deliberations of the Conference are recorded in the summary records of the respective Working Parties and of the plenary meetings.

10. The Conference adopted and opened for signature the following instruments:

A Convention concerning Customs Facilities for Touring;

An Additional Protocol to the Convention concerning Customs Facilities for Touring, relating to the Importation of Tourist Publicity Documents and Material; and

A Customs Convention on the Temporary Importation of Private Road Vehicles.

11. In the course of its work the Conference reached certain other decisions, recommendations and declarations which are hereby placed on record:

I. In relation to the Convention on Customs Facilities for Touring; to the Additional Protocol to the Convention on Customs Facilities for Touring, relating to the importation of Tourist Publicity Documents and Material; and to the Customs Convention on the Temporary Importation of Private Road Vehicles:

a) That the terms of these Agreements set out minimum facilities, which are less than those allowed by many of the Contracting States. The contracting States will endeavour to increase the facilities which they now grant;

b) That the Contracting States reserve the right to grant the same advantages to persons residing in non-contracting States;

c) That it is understood that the grant of free admission shall not preclude the levying of small charges in the nature of statistical fees.

D. Autres organisations non gouvernementales:

Association du tourisme des Caraïbes.

5. En conformité des articles 52, 54 et 55 du règlement intérieur adopté par la Conférence, les observateurs délégués par les Etats et les représentants des organisations susdites ont participé, sans droit de vote, aux travaux de la Conférence.

6. La Conférence a élu M. Philippe de Seynes (France) Président, M. A. S. Lall (Inde) premier Vice-Président, et M. Orcencio Nodarse (Cuba) second Vice-Président.

7. La Conférence a constitué un Comité de vérification des pouvoirs, qui a élu M. H. Scheltema (Pays-Bas) Président, et deux groupes de travail, qui ont élu comme Présidents M. Franz Luethi (Suisse) et M. Charles Hopchet (Belgique) respectivement.

Un Comité juridique a également été constitué; il a élu M. G. de Sydow (Suède) Président.

8. Le Groupe de travail I a adopté pour base de discussion les dispositions du projet de convention douanière internationale sur le tourisme établi par la Commission économique pour l'Europe: dispositions relatives aux formalités douanières visant l'importation temporaire des véhicules de tourisme; le Groupe de travail II a adopté pour base de discussion le projet de convention sur les tolérances et facilités à accorder aux touristes établi par le Gouvernement français, en partie d'après le projet de convention de la Commission économique pour l'Europe mentionné ci-dessus.

9. Les délibérations de la Conférence sont rapportées dans les comptes rendus des Groupes de travail ainsi que dans ceux des séances plénières

10. La Conférence a adopté et ouvert à la signature les instruments ci-après:

Une Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme;

Un Protocole additionnel à la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, relatif à l'importation de documents et de matériel de propagande touristique;

Une convention douanière relative à l'importation temporaire des véhicules routiers privés

11. Au cours de ses travaux, la Conférence a adopté certaines autres décisions, recommandations ou déclarations qui sont enregistrées ci-après:

I. En ce qui concerne la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, le Protocole additionnel à la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, relatif à l'importation de documents et de matériel de propagande touristique et la Convention douanière relative à l'importation temporaire de véhicules routiers privés:

a) Les dispositions de ces instruments déterminent des facilités minimums, qui sont inférieures à celles qu'accordent un grand nombre d'Etats contractants. Les Etats contractants s'efforceront d'étendre les facilités qu'ils accordent actuellement;

b) Les Etats contractants se réservent le droit de consentir les mêmes avantages aux personnes résidant dans des Etats non contractants;

c) Il est entendu que l'admission en franchise n'exclut pas de faibles perceptions ayant le caractère d'un droit de statistique.

D. Otras organizaciones no gubernamentales:**Asociación Turística del Caribe.**

5. De conformidad con los artículos 52, 54 y 55 del reglamento aprobado por la Conferencia, los observadores y los representantes de las organizaciones antes mencionadas participaron sin voto en las deliberaciones de la Conferencia.

6. La Conferencia eligió para el cargo de Presidente al Sr. Philippe de Seynes (Francia) y para los de Vicepresidente Primero y Vicepresidente Segundo a los Sres. A. S. Lall (India) y Orenco Nodarse (Cuba), respectivamente.

7. La Conferencia estableció una Comisión de Verificación de Poderes, que eligió como Presidente al Sr. H. Scheltema (Países Bajos), y dos Grupos de Trabajo, que eligieron respectivamente como Presidentes a los Sres. Franz Lüthi (Suiza) y Charles Hopchet (Bélgica).

También se estableció una Comisión Jurídica, que eligió como Presidente al Sr. G. de Sydow (Suecia).

8. El Grupo de Trabajo I adoptó como base para sus deliberaciones las disposiciones del proyecto de convención aduanera internacional sobre el turismo preparada por la Comisión Económica para Europa, que son pertinentes en lo que respecta a las formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos automotores particulares de carretera.

El Grupo de Trabajo II adoptó como base para sus deliberaciones el proyecto de convención sobre las concesiones y facilidades que se otorgarán a los turistas, presentado por el Gobierno de Francia e inspirado en parte en el proyecto de convención de la Comisión Económica para Europa a que antes se ha hecho referencia.

9. Las deliberaciones de la Conferencia constan en las actas resumidas de los grupos de trabajo respectivos y de las sesiones plenarias.

10. La Conferencia adoptó y abrió a la firma los instrumentos siguientes:

Una Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo,

Un Protocolo adicional a la convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, relativo a la importación de documentos y material de propaganda turística, y

Una Convención sobre formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos particulares de carretera.

11. En el curso de sus trabajos la Conferencia produjo algunas otras decisiones, recomendaciones y declaraciones, de las cuales se deja constancia a continuación:

I. Con respecto a la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo; al Protocolo adicional a la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, relativo a la importación de documentos y material de propaganda turística; y a la Convención sobre formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos particulares de carretera:

- a) Que las disposiciones de esos convenios establecen las facilidades mínimas, que son menos amplias que las que conceden muchos Estados Contratantes Los Estados Contratantes se esforzarán por ampliar las facilidades que conceden en la actualidad;
- b) Que los Estados Contratantes se reservan el derecho de conceder las mismas ventajas a personas residentes en Estados no contratantes;
- c) Que se entiende que la libre admisión no impedirá cobrar pequeñas sumas en calidad de derechos de estadística;

D. Andere nichtstaatliche Organisationen**Karibischer Reiseverkehrsverband.**

5. Nach den Artikeln 52, 54 und 55 der von der Konferenz angenommenen Geschäftsordnung haben die von den Staaten entsandten Beobachter und Vertreter der vorerwähnten Organisationen an den Arbeiten der Konferenz ohne Stimmrecht teilgenommen.

6. Die Konferenz hat Herrn Philippe de Seynes (Frankreich) zum Vorsitzenden, Herrn A. S. Lall (Indien) zum ersten und Herrn Orenco Nodarse (Kuba) zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

7. Die Konferenz setzte einen Ausschuß zur Prüfung der Vollmachten ein, der Herrn H. Scheltema (Niederlande) zu seinem Vorsitzenden wählte, und bildete zwei Arbeitsgruppen, die Herrn Franz Lüthi (Schweiz) und Herrn Charles Hopchet (Belgien) zu ihren Vorsitzenden wählten.

Ferner wurde ein Rechtsausschuß eingesetzt, der Herrn G. de Sydow (Schweden) zu seinem Vorsitzenden wählte.

8. Die Arbeitsgruppe I nahm als Besprechungsgrundlage die Bestimmungen des von der Wirtschaftskommission für Europa ausgearbeiteten Entwurfes eines internationalen Zollabkommens über den Touristenverkehr, soweit sie die Zollformalitäten für die vorübergehende Einfuhr privater Straßenkraftfahrzeuge betreffen; die Arbeitsgruppe II nahm als Besprechungsgrundlage den Entwurf des Abkommens über die den Touristen zu gewährenden Befreiungen und Erleichterungen, der von der französischen Regierung, teilweise nach dem vorerwähnten Abkommensentwurf der Wirtschaftskommission für Europa, ausgearbeitet worden war.

9. Die Beratungen der Konferenz sind in zusammenfassenden Berichten der betreffenden Arbeitsgruppen und in den Berichten über die Vollsitzungen festgehalten worden.

10. Die Konferenz hat folgende Vereinbarungen angenommen und zur Unterzeichnung aufgelegt:

Ein Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr;

Ein Zusatzprotokoll zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr;

Ein Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge.

11. Im Verlaufe ihrer Arbeiten hat die Konferenz die nachstehenden anderen Beschlüsse, Empfehlungen und Erklärungen angenommen:

I. Zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr, zum Zusatzprotokoll zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr und zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge:

- a) Die Bestimmungen dieser Abkommen legen Mindestleichterungen fest, die geringer sind als die Erleichterungen, die viele Vertragsstaaten schon gewähren. Die Vertragsstaaten werden sich bemühen, die zur Zeit gewährten Erleichterungen zu erweitern;
- b) Die Vertragsstaaten behalten sich das Recht vor, dieselben Erleichterungen auch den in Nicht-Vertragsstaaten wohnenden Personen zu gewähren;
- c) Es herrscht Einverständnis darüber, daß die Gewährung der Abgabenfreiheit die Erhebung geringer Beträge in Form von statistischen Gebühren nicht ausschließt.

II. In relation to the Convention on Customs Facilities for Touring:

- a) That the Contracting States shall endeavour to make all arrangements to acquaint tourists by all appropriate means (folders, posters, notices, loudspeakers in stations, etc.), with the regulations with which they must comply and the facilities granted to them in their respective territories;
- b) That the Contracting States shall endeavour to dispense with a written declaration for the articles and commodities covered by the Convention;
- c) (i) Admission of a reservation by Egypt to the Convention concerning Customs Facilities for Touring in the following terms:

"The Delegation of Egypt reserves its Government's right to withhold the advantages provided for by the Convention concerning Customs Facilities for Touring from any person who, while visiting Egypt as a tourist, takes up employment with or without pay."

- (ii) Admission of a reservation by Guatemala in respect of articles 1 and 19 of the Convention concerning Customs Facilities for Touring in the following terms:

"The Guatemalan Government reserves the right:

"(1) Not to consider as tourists persons who enter the country for business as provided in article 1;

"(2) Not to accept the provisions of article 19 in respect of territories in dispute which are under the *de facto* administration of another State."

- (iii) Admission of a reservation by Haiti to the Convention concerning Customs Facilities for Touring in the following terms:

"The Delegation of Haiti reserves its Government's right to withhold the advantages provided for by the Convention concerning Customs Facilities for Touring from any person who, while visiting Haiti as a tourist, accepts any paid employment or engages in any other form of gainful occupation."

- (iv) Admission of a reservation by Lebanon to the Convention concerning Customs Facilities for Touring in the following terms:

"The Delegation of Lebanon reserves its right to withhold the advantages provided for by the Convention concerning Customs Facilities for Touring from any person who, while visiting Lebanon as a tourist, takes up paid employment or any other form of gainful occupation."

- (v) Admission of a reservation by Sweden in respect of article 3 of the Convention concerning Customs Facilities for Touring in the following terms:

"Notwithstanding the provisions of article 3 of the Convention concerning Customs Facilities for Touring, the Scandinavian countries shall be permitted to make special rules applicable to persons residing in those countries."

II. En ce qui concerne la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme:

- a) Les Etats contractants s'efforceront de prendre toutes dispositions pour faire connaître aux touristes, par tous moyens appropriés (dépliants, affiches, notices, haut-parleurs dans les gares, etc.), la réglementation applicable dans leurs territoires respectifs et les facilités qui leur y sont consenties;
- b) Les Etats contractants s'efforceront de ne pas exiger de déclaration écrite pour les objets ou produits visés par la Convention;
- c) i) Admission d'une réserve faite par l'Egypte à la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, et formulée comme suit:

« La délégation égyptienne réserve le droit de son gouvernement de ne pas admettre au bénéfice des dispositions de la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme les personnes qui, lorsqu'elles visitent l'Egypte en qualité de touristes, prennent un emploi rémunéré ou non. »

- ii) Admission d'une réserve faite par le Guatemala aux articles premier et 19 de la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, et formulée comme suit:

« Le Gouvernement du Guatemala se réserve le droit:

"1) Nonobstant les termes de l'article premier, de ne pas considérer comme touristes les personnes qui se rendent dans le pays pour affaires;

"2) De considérer que les dispositions de l'article 19 ne s'appliquent pas aux territoires dont la situation fait l'objet d'une contestation et qui sont administrés de facto par un autre Etat. »

- iii) Admission d'une réserve faite par Haïti à la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, et formulée comme suit:

« La délégation d'Haïti réserve le droit de son gouvernement de ne pas admettre au bénéfice des avantages prévus par la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme les personnes qui, au cours de leur visite comme touristes en Haïti, accepteraient un emploi salarié ou une quelconque occupation rémunérée. »

- iv) Admission d'une réserve faite par le Liban à la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, et formulée comme suit:

« La délégation du Liban réserve le droit de ne pas admettre au bénéfice des avantages prévus par la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme les personnes qui, au cours de leur visite comme touristes au Liban, accepteraient un emploi salarié ou une quelconque occupation rémunérée. »

- v) Admission d'une réserve faite par la Suède à l'article 3 de la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, et formulée comme suit:

« Nonobstant les dispositions de l'article 3 de la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, les pays scandinaves pourront édicter des règles particulières applicables aux personnes qui résident dans ces pays. »

II. Con respecto a la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo:

- a) Que los Estados Contratantes se esforzarán por adoptar las disposiciones necesarias para asegurar por todos los medios adecuados (volantes, carteles, avisos, altavoces en las estaciones, etc.) la difusión entre los turistas de la reglamentación que les es aplicable y de las facilidades que se les conceden en sus respectivos territorios;
- b) Que los Estados Contratantes se esforzarán por no exigir una declaración escrita con respecto a los objetos y productos comprendidos en la Convención;
- c) i) Admisión de una reserva formulada por Egipto respecto a la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, en los términos siguientes:

“La delegación de Egipto reserva el derecho de su Gobierno de excluir de las ventajas de la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo a toda persona que, durante su visita a Egipto en calidad de turista, acepte un empleo con o sin remuneración.”

- ii) Admisión de una reserva formulada por Guatemala respecto a los artículos 1 y 19 de la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, en los términos siguientes:

“El Gobierno de Guatemala se reserva el derecho:

“1. De no considerar como turistas a las personas que ingresen al país con fines de negocios, que establece el artículo 1.

“2. A no aceptar dentro de las prescripciones del artículo 19 lo referente a los territorios en disputa que estén en administración de hecho por otro Estado.”

- iii) Admisión de una reserva formulada por Haití respecto a la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, en los términos siguientes:

“La delegación de Haití reserva el derecho de su Gobierno de excluir de las ventajas de la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo a toda persona que, durante su visita a Haití en calidad de turista, acepte un empleo a sueldo o cualquier ocupación remunerada.”

- iv) Admisión de una reserva formulada por el Líbano respecto a la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, en los términos siguientes:

“La delegación del Líbano reserva el derecho de su Gobierno de no incluir entre los beneficiarios de las ventajas de la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo a las personas que, durante su visita al Líbano en calidad de turistas, acepten un empleo a sueldo o cualquier ocupación remunerada.”

- v) Admisión de una reserva formulada por Suecia respecto al artículo 3 de la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, en los términos siguientes:

“No obstante las disposiciones del artículo 3 de la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, los países escandinavos podrán promulgar disposiciones especiales aplicables a los residentes en dichos países.”

II. Zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr:

- a) Die Vertragsstaaten werden sich bemühen, alle Maßnahmen zu treffen, um die Touristen mit allen geeigneten Mitteln (Merkblätter, Plakate, Bekanntmachungen, Lautsprecher in den Bahnhöfen u. dgl.) mit den in ihren Gebieten geltenden Bestimmungen und den den Reisenden zustehenden Erleichterungen bekanntzumachen;
- b) Die Vertragsstaaten werden sich bemühen, für die unter das Abkommen fallenden Waren und Gegenstände keine schriftliche Anmeldung zu verlangen;
- c) (i) Zulassung eines Vorbehaltes Ägyptens zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr mit folgendem Inhalt:

„Die Ägyptische Delegation behält sich das Recht ihrer Regierung vor, von dem im Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr vorgesehenen Erleichterungen Personen auszuschließen, die während ihres Aufenthaltes in Ägypten als Touristen eine Beschäftigung gegen oder ohne Entgelt aufnehmen.“

- (ii) Zulassung eines Vorbehaltes Guatemalas zu den Artikeln 1 und 19 des Abkommens über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr mit folgendem Inhalt:

„Die Regierung von Guatemala behält sich das Recht vor:

(1) Personen, die zu geschäftlichen Zwecken einreisen, nicht als Touristen im Sinne von Artikel 1 anzusehen;

(2) Die Bestimmungen des Artikels 19 nicht auf Gebiete anzuwenden, deren Status umstritten ist und die de facto von einem anderen Staat verwaltet werden.“

- (iii) Zulassung eines Vorbehaltes Haitis zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr mit folgendem Inhalt:

„Die Delegation von Haiti behält sich das Recht ihrer Regierung vor, von den im Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr vorgesehenen Erleichterungen Personen auszuschließen, die während ihres Aufenthaltes in Haiti als Touristen eine Beschäftigung gegen Entgelt oder irgendeine andere gewinnbringende Tätigkeit aufnehmen.“

- (iv) Zulassung eines Vorbehaltes Libanons zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr mit folgendem Inhalt:

„Die Delegation Libanons behält sich das Recht vor, von den im Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr vorgesehenen Erleichterungen Personen auszuschließen, die während ihres Aufenthaltes in Libanon als Touristen eine Beschäftigung gegen Entgelt oder irgendeine andere gewinnbringende Tätigkeit aufnehmen.“

- (v) Zulassung eines Vorbehaltes Schwedens zu Artikel 3 des Abkommens über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr mit folgendem Inhalt:

„Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 3 des Abkommens über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr können die skandinavischen Länder besondere Bestimmungen für die in diesen Ländern wohnenden Personen einführen.“

III. In relation to the Additional Protocol to the Convention on Customs Facilities for Touring, relating to the Importation of Tourist Publicity Documents and Material:

a) The Conference took note that two agreements have already been concluded, covering similar matter, namely the Agreement on the Importation of Educational, Scientific and Cultural Materials adopted under the auspices of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, which came into force on 21 May 1952 and the International Convention to Facilitate the Importation of Commercial Samples and Advertising Material concluded under the auspices of the United Nations and signed at Geneva on 7 November 1952.

b) Admission of a reservation by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in respect of article 2 to the Additional Protocol of the Convention concerning Customs Facilities for Touring, relating to the Importation of Tourist Publicity Documents and Material in the following terms:

"The United Kingdom shall not be bound by article 2 of the Additional Protocol in so far as it refers to unframed photographs and unframed photographic enlargements; but undertakes to allow the temporary duty and tax free admission of these articles under the provisions applicable to article 3 of the Protocol."

IV. In relation to the Customs Convention on the Temporary Importation of Private Road Vehicles:

a) That the Customs authorities of the Contracting States shall endeavour to bring into general use, for visas on temporary importation papers, date stamps marking the date of the entry or exit and the name of the Customs office at which the entry or exit was recorded;

b) That the Contracting State shall endeavour to dispense with temporary exportation papers when the vehicles are covered by papers for temporary importation into another country by which they may be identified on their return;

c) That the Contracting States recognize that the satisfactory operation of this Convention requires the provision of facilities to the authorized association for:

(i) the transfer of the currency necessary for the payment of import duties and import taxes claimed by Customs authorities of one of the Contracting States for non-discharge of the temporary importation papers covered by this Convention;

(ii) the transfer of currency when repayment of import duties or import taxes is made in accordance with the arrangements laid down in article 27 of this Convention; and

(iii) the transfer of currency for payment for temporary importation or international circulation papers sent to the authorized associations by the corresponding associations or federations;

d) (i) Admission of a reservation by Ceylon in respect of article 2 of the Customs Convention on the Temporary Importation of Private Road Vehicles in the following terms:

III. En ce qui concerne le Protocole additionnel à la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, relatif à l'importation de documents et de matériel de propagande touristique:

a) La Conférence a constaté que deux accords concernant des sujets analogues avaient déjà été conclus, à savoir l'Accord pour l'importation d'objets de caractère éducatif, scientifique et culturel, adopté sous les auspices de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture et entré en vigueur le 21 mai 1952, et la Convention internationale pour faciliter l'importation d'échantillons commerciaux et du matériel publicitaire conclue sous les auspices de l'Organisation des Nations Unies, signée à Genève le 7 novembre 1952;

b) Admission d'une réserve faite par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à l'article 2 du Protocole additionnel à la Convention sur les facilités douanières en faveur du tourisme, relatif à l'importation de documents et de matériel de propagande touristique, et formulée comme suit:

« Le Royaume-Uni n'est pas lié par les dispositions de l'article 2 du Protocole additionnel en ce qui concerne les photographies et agrandissements photographiques non encadrés visés audit article; cependant, il s'engage à admettre ces articles en franchise temporaire des droits et taxes d'entrée en application des dispositions de l'article 3 du Protocole »

IV. En ce qui concerne la Convention douanière relative à l'importation temporaire des véhicules routiers privés:

a) Les autorités douanières des Etats contractants s'efforceront de généraliser l'emploi, pour les visas des titres d'importation temporaire, de compositeurs-dateurs marquant la date du passage et le nom du bureau de douane où le passage est constaté;

b) Les Etats contractants s'efforceront de ne pas exiger de titres d'exportation temporaire lorsqu'il existe, pour les véhicules, des titres d'importation temporaire valables pour un autre pays, qui permettent d'identifier les véhicules à leur retour.

c) Les Etats contractants reconnaissent que la bonne exécution de la Convention requiert l'octroi de facilités aux associations autorisées en ce qui concerne:

i) Le transfert des devises nécessaires au règlement des droits et taxes d'entrée réclamés par les autorités douanières d'un des Etats contractants pour non-décharge des titres d'importation temporaire prévus par la Convention;

ii) Le transfert des devises lorsqu'il y a restitution de droits ou taxes d'entrée en conformité des dispositions de l'article 27 de la Convention; et

iii) Le transfert des devises nécessaires au paiement des formulaires d'importation temporaire ou de circulation internationale, envoyés aux associations autorisées par leurs associations ou fédérations correspondantes.

d) i) Admission d'une réserve faite par Ceylan à l'article 2 de la Convention douanière relative à l'importation temporaire des véhicules routiers privés, et formulée comme suit:

III. Con respecto al Protocolo adicional a la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, relativo a la importación de documentos y material de propaganda turística:

- a) La Conferencia tomó nota de que ya se han suscrito dos convenios sobre materias análogas, a saber, el Acuerdo sobre la Importación de Materiales Científicos, Culturales y para la Enseñanza, adoptado bajo los auspicios de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura, que entró en vigor el 21 de mayo de 1952, y la Convención Internacional para Facilitar la Importación de Muestras Comerciales y de Material de Propaganda, adoptada bajo los auspicios de las Naciones Unidas y firmada en Ginebra el 7 de noviembre de 1952;
 - b) Admisión de una reserva formulada por el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte respecto al artículo 2 del Protocolo adicional a la Convención sobre facilidades aduaneras para el turismo, relativo a la importación de documentos y material de propaganda turística, en los términos siguientes:
- “El Reino Unido no estará obligado por el artículo 2 del Protocolo en lo que se refiere a fotografías y ampliaciones fotográficas sin marco pero se compromete a permitir la importación temporal de esos artículos con franquicia de derechos y gravámenes de importación, de conformidad con las disposiciones del artículo 3 del Protocolo.”

IV. Con respecto a la Convención sobre formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos particulares de carretera:

- a) Que las autoridades aduaneras de los Estados Contratantes se esforzarán por generalizar en los visados de los documentos de importación temporal, los sellos con la fecha que indique el día de entrada o salida y el nombre de la aduana que registró dichas entradas o salidas.
- b) Que los Estados Contratantes se esforzarán por no exigir títulos de exportación temporal cuando los vehículos los posean de importación temporal en otro país, mediante los cuales se les pueda identificar a su regreso.
- c) Que los Estados Contratantes reconocen como condición necesaria para que la Convención se aplique satisfactoriamente, que las asociaciones autorizadas cuenten con facilidades para:
 - i) La transferencia de las divisas necesarias para el pago de los derechos y gravámenes de importación reclamados por las autoridades aduaneras de uno de los Estados Contratantes por la falta de reembodo de salida de los títulos de importación temporal a que se refiere la Convención;
 - ii) La transferencia de las divisas necesarias cuando se efectúe el reintegro de derechos y gravámenes de importación de conformidad con las disposiciones establecidas en el artículo 27 de la Convención; y
 - iii) La transferencia de las divisas necesarias para el pago de los documentos de importación temporal o de circulación internacional enviados a las asociaciones autorizadas por las asociaciones o federaciones correspondientes.
- d) i) Admisión de una reserva formulada por Ceilán respecto al artículo 2 de la Convención sobre formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos particulares de carretera, en los términos siguientes:

III. Zum Zusatzprotokoll zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr:

- a) Die Konferenz stellte fest, daß bereits zwei Vereinbarungen über ähnliche Gegenstände abgeschlossen worden sind und zwar:
- Das Abkommen über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen und kulturellen Charakters, das im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur angenommen wurde und am 21. Mai 1952 in Kraft getreten ist, sowie das Internationale Abkommen zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und von Werbematerial, das im Rahmen der Vereinten Nationen abgeschlossen und in Genf am 7. November 1952 unterzeichnet worden ist;
- b) Zulassung eines Vorbehaltes des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland zu Artikel 2 des Zusatzprotokolls zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr mit folgendem Inhalt:

„Das Vereinigte Königreich ist durch Artikel 2 des Zusatzprotokolls nicht gebunden, soweit er sich auf nichteingehaltene Photographien und photographische Vergrößerungen bezieht; es verpflichtet sich jedoch, diese Gegenstände nach Artikel 3 des Protokolls ohne Erhebung von Abgaben zur vorübergehenden Einfuhr zuzulassen.“

IV. Zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge:

- a) Die Zollbehörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, für die Bescheinigungen auf den Zollpapieren für die vorübergehende Einfuhr allgemein Datumstempel zu verwenden, die das Datum des Eingangs oder Ausgangs und die Bezeichnung des Zollamtes, das den Eingang oder Ausgang festgestellt hat, angeben.
- b) Die Vertragsstaaten werden sich bemühen, keine Zollpapiere für die vorübergehende Ausfuhr zu verlangen, wenn für die Fahrzeuge Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr vorliegen, die für andere Länder gelten und die die Feststellung der Identität bei der Rückkehr ermöglichen.
- c) Die Vertragsstaaten erkennen an, daß es für die zufriedenstellende Anwendung dieses Abkommens erforderlich ist, den ermächtigten Verbänden Erleichterungen zu gewähren:
 - (i) Für den Transfer der erforderlichen Devisen zur Entrichtung der Eingangsabgaben, die von den Zollbehörden eines Vertragsstaates wegen Nichterledigung der in diesem Abkommen vorgesehenen Zollpapiere gefordert werden;
 - (ii) Für den Transfer von Devisen, wenn Eingangsabgaben nach Artikel 27 dieses Abkommens zurückzuzahlen sind;
 - (iii) Für den Transfer von Devisen zur Bezahlung von Vordrucken der Zollpapiere für die vorübergehende Einfuhr oder der internationalen Zulassungspapiere, die den ermächtigten Verbänden von den mit ihnen in Verbindung stehenden Verbänden oder Vereinigungen zugesandt werden
- d) (i) Zulassung eines Vorbehaltes Ceylons zu Artikel 2 des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge mit folgendem Inhalt:

"Notwithstanding the provisions of article 2 of this Convention, the Government of Ceylon reserves to itself the right to exclude from the benefits of this article persons normally resident outside Ceylon who, on the occasion of a temporary visit to Ceylon, take up paid employment or any other form of gainful occupation."

- (ii) Admission of a reservation by Guatemala in respect of articles 1, 4 and 38 of the Customs Convention on the Temporary Importation of Private Road Vehicles in the following terms:

"The Guatemalan Government reserves its right:

"(1) To consider that the provisions of the Convention shall apply solely to natural persons and not to legal persons and bodies corporate as provided in chapter I, article 1;

"(2) To consider that article 4 shall not be applicable to Guatemala;

"(3) Not to accept the provisions of article 38 in respect of territories in dispute which are under the *de facto* administration of another State."

- (iii) Admission of a reservation by India to certain provisions of the Customs Convention on the Temporary Importation of Private Road Vehicles in the following terms:

With reference to article 1 e):

"The Government of India reserves the right to exclude 'legal' persons from the categories of persons to whom concessions envisaged in this Convention are applicable."

With reference to article 2:

"Notwithstanding the provisions of article 2 of this Convention, the Government of India reserves the right to exclude from the benefits of this article persons normally resident outside India who, on the occasion of a temporary visit to India, take up paid employment or any other form of gainful occupation."

- (iv) Admission of a reservation by Mexico in respect of article 4 and other articles of the Customs Convention on the Temporary Importation of Private Road Vehicles in the following terms:

"The Delegation of Mexico, in accordance with the declaration it duly made when the matter was under discussion in Working Party I, reserves its rights with regard to article 4, which authorizes the temporary importation of component parts for the repair of motor vehicles. The Delegation cannot agree to this article because the procedure in question is contrary to the legislation of its country, and because such spare parts do not usually have the specifications which would permit of their identification on exit. In the Delegation's opinion, this procedure would be prejudicial to the country's fiscal interests; moreover, in this way it would be

«Nonobstant les dispositions de l'article 2 de la présente Convention, le Gouvernement de Ceylan se réserve le droit de ne pas admettre au bénéfice des dispositions dudit article les personnes qui résident normalement hors de Ceylan et qui, à l'occasion d'une visite temporaire dans ce pays, prennent un emploi rémunéré ou se livrent à une occupation quelconque donnant lieu à rémunération.»

- ii) Admission d'une réserve faite par le Guatemala aux articles premier, 4 et 38 de la Convention relative à l'importation temporaire des véhicules routiers privés, et formulée comme suit:

«Le Gouvernement du Guatemala se réserve le droit:

1) De considérer que les dispositions de la Convention ne s'appliquent qu'aux seules personnes physiques, et non pas aux personnes physiques et morales comme le prévoit l'article premier du chapitre premier;

2) De ne pas appliquer sur son territoire les dispositions de l'article 4;

3) De considérer que les dispositions de l'article 38 ne s'appliquent pas aux territoires dont la situation fait l'objet d'une contestation et qui sont administrés de facto par un autre Etat.»

- iii) Admission d'une réserve faite par l'Inde à des dispositions de la Convention relative à l'importation temporaire des véhicules routiers privés, formulée comme suit:

En ce qui concerne
l'alinéa e) de l'article premier:

«Le Gouvernement de l'Inde se réserve le droit de ne pas faire bénéficier les personnes morales des facilités accordées par la présente Convention.»

En ce qui concerne l'article 2:

«Nonobstant les dispositions de l'article 2 de la présente Convention, le Gouvernement de l'Inde se réserve le droit de ne pas admettre au bénéfice de cet article les personnes qui résident normalement hors de l'Inde et qui, à l'occasion d'une visite temporaire dans ce pays, prennent un emploi rémunéré ou se livrent à une occupation quelconque donnant lieu à rémunération.»

- iv) Admission d'une réserve faite par le Mexique à l'article 4 et à d'autres articles de la Convention douanière relative à l'importation temporaire des véhicules routiers privés, et formulée comme suit:

«Comme elle a eu l'occasion de le faire remarquer, lorsque la question est venue en discussion devant le Groupe de travail I, la délégation du Mexique réserve sa position en ce qui concerne l'article 4 qui autorise l'importation temporaire des pièces détachées destinées à la réparation des véhicules automobiles; elle ne peut accepter cet article parce que le système qui y est prévu va à l'encontre de la législation du Mexique et parce qu'il n'est généralement pas possible de donner des pièces détachées une description qui permette de les identifier à la sortie. La délégation du Mexique estime que, dans ce cas, le système prévu risque de porter atteinte au

"No obstante las disposiciones del artículo 2 de la presente Convención, el Gobierno de Ceilán se reserva el derecho de excluir de los beneficios de dicho artículo a las personas que normalmente residen fuera de Ceilán y que, con ocasión de una visita a Ceilán, aceptan u obtienen un empleo remunerado o cualquier otra forma de ocupación remuneradora."

- ii) Admisión de una reserva formulada por Guatemala respecto a los artículos, 1, 4 y 38 de la Convención sobre formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos particulares de carretera, en los términos siguientes:

"El Gobierno de Guatemala se reserva sus derechos:

"1. De considerar que las estipulaciones de la Convención se extenderán únicamente a las personas individuales y no a las jurídicas o colectivas, como lo dispone el artículo 1, Capítulo I.

"2. Que el artículo 4 no podrá tener aplicación en el país.

"3. A no aceptar dentro de las prescripciones del artículo 38 lo referente a los territorios en disputa que estén en administración de hecho por otro Estado."

- iii) Admisión de una reserva formulada por la India respecto a las disposiciones de la Convención sobre formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos particulares de carretera, en los términos siguientes:

Respecto al párrafo e) del artículo 1:

"El Gobierno de la India se reserva el derecho de excluir a las personas "jurídicas" de la categoría de personas que pueden beneficiarse de las facilidades previstas en la Convención."

Respecto al artículo 2:

"No obstante las disposiciones del artículo 2 de la presente Convención, el Gobierno de la India se reserva el derecho de excluir de los beneficios de dicho artículo a las personas que normalmente residen fuera de la India y que, con ocasión de una visita a la India, aceptan u obtienen un empleo remunerado o cualquier otra forma de ocupación remuneradora."

- iv) Admisión de una reserva formulada por México respecto al artículo 4 y otros varios de la Convención sobre formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos particulares de carretera, en los términos siguientes:

"La Delegación de México, como oportunamente lo hizo constar al discutirse el asunto en el Grupo de Trabajo I, se reserva sus derechos sobre el artículo 4, que autoriza la importación temporal de piezas sueltas para reparación de automóviles, que no puede admitir por ser contrario el procedimiento de la legislación de su país y por no tener generalmente esas refacciones datos que permitan su identificación a la salida, lo cual considera que pone en peligro sus intereses fiscales, porque en esa forma se pueden importar relaciones nuevas sin pagar importaciones y exportaciones de otras vías, situación que no se preocupa entre el del tránsito

"Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 2 dieses Abkommens behält sich die Regierung Ceylons das Recht vor, von den Vergünstigungen dieses Artikels Personen auszuschließen, die ihren gewöhnlichen Wohnort außerhalb Ceylons haben und die anlässlich eines vorübergehenden Aufenthaltes in diesem Land eine Beschäftigung gegen Entgelt oder irgendeine andere gewinnbringende Tätigkeit aufnehmen."

- (ii) Zulassung eines Vorbehaltes Guatema-
las zu den Artikeln 1, 4 und 38 des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge mit folgendem Inhalt:

**"Die Regierung Guatema-
las behält sich folgende Rechte vor:**

(1) Vorzusehen, daß die Bestimmungen dieses Abkommens nur für natürliche Personen gelten und nicht auch für juristische Personen und Körperschaften, wie es in Kapitel I Artikel 1 vorgesehen ist;

(2) Vorzusehen, in ihrem Gebiet Artikel 4 nicht anzuwenden;

(3) Die Bestimmungen des Artikels 38 nicht für Gebiete anzuwenden, deren Status umstritten ist und die de facto von einem anderen Staat verwaltet werden.

- (iii) Zulassung eines Vorbehaltes Indiens zu einigen Bestimmungen des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge mit folgendem Inhalt:

Zu Artikel 1 Buchstabe e:

"Die Regierung Indiens behält sich das Recht vor, juristische Personen von den Zugeständnissen dieses Abkommens auszuschließen."

Zu Artikel 2:

"Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 2 dieses Abkommens behält sich die Regierung Indiens das Recht vor, von den Vergünstigungen dieses Artikels Personen auszuschließen, die ihren gewöhnlichen Wohnort außerhalb Indiens haben und anlässlich eines vorübergehenden Aufenthaltes in Indien eine Beschäftigung gegen Entgelt oder irgendeine andere gewinnbringende Tätigkeit aufnehmen."

- (iv) Zulassung eines Vorbehaltes Mexikos zu Artikel 4 und anderen Artikeln des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge mit folgendem Inhalt:

"Wie die Delegation Mexikos bereits bei der Besprechung dieser Frage in der Arbeitsgruppe I gehörig vorgebracht hat, behält sie sich ihre Stellungnahme zu Artikel 4 vor, der die vorübergehende Einfuhr von Ersatzteilen zur Instandsetzung von Kraftfahrzeugen zuläßt. Die Delegation kann diesem Artikel nicht zustimmen, weil das dort vorgesehene Verfahren der Gesetzgebung ihres Landes widerspricht und weil es im allgemeinen nicht möglich ist, solche Ersatzteile so genau zu beschreiben, daß ihre Identität beim Ausgang festgestellt werden kann. Die Delegation Mexikos ist der Ansicht, daß das vorliegende Vorrecht nicht die fiskalischen Interessen

possible to import new spare parts without payment of duty by re-exporting old parts belonging to a vehicle not the tourist's own. It has therefore been considered more appropriate that in such cases the proper duty should be paid.

"The same reservation is made with regard to other articles of this Convention which refer to component parts for making repairs."

e) Admission of a recommendation in the following terms:

"The Conference recommends that the standard documents provided for by the annexes to the Customs Convention on the Temporary Importation of Private Road Vehicles be utilized, for commercial road vehicles transporting tourists, by any Contracting State which permits the entry and operation of such vehicles in international traffic."

12. The Conference took note of the provisions of article V of the Agreement providing for the provisional application of the Draft International Customs Conventions on Touring, on Commercial Road Vehicles and on the International Transport of Goods by Road done at Geneva on 16 June 1949, which provides that:

"In the event that the world-wide Conventions contemplated in the second paragraph of the Preamble should be concluded, and upon their entry into force, any Government party to this Agreement which becomes a party to one or more of those Conventions shall automatically be regarded as having denounced the present Agreement with respect to the Draft Convention or Conventions corresponding to any of those Conventions to which that Government has become a party."

13. The original of the present Final Act shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations who will send certified copies thereof to each of the States invited to participate in the Conference.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned representatives and observers have signed this Final Act at the Headquarters of the United Nations, New York, this fourth day of June, one thousand nine hundred and fifty-four, in a single copy in the English, French and Spanish languages, each text being equally authentic.

The Secretary-General is requested to prepare an authoritative translation of this Final Act in the Chinese and Russian languages and to add the Chinese and Russian texts to the English, French and Spanish texts when transmitting certified copies thereof to the States in accordance with the provisions of paragraph 13 above.

For ARGENTINA:
Pour l'ARGENTINE:
Por la ARGENTINA:

intérêts financiers de ce pays, en ce sens qu'il permettrait à un touriste d'importer des pièces neuves, sans payer de taxes, en réexportant des pièces usagées sur un véhicule autre que le sien; il serait donc préférable de prévoir, en pareils cas, le paiement des taxes exigibles.

"La délégation du Mexique formule la même réserve en ce qui concerne les autres articles de la présente Convention où il est fait mention des pièces détachées destinées à la réparation des véhicules."

e) Admission d'une recommandation formulée comme suit:

"La Conférence recommande à tout Etat contractant qui autorise l'entrée et l'utilisation, en circulation internationale, des véhicules routiers commerciaux transportant des touristes, d'employer, relativement à ces véhicules, des documents conformes aux modèles prévus dans les annexes à la Convention douanière relative à l'importation temporaire des véhicules routiers privés."

12. La Conférence a pris acte des dispositions de l'article V de l'Accord relatif à l'application provisoire des projets de conventions internationales douanières sur le tourisme, sur les véhicules routiers commerciaux et sur le transport international des marchandises par la route, fait à Genève le 16 juin 1949, lequel article stipule ce qui suit:

"Dans le cas où les conventions mondiales, envisagées au deuxième paragraphe du préambule, viendraient à être conclues, et à dater du jour de leur entrée en vigueur, tout gouvernement partie au présent Accord, qui deviendrait partie à l'une ou l'autre de ces conventions, sera ipso facto censé avoir dénoncé le présent Accord en ce qui concerne le ou les projets de conventions correspondant à la convention ou aux conventions auxquelles il sera devenu partie."

13. L'original du présent Acte final sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en transmettra des copies certifiées conformes aux Etats qui ont été invités à se faire représenter à la Conférence.

EN FOI DE QUOI les représentants et les observateurs soussignés ont signé le présent Acte final au Siège de l'Organisation des Nations Unies, à New-York, le quatre juin mil neuf cent cinquante-quatre, en un seul exemplaire, en langues anglaise, espagnole et française, chaque texte faisant également foi.

Le Secrétaire général est invité à établir, du présent Acte final, une traduction en langues chinoise et russe faisant autorité et à joindre les textes chinois et russes aux textes anglais, espagnol et français lorsqu'il transmettra aux Etats les copies certifiées conformes en exécution de dispositions du paragraphe 13 ci-dessus.

Ad Referendum
Luis J. Estevarena

For AUSTRALIA:
Pour l'AUSTRALIE:
Por AUSTRALIA:

en tal virtud, se ha estimado más conveniente que en esos casos se paguen los impuestos correspondientes.

"Esta misma reserva se hace por lo que se refiere a otros artículos de esta Convención en que se haga cita de las piezas sueltas para reparación."

e) Admisión de una recomendación formulada en los términos siguientes:

"Se recomienda que todo Estado Contratante que permita la entrada y explotación de vehículos comerciales de carretera para el transporte internacional de turistas haga uso de documentos del tipo previsto en los anexos a la Convención sobre formalidades aduaneras para la importación temporal de vehículos particulares de carretera."

12. La Conferencia tomó nota de las disposiciones del artículo V del acuerdo relativo a la aplicación provisional de los proyectos de convenciones aduaneras internacionales sobre turismo, sobre vehículos comerciales de carretera y sobre transporte internacional de mercaderías por carretera concluido en Ginebra el 16 de junio de 1949, que dispone:

"En caso de concluirse las convenciones mundiales previstas en el párrafo segundo del Preámbulo, y a partir de su entrada en vigor, se considerará que todo Gobierno parte en el presente Acuerdo que llegue a ser parte en una o más de dichas convenciones, ha denunciado ipso facto el presente Acuerdo en lo que respecta al proyecto de convención o proyectos de convenciones correspondientes a la convención o convenciones en las cuales haya llegado a ser parte."

13. El original de esta Acta final se depositará en poder del Secretario General de las Naciones Unidas, quien remitirá copia certificada de él a todos los Estados invitados a la Conferencia.

EN FE DE LO CUAL, los infrascritos representantes y observadores firman la presente Acta Final, en la Sede de las Naciones Unidas, Nueva York, a los cuatro días del mes de junio de mil novecientos cincuenta y cuatro en un solo ejemplar en español, inglés y francés, siendo los tres textos igualmente auténticos.

Se pide al Secretario General se sirva preparar una traducción fehaciente de esta Acta Final a los idiomas chino y ruso, y agregar los textos ruso y chino a los textos español, inglés y francés cuando remita copia certificada de ésta a los Estados de conformidad con lo dispuesto en el párrafo 13.

ihres Landes schädigen könnte, weil es auf diese Weise möglich wäre, neue Ersatzteile ohne Entrichtung des Zolles einzuführen und dafür alte Ersatzteile auszuführen, die von einem anderen Fahrzeug als dem des Touristen stammen. Es wurde daher als angebracht erachtet, in solchen Fällen die Entrichtung des auf den Ersatzteilen lastenden Zolles zu verlangen.

Derselbe Vorbehalt wird zu den anderen Artikeln dieses Abkommens gemacht, die sich auf Ersatzteile zur Instandsetzung von Fahrzeugen beziehen."

e) Zulassung einer Empfehlung mit folgendem Inhalt:

"Die Konferenz empfiehlt sämtlichen Vertragsstaaten, die im internationalen Verkehr den Eingang und die Verwendung von gewerblichen Straßenfahrzeugen zur Beförderung von Touristen zulassen, für diese Fahrzeuge Zollpapiere zu verwenden, die den Mustern der Anlagen zum Abkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge entsprechen."

12. Die Konferenz nahm Kenntnis von den Bestimmungen des Artikels V der Vereinbarung betreffend die vorläufige Anwendung der Entwürfe zu den internationalen Zollabkommen über den Touristenverkehr, über gewerbliche Straßenfahrzeuge und über den internationalen Straßengüterverkehr, die am 16. Juni 1949 in Genf geschlossen worden ist. Dieser Artikel lautet wie folgt:

"Falls die im zweiten Absatz der Präambel in Aussicht genommenen Weltabkommen abgeschlossen werden, wird nach deren Inkrafttreten der Beitritt einer Regierung zu dem einen oder anderen dieser Weltabkommen ipso facto als Kündigung der vorliegenden Vereinbarung angesehen, und zwar werden diejenigen Abkommensentwürfe als gekündigt betrachtet, die den Weltabkommen entsprechen, für die der Beitritt gilt."

13. Die Urschrift dieser Schlußakte wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Generalsekretär wird beglaubigte Abschriften davon jedem Staat übermitteln, der zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen worden ist.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Vertreter und Beobachter diese Schlußakte am Sitz der Vereinten Nationen in New York am vierten Juni neunzehnhundertvierundfünfzig unterzeichnet, und zwar in einer einzigen Ausfertigung in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Generalsekretär wird ersucht, eine amtliche Übersetzung dieser Schlußakte in chinesischer und russischer Sprache anzufertigen und den chinesischen und russischen Text dem englischen, französischen und spanischen Text beizufügen, wenn er die beglaubigten Abschriften den Staaten nach Absatz 13 übermittelt.

Für ARGENTINIEN:

Ad Referendum
Luis J. Estevarena

Für AUSTRALIEN:

For AUSTRIA
Pour l'AUTRICHE:
Por AUSTRIA:

Dr. J. Stangelberger

For the KINGDOM OF BELGIUM:
Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:
Por el REINO DE BÉLGICA:

Ch. Hopchet

For BOLIVIA:
Pour la BOLIVIE:
Por BOLIVIA:

C. Johnson

For the UNION OF BURMA:
Pour l'UNION BIRMANE:
Por la UNIÓN BIRMANA:

U Ba Maung

For CAMBODIA:
Pour le CAMBODGE:
Por CAMBOJA:

Iem Kadul

For CANADA:
Pour le CANADA:
Por el CANADA:

J. E. Thibault

For CEYLON:
Pour CEYLAN:
Por CEILÁN:

H. Shirley Amerasinghe

For CHILE:
Pour le CHILI:
Por CHILE:

For CHINA:
Pour la CHINE:
Por la CHINA:

Dr. Hsiu Cha

For COLOMBIA:
Pour la COLOMBIE:
Por COLOMBIA:

For COSTA RICA:
Pour le COSTA-RICA:
Por COSTA RICA:

J. F. Carballo

Für ÖSTERREICH:

Dr. J. Stangelberger

Für das KÖNIGREICH BELGIEN:

Ch. Hopchet

Für BOLIVIEN:

C. Johnson

Für BIRMA:

U Ba Maung

Für KAMBODSCHA:

Iem Kadul

Für KANADA:

J. E. Thibault

Für CEYLON:

H. Shirley Amerasinghe

Für CHILE:

Für CHINA:

Dr. Hsiu Cha

Für KOLUMBIEN:

Für COSTA RICA:

J. E. Carballo

For CUBA:

Pour CUBA:

Por CUBA:

José Miguel Ribas

For the DOMINICAN REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE DOMINICAINE:
Por la REPÚBLICA DOMINICANA:

R. O. Galván

For ECUADOR:
Pour l'EQUATEUR:
Por el ECUADOR:

B. Oquendo

For EGYPT:
Pour l'EGYPTE:
Por EGIPTO:

Rachad Mourad

For FRANCE:
Pour la FRANCE:
Por FRANCIA:

Philippe de Seynes

For the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:
Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:
Por la REPÚBLICA FEDERAL ALEMANA:

Richard Paulig
Walter Wagner

For GUATEMALA:
Pour le GUATEMALA:
Por GUATEMALA:

E. Castillo Arriola

For HAITI:
Pour HAÏTI:
Por HAITI:

Ernest G. Chauvet

For HONDURAS:
Pour le HONDURAS:
Por HONDURAS:

Juan F. Funes

For INDIA:
Pour l'INDE:
Por la INDIA:

A. S. Lall

For IRAN:
Pour l'IRAN:
Por IRÁN:

A. Khosropour

Für KUBA:

José Miguel Ribas

Für die
DOMINIKANISCHE REPUBLIK:

R. O. Galván

Für ECUADOR:

B. Oquendo

Für ÄGYPTEN:

Rachad Mourad

Für FRANKREICH:

Philippe de Seynes

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Richard Paulig
Walter Wagner

Für GUATEMALA:

E. Castillo Arriola

Für HAITI:

Ernest G. Chauvet

Für HONDURAS:

Juan F. Funes

Für INDIEN:

A. S. Lall

Für IRAN:

A. Khosropur

For ISRAEL:

Pour ISRAËL:

Por ISRAEL:

M. R. Kidron

For ITALY:

Pour l'ITALIE:

Por ITALIA:

Ugo Calderoni

For JAPAN:

Pour le JAPON:

Por el JAPÓN:

Torao Ushiroku

For the HASHEMITE KINGDOM OF THE JORDAN:

Pour le ROYAUME HACHÉMITE DE JORDANIE:

Por el REINO HACHEMITA DE JORDANIA.

For LEBANON:

Pour le LIBAN:

Por el LÍBANO:

H. Shbeïa

For the GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:

Pour le GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG:

Por el GRAN DUCADO DE LUXEMBURGO:

Ch. Hopchet

For MEXICO:

Pour le MEXIQUE:

Por MÉXICO:

José A. Bufort

For MONACO:

Pour MONACO:

Por MÓNACO:

Marcel A. Palmaro

For the KINGDOM OF THE NETHERLANDS:

Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS:

Por el REINO DE LOS PAÍSES BAJOS:

Paymans

For PANAMA:

Pour le PANAMA:

Por PANAMÁ:

Ernesto de la Ossa

For PERU:

Pour le PÉROU:

Por el PERÚ:

Dr. M. E. Maúrtua

Für ISRAEL:

M. R. Kidron

Für ITALIEN:

Ugo Calderoni

Für JAPAN:

Torao Ushiroku

Für das
HASCHEMITISCHE KONIGREICH
JORDANIEN:

Für LIBANON:

H. Shbeïa

Für das
GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG:

Ch. Hopchet

Für MEXIKO:

José A. Bufort

Für MONACO:

Marcel A. Palmaro

Für das
KONIGREICH DER NIEDERLANDE:

Paymans

Für PANAMA:

Ernesto de la Ossa

Für PERU:

Dr. M. E. Maúrtua

For the PHILIPPINE REPUBLIC:
 Pour la RÉPUBLIQUE DES PHILIPPINES:
 Por la REPÚBLICA DE FILIPINAS:

Mauro Méndez

For PORTUGAL:
 Pour le PORTUGAL:
 Por PORTUGAL:

Freire de Andrade

For SAN MARINO:
 Pour SAINT-MARIN:
 Por SAN MARINO:

For SPAIN:
 Pour l'ESPAGNE:
 Por ESPAÑA:

R. de la Presilla

For SWEDEN:
 Pour la SUÈDE:
 Por SUECIA:

G. de Sydow
 A. Appeltoft

For SWITZERLAND:
 Pour la SUISSE:
 Por SUIZA:

Fr. Lüthi

For SYRIA:
 Pour la SYRIE:
 Por SIRIA:

For the
**UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
 AND NORTHERN IRELAND:**
 Pour le
**ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
 ET D'IRLANDE DU NORD:**
 Por el
**REINO UNIDO DE LA GRAN BRETAÑA
 E IRLANDA DEL NORTE:**

Charles Henry Blake

For the UNITED STATES OF AMERICA:
 Pour les ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE:
 Por los ESTADOS UNIDOS DE AMÉRICA:

James J. Wadsworth
 Henry H. Kelly

For URUGUAY:
 Pour l'URUGUAY:
 Por el URUGUAY:

Ad Referendum
 E. Rodriguez Fabre e quat

Für die
REPUBLIK DER PHILIPPINEN:

Mauro Méndez

Für PORTUGAL:

Freire de Andrade

Für SAN MARINO:

Für SPANIEN:

R. de la Presilla

Für SCHWEDEN:

G. de Sydow
A. Appeltoft

Für die SCHWEIZ:

Fr. Lüthi

Für SYRIEN:

Für das
VEREINIGTE KÖNIGREICH VON
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:

Charles Henry Blake

Für die
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:

James J. Wadsworth
Henry H. Kelly

Für URUGUAY:

Ad. Pichoncetti
F. Rodríguez del Olmo

For VATICAN CITY:

Pour la CITÉ DU VATICAN:
Por la CIUDAD DEL VATICANO:

Monseigneur Thomas J. McMahon

For YUGOSLAVIA:

Pour la YOUGOSLAVIE:
Por YUGOESLAVIA:

Dr. Franc Kos

OBSERVERS
OBSERVATEURS
OBSERVADORES

For BRAZIL:

Pour le BRÉSIL:
Por el BRASIL:

For DENMARK:
Pour le DANEMARK:
Por DINAMARCA:

For FINLAND:
Pour la FINLANDE:
Por FINLANDIA:

For GREECE:
Pour la GRÈCE:
Por GRECIA:

For HUNGARY:
Pour la HONGRIE:
Por HUNGRÍA:

Rose Surányi

For IRAQ:
Pour l'IRAK:
Por IRAK:

For THAILAND:
Pour la THAILANDE:
Por THAILANDIA

Für den
STAAT DER VATIKANSTADT:

Monseigneur
Thomas J. McMahon

Für JUGOSLAWIEN:

Dr. Franc Kos

BEOBACHTER

Für BRASILIEN:

Für DÄNEMARK:

Für FINNLAND:

Für GRIECHENLAND:

Für UNGARN:

Rose Surányi

Für IRAK:

Für THAILAND:

Prasong Banachoom

For TURKEY:
Pour la TURQUIE:
Por TURQUÍA:

The PRESIDENT OF THE CONFERENCE:
Le PRÉSIDENT DE LA CONFÉRENCE:
El PRESIDENTE DE LA CONFERENCIA:

Philippe de Seynes

For the SECRETARY-GENERAL:
Pour le SECRÉTAIRE GÉNÉRAL:
Por el SECRETARIO GENERAL:

Branko Lukac

The EXECUTIVE SECRETARY OF THE CONFERENCE:
Le SECRÉTAIRE EXÉCUTIF DE LA CONFÉRENCE:
El SECRETARIO EJECUTIVO DE LA CONFERENCIA:

Michael Higgins

Für die TURKEI:

Der PRÄSIDENT DER KONFERENZ:

Philippe de Seynes

Der GENERALSEKRETÄR
DER KONFERENZ:

Branko Lukac

Der GESCHAFTSFÜHRENDE
SEKRETÄR DER KONFERENZ:

Michael Higgins

**Gesetz zum Übereinkommen Nr. 87
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1948
über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes.**

Vom 20. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in San Franzisko am 9. Juli 1948 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommenen Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Zeitpunkt, an dem das Übereinkommen gemäß seinem Artikel 15 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 20. Dezember 1956.

**Der Bundespräsident
Theodor Heuss**

**Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher**

**Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch**

**Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano**

(Übersetzung)

Convention 87**Convention concernant la liberté syndicale et la protection du droit syndical**

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à San-Francisco par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 17 juin 1948, en sa trente et unième session,

Après avoir décidé d'adopter sous forme d'une convention diverses propositions relatives à la liberté syndicale et la protection du droit syndical, question qui constitue le septième point à l'ordre du jour de la session.

Considérant que le Préambule de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail énonce, parmi les moyens susceptibles d'améliorer la condition des travailleurs et d'assurer la paix, «l'affirmation du principe de la liberté syndicale».

Considérant que la Déclaration de Philadelphie a proclamé de nouveau que «la liberté d'expression et d'association est une condition indispensable d'un progrès soutenu».

Considérant que la Conférence internationale du Travail, à sa trentième session, a adopté à l'unanimité les principes qui doivent être à la base de la réglementation internationale,

Considérant que l'Assemblée générale des Nations Unies, à sa deuxième session, a fait siens ces principes et a invité l'Organisation internationale du Travail à poursuivre tous ses efforts afin qu'il soit possible d'adopter une ou plusieurs conventions internationales,

adopte, ce neuvième jour de juillet mil neuf cent quarante-huit, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur la liberté syndicale et la protection du droit syndical, 1948 :

PARTIE I**Liberté syndicale****Article 1**

Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail pour lequel la présente convention est en vigueur s'engage à donner effet aux dispositions suivantes :

Convention 87**Convention concerning Freedom of Association and Protection of the Right to Organise**

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at San Francisco by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Thirty-first Session on 17 June 1948;

Having decided to adopt, in the form of a Convention, certain proposals concerning freedom of association and protection of the right to organise, which is the seventh item on the agenda of the session;

Considering that the Preamble to the Constitution of the International Labour Organisation declares "recognition of the principle of freedom of association" to be a means of improving conditions of labour and of establishing peace;

Considering that the Declaration of Philadelphia reaffirms that "freedom of expression and of association are essential to sustained progress";

Considering that the International Labour Conference, at its Thirtieth Session, unanimously adopted the principles which should form the basis for international regulation;

Considering that the General Assembly of the United Nations, at its Second Session, endorsed these principles and requested the International Labour Organisation to continue every effort in order that it may be possible to adopt one or several international Conventions;

adopts this ninth day of July of the year one thousand nine hundred and forty-eight the following Convention, which may be cited as the Freedom of Association and Protection of the Right to Organise Convention, 1948:

PART I**Freedom of Association****Article 1**

Each Member of the International Labour Organisation for which this Convention is in force undertakes to give effect to the following provisions

Übereinkommen 87**Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach San Francisco einberufen wurde und am 17. Juni 1948 zu ihrer einunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge betreffend die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, eine Frage, die den siebten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, in der Form eines Übereinkommens anzunehmen.

Davon ausgehend, daß die Präambel zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation die „Anerkennung des Grundsatzes der Vereinigungsfreiheit“ unter den Mitteln aufzählt, die geeignet sind, die Lage der Arbeitnehmer zu verbessern und den Frieden zu sichern,

daß die Erklärung von Philadelphia erneut bekräftigt hat, daß „die Freiheit der Meinungsäußerung und die Vereinigungsfreiheit unerlässliche Voraussetzungen eines anhaltenden Fortschritts sind“,

daß die internationale Arbeitskonferenz auf ihrer dreißigsten Tagung einstimmig die Grundsätze angenommen hat, welche die Grundlage der internationalen Regelung bilden sollen,

daß die allgemeine Versammlung der Vereinten Nationen sich auf ihrer zweiten Tagung diese Grundsätze zu eigen gemacht und die Internationale Arbeitsorganisation ersucht hat, weiterhin alles zu tun, um die Annahme eines oder mehrerer internationaler Übereinkommen zu ermöglichen,

nimmt die Konferenz heute, am 9. Juli 1948, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, bezeichnet wird.

TEIL I**Vereinigungsfreiheit****Artikel 1**

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, die folgenden Prinzipien im Vereinigungsrecht zu schützen:

Article 2

Les travailleurs et les employeurs, sans distinction d'aucune sorte, ont le droit, sans autorisation préalable, de constituer des organisations de leur choix, ainsi que celui de s'affilier à ces organisations, à la seule condition de se conformer aux statuts de ces dernières.

Article 3

1. Les organisations de travailleurs et d'employeurs ont le droit d'élaborer leurs statuts et règlements administratifs, d'élier librement leurs représentants, d'organiser leur gestion et leur activité, et de formuler leur programme d'action.

2. Les autorités publiques doivent s'abstenir de toute intervention de nature à limiter ce droit ou à en entraver l'exercice légal.

Article 4

Les organisations de travailleurs et d'employeurs ne sont pas sujettes à dissolution ou à suspension par voie administrative.

Article 5

Les organisations de travailleurs et d'employeurs ont le droit de constituer des fédérations et des confédérations ainsi que celui de s'y affilier, et toute organisation, fédération ou confédération a le droit de s'affilier à des organisations internationales de travailleurs et d'employeurs.

Article 6

Les dispositions des articles 2, 3 et 4 ci-dessus s'appliquent aux fédérations et aux confédérations des organisations de travailleurs et d'employeurs.

Article 7

L'acquisition de la personnalité juridique par les organisations de travailleurs et d'employeurs, leurs fédérations et confédérations, ne peut être subordonnée à des conditions de nature à mettre en cause l'application des dispositions des articles 2, 3 et 4 ci-dessus.

Article 8

1. Dans l'exercice des droits qui leur sont reconnus par la présente convention, les travailleurs, les employeurs et leurs organisations respectives sont tenus, à l'instar des autres personnes ou collectivités organisées, de respecter la légalité.

2. La législation nationale ne devra porter atteinte ni être appliquée de manière à porter atteinte aux garanties prévues par la présente convention.

Article 2

Workers and employers, without distinction whatsoever, shall have the right to establish and, subject only to the rules of the organisation concerned, to join organisations of their own choosing without previous authorisation.

Article 3

1. Workers' and employers' organisations shall have the right to draw up their constitutions and rules, to elect their representatives in full freedom, to organise their administration and activities and to formulate their programmes

2. The public authorities shall refrain from any interference which would restrict this right or impede the lawful exercise thereof.

Article 4

Workers' and employers' organisations shall not be liable to be dissolved or suspended by administrative authority.

Article 5

Workers' and employers' organisations shall have the right to establish and join federations and confederations and any such organisation, federation or confederation shall have the right to affiliate with international organisations of workers and employers.

Article 6

The provisions of Articles 2, 3 and 4 hereof apply to federations and confederations of workers' and employers' organisations.

Article 7

The acquisition of legal personality by workers' and employers' organisations, federations and confederations shall not be made subject to conditions of such a character as to restrict the application of the provisions of Articles 2, 3 and 4 hereof.

Article 8

1. In exercising the rights provided for in this Convention workers and employers and their respective organisations, like other persons or organised collectivities, shall respect the law of the land.

2. The law of the land shall not be such as to impair, nor shall it be so applied as to impair, the guarantees provided for in this Convention.

Artikel 2

Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber ohne jeden Unterschied haben das Recht, ohne vorherige Genehmigung Organisationen nach eigener Wahl zu bilden und solchen Organisationen beizutreten, wobei lediglich die Bedingung gilt, daß sie deren Satzungen einhalten.

Artikel 3

1. Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber haben das Recht, sich Satzungen und Geschäftsordnungen zu geben, ihre Vertreter frei zu wählen, ihre Geschäftsführung und Tätigkeit zu regeln und ihr Programm aufzustellen.

2. Die Behörden haben sich jedes Eingriffes zu enthalten, der geeignet wäre, dieses Recht zu beschränken oder dessen rechtmäßige Ausübung zu behindern.

Artikel 4

Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber dürfen im Verwaltungswege weder aufgelöst noch zeitweilig eingestellt werden.

Artikel 5

Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sind berechtigt, Verbände und Zentralverbände zu bilden und sich solchen anzuschließen. Die Organisationen, Verbände und Zentralverbände haben das Recht, sich internationalen Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber anzuschließen.

Artikel 6

Die Bestimmungen der Artikel 2, 3 und 4 finden auf die Verbände und Zentralverbände von Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber Anwendung.

Artikel 7

Der Erwerb der Rechtspersönlichkeit durch Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, ihre Verbände und Zentralverbände darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, die geeignet sind, die Anwendung der Bestimmungen der Artikel 2, 3 und 4 zu beeinträchtigen.

Artikel 8

1. Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber und ihre Organisationen haben sich gleich anderen Personen und organisierten Gemeinschaften bei Ausübung der ihnen durch dieses Übereinkommen zuerkannten Rechte an die Gesetze zu halten.

2. Die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte dürfen weder durch die innerstaatliche Gesetzgebung noch durch die Art ihrer Anwendung geschmälert werden.

Article 9

1. La mesure dans laquelle les garanties prévues par la présente convention s'appliqueront aux forces armées et à la police sera déterminée par la législation nationale.

2. Conformément aux principes établis par le paragraphe 8 de l'article 19 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, la ratification de cette convention par un Membre ne devra pas être considérée comme affectant toute loi, toute sentence, toute coutume ou tout accord déjà existants qui accordent aux membres des forces armées et de la police des garanties prévues par la présente convention.

Article 10

Dans la présente convention, le terme «organisation» signifie toute organisation de travailleurs ou d'employeurs ayant pour but de promouvoir et de défendre les intérêts des travailleurs ou des employeurs.

Article 9

1. The extent to which the guarantees provided for in this Convention shall apply to the armed forces and the police shall be determined by national laws or regulations.

2. In accordance with the principle set forth in paragraph 8 of Article 19 of the Constitution of the International Labour Organisation the ratification of this Convention by any Member shall not be deemed to affect any existing law, award, custom or agreement in virtue of which members of the armed forces or the police enjoy any right guaranteed by this Convention.

Artikel 9

1. Die innerstaatliche Gesetzgebung bestimmt, inwieweit die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte auf das Heer und die Polizei Anwendung finden.

2. Die Ratifikation dieses Übereinkommens durch ein Mitglied lässt bereits bestehende Gesetze, Entscheidungen, Gewohnheiten oder Vereinbarungen, die den Angehörigen des Heeres und der Polizei irgendwelche in diesem Übereinkommen vorgesehene Rechte einräumen, nach dem Grundsatz des Artikels 19, Absatz 8 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation unberührt.

Article 10

In this Convention the term "organisation" means any organisation of workers or of employers for furthering and defending the interests of workers or of employers.

Artikel 10

In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck „Organisation“ jede Organisation von Arbeitnehmern oder von Arbeitgebern, welche die Förderung und den Schutz der Interessen der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber zum Ziele hat.

PARTIE II**Protection du droit syndical****Article 11**

Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail pour lequel la présente convention est en vigueur s'engage à prendre toutes mesures nécessaires et appropriées en vue d'assurer aux travailleurs et aux employeurs le libre exercice du droit syndical.

PART II**Protection of the Right to Organise****Article 11**

Each Member of the International Labour Organisation for which this Convention is in force undertakes to take all necessary and appropriate measures to ensure that workers and employers may exercise freely the right to organise.

TEIL II**Schutz des Vereinigungsrechtes****Artikel 11**

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern die freie Ausübung des Vereinigungsrechtes zu gewährleisten.

PARTIE III**Mesures diverses****Article 12**

1. En ce qui concerne les territoires mentionnés par l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail telle qu'elle a été amendée par l'Instrument d'amendement à la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, 1946, à l'exclusion des territoires visés par les paragraphes 4 et 5 dudit article ainsi amendé, tout Membre de l'Organisation qui ratifie la présente convention doit communiquer au Directeur général du Bureau international du Travail, en même temps que sa ratification, ou dans le plus bref délai possible après sa ratification, une déclaration faisant connaître:

- a) les territoires pour lesquels il s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées sans modification;
- b) les territoires pour lesquels il s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées avec des modifications, et en quoi consistent lesdites modifications;

PART III**Miscellaneous Provisions****Article 12**

1. In respect of the territories referred to in Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation as amended by the Constitution of the International Labour Organisation Instrument of Amendment, 1946, other than the territories referred to in paragraphs 4 and 5 of the said Article as so amended, each Member of the Organisation which ratifies this Convention shall communicate to the Director-General of the International Labour Office with or as soon as possible after its ratification a declaration stating—

- (a) the territories in respect of which it undertakes that the provisions of the Convention shall be applied without modification;
- (b) the territories in respect of which it undertakes that the provisions of the Convention shall be applied subject to modifications, together with details of the said modifications;

TEIL III**Verschiedene Bestimmungen****Artikel 12**

1. Für die in Artikel 35 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation in der Fassung der Abänderungsurkunde von 1946 bezeichneten Gebiete, mit Ausnahme der Gebiete nach Absatz 4 und 5 des genannten Artikels in seiner neuen Fassung, hat jedes Mitglied der Organisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes mit seiner Ratifikation oder so bald wie möglich nach der Ratifikation eine Erklärung zu übermitteln, welche die Gebiete bekannt gibt,

- a) für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung des Übereinkommens übernimmt;
- b) für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen.

- c) les territoires auxquels la convention est inapplicable et, dans ces cas, les raisons pour lesquelles elle est inapplicable;
- d) les territoires pour lesquels il réserve sa décision.
2. Les engagements mentionnés aux alinéas a) et b) du premier paragraphe du présent article seront réputés parties intégrantes de la ratification et porteront des effets identiques.
3. Tout Membre pourra renoncer par une nouvelle déclaration à tout ou partie des réserves contenues dans sa déclaration antérieure en vertu des alinéas b), c) et d) du paragraphe 1 du présent article.
4. Tout Membre pourra, pendant les périodes au cours desquelles la présente convention peut être dénoncée conformément aux dispositions de l'article 16, communiquer au Directeur général une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes de toute déclaration antérieure et faisant connaître la situation dans des territoires déterminés.
- (c) the territories in respect of which the Convention is inapplicable and in such cases the grounds on which it is inapplicable;
- (d) the territories in respect of which it reserves its decision.
2. The undertakings referred to in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 1 of this Article shall be deemed to be an integral part of the ratification and shall have the force of ratification.
3. Any Member may at any time by a subsequent declaration cancel in whole or in part any reservations made in its original declaration in virtue of subparagraphs (b), (c) or (d) of paragraph 1 of this Article.
4. Any member may, at any time at which this Convention is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 16, communicate to the Director-General a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of such territories as it may specify.
- c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Falle die Gründe dafür,
- d) für die es sich die Entscheidung vorbehält.
2. Die Verpflichtungen nach Absatz 1, a) und b) dieses Artikels gelten als Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer solchen.
3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung nach Absatz 1, b), c) und d) dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.
4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 16 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Article 13

1. Lorsque les questions traitées par la présente convention entrent dans le cadre de la compétence propre des autorités d'un territoire non métropolitain, le Membre responsable des relations internationales de ce territoire, en accord avec le gouvernement dudit territoire, pourra communiquer au Directeur général du Bureau international du Travail une déclaration d'acceptation, au nom de ce territoire, des obligations de la présente convention.

2. Une déclaration d'acceptation des obligations de la présente convention peut être communiquée au Directeur général du Bureau international du Travail :

- a) par deux ou plusieurs Membres de l'Organisation pour un territoire placé sous leur autorité conjointe;
- b) par toute autorité internationale responsable de l'administration d'un territoire en vertu des dispositions de la Charte des Nations Unies ou de toute autre disposition en vigueur, à l'égard de ce territoire.

3. Les déclarations communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail conformément aux dispositions des paragraphes précédents du présent article doivent indiquer si les dispositions de la convention seront appliquées dans le territoire avec ou sans modification; lorsque la déclaration indique que les dispositions de la convention s'appliquent sous réserve de modifications, elle doit spécifier en quoi consistent lesdites modifications.

4. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront renoncer entièrement ou partiellement

Article 13

1. Where the subject matter of this Convention is within the self-governing powers of any non-metropolitan territory, the Member responsible for the international relations of that territory may, in agreement with the government of the territory, communicate to the Director-General of the International Labour Office a declaration accepting on behalf of the territory the obligations of this Convention.

2. A declaration accepting the obligations of this Convention may be communicated to the Director-General of the International Labour Office—

- (a) by two or more Members of the Organisation in respect of any territory which is under their joint authority; or
- (b) by any international authority responsible for the administration of any territory, in virtue of the Charter of the United Nations or otherwise, in respect of any such territory.

3. Declarations communicated to the Director-General of the International Labour Office in accordance with the preceding paragraphs of this Article shall indicate whether the provisions of the Convention will be applied in the territory concerned without modification or subject to modifications; when the declaration indicates that the provisions of the Convention will be applied subject to modifications it shall give details of the said modifications.

4. The Member, Members or international authority concerned may at any time by a subsequent declaration

Artikel 13

1. Fällt der Gegenstand dieses Übereinkommens unter die Selbstregierungsbefugnisse eines außerhalb des Mutterlandes gelegenen Gebietes, so kann das für die internationalen Beziehungen dieses Gebietes verantwortliche Mitglied im Benehmen mit dessen Regierung dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes eine Erklärung übermitteln, durch die es die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen im Namen des betreffenden Gebietes übernimmt.

2. Eine Erklärung betreffend die Übernahme der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen kann dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt werden

- a) von zwei oder mehr Mitgliedern der Organisation für ein ihnen gemeinsam unterstelltes Gebiet,
- b) von jeder nach der Charta der Vereinten Nationen oder auf Grund einer anderen Bestimmung für die Verwaltung eines Gebietes verantwortlichen internationalen Behörde und zwar für das betreffende Gebiet.

3. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach den vorstehenden Absätzen dieses Artikels übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiet mit oder ohne Abweichungen durchgeführt wird; teilt die Erklärung mit, daß die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

4. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die betreffende internationale Behörde

tiellement par une déclaration ultérieure au droit d'invoquer une modification indiquée dans une déclaration antérieure.

5. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront, pendant les périodes au cours desquelles la convention peut être dénoncée conformément aux dispositions de l'article 16, communiquer au Directeur général du Bureau international du Travail une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes de toute déclaration antérieure et faisant connaître la situation en ce qui concerne l'application de cette convention.

PARTIE IV Dispositions finales

Article 14

Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Article 15

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

Article 16

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour un nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Article 17

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail les protestations

renounce in whole or in part the right to have recourse to any modification indicated in any former declaration.

5. The Member, Members or international authority concerned may, at any time at which this Convention is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 16, communicate to the Director-General of the International Labour Office a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of the application of the Convention.

PART IV Final Provisions

Article 14

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Article 15

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

Article 16

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 17

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the protestations

derzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweidung ganz oder teilweise verzichten.

5. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen nach Artikel 16 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt bestehende Lage in bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

TEIL IV Schlußbestimmungen

Artikel 14

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 15

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate, nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 16

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 17

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation mitgeteilt, von der

ment de toutes les ratifications, déclarations et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

Article 18

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications, de toutes déclarations et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

Article 19

A l'expiration de chaque période de dix années à compter de l'entrée en vigueur de la présente convention, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail devra présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa révision totale ou partielle.

Article 20

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

- a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant révision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 16 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant révision soit entrée en vigueur;
- b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant révision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant révision.

Article 21

Les versions française et anglaise du texte de la présente convention sont également foy.

of all ratifications, declarations and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

Article 18

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications, declarations and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding articles.

Article 19

At the expiration of each period of ten years after the coming into force of this Convention, the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall consider the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 20

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides,

- (a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall ipso jure involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 16 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;
- (b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

Article 21

The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.

Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 18

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Artikel 19

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens jeweils bei Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 20

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 16, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 21

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

**Gesetz
zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 4. April 1955
über Offshore-Beschaffungen.**

Vom 23. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 4. April 1955 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Offshore-Beschaffungen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 23. Dezember 1956.

**Der Bundespräsident
Theodor Heuss**

**Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher**

**Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard**

**Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano**

**Abkommen zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und
den Vereinigten Staaten von Amerika
über Offshore-Beschaffungen**

Artikel 1

Zweck

Der Zweck dieses Abkommens besteht darin, bestimmte Grundsätze, Richtlinien und Sonderbestimmungen festzulegen, die gemäß Übereinkunft zwischen der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als die Bundesrepublik bezeichnet) und den Vereinigten Staaten von Amerika (im folgenden als die Vereinigten Staaten bezeichnet) für Beschaffungen in der Bundesrepublik durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten im Interesse der gemeinsamen Verteidigung maßgebend sind. Diese Beschaffungen werden im folgenden als Offshore-Beschaffungen bezeichnet. Dieses Abkommen findet auf die Aufträge Anwendung, die vom Tage des Abschlusses dieses Abkommens an vergeben werden, sowie auch für noch nicht ausgeführte, vor diesem Datum erteilte Aufträge, mit der Maßgabe, daß die bestehenden Vertragsrechte der privaten Auftragnehmer dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

- (a) Unter Streitkräften der Vereinigten Staaten sind die Landstreitkräfte, die Marine und die Luftwaffe der Vereinigten Staaten zu verstehen.
- (b) Unter Offshore-Beschaffungen sind Beschaffungen mittels Verträgen zu verstehen über Sach- und Werkleistungen jeglicher Art, welche durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten bezahlt werden, einschließlich der durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten genehmigten Unterverträge, jedoch mit der Maßgabe, daß der Begriff Offshore-Beschaffungen nicht Beschaffungen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten einschließt, die aus den von der Bundesrepublik zur Deckung von Besatzungskosten bereitgestellten Mitteln oder aus den von der Bundesrepublik zum Unterhalt der Streitkräfte der Vereinigten Staaten beigesteuerten Verteidigungsbeiträgen gezahlt werden, sowie auch nicht Beschaffungen der „exchange systems“ der Streitkräfte und auch nicht Käufe seitens der einzelnen Mitglieder der Streitkräfte der Vereinigten Staaten.

Artikel 3

Ziele

(a) Die Hauptziele der Vereinigten Staaten bei der Aufstellung des Offshore-Beschaffungsprogramms bestehen darin,

- (i) die Streitkräfte der Vereinigten Staaten mit den notwendigen Sach- und Werkleistungen zu versorgen,
- (ii) so schnell wie möglich Ausrüstungen bereitzustellen, um den Verteidigungsbedarf der am Gegenseitigen Sicherheitsprogramm (Mutual Security Program) beteiligten Ländern zu decken, und
- (iii) die Fähigkeit der beteiligten Länder zu steigern, ihre eigenen Streitkräfte auszurüsten und zu unterhalten.

(b) Beschaffungen im Rahmen dieses Programms sind nicht als Ersatz für die eigene Verteidigungsproduktion der Bundesrepublik gedacht und es besteht Einverständnis darüber, daß das Programm so durchgeführt wird, daß es der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie dem wesentlichen Inlands- und Ausfuhrbedarf der Bundesrepublik Rechnung trägt und sich auf die übrige von der Bundesrepublik übernommene Verteidigungsproduktion nicht negativ auswirkt.

**Agreement Between
the United States of America
and the Federal Republic of Germany
Relating to Offshore Procurement**

Article 1

Purpose

The purpose of this Agreement is to set forth certain principles, policies and specific provisions which the United States of America (hereinafter called the United States) and the Federal Republic of Germany (hereinafter called the Federal Republic) have agreed shall govern procurement by the Armed Forces of the United States in the Federal Republic in the interests of the common defense. Such procurement is hereinafter referred to as offshore procurement. This Agreement shall apply to the contracts placed on and after the date hereof and also to uncompleted contracts placed prior to the date hereof; provided that this shall not impair the existing contract rights of private contractors.

Article 2

Definitions

For the purpose of this Agreement the following terms shall have the following meanings:

- (a) United States Armed Forces shall mean the United States Army, the United States Navy and the United States Air Force.
- (b) Offshore procurement shall mean procurement by means of contracts, purchase orders, and other instruments awarded and sub-contracts approved by the United States Armed Forces for goods and services of any description for which payment is made by the United States Armed Forces, provided, however, the term offshore procurement shall not include procurement by the United States Armed Forces for which payment is made from funds made available by the Federal Republic in discharge of occupation costs or from defense support funds contributed by the Federal Republic for support of the United States Armed Forces, and shall not include procurement by the exchange systems of the Armed Forces and purchases by the individual members of the United States Armed Forces.

Article 3

Objectives

(a) The primary objectives of the United States in instituting the offshore procurement program are

- (i) to provide the United States Armed Forces with needed materials, supplies and services,
- (ii) to provide equipment as rapidly as possible to meet defense requirements of countries participating in the Mutual Security Program, and
- (iii) to increase the ability of participating countries to equip and maintain their own forces.

(b) Procurement under this program is not intended as substitute for the Federal Republic's own defense production and it is understood that the program will be carried out in such a manner that it takes into account the capabilities of the German economy as well as essential domestic and export requirements of the Federal Republic and that it will not have harmful effect on other defense production undertaken by the Federal Republic.

Artikel 4**Durchführung des Programms**

Die Vereinigten Staaten führen das Offshore-Beschaffungsprogramm in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Vereinigten Staaten über militärische Beschaffungen und mit dem Programm für gegenseitige Sicherheit durch. Auch ist es die Absicht der Vereinigten Staaten, daß das Offshore-Beschaffungsprogramm im Bundesgebiet durchgeführt wird, um die Grundsätze des Mutual Security Act vom Jahre 1954 in seiner abgeänderten Fassung, des Mutual Defense Assistance Control Act aus dem Jahre 1951 in seiner abgeänderten Fassung und des am 15. Dezember 1949 in Bonn unterzeichneten Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten in seiner abgeänderten Fassung zu fördern.

Artikel 5**Umfang des Offshore-Beschaffungsprogramms**

Die Sach- und Werkleistungen, deren Durchführung im Rahmen des Offshore-Beschaffungsprogramms in Auftrag gegeben werden kann, umfassen militärische Gegenstände, Sach- und Werkleistungen jeglicher Art, die für militärische Beschaffungen der Vereinigten Staaten geeignet sind und die entweder für das militärische Hilfsprogramm oder für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten benötigt werden. Sofern nichts anderes bestimmt wird, finden die Bestimmungen dieses Abkommens auf Beschaffungen für beide Kategorien Anwendung.

Artikel 6**Austausch von Informationen**

Die Regierungen der Parteien dieses Abkommens werden sich zum Zwecke einer Koordinierung fortlaufend gegenseitig unterrichten über Beschaffungspläne, verfügbare Produktionseinrichtungen sowie über Fortschritte bei der Durchführung der Offshore-Beschaffungsprogramme in der Bundesrepublik. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird die Regierung der Bundesrepublik, soweit dies tunlich und zweckdienlich ist, über das Beschaffungsprogramm der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik unterrichten und wird die Regierung der Bundesrepublik von einzelnen Ausschreibungen rechtzeitig in Kenntnis setzen. Die Regierung der Bundesrepublik erhält von der Regierung der Vereinigten Staaten Durchschriften oder andere geeignete Unterlagen über die Aufträge, welche an deutsche Firmen vergeben worden sind.

Artikel 7**Beschränkende Geschäftspraktiken**

Die Regierungen der Parteien dieses Abkommens werden, jede innerhalb ihres eigenen Zuständigkeitsbereichs, das Offshore-Beschaffungsprogramm, soweit das nach deutschem Recht möglich ist, so durchführen, daß

- (a) in Übereinstimmung mit den entsprechenden internationalen Abkommen die Schranken, welche einer ständig wachsenden Beteiligung des freien Privatunternehmertums an der Entwicklung der Hilfsquellen der Bundesrepublik entgegenstehen, beseitigt werden und ein Anreiz für eine solche Beteiligung gegeben wird;
- (b) allen kartell- und monopolartigen Geschäftspraktiken, die zu einer Beschränkung der Produktion und zu Preiserhöhungen führen, soweit wie möglich entgegengearbeitet wird, und der Wettbewerb sowie die Produktivität gefördert werden.

Artikel 8**Vertragsabschlüsse durch Beschaffungsbeamte**

Es besteht Einverständnis darüber, daß Offshore-Beschaffungsverträge im Namen der Vereinigten Staaten von den Beschaffungsbeamten der Streitkräfte der Vereinigten Staaten unter den von ihnen beauftragten Personen abgeschlossen und ausgeführt werden.

Article 4**Conduct of Program**

The United States shall conduct the offshore procurement program in accordance with the laws of the United States governing military procurement and the mutual security program. It is also the intent of the United States that the offshore procurement program shall be carried out in the Federal territory in furtherance of the principles of the Mutual Security Act of 1954, the Mutual Defense Assistance Control Act of 1951 as amended, and the Economic Cooperation Agreement between the Federal Republic and the United States, signed at Bonn on 15 December 1949 as amended.

Article 5**Scope of the Offshore Procurement Program**

The goods and services which may be procured under the offshore procurement program include all types of military end items, materials, supplies, equipment, and services appropriate for United States military procurement which may be required either for the United States military assistance program or for the United States Armed Forces. Unless otherwise specified, the provisions of this Agreement are applicable to procurement for both categories.

Article 6**Exchange of Information**

The Governments of the parties to this Agreement, in order to achieve coordination, shall exchange information on a continuing basis with respect to procurement plans, available production facilities and progress in the achievement of the offshore procurement programs in the Federal Republic. The Government of the United States shall, insofar as feasible and appropriate, furnish to the Government of the Federal Republic information relating to the United States' procurement program in the Federal Republic and will inform the Government of the Federal Republic in due time of individual requests for bids. The Government of the Federal Republic shall be supplied by the Government of the United States with copies or other appropriate information of such orders as have been placed with German firms.

Article 7**Restrictive Business Practices**

The Governments of the parties to this Agreement, each within its own competence, shall implement the offshore procurement program, insofar as feasible under German law, in such a way as to:

- (a) eliminate the barriers to, and provide the incentive for, a steadily increased participation of free private enterprise in developing the resources of the Federal Republic consistent with appropriate international agreements;
- (b) discourage, as far as feasible, all cartel and monopolistic business practices which result in restricting production and increasing prices, and to encourage competition and productivity.

Article 8**Contract Placement by Contracting Officers**

It is understood that offshore procurement contracts will be awarded and administered on behalf of the United States by contracting officers of the United States Armed Forces or persons whom they may designate.

**Artikel 9
Vertragsparteien**

Es besteht Einverständnis darüber, daß Beschaffungsbeamte der Vereinigten Staaten nach ihrem Ermessen unmittelbar mit Einzelpersonen, Firmen oder juristischen Personen jeder Art im Bundesgebiet oder mit der Regierung der Bundesrepublik Verträge abschließen können.

**Artikel 10
Unterstützung bei der Auswahl von Bewerbern**

Die zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten können sich der Beratung der Regierung der Bundesrepublik oder der von ihr beauftragten Stellen hinsichtlich der in Frage kommenden Bewerber bedienen. Bei dieser Beratung wird sich die Regierung der Bundesrepublik, außer von dem Gesichtspunkt der Möglichkeit, die Produktion innerhalb der vorgeschriebenen Zeit durchzuführen, der Leistungsfähigkeit, der technischen Eignung und der Betriebseinrichtungen, von den verschiedenen in diesem Abkommen dargelegten Grundsätzen, Richtlinien und Bestimmungen leiten lassen, einschließlich aber nicht beschränkt auf die Grundsätze über freien Wettbewerb und freies Privatunternehmertum, Verfügbarkeit von Krediten und Material sowie Sicherheitswägungen. Die Hersteller und Unterauftragnehmer, welche von der Regierung der Bundesrepublik ausgewählt werden oder private Auftragnehmer müssen für den Beschaffungsbeamten der Vereinigten Staaten annehmbar sein, der jedoch bei der Auswahl von Bewerbern soweit wie möglich die Empfehlungen berücksichtigen wird, die während der mit der Regierung der Bundesrepublik gegebenenfalls abgehaltenen Beratungen unterbreitet worden sind.

**Artikel 11
Unterstützung der Offshore-Auftragnehmer**

(a) Die Regierung der Bundesrepublik wird gemäß der einschlägigen deutschen Gesetzgebung den Auftragnehmern und Unterauftragnehmern derjenigen Offshore-Aufträge, welche ihr nach Artikel 6 bekanntgegeben worden sind, keine ungünstigere Behandlung und Unterstützung hinsichtlich der Lieferung von Material oder Betriebseinrichtungen sowie der Vermittlung von Arbeitskräften angedeihen lassen, wie sie Firmen gewährt werden, welche ähnliche Verträge für die Regierung der Bundesrepublik ausführen.

(b) Es herrscht Einverständnis darüber, daß den Vereinigten Staaten auf Grund des Abschlusses von Verträgen im Rahmen des Offshore-Beschaffungsprogramms keinerlei Verpflichtungen hinsichtlich einer Unterstützung der Auftragnehmer und Unterauftragnehmer beim Erwerb von Material oder Betriebseinrichtungen entstehen. Unterstützungen, die die Vereinigten Staaten gegebenenfalls zu gewähren bereit sind, werden im Wege der normalen Versorgungsmaßnahmen für die Verteidigung geleistet, jedoch nicht durch ein besonderes Verfahren oder irgendeine besondere Vermittlung zugunsten der Auftragnehmer im Rahmen des Offshore-Beschaffungsprogramms.

**Artikel 12
Kreditmaßnahmen**

Die Regierung der Bundesrepublik wird gemäß der einschlägigen deutschen Gesetzgebung sicherstellen, daß die Auftragnehmer im Rahmen des Offshore-Beschaffungsprogramms die zur Finanzierung erforderlichen Bundesbürgschaften unter denselben Bedingungen erhalten, wie sie zur Förderung der Ausfuhr verfügbar gemacht werden.

**Artikel 13
Steuern, Abgaben und Genehmigungen**

(a) Die Befreiung von deutschen Steuern, Abgaben und Zöllen, sofern diese sich auf die Ausgaben im Rahmen des Offshore-Beschaffungsprogramms auswirken, wird gemäß den Bestimmungen des in Bonn am 15. Oktober 1954 unterzeichneten „Abkommens zwischen der Bundesrepublik

**Article 9
Parties to Contracts**

It is understood that United States contracting officers will contract directly with individuals, firms or other legal entities in the Federal territory or with the Government of the Federal Republic in accordance with the contracting officer's judgment.

**Article 10
Assistance in the Selection of Contractors**

The competent United States agencies may consult the Government of the Federal Republic or its authorized offices for advice with regard to potential contractors. In furnishing such advice, in addition to considering the ability to produce within the time required, efficiency, technical ability and plant facilities, the Government of the Federal Republic shall be guided by the various principles, policies and provisions set forth in this Agreement, including, but not limited to, those concerning free competition and free private enterprise, availability of credit facilities and materials, and security considerations. Plants and sub-contractors selected by the Government of the Federal Republic or private contractors must be acceptable to the United States contracting officer who shall, however, when selecting contractors, take into account, as far as possible, the recommendations made during such consultations as may be had with the Government of the Federal Republic.

**Article 11
Assistance to Offshore Procurement Contractors**

(a) The Government of the Federal Republic shall, subject to the relevant German legislation, grant the contractors and the sub-contractors of offshore procurement orders, of which it has been informed under Article 6, no less favorable treatment and assistance, with regard to the supply of materials or production equipment and to the furnishing of manpower, as will be granted to firms performing similar contracts for the Government of the Federal Republic.

(b) It is understood that no obligation with respect to assistance in obtaining materials or production equipment to contractors and sub-contractors shall be incurred by the United States by reason of entering into contracts under the offshore procurement program. Such assistance as the United States may be prepared to provide will be furnished through normal defense supply operations rather than through any special procedure or any special intercession in behalf of offshore procurement contractors.

**Article 12
Credit Arrangements**

The Government of the Federal Republic shall, subject to the relevant German legislation, insure that contractors under the offshore procurement program receive Federal guarantees (Bundesbürgschaft) for the credits required to finance their operations under the same conditions as such guarantees are made available for the promotion of exports.

**Article 13
Taxes, Duties and Licenses**

(a) Relief from German taxes, levies and customs duties, insofar as they affect expenditures under offshore procurement programs, shall be granted in accordance with the "Agreement between the United States of America and the Federal Republic of Germany Concerning the Tax

Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die von der Bundesrepublik zu gewährenden Abgabenvergünstigungen für die von den Vereinigten Staaten zum Zwecke der gemeinsamen Verteidigung geleisteten Ausgaben" gewährt.

(b) Nach Maßgabe von Artikel 3 (b) dieses Abkommens sowie der einschlägigen deutschen Bestimmungen werden die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik auf Antrag alle vorgeschriebenen Genehmigungen einschließlich Devisen-, Ein- und Ausfuhr genehmigungen erteilen, die für die Ausführung von Offshore-Aufträgen gegebenenfalls erforderlich sind.

Artikel 14

Geheimschutz

(a) Falls die Regierung der Vereinigten Staaten mit der Regierung der Bundesrepublik Beschaffungskontrakte abschließt, wird jegliches Geheimmaterial einschließlich Informationen, das von einer Regierung übergeben wird, von der Empfängerregierung den Grad von Geheimschutz erhalten, der demjenigen im wesentlichen entspricht, den dieses Material bei der abgebenden Regierung hatte, und die Empfängerregierung wird dieses Material wie ihr eigenes Material der entsprechenden Geheimhaltungsstufe behandeln. Die Empfängerregierung darf solches Material nur für militärische Zwecke verwenden und auch eine anderweitige Verwendung nicht gestatten; auch darf sie derartiges Material keinem dritten Staat ohne die Genehmigung der Regierung, von der das Material ursprünglich herrührte, zugänglich machen und auch nicht gestatten, daß dies durch andere geschieht.

(b) Bei Beschaffungsverträgen, die von der Regierung der Vereinigten Staaten mit privaten Auftragnehmern im Bundesgebiet abgeschlossen werden, sind ähnliche Geheimschutzmaßnahmen in bezug auf Geheimmaterial anzuwenden. Geheimmaterial der Vereinigten Staaten, das von einem Auftragnehmer benötigt wird, wird an das zuständige Ministerium der Bundesrepublik übergeben. Ein bevollmächtigter Vertreter dieses Ministeriums wird das Material an den Auftragnehmer in einer Weise übermitteln, die die Anwendung der Bestimmungen der deutschen Strafgesetzgebung zuläßt. Derartiges Material erhält vor der Übergabe eine Geheimhaltungsstufe der Bundesrepublik, die dem Material im wesentlichen den gleichen Grad von Geheimschutz wie dem von den Vereinigten Staaten gewährten Grad gibt, und zum Zeitpunkt der Übergabe gibt die Regierung der Bundesrepublik dem Auftragnehmer bekannt, daß das ihm übergebene Geheimmaterial gleichermaßen Geheimmaterial der Bundesrepublik darstellt und den Bestimmungen der deutschen Strafgesetzgebung unterliegt.

(c) Die Regierung der Bundesrepublik wird auf Ersuchen einer Sicherheitsüberprüfung jedes in Frage kommenden Auftragnehmers im Bundesgebiet in der gleichen Weise durchführen, wie solche Untersuchungen gegebenenfalls in Zukunft in Fällen von Beschaffungen der Regierung der Bundesrepublik für Verteidigungszwecke in Übereinstimmung mit deutschem Recht durchgeführt werden; der Regierung der Vereinigten Staaten wird eine gutachtliche Äußerung als Ergebnis dieser Untersuchungen abgegeben. Für die gemäß diesem Absatz ausgeführte Tätigkeit dürfen seitens der Regierung der Bundesrepublik keine Gebühren erhoben werden.

Artikel 15

Überprüfungen

(a) Überprüfungen werden zum Zwecke der Feststellung erfolgen, ob militärische Gegenstände, Sach- und Werkleistungen den Vertragsbestimmungen und sonstigen Erfordernissen entsprechen. Auf Ersuchen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten wird eine Überprüfung, die sich auf derartige, seitens der Regierung der Vereinigten Staaten entweder bei der Regierung der Bundesrepublik oder bei anderen Auftragnehmern bestellte Gegenstände und Leistungen erstreckt, von Vertretern der Regierung der Bundesrepublik ohne Unkosten oder Gehalts für die Regierung der Vereinigten Staaten durchgeführt. Im Zusammenhang mit diesen Überprüfungen

Relief to be Accorded by the Federal Republic to United States Expenditures in the Interests of the Common Defense", signed at Bonn on October 15, 1954.

(b) Subject to Article 3 (b) of this Agreement, and the relevant German regulations, the appropriate agencies in the Federal Republic shall issue upon application all the prescribed licenses, including foreign exchange, import and export licenses, which may be necessary for the execution of offshore orders.

Article 14

Security

(a) In the case of procurement contracts placed by the Government of the United States with the Government of the Federal Republic, any classified material, including information, delivered by one government shall be given security protection by the recipient government corresponding substantially to that afforded by the originating government and shall be treated by the recipient government as its own classified material of a corresponding security grading. The recipient government shall not use such material, or permit it to be used, for other than military purposes and shall not disclose such material, or permit it to be disclosed, to another nation without the consent of the originating government.

(b) In the case of procurement contracts placed by the Government of the United States with private contractors in the Federal territory, similar security arrangements for classified material shall be followed. Classified material of the United States needed by a contractor will be delivered to the appropriate Ministry of the Federal Republic. An authorized representative of that Ministry will transmit the material to the contractor in such a way as to make the provisions of the German penal legislation applicable to it. Such material shall, prior to transmittal, receive a security classification of the Federal Republic which shall afford to the material substantially the same degree of security as that afforded by the United States, and, at the time of transmittal, the Government of the Federal Republic shall notify the contractor that the classified material delivered to him is also classified material of the Federal Republic and subject to the provisions of the German penal legislation.

(c) The Government of the Federal Republic shall, upon request, conduct a security investigation of any prospective contractor in the Federal territory in the same manner as such investigations may in the future be conducted in accordance with German law in cases of defense procurement by the Government of the Federal Republic, and a recommendation resulting from such investigation shall be made to the Government of the United States. No charges shall be made by the Government of the Federal Republic for services rendered pursuant to this paragraph.

Article 15

Inspections

(a) Inspections shall be made for the purpose of determining whether military end items, materials, services, supplies and equipment conform to contract specifications and other requirements. Such inspections covering such items procured by the Government of the United States either from the Government of the Federal Republic or from other contractors shall, when requested by the United States Armed Forces, be carried out without cost or charge to the Government of the United States by representatives of the Government of the Federal Republic. In connection with these inspections, the Government of the Federal Republic shall pay for the charges

gen wird die Regierung der Bundesrepublik der Regierung der Vereinigten Staaten bescheinigen, ob die geprüften Leistungen den Spezifikationen und allen Vertragsbedingungen entsprechen. Überprüfungen, falls darum nachgesucht wird, werden fachmännisch und nach bestem Wissen ohne finanzielle Haftung für Mängel durchgeführt. Wenn auch die Regierung der Bundesrepublik solche Überprüfungen durchführt, erkennt sie dennoch das Recht der Streitkräfte der Vereinigten Staaten an, an allen geeigneten Stellen einschließlich der Betriebe der Unterauftragnehmer in jedem Produktions- oder Herstellungsstadium Überprüfungen vorzunehmen und wird den Prüfungsbeamten der Vereinigten Staaten die erforderlichen Erleichterungen und Unterstützungen für derartige Überprüfungen gewähren. Es ist jedoch nicht die Absicht der Regierung der Vereinigten Staaten, falls die Regierung der Bundesrepublik bereits eine Überprüfung durchgeführt hat, allgemein noch eine weitere vorzunehmen. Die endgültige Abnahme der auf Grund des Vertrages durchgeführten Sach- und Werkleistungen, die die Grundlage für die Zahlung der Vertragspreise bildet, erfolgt ausschließlich durch die Regierung der Vereinigten Staaten.

(b) Die Regierung der Vereinigten Staaten wird ihre Vertreter darauf hinweisen, daß sie den vertraulichen Charakter jeglicher Herstellungs- und Geschäftsgeheimnisse der Auftragnehmer und Unterauftragnehmer beachten, von denen sie bei Ausübung ihres Dienstes auf Grund von Überprüfungen aus Unterlagen oder Instruktionen Kenntnis erhalten haben.

Artikel 16

Standardkontraktbedingungen

Die Regierungen der Parteien dieses Abkommens werden Standardbedingungen zustimmen, die in Kontrakten zwischen ihnen entsprechende Anwendung finden sollen. In die einzelnen Konakte können, sofern es angebracht erscheint, noch andere Bedingungen aufgenommen werden, einschließlich solcher, aber nicht beschränkt hierauf, über zeitlich gestaffelte Zahlungen, Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen. Die Regierung der Bundesrepublik wird angemessene Hilfe leisten, um die Erfüllung aller Kontraktbestimmungen zu erleichtern.

Artikel 17

Schutz von Sachen und Personal der Vereinigten Staaten

(a) Rechte der Vereinigten Staaten in bezug auf Sachen, die durch Offshore-Beschaffungsverträge in der Bundesrepublik zu Eigentum erworben worden sind, sowie in bezug auf Sachen, die im Zusammenhang mit solchen Verträgen verwendet werden, unterliegen nicht der Beschlagnahme oder anderen Eingriffen durch deutsche Gerichte und Behörden.

(b) Die Vereinigten Staaten unterliegen im Hinblick auf die aus einem Offshore-Beschaffungsvertrag gegebenenfalls entstehende rechtliche Haftung nicht der deutschen Gerichtsbarkeit.

(c) Die Beschaffungsbeamten sowie anderes bevollmächtigtes Beschaffungspersonal der Vereinigten Staaten unterliegen im Hinblick auf eine rechtliche Haftung, die aus der Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit im Rahmen der Offshore-Beschaffungsprogramme gegebenenfalls entsteht, nicht der deutschen Gerichtsbarkeit.

Artikel 18

Klausel über Ausschluß von Gewinnen

Es besteht Einverständnis darüber, daß bei Offshore-Beschaffungsverträgen keine feststellbaren Gewinne irgendwelcher Art einschließlich Nettogewinnen, die sich aus Wechselkursschwankungen ergeben, von der Regierung der Bundesrepublik einbehalten werden dürfen. Die Regierung der Bundesrepublik erklärt sich bereit, festzustellen, ob ein derartiger Gewinn erzielt wurde.

Wenn dies der Fall ist oder wenn die Regierung der Vereinigten Staaten der Ansicht ist, daß ein derartiger Gewinn möglicherweise erzielt worden ist, erklärt sich die Regierung der Bundesrepublik damit einverstanden,

ment of the United States whether the supplies inspected meet the specifications and all the terms of the contract. Inspections when so requested shall be performed in a professional manner and in good faith without any financial liability for defects. When the Government of the Federal Republic carries out such inspections, it nevertheless recognizes the right of the United States Armed Forces to make inspections in all appropriate places, including plants of sub-contractors, at any stage of production or manufacture and shall accord the United States inspectors necessary facilities and cooperation to allow them to make such inspections. However, it is not the intention of the Government of the United States generally to duplicate inspections made by the Government of the Federal Republic. Final acceptance of articles produced or services rendered under the contract, as a basis for payment of the contract prices, shall be made solely by the Government of the United States.

(b) The Government of the United States shall inform its representatives that they should respect the confidential nature of any knowledge of production secrets and trade secrets of contractors and sub-contractors gained in the course of the performance of their duties through inspection or from documentation and instruction

Article 16

Standard Contract Clauses

Standard clauses will be agreed to by the Governments of the parties to this Agreement for use, as appropriate, in contracts between them. Other clauses, including, but not limited to, escalation, advance and progress payment clauses where appropriate, may be included in individual contracts. The Government of the Federal Republic shall render appropriate assistance to facilitate the performance of all contract provisions.

Article 17

Protection of United States Property and Personnel

(a) Rights and interests of the United States pertaining to property which has been acquired by offshore procurement contracts in the Federal Republic, or in property used in connection with such contracts, are not subject to seizure, attachment or other interference by German courts and authorities.

(b) The United States shall be immune from German jurisdiction with respect to legal liability which might arise out of an offshore procurement contract.

(c) United States Procurement Officers as well as other United States procurement personnel shall not be subject to German jurisdiction with respect to legal liability which might result from the execution of their official activity under the offshore procurement programs.

Article 18

No Profits Clause

On offshore procurement contracts it is understood that no identifiable profit of any nature, including net gains resulting from fluctuations in exchange rates, shall be retained by the Government of the Federal Republic. The Government of the Federal Republic agrees to determine whether any such profit has been realized, in which event, or in the event that the Government of the United States considers that such profit may have been realized, the Government of the Federal Republic agrees that it shall immediately enter into conversations with the Government of the United States for the purpose of determining

unverzüglich in Besprechungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten einzutreten, um das Vorhandensein und die Höhe eines derartigen Gewinns festzustellen. Während dieser Besprechungen haben die Vertreter der Vereinigten Staaten zu allen Dokumenten und Buchführungsunterlagen, die gegebenenfalls zur Ermittlung des Tatbestandes benötigt werden, Zugang. Bei der Berechnung dieser Nettogewinne ist von den Verträgen als Gesamtheit auszugehen, und die gesamten Nettoverluste aus allen Verträgen können gegen die gesamten Nettogewinne aus allen Verträgen aufgerechnet werden. Steht als Ergebnis der zwischen den beiden Regierungen erfolgten Besprechungen fest, daß die Regierung der Bundesrepublik bei derartigen Verträgen einen Gewinn erzielt hat, so vergütet sie der Regierung der Vereinigten Staaten den Gewinnbetrag gemäß den zwischen beiden Regierungen zu vereinbarenden Abmachungen und Verfahren. Auf Ersuchen einer der beiden Regierungen wird zum frühest möglichen Datum für erfüllte Verträge eine Verrechnung über die Rückvergütung vorgenommen, jedoch muß diese Verrechnung bis zum Ende des auf das Kalenderjahr folgenden Jahres erfolgen, in dem der betreffende Vertrag erfüllt ist. Dieser Artikel ist nicht dahingehend auszulegen, daß er in irgendeiner Weise die in einzelnen Verträgen möglicherweise enthaltenen Bestimmungen über Rückvergütung von Gewinnen berührt. Es besteht Einverständnis darüber, daß im Bundesgebiet Gesetzesvorschriften in Kraft sind, die dem Renegotiation-Act der Vereinigten Staaten von 1951 entsprechen.

Artikel 19

Vertragsbedingungen

(a) Da die Gesetze der Vereinigten Staaten die Verwendung von Verträgen verbieten, die eine Bezahlung auf der Grundlage von Kosten zuzüglich eines Kostenprozentsatzes vorsehen, besteht Einverständnis darüber, daß ein solches Verfahren zur Bestimmung des Vertragspreises nicht bei solchen Verträgen angewendet werden darf, die zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und entweder der Regierung der Bundesrepublik oder einem deutschen Auftragnehmer abgeschlossen worden sind. Darüber hinaus wird die Regierung der Bundesrepublik bei Unterverträgen auf Grund von Kontrakten zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung der Bundesrepublik keine Vertragsform anwenden, die eine Bezahlung auf der Grundlage von Kosten zuzüglich eines Kostenprozentsatzes vorsieht.

(b) Unter Beachtung der Bestimmungen von Artikel 18 sind Verträge auf der Grundlage von Kosten zuzüglich eines festen Gewinnbetrages dadurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 20

Unterrichtung über Unterverträge

Die Regierung der Bundesrepublik wird den Beschaffungsbeamten der Vereinigten Staaten die von ihnen gegebenenfalls erbetenen Informationen geben in bezug auf die von der Regierung der Bundesrepublik erfolgte Vergabe von Aufträgen im Rahmen der zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung der Bundesrepublik abgeschlossenen Kontrakte.

Artikel 21

Bestimmungsland für Fertigwaren

Wenn auch die Festlegung der Spezifikationen und der anderen Erfordernisse für die einzelnen Offshore-Beschaffungsverträge eine vorläufige Angabe über das Empfängerland, an das die Fertigwaren geliefert werden sollen, gegebenenfalls verlangt, so besteht doch Einverständnis darüber, daß die Vereinigten Staaten später jede dieser vorläufigen Angaben in bezug auf das Land, das letzten Endes der Empfänger der hergestellten Fertigwaren sein wird, ändern können.

Artikel 22

Verhältnis zu den Bonner Verträgen

Es herrscht Einverständnis darüber, daß das Inkrafttreten des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Nachbar-

the existence and the amount of such profit. During these conversations the United States representatives shall have access to such documents and accounting data as may be necessary to determine the facts. In the computation of net profits hereunder, the contracts shall be taken collectively, and total net losses under all contracts may be offset against total net profits under all contracts. If, as a result of conversations between the two Governments, it is established that profit has been realized by the Government of the Federal Republic on such contracts, it shall refund the amount of the profit to the Government of the United States under arrangements and procedure to be agreed upon between the two Governments. At the request of either Government, a refund adjustment shall be accomplished on completed contracts at the earliest practicable date, but this adjustment must be effected by the end of the year following the calendar year in which the contract concerned is completed. This article shall not be construed as affecting in any manner any profit-refunding provisions as may be contained in individual contracts. It is understood that there is in effect in the Federal territory legislation equivalent to the United States Renegotiation Act of 1951.

Article 19

Contract Terms

(a) Since the statutes of the United States prohibit utilization of a contract upon which payment is based on cost plus a percentage of cost, it is understood that such a system of determining payment shall not be employed in contracts entered into between the Government of the United States and either the Government of the Federal Republic or German contractors. Further, the Government of the Federal Republic shall not utilize the type of contract in which payment is made on the basis of cost plus a percentage of cost in sub-contracts under any contract between the Government of the United States and the Government of the Federal Republic.

(b) Subject to the provisions of Article 18, contracts based on cost plus a fixed fee are not prohibited.

Article 20

Reporting of Sub-Contracts

The Government of the Federal Republic shall furnish to the United States contracting officers such information as may be requested regarding contracts placed by the Government of the Federal Republic under contracts entered into between the Government of the United States and the Government of the Federal Republic.

Article 21

Destination of End-Items

Although the determination of specifications and other requirements of particular offshore procurement contracts may require a tentative identification of the recipient country to which the end-items are to be delivered, it is understood that the United States may subsequently amend any such tentative identification as to which country shall be the ultimate recipient of the end-items produced.

Article 22

Relationship to the Bonn Conventions

It is understood that the arrangements as provided for in this Agreement would not be affected by the coming into force of the "Convention on Contracts for the

einschließlich der Zusatzverträge in der Fassung der entsprechenden Listen zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten „Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland“ die in diesem Abkommen vorgesehenen Abmachungen nicht berührt.

Artikel 23 Anwendung auf Berlin

(a) Dieses Abkommen gilt von dem in Artikel 25 bezeichneten Zeitpunkt ab auch für das Land Berlin, welches für die Zwecke dieses Abkommens die Gebiete umfaßt, über welche der Senat von Berlin behördliche Befugnisse ausübt.

(b) Die Gültigkeit dieses Abkommens für das Land Berlin im Sinne des vorstehenden Absatzes hängt davon ab, daß die Regierung der Bundesrepublik vorher den Vereinigten Staaten eine schriftliche Erklärung abgibt, daß alle für die Anwendung dieses Abkommens in Berlin erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Artikel 24 Ergänzungen und Änderungen

(a) Die Regierungen der Parteien dieses Abkommens werden auf Ersuchen einer von beiden miteinander über jede Frage beraten, die die Anwendung dieses Abkommens oder die gemäß diesem Abkommen getroffenen Maßnahmen oder Vereinbarungen betrifft.

(b) Jede Regierung kann jederzeit eine Überprüfung dieses Abkommens beantragen. Die beiden Regierungen werden über jede etwa auftauchende Frage in Verhandlungen eintreten mit dem Ziel einer beiderseits befriedigenden Lösung entsprechend den Grundsätzen dieses Abkommens.

(c) Dieses Abkommen kann jederzeit durch eine Vereinbarung zwischen den Vertragsstaaten geändert werden.

Artikel 25 Schlußbestimmungen

Dieses Abkommen tritt mit Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde durch die Bundesrepublik bei der Regierung der Vereinigten Staaten in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen zu diesem Zweck gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommens unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Bonn am vierten April 1955 in doppelter Urschrift in deutscher und englischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Adenauer

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
James B. Conant

Three Powers and the Federal Republic of Germany", including related Conventions, as amended by the relevant Schedules to the "Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany" signed at Paris on 23 October, 1954.

Article 23 Application to Berlin

(a) This Agreement shall also apply from the date specified in Article 25 to Land Berlin which, for the purpose of this Agreement, comprises those areas over which the Berlin Senate exercises jurisdiction.

(b) It is a condition to the application of this Agreement to Land Berlin, in accordance with the preceding paragraph, that the Federal Republic shall previously have furnished to the United States a notification that all legal procedures in Berlin necessary for the application of this Agreement therein have been complied with.

Article 24 Supplements and Amendments

(a) The Governments of the parties to this Agreement shall, upon the request of either of them, consult regarding any question relating to the application of this Agreement or to the operations or arrangements carried out pursuant to this Agreement.

(b) Either Government may apply at any time for review of the Agreement. The two Governments shall enter into negotiations aiming at a mutually satisfactory solution based on the principles of this Agreement with respect to any problem that may arise.

(c) This Agreement may be amended at any time by agreement between the contracting parties.

Article 25 Final Clauses

This Agreement shall enter into force upon the deposit of an instrument of ratification by the Federal Republic with the Government of the United States.

IN WITNESS WHEREOF the respective representatives, duly authorized for the purpose, have signed this Agreement.

DONE at Bonn, in duplicate, in the English and German languages, both of which texts are authentic, this 4th day of April, 1955.

For the United States of America
signed:
James B. Conant

For the Federal Republic of Germany
signed:
Adenauer

**Gesetz über den Beitritt
der Bundesrepublik Deutschland zu dem Protokoll vom 10. Mai 1948 zur Änderung
des Abkommens vom 22. November 1928 über Internationale Ausstellungen.**

Vom 24. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz be-
schlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum
Protokoll vom 10. Mai 1948 zur Änderung des Ab-
kommens vom 22. November 1928 über Internatio-
nale Ausstellungen*) wird zugestimmt. Das Protokoll
wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern
das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes
feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Ver-
kündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem
Artikel 4 für die Bundesrepublik Deutschland in
Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates
sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 24. Dezember 1956.

**Der Bundespräsident
Theodor Heuss**

**Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher**

**Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Blücher**

**Protocole
portant modification de la Convention
signée à Paris le 22 novembre 1928,
concernant les Expositions
Internationales**

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements énumérés ci-après⁴), se sont réunis en Conférence à Paris le 10 mai 1948 et sont convenus d'un commun accord et sous réserve de ratifications des dispositions suivantes:

ARTICLE PREMIER

Les articles 2, 3 et 4 de la Convention du 22 novembre 1928 sont abrogés et remplacés par les articles suivants:

« Article 2

Une Exposition est générale lorsqu'elle comprend les produits de l'activité humaine appartenant à plusieurs branches de la production ou qu'elle est organisée en vue de faire ressortir l'ensemble des progrès réalisés dans un domaine déterminé, tel que l'hygiène, les arts appliqués, le confort moderne, le développement colonial, etc. . .

Elle est spéciale quand elle n'intéresse qu'une seule technique appliquée (électricité, optique, chimie, etc...), une seule technique (textile, fonderie, arts graphiques, etc...), une seule matière première (cuirs et peaux, soie, nickel, etc...), un seul besoin élémentaire (chauffage, alimentation, transports, etc...); elle ne doit pas comporter de pavillons nationaux.

Il sera établi par les soins du Bureau International prévu à l'article 10, une classification des Expositions qui servira de base pour déterminer les professions et les objets pouvant prendre place dans une exposition spéciale en vertu de l'alinéa précédent. Cette liste pourra être révisée tous les ans.

Article 3

Durée des Expositions. — La durée des Expositions Internationales ne doit pas dépasser six mois. Cette durée est fixée au moment de l'enregistrement de l'Exposition et elle ne pourra être prolongée dans la suite, par le Bureau, qu'en cas de force majeure résultant d'événements survenus au cours de l'exploitation, tels qu'incendies, inondations, troubles sociaux, ayant eu pour effet de mettre l'Exposition dans l'impossibilité soit d'ouvrir à la date officielle fixée, soit de fonctionner normalement dans le temps assigné à sa durée. L'appréciation d'une demande tendant à la prolongation et présentée par le pays organisateur de l'Exposition est laissée au Bureau.

La prolongation accordée sera mesurée en fonction de la durée du non-fonctionnement de l'Exposition. Cette prolongation commencera à courir à partir de la date que le pays organisateur indiquera et qui, en aucun cas, ne pourra être éloignée de plus de six mois de la date de clôture de ladite Exposition.

(Übersetzung)

Protokoll
zur Änderung des am 22. November 1928
in Paris unterzeichneten Abkommens
über Internationale Ausstellungen

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der nachstehend aufgeführten Regierungen*) sind am 10. Mai 1948 in Paris zu einer Konferenz zusammengetreten und sind unter dem Vorbehalt der Ratifikation wie folgt übereinkommen:

ARTIKEL 1

Die Artikel 2, 3 und 4 des Abkommens vom 22. November 1928 werden aufgehoben und durch folgende Artikel ersetzt:

„Artikel 2“

Eine Ausstellung ist allgemein, wenn sie die Erzeugnisse der menschlichen Tätigkeit mehrerer Schaffenszweige umfaßt, oder wenn sie veranstaltet wird, um die Gesamtheit der auf einem bestimmten Gelände, z. B. auf dem des Gesundheitswesens, des Kunstgewerbes, des modernen Komforts, der kolonialen Entwicklung usw. erzielten Fortschritte zu zeigen.

Sie ist eine Fachausstellung, wenn sie sich nur auf eine einzelne angewandte Technik (Elektrizität, Optik, Chemie usw.), einen einzelnen Herstellungszweig (Textilien, Gießerei, Graphik usw.), einen einzelnen Rohstoff (Leder und Häute, Seide, Nickel usw.), ein einzelnes Grundbedürfnis (Heizung, Ernährung, Verkehr usw.) bezieht; nationale Ausstellungsgebäude sind auf ihr nicht zugelassen.

Das in Artikel 10 vorgesehene Internationale Büro wird als Grundlage für die Bestimmung der Berufszweige und der Gegenstände, die gemäß dem vorhergehenden Absatz in eine Fachausstellung aufgenommen werden können, eine Klasseneinteilung der Ausstellungen ausarbeiten. Diese Liste kann alljährlich überprüft werden.

Artikel 3

Dauer der Ausstellungen. — Internationale Ausstellungen dürfen nicht länger als sechs Monate dauern. Diese Dauer wird bei der Registrierung der Ausstellung festgelegt und kann danach durch das Büro nur in Fällen höherer Gewalt auf Grund von Vorgängen verlängert werden, die sich während des Betriebs ereignet haben, z. B. von Schadeneuer, Überschwemmungen, sozialen Unruhen, und die es entweder unmöglich machten, die Ausstellung am amtlich festgesetzten Tage zu eröffnen oder sie innerhalb der festgesetzten Dauer normal durchzuführen. Die Beurteilung eines Antrages auf Verlängerung, der von dem Lande eingereicht wird, das die Ausstellung veranstaltet, obliegt dem Büro.

Die gewährte Verlängerung bemäßt sich nach dem Zeitraum, während dessen die Ausstellung nicht stattfinden konnte. Diese Verlängerung läuft von dem vom veranstaltenden Land bezeichneten Tage an, der auf keinen Fall mehr als sechs Monate vom Tage der Schließung der genannten Ausstellung entfernt sein darf.

* Elément représenté à la réunion du 10/03/2010 : les modifications des conditions d'octroi de l'aide à la recherche et au développement dans le secteur de l'industrie et de la construction.

In der Sitzung am 19. Mai waren folgende Länder vertreten:
Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Irland, Spanien, Portugal, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei, Österreich, Schweiz, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Irland.

Article 4

Fréquence des Expositions. — La fréquence des Expositions Internationales visées par la présente Convention est réglementée selon les principes suivants:

Les Expositions générales sont rangées en deux catégories:

Première catégorie: Les Expositions générales qui entraînent pour les pays invités l'obligation de construire des pavillons nationaux;

Deuxième catégorie: Les Expositions générales qui ne laissent à aucun pays invité la faculté de construire un pavillon.

Pour l'organisation des Expositions Internationales le monde est divisé en trois zones, à savoir: la zone d'Europe, la zone des deux Amériques et la troisième pour le reste du monde. Les pays dont le territoire s'étend sur deux zones doivent choisir celle dans laquelle ils entendent être classés.

Dans un même pays, il ne peut être organisé, au cours d'une période de 15 années, qu'une Exposition générale de première catégorie, un intervalle de 10 années doit séparer deux Expositions générales de toute catégorie.

Aucun pays contractant ne peut organiser de participation à une Exposition générale de première catégorie que dans le cas où cette Exposition suivrait, d'au moins six années, l'Exposition générale de première catégorie précédente dans la même zone ou d'au moins deux années dans n'importe quelle zone. Il ne peut organiser de participation à une Exposition générale de deuxième catégorie que si celle-ci est séparée de l'Exposition générale qui l'a précédée par un intervalle de deux ans dans la même zone et d'un an dans toute autre zone. Ces deux intervalles sont portés respectivement à quatre et deux ans lorsqu'il s'agit d'Expositions de même nature.

Les délais prévus au paragraphe précédent sont appliqués sans qu'il y ait lieu de faire de distinction entre les Expositions organisées par un pays adhérent ou non à la Convention.

Des Expositions spéciales de même nature ne peuvent se tenir en même temps sur les territoires des pays contractants. Un délai de cinq ans est obligatoire pour qu'elles puissent se renouveler dans un même pays. Toutefois, le Bureau International des Expositions peut réduire exceptionnellement ce dernier délai jusqu'à un minimum de trois années, lorsqu'il estime que ce délai est justifié par l'évolution rapide de telle ou telle branche de la production. La même réduction de délai peut être accordée aux Expositions qui se tiennent déjà traditionnellement dans certains pays à un intervalle inférieur à cinq années.

Des Expositions spéciales de nature différente ne peuvent avoir lieu dans un même pays à moins de trois mois d'intervalle.

Les délais mentionnés dans le présent article ont pour point de départ la date d'ouverture effective de l'Exposition.»

ARTICLE 2

L'article 10 de la Convention du 22 novembre 1928 est remplacé par l'alinéa suivant:

Artikel 4

Zeitfolge der Ausstellungen. — Die Zeitfolge der unter dieses Abkommen fallenden internationalen Ausstellungen wird nach folgenden Grundsätzen geregelt:

Die allgemeinen Ausstellungen werden in zwei Gruppen gegliedert:

Erste Gruppe: Allgemeine Ausstellungen, die für die eingeladenen Länder die Verpflichtung mit sich bringen, nationale Ausstellungsgebäude zu errichten.

Zweite Gruppe: Allgemeine Ausstellungen, bei denen es keinem der eingeladenen Länder gestattet ist, ein Ausstellungsgebäude zu errichten.

Zur Organisation internationaler Ausstellungen wird die Welt in drei Zonen eingeteilt, und zwar in eine Europazone, eine Zone der beiden Teile Amerikas und in eine Zone für die übrige Welt. Länder, deren Gebiet sich auf zwei Zonen erstreckt, müssen entscheiden, in welche Zone sie eingeordnet zu werden wünschen.

In ein und demselben Land darf innerhalb eines Zeitraums von fünfzehn Jahren nur eine allgemeine Ausstellung der ersten Gruppe veranstaltet werden, und zwischen zwei allgemeinen Ausstellungen jeder Gruppe muß ein Zwischenraum von zehn Jahren liegen.

Ein vertragschließendes Land kann sich an einer allgemeinen Ausstellung der ersten Gruppe nur beteiligen, wenn diese Ausstellung mindestens sechs Jahre nach der letzten allgemeinen Ausstellung der ersten Gruppe in derselben Zone oder mindestens zwei Jahre nach einer solchen Ausstellung in einer anderen Zone stattfindet. Es kann sich an einer allgemeinen Ausstellung der zweiten Gruppe nur dann beteiligen, wenn zwischen dieser und der letzten allgemeinen Ausstellung ein Zwischenraum von zwei Jahren in derselben Zone und von einem Jahr in jeder anderen Zone liegt. Diese beiden Zeiträume werden auf vier bzw. zwei Jahre verlängert, wenn es sich um gleichartige Ausstellungen handelt.

Die im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Fristen gelten ohne Rücksicht darauf, ob das Land, das die Ausstellung veranstaltet, dem Abkommen beigetreten ist oder nicht.

Gleichartige Fachausstellungen dürfen in den Gebieten der vertragschließenden Länder nicht gleichzeitig stattfinden. Sie dürfen im gleichen Lande nur mit einem Zeitabstand von mindestens fünf Jahren aufeinanderfolgen. Das Internationale Ausstellungsbüro kann jedoch diesen Zeitabstand ausnahmsweise bis auf mindestens drei Jahre verkürzen, wenn es der Ansicht ist, daß diese Frist durch die schnelle Entwicklung dieses oder jenes Schaffenszweiges gerechtfertigt ist. Die gleiche Fristverkürzung kann für die Ausstellungen gewährt werden, die in gewissen Ländern schon herkömmlicherweise in Zwischenräumen von weniger als fünf Jahren veranstaltet werden.

Verschiedenartige Fachausstellungen dürfen in ein und demselben Lande nicht innerhalb eines Zeitraums von weniger als drei Monaten stattfinden.

Die in diesem Artikel erwähnten Fristen beginnen mit dem Tage der tatsächlichen Eröffnung der Ausstellung.»

ARTIKEL 2

Artikel 10 des Abkommens vom 22. November 1928 ist durch folgende Paragraphen ersetzt:

« Lorsque le poste de Directeur est vacant, le Conseil du Bureau International des Expositions élit à la majorité absolue, un Directeur d'une nationalité d'un pays adhérent à la Convention. Le Directeur est nommé pour un nombre d'années déterminé par le Règlement intérieur. Sa rémunération est fixée par le Conseil sur la proposition de la Commission du Budget. »

ARTICLE 3

Tout Etat pourra adhérer au présent Protocole en notifiant par écrit et par la voie diplomatique, au Gouvernement français, son adhésion qui sera déposée dans les archives de celui-ci.

Toute accession nouvelle à la Convention du 22 novembre 1928 entraînera de plein droit l'adhésion au présent Protocole.

Le Gouvernement français transmettra immédiatement aux Gouvernements signataires et adhérents et au Président du Bureau International des Expositions la copie certifiée conforme de la notification en indiquant la date à laquelle elle a été reçue.

ARTICLE 4

Le présent Protocole sera ratifié. Chaque Puissance adressera, dans le plus court délai possible, sa ratification au Gouvernement français qui en donnera avis aux autres signataires. Le présent Protocole entrera en vigueur pour chaque pays signataire le jour même du dépôt de son acte de ratification.

FAIT à Paris, le 10 mai 1948.

„Wird der Posten des Direktors frei, so wählt der Rat des Internationalen Ausstellungsbüros mit absoluter Stimmenmehrheit einen Direktor, der die Staatsangehörigkeit eines am Abkommen beteiligten Landes besitzen muß. Die Amtsdauer des Direktors richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung. Seine Bezüge werden vom Rat auf Vorschlag des Haushaltsausschusses festgesetzt.“

ARTIKEL 3

Jeder Staat kann diesem Protokoll beitreten, indem er der französischen Regierung schriftlich und auf diplomatischem Wege seinen Beitritt notifiziert; diese Notifizierung wird im Archiv der französischen Regierung hinterlegt.

Jeder neue Beitritt zum Abkommen vom 22. November 1928 schließt von Rechts wegen den Beitritt zu diesem Protokoll ein.

Die französische Regierung übermittelt den Regierungen der Unterzeichnerstaaten und der beigetretenen Staaten sowie dem Präsidenten des Internationalen Ausstellungsbüros unverzüglich eine beglaubigte Abschrift der Notifizierung unter Angabe ihres Eingangsdatums.

ARTIKEL 4

Dieses Protokoll bedarf der Ratifizierung. Jeder Staat teilt seine Ratifikation innerhalb kürzester Frist der französischen Regierung mit, die ihrerseits die anderen Unterzeichnerstaaten davon in Kenntnis setzt. Dieses Protokoll tritt für jeden Unterzeichnerstaat mit dem Tage der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

GESCHEHEN zu Paris am 10. Mai 1948.

[Es folgen die Unterschriften]

**Gesetz zu dem Vertrag vom 4. November 1954
über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Iran.**

Vom 24. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Teheran am 4. November 1954 unterzeichneten Vertrag über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Iran wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 6 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 24. Dezember 1956.

**Der Bundespräsident
Theodor Heuss**

**Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher**

**Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Blücher**

**Vertrag
über die wirtschaftliche
und technische
Zusammenarbeit zwischen
der Bundesrepublik
Deutschland
und dem Kaiserreich Iran**

Der Präsident
der Bundesrepublik
Deutschland
und
Seine Kaiserliche Majestät
der Schahinschah von Iran

haben beschlossen, unter Berücksichtigung des gemeinsamen Interesses, das die Bundesrepublik Deutschland und das Kaiserreich Iran an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Länder haben, und in Erkenntnis der Tatsache, daß die beiden Staaten am besten diesem Ziel in vereinten Bemühungen dienen, einen Vertrag über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit abzuschließen, und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident
der Bundesrepublik Deutschland:
Herrn Dr. Lutz Gielhammer,
Außerordentlichen Gesandten und
Bevollmächtigten Minister der
Bundesrepublik Deutschland
in Teheran;

Herrn Dr. Hermann Reinhardt,
Ministerialdirektor
im Bundesministerium für Wirtschaft
der Bundesrepublik Deutschland;

Seine Kaiserliche Majestät
der Schahinschah von Iran:
Seine Exzellenz
Herrn Abdollah Entezam,
Minister
der Auswärtigen Angelegenheiten
des Kaiserreiches Iran,

die nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befindlichen Vollmachten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart:

Artikel 1

Die Hohen Vertragschließenden Teile werden sich in den Fragen der Anwendung und des Austausches wissenschaftlicher und technischer Erfahrungen gegenseitig unterstützen, insbesondere, um in ihren Gebieten zur Entwicklung der Produktionskapazität und zur Nutzbarmachung ihrer Rohstoffquellen beizutragen.

موافقنامه راجع بهمکاری اقتصادی و فنی
جمهوری فدرال آلمان
و
دولت شاهنشاهی ایران

رئيس جمهوری فدرال آلمان
و
اعلیحضرت همایون شاهنشاه ایران

با در نظر گرفتن منافع مشترک جمهوری فدرال آلمان و دولت شاهنشاهی ایران در توسعه اقتصادی و اجتماعی کشورهای خود و با تصدیق اینکه چنانچه دولت مساعی خود را در این راه مشترکاً مصروف داردند در انجام این مظاواز بهتر موفق میشوند تضمیم گردد موافقنامه‌ای در باره همکاری اقتصادی و فنی متعهد نمودند ویرانی این مقصود اختیزداران خود را تعیین نمودند:

رئيس جمهوری فدرال آلمان:
جناب آقای دکتر لوتس گلهاامر وزیر محترم و نماینده فوق العاده جمهوری فدرال آلمان در تهران

جناب آقای دکتر هرمان رینهاردت مدیر کل وزارت اقتصاد ملی جمهوری فدرال آلمان

اعلیحضرت همایون شاهنشاه ایران:
جناب آقای عبد الله انتظام وزیر امور خارجه دولت شاهنشاهی ایران

مشاریما پس از مبادله اختیارنامه‌های خود که آنها را صحیح و معتبر یافتند نسبت به مقررات زیر توافق حاصل نمودند:

ماده اول

طرفین ممطئین متعاهدین در مسائل مربوط باجراء ومبادله تجربیات علمی و فنی بخصوص بنظرور تشریک مساعی در قلمرو خود برای توسعه قدرت تولیدیه و بهره برداری از منابع طبیعی بیکدیگر کمک خواهند نمود.

Accord relatif à la collaboration économique et technique de la République fédérale d'Allemagne et de l'Empire de l'Iran

Le Président
de la République Fédérale
d'Allemagne
et
Sa Majesté Impériale
le Chahinchah de l'Iran

considérant l'intérêt commun que la République Fédérale d'Allemagne et l' Empire de l'Iran ont au développement économique et social de leurs pays respectifs, et constatant que les deux Etats serviront mieux ce but en joignant leurs efforts mutuels dans ce domaine, ont résolu de conclure un Accord de collaboration économique et technique, et ont nommé, à cet effet, pour Leurs Plénipotentiaires,

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne:

Monsieur le Docteur
Lutz Gielhammer,
Envoyé Extraordinaire
et Ministre Plénipotentiaire de la
République Fédérale d'Allemagne
à Téhéran;

Monsieur le Docteur
Hermann Reinhardt,
Directeur Ministériel au Ministère
de l'Economie Nationale de la
République Fédérale d'Allemagne;

Sa Majesté Impériale le Chahinchah
de l'Iran:

Son Excellence Monsieur
Abdollah Entezam,
Ministre des Affaires Etrangères
de l'Empire de l'Iran

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1

Les Hautes Parties Contractantes s'entraideront dans les questions ayant trait à l'application et à l'échange des expériences scientifiques et techniques, en particulier aux fins de contribuer dans leurs territoires respectifs au développement de leurs capacités de production et de l'exploitation de leurs ressources naturelles.

Die gegenseitige Hilfe soll auch die technische und praktische Ausbildung der Staatsangehörigen der beiden vertragschließenden Staaten sowie den Austausch von Ausbildungs- und Arbeitsplänen zur fachlichen Ausbildung ihrer Staatsangehörigen umfassen.

Die Hohen Vertragschließenden Teile werden im Wege besonderer Vereinbarungen diese gegenseitige Hilfe für bestimmte Programme und Vorhaben durchführen.

Jeder der beiden vertragschließenden Teile wird sich über diejenigen Entwicklungsarbeiten unterrichten, von denen angenommen werden kann, daß sie durch Nutzbarmachung der Erfahrungen des anderen Teiles gefördert werden können. Sie werden sich hinsichtlich der Planung und der Möglichkeiten ihrer Durchführung beraten und je nach dem Ergebnis dieser Beratungen ihre Vereinbarungen über die geeignete Form der Zusammenarbeit treffen.

Artikel 2

Auf Wunsch der Regierung des Kaiserreiches Iran ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bereit, sich im Rahmen des Möglichen dafür einzusetzen, daß deutsche Wirtschaftsunternehmen und Einzelpersonen den interessierten iranischen Dienststellen ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen.

Die beiden Regierungen werden im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung der oben erwähnten Vorhaben die Aufnahme von Verbindungen zwischen deutschen Unternehmen und Privatpersonen mit iranischen Dienststellen fördern.

Artikel 3

Jeder der Hohen Vertragschließenden Teile wird den natürlichen und juristischen Personen des anderen Teiles, das heißt Personen, Gesellschaften, Handelsniederlassungen und ähnlichen Unternehmen, welche Investitionen in dem Gebiet des anderen Teiles vornehmen, vollen gesetzlichen Schutz gewähren. Dieser Schutz wird in keinem Fall weniger günstig sein als der den eigenen Staatsangehörigen gewährte Schutz.

Bei Enteignungen finden die in Artikel 9 Abs. 2 und 3 des zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien (Iran) abgeschlossenen Niederlassungsabkommens vom 17. Februar 1929 niedergelegten Bestimmungen Anwendung.

Artikel 4

Jeder der Hohen Vertragschließenden Teile gewährt den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Teiles für Investitionen und Kapitaltransfer die Meistbelehnigung.

کمک مشترک باید شامل تکمیل معلومات فنی و عملی اتباع دو دولت متعاهد و همچنین مبادله طرحهای کارآموزی و کار منظور تشریک مساعی در تکمیل معلومات حرفه ای اتباع دو کشور باشد.

طرفین متعین متعاهدین این کمک مشترک را بوسیله اتفاقاد موافقتname های خاص و با برنامه ها و طرحهای معین عملی خواهد نمود.

هر یک از طرفین متعین متعاهدین یکدیگر را در جریان کارها و نقشه های خواهند گذاشت که ممکن است سبب استفاده از تجربیات طرف دیگر موجبات تسریع اجرای آن حاصل گردد.

طرفین متعین متعاهدین در مسائل مربوط به طرحهای توسعه اقتصادی و امکانات اخراجی آن باید یکدیگر مشورت خواهند نمود و با در نظر گرفتن نتیجه این مشورت در مورد نوع همکاری مناسب توافق حاصل خواهند گردید.

ماده دوم

دولت جمهوری فدرال آلمان حاضر است طبق تقاضای دولت شاهنشاهی ایران مساعی خود را بکار بردا تا مؤسسات و افراد آلمانی تجربیات خود را در اختیار دستگاههای دولتی ایران بگذارند.

دو دولت ایجاد روابط بین اشخاص و مؤسسات آلمانی را از یکطرف و دستگاههای دولتی ایران را از طرف دیگر در مورد تهیه و اجرای نقشه های مذکور در فوق تسهیل خواهند نمود.

ماده سوم

هر یک از طرفین متعین متعاهدین از اشخاص عادی یا حقوق طرف دیگر یعنی از اشخاص - شرکتها و نمایندگیهای بازرگانی و امثال آن که سرمایه خود را در قلمرو وی بکار انداخته اند حمایت قانونی کاملی خواهند نمود که در هر صورت ناساعدتر از حمایتی خواهد بود که شامل اتباع آنان میشود.

در صورت انتزاع مالکیت بند ۲ و ۳ ماده ۹
قرارداد اقامت آلمان و ایران مورخ ۱۷ فوریه ۱۹۲۹
قابل اجراء خواهد بود.

ماده چهارم

هر یک از طرفین متعین متعاهدین نسبت به اتباع و شرکتهای طرف دیگر در مورد بکار انداختن و انتقال سرمایه های مذکور آنها باید موضعی خوب ایند داشت.

L'aide mutuelle doit également comprendre le perfectionnement technique et pratique des ressortissants des deux Etats Contractants ainsi que l'échange des plans d'entraînement et de travail dans le but de contribuer à la formation professionnelle de leurs ressortissants.

Les Hautes Parties Contractantes mettront en œuvre cette aide mutuelle, au moyen d'accords spéciaux, par la mise en pratique des programmes et des plans particuliers.

Chacune des deux Parties Contractantes se mettra mutuellement au courant des travaux de développement, de nature à être mieux réalisés par la mise à profit des expériences de l'autre. Elles se consulteront en ce qui concerne les plans de développement et leurs possibilités d'exécution et conviendront, compte tenu du résultat de ces consultations, de la forme de la collaboration la mieux appropriée.

Article 2

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne est disposé, à la demande du Gouvernement de l'Empire de l'Iran, à faire son possible pour que des entreprises et des personnes privées allemandes mettent leurs expériences à la disposition des services iraniens intéressés.

Les deux Gouvernements faciliteront l'établissement des relations entre les entreprises et les personnes privées allemandes, d'une part, et les services iraniens, de l'autre, en vue de la préparation et de l'exécution des plans susmentionnés.

Article 3

Chacune des Hautes Parties Contractantes accordera entière protection légale aux personnes physiques et morales de l'autre Partie, à savoir: personnes, sociétés, agences commerciales et autres entreprises similaires, effectuant des investissements sur son territoire. Cette protection ne seraient en aucun cas moins favorable que celle accordée à ses propres ressortissants.

En cas d'expropriation, l'article 9, paragraphes 2 et 3, de la Convention d'Etablissement entre l'Allemagne et l'Empire de « Perse » (Iran) du 17 février 1929 est applicable.

Article 4

Chacune des Hautes Parties Contractantes accordera aux ressortissants et aux sociétés de l'autre Partie le traitement de la nation la plus favorable en ce qui concerne investissement et capital.

Artikel 5

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sobald die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Kaiserreiches Iran eine entsprechende Erklärung abgibt.

Artikel 6

Dieser Vertrag ist in doppelter Urkunft in deutscher, persischer und französischer Sprache abgefaßt. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrages ist der französische Wortlaut maßgebend.

Der Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Der Vertrag bleibt zehn Jahre in Geltung. Wird er nicht sechs Monate vor Ablauf dieser Frist gekündigt, so gilt er als stillschweigend für unbestimmte Zeit verlängert. Er kann dann jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

ZUR URKUND DESSEN haben die beiderseitigen gehörig beglaubigten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihm ihre Siegel beigelegt.

Teheran, den vierten November neunzehnhundertvierundfünfzig (dreizehnter Aban dreizehnhundertdreißig).

Für den Präsidenten
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Dr. Lutz Gielhammer
Dr. Hermann Reinhardt

Für Seine Kaiserliche Majestät
den Schahinschah von Iran
gezeichnet:

A. Entezam

ماده پنجم

اين موافقتماه در قسمت غربي برلن نيز از تاریخی که دولت جمهوري آلمان اعلامه کتبی در اینباره بدولت شاهنشاهی ايران تسلیم دارد قابل اجراء خواهد بود.

ماده ششم

اين موافقتماه در دو نسخه زبانهای آلمانی - فارسی و فرانسه تنظیم شده است . در صورت بروز اختلاف در تفسیر اين موافقتماه متن فرانسه معتبر خواهد بود.

پس از تصویب اين موافقتماه مبادله نسخ مصوبه در اسرع اوقات مکنه عمل خواهد آمد . اين موافقتماه بمحض مبادله نسخ مصوبه بموقع اجراء گذاشته میشود .

مدت اعتبار اين موافقتماه ده سال است و چنانچه ششماه قبل از انقضای مدت مذبور فسخ شود بطور ضمنی برای مدت غیرمعینی تمدید خواهد یافت در آنصورت هر موقع بفسخ آن میتوان مبادرت نمود بشرط آنکه ششماه قبل از وقت بطرف معاهد دیگر احظار شود .

بناء على هذا اختياراً من طرفين كه بدین امر كاملاً بجاز می‌شند این موافقتماه را امضاء و بهر خود مهور نمودند .

تهران بتاريخ پنجشنبه چهارم نوامبر هزار و نصد و پنجاه و چهار مطابق با سیزده آبان هزار و سیصد و سی و سه .

از طرف اعلیحضرت همایون شاهنشاه ایران

عبد الله انتظام

از طرف رئیس جمهوری فدرال آلمان

Dr. Lutz Gielhammer

Dr. Hermann Reinhardt

Article 5

Le présent Accord sera également valable pour le Land Berlin dès que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne remettra une déclaration écrite à ce sujet au Gouvernement de l'Empire de l'Iran.

Article 6

Le présent Accord est rédigé en double original, en allemand, persan et français. En cas de divergence sur l'interprétation de cet Accord, le texte français fait foi.

Cet Accord sera ratifié et l'échange des ratifications aura lieu le plus tôt que faire se pourra. Il entrera en vigueur avec l'échange des ratifications.

Cet Accord est valable pour dix ans. S'il n'est pas dénoncé six mois avant l'expiration de cette période, il sera considéré comme prolongé tacitement et pour une durée indéterminée; il pourra dès lors être dénoncé à tout moment à condition d'un préavis de six mois.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires respectifs, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Accord et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Téhéran, le quatre novembre mil neuf cent cinquante quatre (treize Aban mil trois cent trente trois).

Pour le Président
de la République Fédérale d'Allemagne
signé :

Dr Lutz Gielhammer
Dr Hermann Reinhardt

Pour Sa Majesté
Impériale le Chahindah de l'Iran
signé :

A. Entezam

**Gesetz
über die Feststellung eines Ersten Nachtrags
zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1956
(Erstes Nachtragshaushaltsgesetz 1956).**

Vom 24. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der dem Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltspans für das Rechnungsjahr 1956 (Haushaltsgesetz 1956) vom 24. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 830) beigelegte Bundeshaushaltspans wird nach Maßgabe des diesem Gesetz als Anlage beigelegten Ersten Nachtrags geändert. Die in § 1 des Haushaltsgesetzes 1956 festgestellten Endsummen der Einnahmen und Ausgaben bleiben unverändert.

§ 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1956 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 24. Dezember 1956.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für Verteidigung
Strauß

Gesamtplan zum Ersten

Ordentlicher Haushalt

*) Im Gegensatz zum Rechnungsjahr 1955 wird im laufenden Rechnungsjahr der Aufwand für deutsche Verteidigungsstreitkräfte und Verteidigungseinrichtungen nicht in 2, sondern in 22 Kapiteln des Einzelplans 14 veranschlagt werden. Die Vergleichszahlen 1955 wurden deshalb nur in der abschließenden Summe des Einzelplans 14 aufgeführt.

Nachtragshaushaltsgesetz 1956

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1956 DM	1955 DM	1956 DM	1955 DM	1956 DM	1955 DM	1956 DM	gegenüber 1955 mehr (+) weniger (-) DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	
—	*)	— 2 634 187 100	*)	—	*)	— 2 634 187 100	*)	14 01
48 105 000	*)	100 000 000	*)	1 297 550 500	*)	1 445 655 500	*)	14 12
—	*)	—	*)	554 000 000	*)	554 000 000	*)	14 15
—	*)	—	*)	9 531 600	*)	9 531 600	*)	14 18
—	*)	—	*)	625 000 000	*)	625 000 000	*)	14 19
48 105 000	*)	— 2 534 187 100	*)	2 486 082 100	*)	—	*)	
135 452 300	234 177 700	26 857 924 800	22 043 702 000	2 013 230 700	2 015 382 600	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	
183 557 300	234 177 700	24 323 737 700	22 043 702 000	4 499 312 800	2 015 382 600	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	

**Gesetz
über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags
zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1956
(Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1956).**

Vom 24. Dezember 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der dem Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltspans für das Rechnungsjahr 1956 (Haushaltsgesetz 1956) vom 24. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 830) beigelegte Bundeshaushaltspans wird nach Maßgabe des diesem Gesetz als Anlage beigelegten Zweiten Nachtrags geändert. Die in § 1 des Haushaltsgesetzes 1956 festgestellten Endsummen der Einnahmen und Ausgaben bleiben unverändert.

§ 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1956 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 24. Dezember 1956.

**Der Bundespräsident
Theodor Heuss**

**Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher**

**Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für Verteidigung
Strauß**

Gesamtplan

zum

Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 1956

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen			Personalausgaben	
		1956 DM	gegenüber 1955 mehr (+) weniger (-) DM	1956 DM	1955 DM	
1	2	3	4	5	6	
	31 Bundesminister für Atomfragen					
31 01	Bundesministerium für Atomfragen					
	Es fallen weg die bisherigen Globalsummen im Bundeshaushalt 1956	— 3 400	—	—	—	—
	Es treten hinzu lt. 2. Nachtrag	3 400	—	1 382 200	—	—
	Zusammen	—	—	1 382 200	—	—
	 Nachrichtlich:					
	Bisherige Summe des Ordentlichen Haushalts einschließlich					
	1. Nachtrag	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	2 479 300 400	2 228 027 100	
	Insgesamt	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	2 480 682 600	2 228 027 100	

Ordentlicher Haushalt

Schausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	gegenüber 1955 mehr (+) weniger (-) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14	15
								31 01
—	—	— 44 378 600	—	—	—	— 44 378 600	—	
532 900	—	18 553 800	—	23 909 700	—	44 378 600	—	
532 900	—	— 25 824 800	—	23 909 700	—	—	—	
183 557 300	234 177 700	24 323 737 700	22 043 702 000	4 499 312 800	2 015 382 600	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	
184 090 200	234 177 700	24 297 912 900	22 043 702 000	4 523 222 500	2 015 382 600	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	

Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen.

Vom 21. Dezember 1956.

Auf Grund des § 56 Abs. 2 in Verbindung mit § 4 und § 7 Abs. 4 der Seemannsordnung vom 2. Juni 1902 (Reichsgesetzbl. S. 175) und Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

(1) Die Ausrüstung der Kauffahrteischiffe und ihrer Rettungsboote mit Arznei- und anderen Hilfsmitteln der Krankenfürsorge ist nach den Vorschriften der Anlage Teil A und den Verzeichnissen I bis VIII der Anlage Teil B vorzunehmen.

(2) Für die Ausrüstung hat der Reeder und, soweit sie während der Reise ergänzt werden muß, der Kapitän zu sorgen.

(3) Apothekenpflichtige Arzneimittel sind in Apotheken im Geltungsbereich dieser Verordnung zu beschaffen. Auf Verlangen der Behörde (§ 17) ist der Lieferer nachzuweisen. Die Arzneimittel müssen den Anforderungen des Deutschen Arzneibuchs entsprechen, soweit sie darin aufgeführt sind. In Not- und Ausnahmefällen dürfen Arzneimittel auch außerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung beschafft werden.

§ 2

Vor Antritt jeder Reise von mehr als vierwöchiger Dauer, mindestens aber alle 3 Monate, ist die Ausrüstung vom Schiffsarzt, auf Schiffen ohne Schiffsarzt vom Kapitän, auf Sauberkeit, Vollständigkeit, Verschluß der Behälter, Beschriftung und den Zustand der Instrumente zu überprüfen. Der Schiffsarzt hat sich auch von der zweckentsprechenden und ordnungsmäßigen Beschaffenheit der Arznei- und anderen Hilfsmittel zu überzeugen. Verbrauchte oder offensichtlich unbrauchbar gewordene Arznei- und andere Hilfsmittel sind zu ersetzen. Die Ausrüstung der Rettungsboote mit Sanitätskästen und deren Unversehrtheit prüft der Kapitän. Das Ergebnis der Prüfung ist in das Schiffstagebuch, auf Schiffen mit Schiffsarzt in das Gesundheitsstagebuch (§ 13 Abs. 2) einzutragen.

§ 3

(1) Die Ausrüstung ist übersichtlich geordnet und geschützt gegen Verschmutzung, Feuchtigkeit und andere schädliche Einflüsse aufzubewahren, und zwar die Ausrüstung nach den Verzeichnissen I bis III in Arzneikisten, die Ausrüstung nach den Verzeichnissen IV bis VI b in Arzneischranken. Die Ausrüstung ist unter Verschluß zu halten.

(2) Die Arzneischranken sind in einem dafür geeigneten Raum aufzustellen. Auf Schiffen mit mehr als 4 500 BRT Raumgehalt ist der Arzneischrank

in einem besonderen Raum außerhalb des Krankenraums (§ 8) aufzustellen; der Raum ist mit Waschgelegenheit, Steckdose und Untersuchungsbank auszurüsten.

(3) Der Sanitätskasten für Rettungsboote muß von der See-Berufsgenossenschaft zugelassen sein. § 6 Abs. 2 der Schiffssicherheitsverordnung vom 31. Mai 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 645) findet entsprechend Anwendung. Der Sanitätskasten ist mit dem Namen des Lieferers und der Angabe des Zeitpunkts der Verpackung zu versehen und von der Behörde zu plombieren. Auf der Außenseite des Kastens ist ein Inhaltsverzeichnis wasserfest anzubringen. Der Kasten ist mit witterbeständigem Farüberzug zu versehen.

§ 4

(1) Die in den Verzeichnissen III bis VI b mit † oder ‡ gekennzeichneten Arzneimittel sind bei der Ausrüstung nach Verzeichnis III in einer besonderen Arzneikiste, sonst in einem Giftschrank aufzubewahren und vom Schiffsarzt, auf Schiffen ohne Schiffsarzt vom Kapitän, unter Verschluß zu halten.

(2) Impfstoffe, Seren und andere im Verzeichnis VI besonders bezeichnete Arzneimittel sind in einem verschlossenen Behälter, getrennt von Lebensmitteln, im Kühlenschrank oder Kühlraum aufzubewahren.

(3) Außerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung beschaffte Arzneimittel sind bis zu einer Überprüfung nach § 15 Abs. 1 in einer besonderen Abteilung der Arzneikiste, des Arzneischanks, des Giftschranks oder des Behälters nach Absatz 2 aufzubewahren.

§ 5

(1) In den Arzneikisten, Arzneischranken und Giftschränken sind die einzelnen Arzneimittel in geeigneten Behältern aufzubewahren. Glasgefäße sind so zu halten, daß sie bei Seegang nicht zerbrechen können.

(2) Alle Behälter für die einzelnen Arzneimittel sind deutlich und wasserfest zu beschriften, und zwar

1. mit weißer Schrift auf schwarzem Grund bei Mitteln der Tabelle B des Deutschen Arzneibuchs (sogenannte Venena).
2. mit roter Schrift auf weißem Grund bei Mitteln der Tabelle C des Deutschen Arzneibuchs (sogenannte Separanda).
3. mit schwarzer Schrift auf weißem Grund in allen anderen Fällen.

(3) Die Beschriftung muß auch eine Gebrauchsanweisung und etwa gebotene Vorsichtshinweise enthalten. Die Beschriftung muß mit den laufenden Nummern und den Bezeichnungen der Verzeichnisse der Anlage Teil B übereinstimmen.

§ 6

(1) Die Beschriftung der Flaschen, Kruken und anderen Behälter, in denen Arzneimittel an Kranke abgegeben werden, muß eine genaue Gebrauchsanweisung enthalten.

(2) Sämtliche äußerlich anzuwendenden Arzneimittel sind durch einen roten Aufklebezettel mit dem deutlich lesbaren Hinweis „Äußerlich“ zu kennzeichnen. Äußerlich anzuwendende flüssige Arzneimittel dürfen an Kranke nur in sechseckigen Flaschen abgegeben werden.

§ 7

(1) Arzneimittel, die dem Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Opiumgesetz) vom 10. Dezember 1929 (Reichsgesetzbl. I S. 215) in seiner jeweils geltenden Fassung unterliegen, sind von der Apotheke bei der Lieferung nach Art und Menge in ein Betäubungsmittelbuch nach dem Muster der Anlage Teil C einzutragen.

(2) Werden diese Arzneimittel angewendet, so sind die Art und Menge, der Name des Kranken, die Art der Erkrankung sowie der Tag und die Stunde der Entnahme in das Betäubungsmittelbuch einzutragen.

(3) Alle Eintragungen in das Betäubungsmittelbuch sind vom Schiffsarzt, bei Schiffen ohne Schiffsarzt vom Kapitän, zu unterschreiben. Die Behörde hat die ordnungsgemäße Führung des Betäubungsmittelbuchs zu überwachen. Bei der jährlichen Prüfung der Ausrüstung ist darüber eine Bescheinigung zu erteilen.

§ 8

(1) Schiffe in der großen Fahrt (§ 18) sind mit einem ruhig gelegenen luftigen, hellen und gut heizbaren Krankenraum auszustatten. Das gleiche gilt für Fischereifahrzeuge in der großen Hochseefischerei, soweit sie mehr als 1500 BRT Raumgehalt, und für Schiffe in der mittleren Fahrt, soweit sie mehr als 1200 BRT Raumgehalt haben oder neben den Räumen für die Besatzung und den Lotsen ein weiterer Aufenthaltsraum vorhanden ist. Innenräume dürfen nicht als Krankenräume verwendet werden.

(2) Der Krankenraum muß bei Bedarf sofort zur Verfügung stehen. Er muß leicht zu reinigen und zu desinfizieren sein. Der Eingang zum Krankenraum muß so breit sein, daß ein Kranke liegend hineingetragen werden kann.

(3) Der Krankenraum muß bei Schiffen bis zu 30 Personen an Bord mindestens ein Krankenbett, bei mehr als 30 Personen mindestens 2 Krankenbetten enthalten. Die Krankenbetten müssen mindestens die gleiche Größe, Lage und Ausstattung wie die Kojen des Mannschaftsraums haben. Für jedes Bett müssen mindestens 6 cbm Luftraum vorhanden sein.

(4) Bei einer Höhe des Krankenraums von mindestens 200 cm dürfen die Krankenbetten übereinander angebracht werden. In diesem Fall muß im Krankenraum eine weitere Liegemöglichkeit vorhanden sein, die sich als Bett herrichten läßt. Das obere Bett muß einschließlich des Rahmens abgenommen oder hochgeklappt werden können. Die Abstände zwischen dem unteren und dem oberen Bett müssen mindestens 80 cm und zwischen dem oberen Bett und der Decke des Raums mindestens 100 cm betragen. Die Abstände sind von der Unterkante der Bettrahmen aus zu messen.

(5) Bei Schiffen mit mehr als 75 Personen an Bord ist folgende Anzahl von Krankenräumen und Krankenbetten vorzusehen:

- bis zu 200 Personen:
2 Räume mit insgesamt 4 Krankenbetten,
- bis zu 300 Personen:
2 Räume mit insgesamt 6 Krankenbetten,
- bis zu 400 Personen:
2 Räume mit insgesamt 8 Krankenbetten,
- bis zu 600 Personen:
3 Räume mit insgesamt 10 Krankenbetten,
davon einer als Isolierraum,
- bis zu 800 Personen:
5 Räume mit insgesamt 12 Krankenbetten,
davon zwei als Isolierräume und einer als Raum für Geisteskranke,
- bis zu 1000 Personen:
5 Räume mit insgesamt 14 Krankenbetten,
davon zwei als Isolierräume und einer als Raum für Geisteskranke,
- für weitere je 200 Personen bis zu insgesamt 2000 Personen:
2 Krankenbetten,
- für weitere je 300 Personen:
2 Krankenbetten.

Kranke, ausgenommen männliche bis zum vollendeten 12. und weibliche bis zum vollendeten 10. Lebensjahr, sind getrennt nach Geschlechtern unterzubringen.

(6) Wird an Bord eine Klimaanlage eingebaut, sind die Kranken-, Behandlungs- und Operationsräume der Anlage anzuschließen.

§ 9

(1) Bei jedem Krankenraum ist ein gut lüftbarer Abort mit Wasserspülung vorzusehen, der bei Schiffen mit mehr als 75 Personen an Bord unmittelbar vom Krankenraum aus zugänglich sein soll.

(2) Auf Schiffen mit mehr als 75 Personen an Bord ist bei den Krankenräumen vorzusehen:

- bis zu 400 Personen:
1 Baderaum, der unmittelbar von jedem der beiden Krankenräume aus zugänglich sein soll,

bis zu 600 Personen:

2 Baderäume, von denen einer unmittelbar von beiden Krankenräumen, der andere unmittelbar vom Isolierraum aus zugänglich sein sollen,

bis zu 1000 Personen:

3 Baderäume, von denen einer unmittelbar vom Krankenraum für Frauen, einer unmittelbar vom Krankenraum für Männer und einer unmittelbar von den Isolierräumen aus zugänglich sein sollen,

für weitere je 800 Personen:

1 weiterer Baderaum.

(3) Die Baderäume dürfen innen liegen; sie müssen gut geheizt und ohne Zugwirkung gut gelüftet werden können. Sie müssen Einrichtungen für warme und kalte Süßwasserwannenbäder enthalten.

§ 10

Schiffe, die nach § 11 mit einem Schiffsarzt zu besetzen sind, müssen, wenn mit ihrem Bau nach Inkrafttreten dieser Verordnung begonnen wird, einen besonderen Operationsraum von mindestens 8,5 qm Bodenfläche haben.

§ 11

Schiffe mit mehr als 75 Personen an Bord sind bei Reisen in der mittleren und großen Fahrt mit einem Schiffsarzt zu besetzen, der verpflichtet ist, die Schiffsbesatzung unentgeltlich zu behandeln. Der Schiffsarzt muß im Geltungsbereich dieser Verordnung approbiert sein und über ausreichende Kenntnisse in der Chirurgie, Gynäkologie sowie, je nach dem Fahrgebiet, in Tropenkrankheiten verfügen.

§ 12

Der Schiffsarzt hat sich vor der Anmusterung rechtzeitig bei der Behörde vorzustellen. Seine Beschäftigung ist zu untersagen, wenn er den Voraussetzungen des § 11 nicht entspricht oder nach seinem körperlichen Zustand für den zu übernehmenden Dienst nicht geeignet ist.

§ 13

(1) Auf Schiffen in der mittleren und großen Fahrt sowie in der kleinen und großen Hochseefischerei ist vom Schiffsarzt, auf Schiffen ohne Schiffsarzt vom Kapitän oder von dem mit der Krankenbehandlung beauftragten Schiffsoffizier, ein Krankenbuch nach dem Muster der Anlage Teil D zu führen. Bei fieberhaften Erkrankungen sind Temperaturkurven aufzuzeichnen und dem Krankenbuch beizufügen.

(2) Der Schiffsarzt hat neben dem Krankenbuch während der Reise ein Gesundheitstagebuch nach dem Muster der Anlage Teil E zu führen. In das Gesundheitstagebuch sind ausführliche Angaben über hygienisch oder sonst ärztlich wichtige Wahrnehmungen an Bord und in den Anlandhilfen sowie über getroffene Maßnahmen an Bord aufzunehmen.

(3) Nach Abschluß jeder Reise haben der Kapitän und der Schiffsarzt das Krankenbuch und das Gesundheitstagebuch zu unterschreiben; auf Schiffen ohne Schiffsarzt hat der Kapitän das Krankenbuch zu unterschreiben.

§ 14

(1) Der Schiffsarzt hat den Kapitän laufend über den Gesundheitszustand an Bord des Schiffs zu unterrichten und ihm auf Verlangen das Gesundheitstagebuch vorzulegen.

(2) Nach jeder Reise hat sich der Schiffsarzt unverzüglich persönlich bei der Behörde zu melden und dieser das Gesundheitstagebuch sowie das Krankenbuch zur Einsicht vorzulegen.

(3) Bei Schiffen ohne Schiffsarzt hat der Kapitän auf Verlangen der Behörde das Krankenbuch an Bord vorzulegen.

§ 15

(1) Der Reder hat die Ausrüstung und die Krankenräume bei Indienststellung eines Schiffs im Geltungsbereich dieser Verordnung und sodann mindestens alle 12 Monate durch die Behörde prüfen zu lassen.

(2) Die Ausrüstung nach den Verzeichnissen III bis VI ist an Bord von einem Arzt zu prüfen; bei einer Ausrüstung nach Verzeichnis V kann, bei einer Ausrüstung nach Verzeichnis VI muß ein Apotheker zugezogen werden.

(3) Über die Prüfung ist nach Beseitigung etwa festgestellter Mängel eine Bescheinigung auszustellen, in der anzugeben ist, nach welchem Verzeichnis geprüft wurde. Die Bescheinigung ist vom Kapitän aufzubewahren und auf Verlangen der Behörde vorzulegen. Die Prüfung ist im Schiffstagebuch zu vermerken.

(4) Wird ein Schiff außerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung in Dienst gestellt oder erreicht ein Schiff binnen 12 Monaten keinen Hafen im Geltungsbereich dieser Verordnung, so hat der Kapitän die Ausrüstung im Einvernehmen mit dem Konsul prüfen zu lassen. Die Absätze 2 und 3 sind entsprechend anzuwenden. Die Bescheinigung des Prüfers ist vom Konsul gegenzuzeichnen.

(5) Die Behörde ist berechtigt, sich außerhalb dieser Prüfungen über den Zustand der Ausrüstung zu unterrichten. Gebühren sind dafür nicht zu erheben.

§ 16

Die für den Heimathafen des Schiffs zuständige oberste Landesbehörde kann Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 Abs. 2, des § 8 Abs. 1 und 5 Satz 2 und des § 10 Abs. 1 zulassen.

§ 17

Behörde im Sinne dieser Verordnung ist die zuständige oberste Landesbehörde. Sie kann ihre Ergebnisse einer ihr nachgeordneten Behörde übertragen.

§ 18

(1) Die in der Verordnung und den Anlagen genannten Fahrtgrenzen bestimmen sich nach der Verordnung über die Besetzung der Kauffahrteischiffe mit Kapitänen und Schiffsoffizieren (Schiffsbesetzungsordnung) vom 29. Juni 1931 (Reichsgesetzblatt II S. 517) in ihrer jeweils geltenden Fassung.

(2) Als tropische Fahrt gilt die Fahrt zwischen den beiden Wendekreisen.

§ 19

Je ein Abdruck dieser Verordnung, des Teils A der Anlage und des für das Schiff in Frage kommenden Verzeichnisses der Anlage Teil B sind an

Bord mitzuführen. Die Abdrücke sind an der Innenseite des Deckels der Arzneikiste oder der Tür des Arzneischanks anzubringen.

§ 20

Diese Verordnung gilt auch im Land Berlin, sofern sie im Land Berlin in Kraft gesetzt wird.

§ 21

Die Verordnung tritt am 1. April 1957 in Kraft. Mit dem gleichen Tag tritt die Verordnung, betreffend Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen vom 4. Januar 1929 (Reichsgesetzbl. II S. 33) außer Kraft.

Bonn, den 21. Dezember 1956.

Der Bundesminister für Verkehr
Seehöhn

Allgemeine Vorschriften über die Ausrüstung

I. Kauffahrteischiffe sind wie folgt auszurüsten:

1. Handelsschiffe

- a) in der Wattfahrt nach Verzeichnis VIII
- b) in der Küsten- und kleinen Fahrt
 - bis zu 10 Personen an Bord nach Verzeichnis I
 - bis zu 18 Personen an Bord nach Verzeichnis II
 - bis zu 30 Personen an Bord nach Verzeichnis III
 - bis zu 75 Personen an Bord nach Verzeichnis IV
 - bis zu 120 Personen an Bord nach Verzeichnis Va
 - über 120 Personen an Bord nach Verzeichnis Vb

Fahrzeuge im Verkehr nach Seebädern im Geltungsbereich dieser Verordnung (Seebäderdampfer) sowie Fahr- und Förderschiffe sind nach Verzeichnis III auszurüsten.

- c) in der mittleren Fahrt

- bis zu 25 Personen an Bord nach Verzeichnis IV
- bis zu 50 Personen an Bord nach Verzeichnis Va
- bis zu 75 Personen an Bord nach Verzeichnis Vb
- bis zu 200 Personen an Bord nach Verzeichnis VIa
- über 200 Personen an Bord nach Verzeichnis VIb

- d) in der großen Fahrt

- bis zu 30 Personen an Bord nach Verzeichnis Va
- bis zu 75 Personen an Bord nach Verzeichnis Vb
- bis zu 200 Personen an Bord nach Verzeichnis VIa
- über 200 Personen an Bord nach Verzeichnis VIb

2. Fischereifahrzeuge

- a) in der Küstenfischerei nach Verzeichnis VIII

- b) in der kleinen Hochseefischerei

- bis zu 8 Personen an Bord nach Verzeichnis I — jedoch einschließlich der in Verzeichnis II lfd. Nrn. 30 und 62 aufgeführten Arzneimittel —
- über 8 Personen an Bord nach Verzeichnis III
- Logger nach Verzeichnis II

- c) in der großen Hochseefischerei nach Verzeichnis III

3. Rettungsboote nach Verzeichnis VII.

Rettungsboote haben für je 30 Personen einen Sanitätskasten mitzuführen.

II. Die mit § 1 und § 2 gekennzeichneten Arzneimittel sind nach § 4 Abs. 1 der Verordnung in einer besonderen Arzneikiste (Verzeichnis III) oder in einem Giftschrank (Verzeichnis IV bis VI) aufzubewahren.

III. Die Beschaffung und die Abgabe der mit § 2 gekennzeichneten Arzneimittel sind nach § 7 der Verordnung in das Betäubungsmittelbuch einzutragen. Am Ende jeder Reise ist auf jedem Eintragungsblatt ein Abschluß über Zugang, Abgang und Bestand jedes Betäubungsmittels aufzustellen.

Anlage Teil B

**1. Verzeichnisse der Arznei- und anderen Hilfsmittel
der Krankenfürsorge auf Schiffen ohne Schiffsarzt**
(Verzeichnis I bis Vb)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge						Bemerkungen
		Verzeich- nis I	Verzeich- nis II	Verzeich- nis III	Verzeich- nis IV	Verzeich- nis Va	Verzeich- nis Vb	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
a. Innerlich anzuwendende Arzneimittel								
	Bei Erkrankungen der Atmungsorgane							
1†	Expectorans compositum-Tabletten	—	—	30 St.	50 St.	50 St.	100 St.	Auch als Com- pretten „MBK“. Zusammensetzung siehe Anmerkung 2
2	Mixtura solvens-Tabletten	100 St.	100 St.	200 St.	250 St.	300 St.	300 St.	Auch als Com- pretten „MBK“. Zusammensetzung siehe Anmerkung 11
3†	1,1-Diphenyl-1-dimethyl-aminoäthylbutanon (2)-hydrochlorid-Tabletten 0,0075 mit p-Oxyphenylmethylaminopropanol-hydrochlorid	—	—	30 St.	50 St.	50 St.	100 St.	Ticarda-Tabletten, auch Ticarda-Tabletten mit Emetin
4†	Asthmatinktur mit Ephedrin (RF Nr. 41)	—	—	—	—	10 g	10 g	Zusammensetzung siehe Anmerkung 3
	Herz- und Kreislaufmittel							
5†	Digitaloid-Gemisch aus Adonis, Convallaria, Oleander und Scilla	—	—	30 g	30 g	60 g	60 g	z. B. Miroton Orig. Pckg zu 30 g
6†	Nitroglyzerin-Zubereitungen	—	—	15 St.	15 St.	15 St.	15 St.	z. B. Nitrolingual Orig. Pckg zu 15 Kapseln
7	Jodkali-Tabletten 0,5	—	—	—	—	100 St.	100 St.	Auch als Com- pretten „MBK“
8	p-Oxyphenyl-äthanol-methylamintartrat flüssig, 10%ig	—	—	—	25 ccm	25 ccm	50 ccm	z. B. Sympatol liquid. 10%ig
	Bei Erkrankungen der Verdauungsorgane							
9†	Magentabletten	—	—	100 St.	100 St.	200 St.	200 St.	Zusammensetzung siehe Anmerkung 4; können auch als Compretten stomachicum „MBK“ mitgeführt werden
10	Natriumbikarbonat-Tabletten 1,0	60 St.	120 St.	200 St.	250 St.	500 St.	500 St.	
11	Pfefferminztee-Tabletten 2,0	—	—	25 St.	25 St.	50 St.	50 St.	
12	Kamillenextrakt	—	—	50 g	100 g	100 g	200 g	z. B. Kamillosan-Liquidum
13	Verdünnte Salzsäure	—	—	—	—	100 g	150 g	
14	Kohletabletten 0,25	40 St.	80 St.	160 St.	200 St.	200 St.	250 St.	Auch als Com- pretten „MBK“

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge						Bemerkungen
		Verzeich- nis I	Verzeich- nis II	Verzeich- nis III	Verzeich- nis IV	Verzeich- nis Va	Verzeich- nis Vb	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
15	Gerbsäurealbuminat-Tabletten 0,5	—	—	—	—	100 St.	100 St.	z. B. Tannalbin
16ff	Opium-Tabletten 0,03	—	—	20 St.	20 St.	40 St.	40 St.	
17	Bittersalz	—	—	—	100 g	250 g	250 g	
18	Rizinusöl	—	—	100 g	250 g	250 g	500 g	
19†	Vegetabilische Abführpillen (DRF Nr. 203)	30 St.	50 St.	100 St.	100 St.	100 St.	120 St.	Zusammensetzung siehe Anmerkung 5
	Bei Erkrankungen der Harnwege							
20	Bärentraubenblätter	—	—	125 g	125 g	125 g	250 g	
	Schmerzbekämpfungsmittel							
21	Azetylsalizylsäure-Tabletten 0,5	20 St.	40 St.	60 St.	100 St.	100 St.	100 St.	Auch als Com- pretten „MBK“. Wissenschaftliche Bezeichnung für Aspirin
22	Dimethylaminophenyl-dimethyl-pyrazolon-Tabletten 0,3	—	—	40 St.	50 St.	50 St.	100 St.	Auch als Com- pretten „MBK“. Wissenschaftliche Bezeichnung für Pyramidon
23†	Antineuralgicum-Tabletten mit Codein	—	—	20 St.	30 St.	50 St.	100 St.	z. B. Geronida antineuralgica. Zusammensetzung siehe Anmerkung 1; auch Compretten Analgeticum „MBK“
24ff	1-Methyl-4-phenylpiperidin-4-karbonsäureäthylester-hydrochlorid-Tabletten 0,025	—	—	20 St.	20 St.	20 St.	20 St.	z. B. Dolantin
	Beruhigungs- und Schlafmittel							
25	Mixtura nervina-Tabletten	30 St.	100 St.	100 St.	100 St.	100 St.	200 St.	Zusammensetzung siehe Anmerkung 6
26†	N-Methylzyklohexenyl-methyl-barbitursäure-Tabletten 0,25	—	—	—	—	10 St.	20 St.	z. B. Evipan-Tabletten
27†	Kalziumzyklohexenylbarbiturat-Tabletten 0,2	—	—	—	—	10 St.	10 St.	z. B. Phanodorm-Calcium-Tabletten
	Antihistaminika							
28	Antihistamin-Tabletten oder -Dragees	—	—	—	50 St.	50 St.	100 St.	Nur Antihista- minika ohne schlafmähnende Nebenwirkung sind mitzuführen: z. B. Avil, Omeril
	Sulfonamide und Antibiotika							
29†	6-(Sulfamido)-2,4-dimethylpyrimidin-Tabletten 0,5	60 St.	120 St.	120 St.	250 St.	400 St.	400 St.	z. B. Mristamid, Dicloramid

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge						Bemerkungen
		Verzeich- nis I	Verzeich- nis II	Verzeich- nis III	Verzeich- nis IV	Verzeich- nis Va	Verzeich- nis Vb	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
30†	Penicillin, oral, in Tabletten (auch mit Sulfonamiden)	—	20 St.	40 St.	60 St.	—	—	z. B. Oratren, Syncillin forte (1 Tablette = 100 000 I. E. Penicillin)
31†	Antibiotikum mit weitem Anwendungsgebiet in Kapseln	—	—	—	—	2 Orig.Pckg	3 Orig.Pckg	z. B. Achromycin, Aureomycin Orig. Pckg zu 16 Kapseln (1 Kapsel = 250 mg)
32	Vitamine Multi-Vitaminpräparat	—	—	—	—	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	z. B. Multibionta Orig. Pckg zu 20 Kapseln
33	Nur für Schiffe, die malariegefährdete Häfen anlaufen 7-Chlor-4-(4'-diäthylamino-1'-methyl-butylamino)-chinolin-diphosphat-Tabletten 0,25	—	—	—	500 St.	500 St.	1000 St.	z. B. Resochin-Tabletten. Die mitzuführende Menge ist unter Berücksichtigung des jeweils neuesten Malariaerkenntnisblatts der SBG zu erhöhen, wenn die Zahl der an Bord befindlichen Personen und die Dauer des Aufenthalts in malariegefährdeten Häfen es erfordern
34	Nur für Schiffe in tropischer Fahrt Chinintabletten oder -kapseln 0,25	—	—	—	100 St.	100 St.	100 St.	Auch als Compretten „MBK“
35	N-Diäthylamino-isopentyl-8-amino-6-methoxychinolin-Tabletten 0,01	—	—	—	45 St.	45 St.	60 St.	z. B. Plasmochin simplex
36	7-Jod-8-oxychinolin-5-sulfosäure (mit Natriumbikarbonat) Pillen 0,25	—	—	—	45 St.	100 St.	200 St.	z. B. Yatren-Pillen
b. Durch Einspritzung anzuwendende Arzneimittel								
37†	Asthmamittel Einspritzbares Asthmamittel in Ampullen	—	—	—	—	3 St.	6 St.	z. B. Asthmatriin, Asthmolysin
38	Herz- und Kreislaufmittel Pyridin-β-karbonsäure-diäthylamid-Lösung, 25%ig, in Ampullen zu 1,7 ccm	—	—	—	10 St.	10 St.	10 St.	z. B. Coramin, Cormed
39††	Schmerzbekämpfungsmittel Morphin-Ampullen 0,02	—	—	6 St.	6 St.	10 St.	10 St.	Auch als Amphiolein „MBK“

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge						Bemerkungen
		Verzeich- nis I 3	Verzeich- nis II 4	Verzeich- nis III 5	Verzeich- nis IV 6	Verzeich- nis Va 7	Verzeich- nis Vb 8	
1	2							
40f	p-Aminobenzoyldiäthylaminoäthanol in Lösung, 2%ig, mit Adrenalin in Ampullen zu 2 ccm	—	—	—	—	20 St.	20 St.	z. B. Novocain „B“ 2%ig, mit Suprarenin
	Antihistaminika							
41	Einspritzbares Antihistamin-präparat in Ampullen	—	—	—	—	10 St.	10 St.	z. B. Antistin, Avil, Soventol
	Antibiotika							
42f	Depot-Penicillin in Trocken-form mit Lösungsmittel (wäbrig)	—	—	—	—	20 St.	30 St.	z. B. Aquacillin comp., Duocillin, Novocillin, Novocain-Penicillin aquosum (N-Pc „aqu.“) 1 Orig. Pckg = 400 000 I. E.
	Sonstiges							
43	Sterile physiologische Koch-salzlösung in Ampullen zu 5 ccm	—	—	—	—	20 St.	30 St.	
	Nur für Schiffe in tropischer Fahrt							
44	7-Chlor-4-(4'-diäthylamino-1'-methyl-butylamino)-chinolin-diphosphat Ampullen, 5%ig, zu 5 ccm	—	—	—	5 St.	5 St.	5 St.	Resochin-Ampullen 5%ig
45f	Emetinhydrochlorid 0,03 in Ampullen zu 1 ccm	—	—	—	10 St.	10 St.	20 St.	
	Zur Mitführung empfohlen							
46f	Schlangenserum	Auf Schiffen, auf denen mit Schlangenbissen gerechnet werden muß, z. B. Bananendampfern sero anticrotatico } je Schiff 1 Packung sero antibothropico }						Schlangenserum kann bezogen werden z. B. durch: Instituto Butantan, Sao Paulo/Brasilien, Caixa postal 65

c. Außerlich anzuwendende Arzneimittel

	Zur Wundbehandlung und bei Hautkrankheiten							
47	Weingeist	—	—	250 g	500 g	750 g	1500 g	
48	Wundbenzin	100 g	200 g	200 g	200 g	500 g	500 g	
49f	Jodtinktur	2 Tupf-flaschen	4 Tupf-flaschen	6 Tupf-flaschen	50 g	50 g	75 g	
	oder							
49a	Jodtinkturersatz	desgl.	desgl.	desgl.	desgl.	desgl.	desgl.	z. B. Dibromol, Dijozol, Jodo-Muc, Kodan-Tinktur, Sepso-Tinktur
50	Wasserstoffsuperoxyd-Tabletten 1,0	—	—	50 St.	50 St.	50 St.	100 St.	z. B. Perhydrit-Tabletten
51	Ether-natrium-persulfat-Tabletten	—	—	50 g	50 g	50 g	100 g	

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge						Bemerkungen
		Verzeich- nis I 3	Verzeich- nis II 4	Verzeich- nis III 5	Verzeich- nis IV 6	Verzeich- nis Va 7	Verzeich- nis Vb 8	
1	2							9
52	Borsäurepulver	30 g	60 g	90 g	120 g	200 g	300 g	
53	Borsalbe in Tuben zu 50 g	50 g	100 g	250 g	250 g	250 g	400 g	
54	Lebertransalbe	50 g	50 g	100 g	200 g	250 g	500 g	
55	Sulfoniertes Schieferöl	10 g	10 g	20 g	100 g	100 g	200 g	z. B. Ichthyol, Ammonium sul- foichthyolicum
56	Zinksalbe	—	—	100 g	100 g	100 g	100 g	
57	Zink-Trockenpaste, weich, fettfrei	—	—	—	—	300 g	300 g	z. B. Esiderm Orig. Pckg zu 75 g
58	Arningsche Lösung (DRF Nr. 149)	—	—	—	—	30 g	2X30 g	Zusammensetzung siehe Anmerkung 7
59	Bismutum subgallicum- Streupulver, 10—20%ig	—	—	50 g	50 g	50 g	100 g	z. B. Dermatol
60f	Sulfonamid-Wund-Gel	—	—	50 g	100 g	200 g	200 g	z. B. Aristamid- Gel, Badional-Gel, Orig. Pckg zu 20 u. 50 g
61f	Antibiotischer Wundpuder in Streudososen zu 5 g	—	—	—	—	20 g	30 g	z. B. Penicillin- Wundpuder
62f	Antibiotikumsalbe mit weitem Anwendungsgebiet	—	5 g	5 g	5 g	28 g	56 g	z. B. Aureomycin- Salbe, Orig. Pckg zu 5 und 14,2 g
63	Antihistamin-Salbe, Gelee oder ähnliches	—	—	—	etwa 30 g	etwa 30 g	etwa 30 g	z. B. Antistin- Creme, Avil-Salbe, Soventol-Gelee Orig. Pckg zu 20 bis 30 g
64	Salbe mit Oxypolyäthoxy- dodekan, 4%ig, juckreiz- stillend und anästhesierend	—	—	—	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	z. B. Thesit-Salbe Orig. Pckg zu 27 g
65	Antimykotische Salbe mit Hexylresorzin	—	—	—	26 g	26 g	52 g	z. B. Mycoderm Orig. Pckg zu 26 g
66	γ-Hexachlorzyklohexan- Emulsion, 0,3%ig	—	—	1 Orig.Pckg	2 Orig.Pckg	2 Orig.Pckg	4 Orig.Pckg	z. B. Jacutin- Emulsion Orig. Pckg zu 100 g
Bei rheumatischen Erkrankungen								
67	Spiritus saponato-camphor. (Opodel Dok)	—	—	200 g	200 g	200 g	400 g	
Bei Augenerkrankungen								
68	p-Propylaminobenzoësäure- γ-dimethylamino-β-oxypro- pylester-hydrochlorid Lösung, 1%ig,	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	z. B. Corne Cain- Lösung, 1%ig Orig. Pckg zu 25 ccm
69	Augentropfen: Äthoxydiaminoakridin, 0,1%, und Athylhydrokuprein, 0,5%, in öliger Lösung mit Benzoylpseudocapro- karbonsäurepropylester, 2%	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	1 Orig.Pckg	2 Orig.Pckg	2 Orig.Pckg	2 Orig.Pckg	z. B. Biseptol comp. Orig. Pckg zu 10 ccm Linsenlösung Lipoidtropfen 10 ccm

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge						Bemerkungen
		Verzeich- nis I	Verzeich- nis II	Verzeich- nis III	Verzeich- nis IV	Verzeich- nis V a	Verzeich- nis V b	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
70	Tetrabrombrenzkatechin-wismut-Augensalbe, 2,5%ig	—	—	2 Orig.Pkg	2 Orig.Pkg	3 Orig.Pkg	3 Orig.Pkg	z. B. Noviform-Salbe, 2,5%ig, Orig.Pkg zu 5 g
71f	Bei Ohrerkrankungen Ohrtropfen mit wasserfreiem Glyzerin, Anästhetikum und Phenazon (DRF Nr. 263)	—	—	etwa 15 g	etwa 15 g	etwa 15 g	etwa 15 g	Zusammensetzung siehe Anmerkung 8; auch Otalgan
72	Bei Erkrankungen der Mundhöhle und der Zähne 0-Oxychinolinkaliumsulfat-Tabletten 0,04	75 St.	75 St.	150 St.	150 St.	150 St.	300 St.	z. B. Chinosol-Gurgeltabletten
73	Myrrhentinktur	—	—	—	50 g	50 g	50 g	
74	Kreosot-Spiritus (1 + 1)	—	—	—	10 g	10 g	20 g	Zahntropfen
	Bei Erkrankungen der Harnwege							
75	Kathetergleitmittel, anti-septisch, mit Schleimhaut-anästhetikum	—	—	—	50 ccm	50 ccm	50 ccm	z. B. Hafinol mit Psicain-Neu 0,2% Orig.Pkg zu 50 ccm
	Bei Erkrankungen des Mastdarms							
76	Hämorrhoidalalsalbe in Tuben mit Kanüle	—	—	1 Tube	2 Tuben	2 Tuben	4 Tuben	z. B. Bismolan-Gleitsalbe, Hädensa
77	Hämorrhoidal-Zäpfchen	—	—	1 Orig.Pkg	1 Orig.Pkg	1 Orig.Pkg	1 Orig.Pkg	z. B. Anusol, Lenirenin Orig.Pkg zu 10 bis 12 St.
	Sonstiges							
78	Körperpuder in Blechstreubüchsen zu 100 g	—	—	1 St.	2 St.	2 St.	3 St.	
79	Formalinfußpuder	—	—	—	100 g	100 g	200 g	
80	Tetrahydronaphthalin, 30%ig, im Gemisch mit Paraffinöl und Azeton	—	—	—	—	100 ccm	200 ccm	z. B. Cuprex, Orig.Pkg zu 50 u. 200 ccm (feuergefährlich)
	d. Desinfektionsmittel							
81	Fein-Desinfektionsmittel	—	—	100 g	250 g	2000 g	3000 g	z. B. Baktol, Sagrotan
82	Grob-Desinfektionsmittel in verschlossenen Blechbüchsen zu 100 g	—	—	3 St.	4 St.	5 St.	5 St.	z. B. Roh-chloramin
83	Insektizides Spritzmittel, DDT- oder HCH-haltig, in Bleckanistern	—	—	—	—	1000 ccm	2000 ccm	Für Schiffe in tropischer Fahrt statt dessen: 1000 ccm 2000 ccm 4000 ccm
84	Insektizides Stäubemittel, DDT- oder HCH-haltig	2 × 50 g	2 × 50 g	4 × 50 g	5 × 50 g	500 g	500 g	
85	Insektizide Tabletten zur Raumbenebelung, DDT- oder HCH-haltig	—	—	—	—	60 St.	120 St.	Für Schiffe in tropischer Fahrt statt dessen: 60 St. 120 St. 240 St.

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge						Bemerkungen
		Verzeich- nis I	Verzeich- nis II	Verzeich- nis III	Verzeich- nis IV	Verzeich- nis Va	Verzeich- nis Vb	
1	2	3	4	5	6	7	8	9

e. Andere Hilfsmittel zur Krankenpflege

**Die Instrumente müssen aus nichtrostendem Chromstahl hergestellt sein.
Sie sind in besonderen Kästen zu verwahren.**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge						Bemerkungen
		Verzeich- nis I 3	Verzeich- nis II 4	Verzeich- nis III 5	Verzeich- nis IV 6	Verzeich- nis Va 7	Verzeich- nis Vb 8	
1	2							9
115	Lederfingerlinge, schwarz, Größe IV—VI	2 St.	3 St.	5 St.	5 St.	10 St.	10 St.	
116	Augenklappen mit Band	1 St.	1 St.	2 St.	2 St.	3 St.	5 St.	
117	Ohrenbinden, dreieckig, nach Hartmann	—	—	—	—	2 St.	3 St.	
118	Arterienabbinder (Gurtaderpresse) 80 cm lang	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
119	Armtragegurt mit zwei Schlingen	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	2 St.	2 St.	
120	Verbandtücher, schwarz	—	1 St.	1 St.	2 St.	3 St.	3 St.	
121	Handgelenkriemen aus Leder, Größe 18—21	—	—	1 St.	2 St.	2 St.	3 St.	
122	Suspensorien, Größe V, VI, VII	—	—	—	je 1 St.	je 2 St.	je 4 St.	
123	Schienen nach Cramer 10 cm × 100 8 cm × 50	1 St. 1 St.	1 St. 2 St.	2 St. 2 St.	2 St. 3 St.	2 St. 4 St.	3 St. 5 St.	
124	Schiene nach Braun, zusammenlegbar	—	—	—	—	1 St.	1 St.	
125	Schiene nach Volkmann, mit T-Stück, 75 cm lang	—	—	—	—	1 St.	1 St.	
126	Sicherheitsnadeln (in Schachteln), Messing, vernickelt, Größe 2	12 St.	12 St.	12 St.	12 St.	24 St.	36 St.	z. B. Messing- Duplex-Sicher- heitsnadeln vernickelt
127	Billroth-Battist, 1 m	—	—	1 St.	2 St.	2 St.	3 St.	
128	Bettunterlage aus Gummi (Bettstoff)	—	—	—	—	1½ qm	1½ qm	
129	Wärmflasche aus Gummi	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
130	1 Irrigator mit 1 Schlauch, 1 Zwischenhahn, 1 Schlauchklemme und 3 Hartgummiansätzen (für Wundspülung und Klistier)	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
131	Eisbeutel aus Gummi, Größe 25	—	—	—	—	1 St.	1 St.	
132	Halseisbeutel mit Verschluß, 7 cm/33 cm	—	—	—	—	1 St.	1 St.	
133	Mundspatel aus Holz	—	—	10 St.	10 St.	20 St.	30 St.	
134	Holzstäbchen für Tupfer	—	—	20 St.	20 St.	30 St.	30 St.	
135	Einnehmeglas mit Strich- teilung	—	—	—	5 St.	10 St.	10 St.	
136	Trinkrohr aus Glas	—	—	—	3 St.	3 St.	3 St.	
137	Augenundine	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
138	Stekbecken mit Deckel	—	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	
139	Urinflasche (für Männer)	—	—	—	1 St.	2 St.	2 St.	
140	Weiche Gummikatheter nach Nelaton, Größe 12 und 16	—	—	—	je 1 St.	je 1 St.	je 1 St.	
141	Katheter-Aufbewahrungs- röhre aus Cellophan (mit Gummiverschluß zur Aufnahme von Formalin- Tabletten)	—	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	
142	Handwaschbürste	1 St.	1 St.	1 St.	2 St.	2 St.	2 St.	
143	Meßgefäß, 100 ccm	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
144	Hornhöftel	—	—	—	—	1 St.	1 St.	

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge						Bemerkungen
		Verzeich- nis I	Verzeich- nis II	Verzeich- nis III	Verzeich- nis IV	Verzeich- nis Va	Verzeich- nis Vb	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
145	Tropfflasche, 10 ccm	—	—	—	—	1 St.	2 St.	
146	desgl. 20 ccm	—	—	—	—	1 St.	2 St.	
147	desgl. 30 ccm	—	—	—	—	1 St.	2 St.	
148	Medizinflasche, 10 ccm	—	—	—	—	3 St.	4 St.	
149	desgl. 20 ccm	—	—	—	—	3 St.	4 St.	
150	desgl. 30 ccm	—	—	—	3 St.	3 St.	4 St.	
151	desgl. 50 ccm	—	—	—	3 St.	3 St.	4 St.	
152	desgl. 100 ccm	—	—	—	—	2 St.	3 St.	
153	desgl. 200 ccm	—	—	—	—	2 St.	3 St.	
154	Korken, zu den Medizinflaschen passend	—	—	—	20 St.	30 St.	30 St.	
155	Salbenkruse, 10 g	—	—	—	3 St.	5 St.	10 St.	
156	Tropfpiette (Augenpipette)	2 St.	2 St.	2 St.	2 St.	4 St.	6 St.	
157	Glasstäbchen für Augensalbe	2 St.	2 St.	2 St.	2 St.	3 St.	4 St.	
158	Etiketten, rot, gummiert, mit Aufschrift "Äußerlich"	—	—	—	12 St.	25 St.	50 St.	
159	Etiketten, weiß, gummiert	—	—	—	12 St.	25 St.	50 St.	
160	Instrumentenkocher, mindestens 17 cm lang, mit Einsatz, elektrisch oder mit Spiritusbrenner und 500 ccm Brennspiritus	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
161	Schale, nierenförmig, 24 cm	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
162	Rekordspritze, 2 ccm oder Glasspritze mit Metallkonus, in ausköchbarem Metallbehälter	—	—	2 St.	2 St.	3 St.	3 St.	
163	desgl. 5 ccm oder Glasspritze mit Metallkonus, in ausköchbarem Metallbehälter	—	—	—	1 St.	2 St.	2 St.	
164	Injektionskanülen aus Chrom-Nickelstahl, Größe 1 und 2	—	—	je 6 St.	je 6 St.	je 6 St.	je 6 St.	
165	Fieberthermometer in Metallhülse	1 St.	1 St.	1 St.	2 St.	3 St.	4 St.	
166	Instrumentenkasten	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	Größe nach Umfang der Ausrüstung
167	Skalpell	—	—	1 St.	1 St.	2 St.	2 St.	
168	Nagelreiniger	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
169	Verbandschere	—	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	
170	Coopersche Schere	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
171	Gerade Schere	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
172	Metallspatel	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
173	Anatomische Pinzette	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
174	Chirurgische Pinzette	—	—	2 St.	2 St.	2 St.	2 St.	
175	Splitterpinzette	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
176	Hohlmeißel für Augenfremdkörper	—	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	
177	Arterienklemme	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
178	Nadelhalter, 14 cm	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
179	Wundnadeln, scharfe, mittelgroße und kleine	—	—	je 12 St.	je 12 St.	je 12 St.	je 12 St.	z. B. Acufirm Nr. G 212/12 und B 204/12
180	Metalldose, durchlöchert, zum Sterilisieren der Wundnadeln	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	

Lfd. Nr.	Bezeichnung 1 2	Menge						Bemerkungen 9
		Verzeich- nis I 3	Verzeich- nis II 4	Verzeich- nis III 5	Verzeich- nis IV 6	Verzeich- nis Va 7	Verzeich- nis Vb 8	
181	Chirurgisches Nahtmaterial in steriler gebrauchsfertiger Packung: Katgut: Länge 2,50 m, Stärke 0 und 1 Seide: Länge 2,50 m, Stärke 1 und 2	—	—	je 1 St.	je 1 St.	je 1 St.	je 1 St.	
182	Klammerbesteck nach Michel	—	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
183	Impfanzette, umstechbar	—	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
184	Objektträger	—	10 St.	10 St.	10 St.	40 St.	50 St.	
185	Fließpapier	—	—	—	—	2 Bogen	2 Bogen	Zur Blut-entnahme bei Malaria. Nur für Schiffe in tropischer Fahrt
186	Trockenzerstäuber	—	—	—	—	1 St.	1 St.	
187	Flitspritze	—	—	—	—	1 St.	1 St.	
188	Harnröhrenspritze	—	—	—	1 St.	2 St.	2 St.	
189	Krankentransport-Hängematte	1 St.*	1 St.*	1 St.*	1 St.	1 St.	1 St.	* nicht für Logger und Schiffe in der kleinen und großen Hochseefischerei
190	Bruchbänder, rechts- und linksseitig	—	—	—	je 1 St.	je 1 St.	je 1 St.	

f. Bücher, Merkblätter, Formulare

191	Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
192	Anleitung zur Gesundheitspflege auf Kauffahrteischiffen	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
193	Betäubungsmittelbuch	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	1 St.	
194	Krankenbuch	—	1 St.*	1 St.*	1 St.	1 St.	1 St.	* nur auf Schiffen in der kleinen und großen Hochseefischerei
195	Merkblätter für geschlechtskrank Seeleute auf Schiffen ohne Schiffsarzt	5 St.	10 St.	10 St.	25 St.	50 St.	50 St.	
196	Vordrucke für Fieberkurven	—	5 St.*	5 St.*	10 St.	10 St.	15 St.	* nur auf Schiffen in der kleinen und großen Hochseefischerei

**2. Verzeichnis der Arznei- und anderen Hilfsmittel
der Krankenfürsorge auf Schiffen mit Schiffsarzt**
(Verzeichnis VIa und b)

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VI a	Verzeichnis VI b	
1	2	3	4	5	6
a) Einfache Arzneimittel und Arzneifertigwaren (Spezialitäten)					
	Bei Erkrankungen der Atmungsorgane				
1	2-(Naphthyl-(1')-methyl)- imidazolin-nitrat Lösung 1:1000	z. B. Privin	1 Orig. Pkg	1 Orig. Pkg	Orig. Pkg zu 20 ccm
2	Brustelixir Elixir e Succo Liquiritiae		500 g	1000 g	
3†	Zusammengesetzte Husten- Tabletten Expectorans comp. Tabletten	Auch als Com- prettens Expec- torans comp. „MBK“	100 St.	250 St.	Zusammensetzung siehe Anmerkung 2
4	Anisölhaltige Ammoniak- flüssigkeit Liquor Amonii anisatus		100 g	200 g	
5	Guajacol-Präparat zur Injek- tion Ampullen zu 1 ccm	z. B. Anastil verstärkt	6 St.	12 St.	
6†	Kodeinphosphat Codeinum phosphoricum Tabletten 0,03	Auch als Com- prettens „MBK“	100 St.	200 St.	
7††	Dihydrokodeinbitartrat Dihydrocodeinum bitartari- cum Tabletten 0,01	z. B. Dicodid	20 St.	40 St.	
8†	Asthmamittel zur Injektion Ampullen zu 1 ccm	z. B. Asthmatin, Asthmolyisin	30 St.	50 St.	
9	Kalziumthiosulfat Calcium thiosulfuricum Ampullen, 10%ig	z. B. Tecesal	20 St.	30 St.	
10†	Zur Anregung des Atemzentrums				
	Lobelin-hydrochlorid Lobelium hydrochloricum Ampullen 0,01		6 St.	12 St.	
Herz- und Kreislaufmittel					
11†	Digitoxin Digitoxinum Tabletten 0,1 mg	z. B. Digimerck	70 St.	100 St.	
12†	Digitalis-Tropfen	z. B. Digitalen, Digimerck, Digilanid, Digipuratum, Pandigital	100 ccm	100 ccm	
13†	k-Strophanthin k-Strophanthinum Ampullen 0,25 mg	z. B. Kombetin	30 St.	60 St.	
14	Chinidinbase Chinidinum basicum Tabletten 0,2	Auch als Com- prettens „MBK“	20 St.	50 St.	
15†	Amylnitrit Amylum nitrosum, 10%ig. in alkoholischer Lösung Ampullen zu 1 ccm		10 St.	10 St.	

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VI a	Verzeichnis VI b	
1	2	3	4	5	6
16ff	Nitroglycerin-Präparat	z. B. Nitrolingual	1 Orig. Pkg	2 Orig. Pkg	Orig. Pkg zu 30 Kapseln
17	Koffeinnatriumbenzoat Coffeignum- Natriumbenzoicum Ampullen 0,25	Auch als Amphiolen „MBK“	10 St.	20 St.	
18	Theobromin-natriumsalizylat Theobrominum- Natriumsalicylicum Tabletten 0,5		100 St.	100 St.	
19ff	Theophyllin oder Theophyllin- abkömmlinge (auch mit Lö- sungsvermittler) Ampullen zu 1 bis 2 ccm	z. B. Cordalin, Deriphyllin, DHT, Euphyllin	5 bis 6 St.	10 bis 12 St.	
20ff	Quecksilber-Diuretikum mit Theophyllin Ampullen zu 2 ccm	z. B. Salyrgan	10 St.	20 St.	
21	Kaliumjodid Kaliumjodatum Tabletten 0,5	Auch als Com- prettén „MBK“	100 St.	100 St.	
22	Pyridin-β-karbonsäure- diethylamid, 25%ige Lösung, Ampullen zu 1,7 ccm	z. B. Coramin, Cormed	10 St.	10 St.	
23	desgl. Ampullen zu 5,5 ccm	z. B. Coramin, Cormed	2 St.	2 St.	
24ff	1-Phenyl-2-methylamino- propanhydrochlorid Tabletten 0,003	z. B. Isophen, Pervitin	30 St.	30 St.	
25ff	desgl. Ampullen 0,015	z. B. Isophen, Pervitin	12 St.	12 St.	
26ff	Strychninnitrat Strychninum nitricum Ampullen zu 0,001		20 St.	30 St.	
27	Sterile physiologische Koch- salzlösung Ampullen zu 10 ccm		20 St.	20 St.	
28	Kochsalzlösung Solutio Natrii chlorati, 10%ig, Ampullen zu 10 ccm		10 St.	10 St.	
29	Sterile isotonische Lösung der Salze des Blutserums	z. B. Tutofusin	2 Flaschen	4 Flaschen	Infusionsflasche zu 500 ccm
30	Polyvinylpyrrolidon in physiologischer Salzlösung	z. B. Periston	5 Flaschen	5 Flaschen	Infusionsflasche zu 500 ccm 1 Anstalts-Pkg zu 5 Flaschen
31	Traubenzuckerlösung, 10%ig, Ampullen zu 10 ccm		15 St.	15 St.	Fertige Handels- präparate!
32	desgl., 20%ig, Ampullen zu 10 ccm		30 St.	30 St.	Fertige Handels- präparate!
33	desgl., 50%ig, Ampullen zu 10 ccm		5 St.	5 St.	Fertige Handels- präparate!

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VIa	Verzeichnis VIb	
1	2	3	4	5	6
	Bei Erkrankungen der Verdauungsorgane				
34	Zusammengesetzte Chinatinktur <i>Tinctura Chiae composita</i>		100 g	100 g	
35	Pfefferminzblätter <i>Folia Menthae piperitae</i>		300 g	500 g	
36	Kamillenfluidextrakt <i>Extractum Chamomillae fluidum</i>	Auch als Kamillo-san-Liquidum	300 g	400 g	
37	Natriumbikarbonat <i>Natrium bicarbonicum</i> Tabletten 0,5		1000 St.	1000 St.	
38f	Säurebindendes Magenmittel mit Belladonna, in Pulverform	z. B. Belladonna-Neutralon, Belladonna-Mucin	300 g	400 g	
39	Verdünnte Salzsäure <i>Acidum hydrochloricum dilutum</i>		200 g	300 g	
40	Verdauungs-Ferment-Präparat	z. B. Arbus, Combizym, Enzymnorm, Festal, Luizym, Pankreon, Panpeptal	etwa 200 St.	etwa 300 St.	
41f	Apomorphinhydrochlorid <i>Apomorphinum hydrochloricum</i> Ampullen zu 0,01		10 St.	10 St.	
42	Medizinische Kohle <i>Carbo medicinalis granuliert</i>		200 g	300 g	
43ff	Einfache Opiumtinktur <i>Tinctura Opii simplex</i>		50 g	100 g	
44	Tannin-Eiweiß	z. B. Tannalbin	100 St.	200 St.	
45	Diazetyl-tannin-Silber-Eiweiß in Substanz	z. B. Targesin	20 g	20 g	
46f	Dimethylkarbaminsäureester des m-Oxy-phenyl-trimethylammonium-methylsulfats Ampullen zu 0,5 mg	z. B. Prostigmin			
47f	Karbaminoyleholinchlorid Ampullen zu 0,25 mg	z. B. Doryl	6 St.	6 St.	Orig. Pckg zu 6 Ampullen
48	Hypophysenhinterlappen-präparat zur Injektion Ampullen zu 1 ccm (= 3 Voegtlins-Einheiten)	z. B. Hypophysin	10 St.	10 St.	Orig. Pckg zu 10 Ampullen
49f	Atropinsulfat <i>Atropinum sulfuricum</i> Tabletten 0,5 mg	Auch als Compretten „MBK“	20 St.	20 St.	
50f	desgl. Ampullen 0,001	Auch als Amphiolen „MBK“	10 St.	20 St.	
51f	Papaverinhydrochlorid <i>Papaveritum hydrochloricum</i> Tabletten 0,01		10 St.	20 St.	

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VIa	Verzeichnis VIIb	
1	2	3	4	5	6
52†	Kombiniertes Eupaverin-Präparat mit Phenyläthylbarbitursäure Zäpfchen	z. B. Eupaco- Suppositorien	20 St.	20 St.	
53	Bittersalz Magnesium sulfuricum		250 g	500 g	
54	Künstliches Karlsbader Salz Sal Carolinum factitium		250 g	500 g	
55	Paraffinölemulsion mit Phenolphthalein	z. B. Agarol, Obstinol	etwa 500 g	etwa 500 g	
56†	Vegetabilische Abführpillen Pilulae laxantes fortes (DRF Nr. 204)	Auch als Daluwal- Compretten „MBK“	200 St.	300 St.	
57	Rizinusöl Oleum ricini		500 g	1000 g	
58	1,8-Dioxyanthrachinon Tabletten 0,15	z. B. Istizin	60 St.	100 St.	
59	Bandwurmmittel mit metallischem Zinn, Zinn- oxyd und Zinnchlorid Tabletten	z. B. Cestodin	3 Orig. Pckg	5 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 15 Tabletten
60†	Emetinhydrochlorid Emetinum hydrochloricum Ampullen zu 0,05		10 St.	10 St.	
61	Hämorrhoidal-Salbe	z. B. Bismolan- Gleitsalbe. Hädensa	3 Tuben	3 Tuben	in Tuben zu 20 g mit Kanüle
62	Hämorrhoidal-Zäpfchen	z. B. Anusol, Bismolan	10 St.	20 St.	
Bei Urogenitalerkrankungen					
63	Bärentraubenblätter Folia Uvae Ursi		300 g	500 g	
64	Kathetergleitmittel mit Schleimhautanästhetikum	z. B. Hafinol mit Psicain-Neu 0,2%	50 ccm	100 ccm	Orig. Pckg zu 50 ccm
Für Frauenkrankheiten und zur Geburtshilfe					
<i>Kann auf Schiffen fehlen, die weder für die Beförderung von Fahrgästen eingerichtet sind noch Frauen an Bord haben.</i>					
65†	Halbsynthetisches Sekale- alkaloid Tropfen	z. B. Methergin- Tropfen	2 Orig. Pckg	2 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 10 ccm
66†	desgl. zur Injektion Ampullen zu 1 ccm	z. B. Methergin- Amp.	2 Orig. Pckg	3 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 6 Ampullen
67	Silbernitratlösung, 1%ig, zum Einträufeln ins Auge Ampullen oder Röhrchen zu 0,5 ccm	z. B. Mova- Argentum nitricum	5 Ampullen	5 Ampullen	Orig. Pckg zu 5 Ampullen

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VI a	Verzeichnis VI b	
1	2	3	4	5	6
	Bei Stoffwechselkrankheiten				
68f	Kolchizin Colchicum Tabletten 0,001		50 St.	50 St.	
69f	Insulin (Altinsulin)	Insulin	5 Orig. Pckg	5 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 400 I. E.
70f	Depot-Insulin	Depot-Insulin	5 Orig. Pckg	5 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 400 I. E. Zu Nummern 69 u. 70: In verschlossenem Behälter abgesondert von Lebensmit- teln im Kühlschrank oder Kühlraum auf- zubewahren
	Bei Blutkrankheiten				
71	Ferro-Präparat mit Hefe in Kapseln	z. B. Plastulen	2 Orig. Pckg	3 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 30 Kapseln
72	Vitamin B 12- Folsäure-Präparat Tabletten	z. B. Rubrozyt	50 St.	100 St.	Orig. Pckg zu 10 und 20 Tabletten
	Zur Wundbehandlung und bei Hautkrankheiten				
73	Weingeist Spiritus, 90%ig,		1500 g	3000 g	
74	Petroleumbenzin (Wundbenzin) Benzinum Petrolei		1000 g	1500 g	
75f	Jodtinktur Tinctura Jodi		100 g	100 g	
76	Wasserstoffsuperoxyd Hydrogenium peroxydatum Tabletten 1,0	z. B. Perhydrit	100 St.	150 St.	
77f	Sublimatpastillen Pastilli hydrargyri bichlora- ti 1,0 (mit 0,5 HgCl ₂)		20 St.	40 St.	
78	Silbernitrat (Höllenstein) Argentum nitricum (Stift in einschraubbarem Holzgriff)		1 Ätzstift	1 Ätzstift	Nicht zusammen mit blanken Instrumenten lagern
79	Mastix-Lösung	z. B. Mastisol	60 g	60 g	
80	Blutstillende Tampons	z. B. Tabotamp	3 Orig. Pckg	4 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 30 ccm
81	Physiologisches Blutstillungs- mittel Ampullen zu 10 ccm	z. B. Clauden			
82f	Antibiotikumsalbe mit weitem Anwendungs- gebiet	z. B. Aureomycin- Salbe	1 Orig. Pckg etwa 75 g	2 Orig. Pckg etwa 100 g	Orig. Pckg zu 5 Ampullen Orig. Pckg zu 5 g, 14,2 g und 28,4 g
83f	Antibiotischer Wundpuder Streudosen zu 20 g		40 g	60 g	
84f	Puder mit 4-Aminobenzolsulfothio- karbamid und Milchzucker in Streudosen zu 50 g	z. B. Badional-Puder			
85f	Sulfonamid-Wund-Gel	z. B. Aristamid-Gel, Badional-Gel	50 g 6 St.	50 g 10 St.	Tuben zu 50 g
86	Verflüssigtes Phenol Phenolum liquefactum		30 g	30 g	
87	Kaliumpermanganat (übermanganatiges Kalium) Kalium permanganicum		50 g	100 g	

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VI a	Verzeichnis VI b	
1	2	3	4	5	6
88	Reines Methylviolett, 2%ig, alkoholisch-wässrige Lösung	z. B. Pyoktanin-lösung	50 g	50 g	
89	2-Athoxy-6,9-diaminoakridin-laktat Tabletten 0,1	z. B. Rivanol	40 St.	60 St.	
90	Perubalsam Balsamum peruvianum		50 g	50 g	
91	Sulfoniertes Schieferöl	z. B. Ichthyol, Ammonium sulfoichthy- olicum	100 g	200 g	
92	Glyzerin Glycerinum		200 g	400 g	
93	Emulgierbare Salbengrundlage, wasser- haltig	z. B. Eucerinum cum aqua	300 g	300 g	
94	Borsäurepulver Acidum boricum pulverisa- tum		300 g	400 g	
95	Borsalbe Unguentum acidi borici		500 g	500 g	
96	Lebertransalbe Unguentum olei Jecoris 25%ig		100 g	200 g	
97	Weiche Zinkpaste Pasta Zinci mollis		250 g	500 g	
98	Zinktrockenpaste, weich, fettfrei	z. B. Esiderm	10 Orig. Pckg	20 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 30 g
99	Zinktrockenpaste mit Schwefel, 10%ig	z. B. Esiderm cum Sulfur	2 Orig. Pckg	3 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 30 g
100	Zinköl Oleum Zinci		100 g	200 g	Zincum oxydatum crudum, Oleum Olivarum zu gleichen Teilen
101	Salizylsalbe Unguentum acidi salicylici 2%ig		100 g	200 g	
102	Arningsche Lösung Solut. Arning (DRF Nr. 149)		100 g	200 g	Zusammensetzung siehe Anmerkung 7
103	Basisches Wismutgallat Bismutum subgallicum Streupulver, 10—20%ig	z. B. Dermatol	50 g	50 g	Orig. Pckg zu 25 g
104	Salbe mit Oxypolyäthoxy- dodekan, 4%ig, juckreizstil- lend und anästhesierend	z. B. Thesit-Salbe	2 Orig. Pckg	2 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 27 g
105	Antihistamin-Salbe, -Gelee oder ähnliches	z. B. Antistin- Creme, Avil-Salbe, Soventol-Gelee	etwa 200 g	etwa 300 g	Orig. Pckg zu 20 bis 30 g
106	Antimykotische Salbe mit Hexylresorzin	z. B. Mycoderm	5 Orig. Pckg	10 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 26 g
107	γ-Hexachlorzyklohexan- Emulsion, 0,3%ig	z. B. Jacutin- Emulsion	3 Orig. Pckg	6 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 100 g

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VIa	Verzeichnis VIb	
1	2	3	4	5	6
	Bei rheumatischen Erkrankungen				
108	Flüssiger Opodeldok Spiritus saponato-camphoratus		500 g	500 g	
109	Salizylspiritus Spiritus salicylatus		200 g	200 g	
110	Senfspiritus Spiritus Sinapis 2%ig		100 g	100 g	
111	Aminophenazon-Lösung, 20%ig, zur intravenösen Injektion Ampullen zu 10 ccm	z. B. Aneuxol	5 St.	5 St.	
	Bei Augenerkrankungen				
112‡	Atropin-Öllösung, 1%ig, steril	z. B. Atropinol	1 Orig. Pckg	2 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 10 ccm. (Tropfflasche)
113‡	Physostigmin-Öllösung 1%ig, steril	Physostol	2 Orig. Pckg	2 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 4 ccm, Flasche mit Pipettenverschluß
114	p-Propylaminobenzoësäure- γ -dimethylamin- β -oxypropylester-hydrochlorid Lösung, 3%ig	z. B. Cornecain 3%ig	1 Orig. Pckg	2 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 25 ccm, Flasche mit Pipettenverschluß
115‡	Zinksulfat Zincum sulfuricum		30 Pulver zu 0,5 g	30 Pulver zu 0,5 g	
116	Augentropfen: Äthoxydiaminoakridin, 0,1%/ und Äthylhydrokuprein, 0,5%/ in öliger Lösung mit Benzoylpseudotropinkarbon- säurepropylester, 2%	z. B. Biseptol comp.			
117	Tetrabrombrenzkatechin- wismutsalbe, 2,5%ig	z. B. Noviform 2,5%ig	2 Orig. Pckg	4 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 10 ccm, Flasche mit Pipettenverschluß
118‡	Augensalbe mit einem Antibiotikum mit weitem Anwendungsgebiet	z. B. Aureomycin- Augensalbe	4 Orig. Pckg	6 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 5 g
119‡	Cortison und Antibiotikum mit weitem Anwendungsgebiet in öliger Lösung	z. B. Scheroson ophtalmicum	2 Orig. Pckg	4 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 3,5 g
	Bei Ohrerkrankungen				
120‡	Ohrtropfen mit Anästhetikum und Phenazon in wasserfreiem Glyzerin (DRF Nr. 263)	z. B. Otalgan, Otopyrin, Otozell	5 Orig. Pckg	10 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 2 ccm
	Bei Erkrankungen der Mundhöhle und der Zähne				
121	o-Oxychinolinkaliumsulfat Tabletten 0,04	z. B. Chinosol- Gurgel-tabletten	12 g	18 g	Zusammensetzung siehe Anmerkung 8
122	Myrrhentinktur Tinctura Myrrhae		150 St.	300 St.	
123	Kreosotspiritus Spiritus Kreosoti (1:1)		100 g	100 g	Zahntropfen

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VIa	Verzeichnis VIb	
1	2	3	4	5	6
124	Provisorisches Zahnverschlußmittel, flüssig	Fletcher I., flüssig	50 g	50 g	Zusammensetzung siehe Anmerkung 9
125	desgl. Pulver	Fletcher II.-Pulver	50 g	50 g	Zusammensetzung siehe Anmerkung 10
126	Präparat zur Pulpendevitali- sation mit 40 % metallischem Arsen	z. B. Causticin- Schwarz	1 Orig. Pckg	1 Orig. Pckg	
	Zur Schmerzbekämpfung und -ausschaltung				
127	Azetylsalizylsäure Acidum acetylosalicylicum Tabletten 0,5	Auch als Com- pretten „MBK“	150 St.	200 St.	
128	Dimethylaminophenyl- dimethylpyrazolon (Amino- phenazon) Dimethylaminophenyl- dimethylpyrazolon Tabletten 0,3	Auch als Com- pretten „MBK“	100 St.	200 St.	
129†	Antineuraigicum Tabletten mit Codein	z. B. Gelonida antineuralgica. Auch als Compre- tten Analgeticum „MBK“, Remedin	200 St.	200 St.	Zusammensetzung siehe Anmerkung 1
130††	Morphinhydrochlorid Morphinum hydrochloricum Ampullen 0,01	Auch als Amphiolen „MBK“	20 St.	40 St.	
131††	Morphinhydrochlorid Morphinum hydrochloricum Ampullen 0,02	Auch als Amphiolen „MBK“	20 St.	40 St.	
132††	Morphinum hydrochloricum 0,02 mit Atropinum sulfuri- cum 0,5 mg Ampullen	Auch als Amphiolen „MBK“	20 St.	40 St.	
133††	Eukodal 0,01 mit Scopolaminhydrobromid 0,5 mg und Ephetonin 0,025 Ampullen	z. B. Scophedal „schwach“	20 St.	30 St.	
134††	1-Methyl-4-phenylpiperidin- 4-karbonsäureäthylester- hydrochlorid Tabletten 0,025	z. B. Dolantin	40 St.	60 St.	
135††	desgl. Ampullen 0,1	z. B. Dolantin	10 St.	20 St.	
136	p-Aminobenzoyl- diäthylaminoäthanol-hydro- chlorid-Lösung, 2%ig, mit Zusatz von Arterenol oder Brenzkatechin-propanol- hydrochlorid	z. B. Novocain- Arterenol-Am- pullen, 2 % zu 2 ccm, Novocain-Cor- basil-Ampullen „B“, 2 % zu 2 ccm	20 St.	20 St.	Zur Leitungs- anaesthesia

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VIa	Verzeichnis VIb	
1	2	3	4	5	6
137f	p-Aminobenzoyldiäthylamino- äthanol-hydrochlorid-Lösung $\frac{1}{2}\%$ /ig, mit Zusatz von Adrenalin	z. B. Novocain- Suprarenin- Ampullen „A“ $\frac{1}{2}\%$ /ig zu 5 ccm	20 St.	40 St.	Zur Infiltrations- anaesthesia
138f	Natrium-N-methylzyklo- hexenylmethylbarbiturat Natrium-N-methyl- cyclohexenylmethylbarbitu- ricum Ampullen 0,5	z. B. Evipan- Natrium in Trocken-Am- pullen, 0,5 mit Ampullen zu 5 ccm Aqua redest. steril.	9 St.	15 St.	Orig. Pkg zu 3 Amp. u. Lösungsmittel
139	Aethylchlorid Aether chloratus (in Spritzampullen mit Hebelverschluß)		150 g	200 g	
140	Narkoseäther Aether pro narcosi		8 Fl. zu 50 g	12 Fl. zu 50 g	
	Beruhigungs- und Schlaflmittel				
141	Fenchel Fructus Foeniculi		100 g	200 g	
142	Zusammengesetzte Brom- Tabletten Mixtura nervina- Tabletten		250 St.	500 St.	Zusammensetzung siehe Anmerkung 6
143	Bromierte Harnstoff-Abkömmlinge Tabletten	z. B. Adalin, Bromural	40 St.	80 St.	
144f	N-Methylzyklohexenyl- methylbarbitursäure Acidum N-methylcyclohexe- nylmethylbarbiticum Tabletten 0,25	z. B. Evipan	50 St.	100 St.	
145f	Kalziumzyklohexenyläthyl- barbiturat Calcium cyclohexenylaethyl- barbiticum Tabletten 0,2	z. B. Phanodorm- Calcium	20 St.	30 St.	
146f	Phenyläthylbarbitursäure Acidum phenyläthylbarbitu- ricum Tabletten 0,1	z. B. Luminal	120 St.	240 St.	
147f	desgl. Tabletten 0,015	z. B. Luminaletten	40 St.	60 St.	
148f	desgl. 20%ige Lösung Ampullen zu 1 ccm	z. B. Luminallösung	10 Amp.	10 Amp.	
149	desgl. mit Belladonna- und Sekale- Alkaloiden Tabletten oder Dragees	z. B. Bellasanol, Bellergal	300 St.	500 St.	
150f	Diäthylbarbitursäure Acidum diaethylbarbituricum Tabletten 0,5		10 St.	20 St.	

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VIa	Verzeichnis VIb	
			4	5	
1	2	3	4	5	6
151f	Scopolaminhydrobromid Scopolaminum hydrobromi- cum Ampullen 0,5 mg		10 St.	20 St.	
152	Antihistaminika Antihistaminicum Ampullen	z. B. Antistin, Avil, Soventol	15 St.	15 St.	
153	desgl. Tabletten	z. B. Antistin, Avil, Omeril, Soventol	60 St.	100 St.	
	Sulfonamide und Antibiotika				
154f	Sulfanilquanidin Tabletten 0,5	z. B. Resulfon	100 St.	200 St.	
155f	6-(Sulfanilamido)-2,4-di- methylpyrimidiin Tabletten 0,5	z. B. Aristamid, Elkosin	600 St.	1000 St.	Anstalts-Pckg zu 300 u. 1000 Tabletten
156f	desgl. Ampullen 1,0 zu 3 ccm	z. B. Aristamid, Elkosin	10 St.	10 St.	Orig. Pckg zu 10 Ampullen
157f	4-Aminobenzolsulfothiokar- bamid Ampullen 3,0 zu 6 ccm	z. B. Badional	6 St.	12 St.	
158f	Depot-Penicillin in Trockenform mit wässri- gem Lösungsmittel	z. B. N-Pc „aqua.“, Aquacillin comp., Duocillin	50 Orig. Pckg	100 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 400 000 I. E.
159f	Streptomycin Ampullen oder Flaschen 1,0		40 St.	80 St.	
160f	Antibiotikum mit weitem Anwendungsgebiet Kapseln 0,25	z. B. Achromycin, Aureomycin	3 Orig. Pckg	4 Orig. Pckg	Orig. Pckg zu 16 Kapseln
161f	Chloramphenicol Dragees oder Kapseln 0,25	z. B. Leukomycin, Paraxin	1 Anstalts-Pckg	1 Anstalts-Pckg	Anstalts-Pckg zu 96 bzw. 100 St.
	Salvarsan und Wismutpräparate				
162f	Natriumsalz der m-Diamino-p-dioxyarseno- benzolmethylen sulfoxyl- säure Trockenampullen 0,3 Trockenampullen 0,45 Trockenampullen 0,6	z. B. Neosalvarsan	10 St. 10 St. 10 St.	10 St. 10 St. 10 St.	
163	Wismutpräparate zur Injek- tion	z. B. Bismogenol	2 St.	2 St.	in Flaschen zu 15 ccm
	Vitamine				
164	Vitamin C Ascorbinsäure Ampullen 1,5 in 5 ccm	z. B. Cantan forte, Cebion forte, Redoxon forte	9 St.	15 St.	

Lfd. Nr.	Deutsche und lateinische Bezeichnung	Wortgeschützte Bezeichnungen	Menge		Bemerkungen
			Verzeichnis VI a	Verzeichnis VI b	
1	2	3	4	5	6
165	Vitamin-B-Komplex Dragees	z. B. Polybion	60 St.	100 St.	
	Sonstiges				
166	Destilliertes Wasser Aqua destillata		3000 ccm	5000 ccm	
167	Olivenöl Oleum olivarum		200 g	300 g	
168	Tetrahydronaphthalin, 30%ig, im Gemisch mit Pa- raffinöl und Azeton	z. B. Cuprex	200 ccm	200 ccm	Orig. Pckg zu 50 und 200 ccm
169	Sterilisiertes doppeldestil- liertes Wasser Aqua bidestillata sterilisata Ampullen zu 10 ccm		40 St.	60 St.	
170	Körperpuder in Blechstreubüchsen zu 100 g		3 St.	4 St.	
171	Formalin-Fußpuder		300 g	400 g	
	Bei Malaria				
172	Chininhydrochlorid Chininum hydrochloricum Tabletten oder Kapseln 0,25	Auch als Com- prettchen „MBK“	100 St.	100 St.	
173	7-Chlor-4-(4'-diäthylamino-1'- methvlbutylamino)-chinolin- diphosphat Tabletten 0,25	z. B. Resochin	20 St.	30 St.	
	Für Schiffe, die malariagefährdete Häfen anlaufen				
173 a	7-Chlor-4-(4'-diäthylamino-1'- methvlbutylamino)-chinolin- diphosphat Tabletten 0,25	z. B. Resochin	500 St.	1000 St.	Die mitzuführende Menge ist unter Berücksichtigung des jeweils neuesten Malariamerkblatts der SBG zu erhöhen, wenn die Zahl der an Bord befindlichen Personen und die Dauer des Auf- enthalts in malaria- gefährdeten Häfen es erfordern
174	desgl. Ampullen, 5%ig, zu 5 ccm	z. B. Resochin	10 St.	20 St.	
175	N-Diäthylamino-isopentyl- 8-amino-6-methoxychinolin Tabletten 0,01	z. B. Plasmochin	60 St.	90 St.	
	Nur für Schiffe in tropischer Fahrt				
176	Chlormethoxy-akridyl- amino-diäthyl-amino-propa- nol-dihydrochlorid Dragees 0,1	z. B. Acranil	45 St.	45 St.	
177	Antimon(III)-brenzkatechin- disulfossaures Natrium Ampullen	z. B. Fuadin	1 Kur-Pckg	2 Kur-Pckg	Kur-Pckg für Erwach- sene 1 Amp. zu 3,5 ccm und 9 Amp. zu 5 ccm
178	7-Jod-8-oxychinolin-5-sulfo- säure (mit Natriumbikarbo- nat) Pillen 0,25	z. B. Yatren	200 St.	200 St.	

Lfd. Nr.	Bezeichnung 2	Menge		Bemerkungen 5
		Verzeichnis VI a 3	Verzeichnis VI b 4	
1				

b) Seren und Impfstoffe

Sie sind in verschlossenem Behältnis abgesondert von Lebensmitteln im Kühlschrank oder Kühlraum aufzubewahren.

179	Diphtherie-Serum Behringwerke vom Pferd 1000fach (Fermo-Serum) Nr. VIT 6 ccm = 6000 A. E.	1 Ampulle	2 Ampullen	
180	Diphtherie-Serum Behringwerke vom Pferd 2000fach (Fermo-Serum) Nr. VC 5 ccm = 10 000 A. E.	1 Ampulle	2 Ampullen	
181	Diphtherie-Serum Behringwerke vom Rind 1000fach Nr. VITR 6 ccm = 6000 A. E.	1 Ampulle	2 Ampullen	
182	Diphtherie-Serum Behringwerke vom Rind 1000fach Nr. XTR 10 ccm = 10 000 A. E.	1 Ampulle	2 Ampullen	
183	Tetanus-Serum Behringwerke (Fermo-Serum) Nr. IMM 1,5 ccm = 3000 A. E. = 1500 I. E.	5 Ampullen	5 Ampullen	
184	Tetravaccine „Hoechst“ in Ampullen	12 St.	15 St.	
185	Pockenlymphe Behringwerke (Glyzerin-Emulsion) Röhrchen für 10 Impfungen	10 St.	10 St.	
186	Zur Mitführung empfohlen Schlangen-Serum	Auf Schiffen, auf denen mit Schlangenbissen gerechnet werden muß, z. B. Bananendampfern		Schlangenserum kann bezogen werden z. B. durch Instituto Butantan, Sao Paulo/Brasilien, Caixa postal 65
		sero anticrotatico } je Schiff sero antibothropico } 1 Packung		

c) Desinfektionsmittel

187	Fein-Desinfektionsmittel z. B. Baktol, Sagrotan	2 kg	3 kg	
188	Schmierseife Sapo Kalinus venalis	1 kg	1 kg	
189	Kresolseifenlösung Liquor Cresoli saponatus	10 kg	20 kg	
190	Grob-Desinfektionsmittel in verschlossenen Blechbüchsen zu 100 g, z. B. Rohchloramin	5 St.	10 St.	
191	Insektizides Spritzmittel DDT- oder HCH-haltig in Blechkanistern	1 kg	1 kg	
192	Insektizides Stäubermittel DDT- oder HCH-haltig	1 kg	1 kg	
193	Insektizide Räuchertabletten DDT- oder HCH-haltig	60 St.	120 St.	

d) Andere Hilfsmittel zur Krankenpflege**aa. Apothekengeräte**

194	Mörser mit Pistill	1 St.	1 St.	
195	Meßgefäß, 25 ccm, mit ccm-Einteilung	1 St.	1 St.	
196	Meßgefäß, 100 ccm, mit ccm-Einteilung	1 St.	1 St.	
197	Handwaage mit Gewichten, Tragfähigkeit 10 g	1 St.	1 St.	
	1 Gewicht zu 10,0 g, 1 Gewicht zu 5,0 g, 2 Gewichte zu 2,0 g, 2 Gewichte zu 1,0 g, 2 Gewichte zu 0,5 g, 2 Gewichte zu 0,2 g, 1 Gewicht zu 0,1 g			

Lfd. Nr.	Bezeichnung 2	Menge		Bemerkungen
		Verzeichnis VIa 3	Verzeichnis VIb 4	
1		5		
198	Trichter aus Glas mit 8 ccm Durchmesser	1 St.	1 St.	
199	Salbenspatel	1 St.	1 St.	
200	Horn- oder Knochenlöffel	2 St.	2 St.	
201	Tropfflasche 10 ccm	8 St.	12 St.	
202	Medizinflaschen, runde und eckige, 10 ccm	je 10 St.	je 20 St.	
203	Medizinflaschen, runde und eckige, 30 ccm	je 10 St.	je 20 St.	
204	Medizinflaschen, runde und eckige, 50 ccm	je 10 St.	je 20 St.	
205	Medizinflaschen, runde und eckige, 100 ccm	je 10 St.	je 20 St.	
206	Medizinflaschen, runde und eckige, 200 ccm	je 20 St.	je 30 St.	
207	Korken, zu den Medizinflaschen passend	200 St.	300 St.	
208	Salbenkruke	6 St.	12 St.	
209	Milchflasche	3 St	5 St.	
210	Gummisauger für Milchflasche	5 St.	10 St.	
211	Holz- oder Blechsacheteln, sortiert	20 St.	20 St.	
212	Pappschachteln, sortiert	10 St.	10 St.	
213	Zettel, rote, gummiert, mit Aufschrift „Äußerlich“	100 St.	100 St.	
214	Zettel, weiße, gummiert	100 St.	200 St.	
215	Papierbeutel	100 St.	100 St.	
216	Filtrerpapier im Umschlag	2 Bogen	4 Bogen	
217	Lackmus-Papier, rotes und blaues	je 1 Buch	je 1 Buch	
218	Reagenz-Gläser	25 St.	25 St.	

bb. Geräte zur Krankenpflege

219	Krankentransport-Hängematte	1 St.	1 St.	
220	Waschschale	2 St.	2 St.	
221	Instrumentenschale, flache, viereckige, von verschiedener Größe	2 St.	2 St.	
222	Schale, nierenförmige	2 St.	3 St.	
223	Halseisbeutel aus Gummi, 7 cm/33 cm	1 St.	1 St.	
224	Eisbeutel aus Gummi, Größe 25	1 St.	2 St.	
225	Bettunterlage aus Gummi (Bettstoff)	1½ qm	2½ qm	
226	Gummilufring	1 St.	1 St.	
227	Billroth-Battist 1 m	3 St.	4 St.	
228	Einnehmeglas mit Stricheinteilung	2 St.	4 St.	
229	Trinkrohr aus Glas	4 St.	4 St.	
230	Stekbeden mit Deckel	2 St.	2 St.	
231	Irrigator mit 2 Schläuchen, 2 Zwischenhähnen, 2 Schlauchklemmen, 2 Wundspül- und 2 Klistieransätzen	1 St.	2 St.	
232	Urinflasche für Männer	1 St.	2 St.	
233	Urinflasche für Frauen	1 St.	1 St.	Kann auf Schiffen fehlen, welche weder für die Beförderung von Fahrgästen eingerichtet sind, noch Frauen an Bord haben
234	Wärmsflasche aus Gummi	2 St.	2 St.	
235	Heizkissen, elektrisch, für Schiffsspannung passend	1 St.	1 St.	
236	Augen-Undine	2 St.	2 St.	
237	Augenkappe mit Band	5 St.	8 St.	

Lfd. Nr.	Gegenstand 2	Menge		Bezeichnungen 5
		Verzeichnis VI a 3	Verzeichnis VI b 4	
1				
238	Ohrenbinde, dreieckig, nach Hartmann	3 St.	5 St.	
239	Suspensorien, Größen V—VII	12 St.	12 St.	
240	Inhalationsapparat für Dampf	1 St.	1 St.	

cc. Ärztliche Geräte und Instrumente

Die Instrumente müssen aus nichtrostendem Chromstahl hergestellt sein.
Sie sind in besonderen Kästen zu verstoren.

241	Fieberthermometer, geeicht	6 St.	6 St.	
242	Blutdruckmeßapparat	1 St.	1 St.	
243	Holzstethoskop	1 St.	1 St.	
244	Handbürste	3 St.	5 St.	
245	Holzspatel	100 St.	200 St.	
246	Holzstäbchen	100 St.	200 St.	
247	Nagelreiniger	2 St.	3 St.	
248	Abfalleimer mit Deckel und Fuß-Schaltung	1 St.	1 St.	
249	Ärztemantel, weiß	2 St.	2 St.	
250	Operationskittel, weiß	3 St.	4 St.	
251	Operationshaube, weiß	3 St.	4 St.	
252	Mundschützer	3 St.	4 St.	
253	Gummischürze für Operation	2 St.	3 St.	
254	Tücher zum Abdecken des Operationsfeldes	6 St.	6 St.	
255	Gummihandschuhe, Größe 2 und 3	8 Paar	8 Paar	
256	Handschuhbehälter	1 St.	1 St.	
257	Gummifingerlinge	1 Dtzd.	1 Dtzd.	In fester Schachtel in Talcum aufzubewahren
258	Gummikatheter			
	1. nach Nelaton, Größe: Charrière Nr. 10, 12, 16, 18, 22	je 1 St.	je 1 St.	
	2. nach Tiemann, Größe: Charrière Nr. 10, 12, 16, 18, 22	je 1 St.	je 1 St.	
259	Bougie-Katheter, Größe: Charrière Nr. 10, 12	je 1 St.	je 1 St.	
260	Katheter-Aufbewahrungsröhre aus Cellophan (mit Gummiverschluß zur Aufnahme von Formalin-tabletten)	1 St.	1 St.	
261	Metall-Katheter für Männer, Größe: Charrière Nr. 18			
	1. mit Mercier-Krümmung	1 St.	1 St.	
	2. mit s-förmiger Krümmung	1 St.	1 St.	
262	Metall-Katheter für Frauen	1 St.	1 St.	Kann auf Schiffen fehlen, welche weder für die Beförderung von Fahrgästen ein- gerichtet sind, noch Frauen an Bord haben
263	Harnröhren-Spritze	2 St.	2 St.	
264	Plastiktrichter mit Schlauch und Glaszwischenstück zur Magenspülung	je 2 St.	je 2 St.	
265	Darmrohre aus Gummi, sortiert	3 St.	3 St.	
266	Behälter für Darmrohre	1 St.	1 St.	
267	Schlauch nach Esmarch	1 St.	1 St.	
268	Gummibinde zur Blutleere nach Martin, lang	1 St.	1 St.	
269	Bandmaß, 1,5 m lang	1 St.	1 St.	
270	Pulverbläser nach Kabierski	1 St.	1 St.	
271	Narkosebesteck mit Narkosemaske, Mundsperrer, Zungenzange und Kornzange mit Sperrvorrichtung	1 St.	1 St.	
272	Tropfer für Aetherflasche	1 St.	1 St.	

Lfd. Nr.	Gegenstand 2	Menge		Bezeichnungen 5
		Verzeichnis VI a 3	Verzeichnis VI b 4	
273	Rasiermesser mit Hohlschliff	1 St.	1 St.	
274	Abziehstein	1 St.	1 St.	
275	Instrumentenkocher, elektrisch mit Einsatz	1 St.	1 St.	Die Größe muß auch für Instrumente zur Geburtshilfe passend sein
276	Heißluft-Sterilisator, elektrisch	1 St.	1 St.	Zur Sterilisation von Spritzen und einzelnen Instrumenten
277	Dampf-Sterilisator mit drei Trommeln	1 St.	1 St.	
278	Operationstisch	1 St.	1 St.	
279	Verbandtisch	1 St.	1 St.	
280	Rekordspritze (zur Heißluft-Sterilisation geeignet) oder Glasspritze mit Metallkonus	2 ccm	2 St.	4 St.
281	desgl.	5 ccm	2 St.	4 St.
282	desgl.	10 ccm	2 St.	3 St.
283	desgl.	20 ccm	2 St.	3 St.
284	Kanülen aus Chrom-Nickelstahl			
	für subkutane Injektion Nr. 18		1 Dtzd.	1 Dtzd.
	für intramuskuläre Injektion Nr. 1		1 Dtzd.	1 Dtzd.
	für intravenöse Injektion Nr. 12		1 Dtzd.	1 Dtzd.
285	Kanülen aus Chrom-Nickelstahl			
	für Infiltrationsanaesthesie			
	0,8 mm Ø u. 80 mm lang	2 St.	2 St.	
	0,8 mm Ø u. 120 mm lang	2 St.	2 St.	
	1,0 mm Ø u. 80 mm lang	2 St.	2 St.	
	1,2 mm Ø u. 80 mm lang	2 St.	2 St.	
286	Hohlnadel zur lumbalen und zisternalen Punktion mit Mandrin und Absperrhahn	2 St.	2 St.	
287	Aderlaß-Kanüle nach Strauß	2 St.	2 St.	
288	Infusions-Schlauch mit Konus und Klemme	1 St.	2 St.	
289	Skalpelle, 6 verschiedene Größen und Formen	je 1 St.	je 1 St.	
290	Inzisionsmesser, lanztettförmig, lang, zur Eröffnung von Tonsillarabszessen	1 St.	1 St.	
291	Schere, gerade	2 St.	3 St.	
292	Schere, gebogen, nach Cooper	4 St.	4 St.	
293	Verbandschere	1 St.	1 St.	
294	Gipsschere	1 St.	1 St.	
295	Pinzette, anatomische	3 St.	3 St.	
296	desgl., chirurgische	6 St.	6 St.	
297	Splitterpinzette nach Feilchenfeld	1 St.	1 St.	
298	Hohlsonde	1 St.	1 St.	
299	Knopfsonden, verschiedene Größen	3 St.	3 St.	
300	Kropfsonde nach Kocher	1 St.	1 St.	
301	Myrtenblattsonde	1 St.	1 St.	
302	Tuchklemme	12 St.	12 St.	
303	Arterienklemme nach Kocher	6 St.	10 St.	
304	desgl., lang	3 St.	3 St.	
305	Moskitoklemme nach Halstedt	6 St.	10 St.	
306	desgl., lang	3 St.	3 St.	
307	Peritonealklemme nach Mikulicz	6 St.	6 St.	
308	Klemme nach Spencer-Wells	1 St.	1 St.	
309	Darmklemme, weiche, gebogene	2 St.	2 St.	
310	desgl., gerade	2 St.	2 St.	

Lfd. Nr.	Gegenstand 2	Menge		Bezeichnungen
		Verzeichnis VI a	Verzeichnis VI b	
		3	4	
311	Darmklemme, harte, gerade	1 St.	1 St.	
312	Kornzange, halb gebogene, 14,5 cm lang	1 St.	1 St.	
313	desgl. 18,0 cm lang	2 St.	2 St.	
314	Nadelhalter nach Mathieu, mit Schloß, einfache, 14 und 17 cm lang	je 1 St.	je 1 St.	
315	desgl. 17 cm lang, doppelt übersetzt	1 St.	1 St.	
316	Unterbindungsnael nach Deschamps	1 St.	2 St.	
317	Wundhaken, kleine (Kletterhaken)	2 St.	2 St.	
318	desgl., scharfe, vierzinkige	2 St.	2 St.	
319	desgl., scharfe, zweizinkige	2 St.	2 St.	
320	desgl., stumpfe, nach Roux	1 Satz	1 Satz	
321	Bauchdeckenhalter, selbsthaltender	1 St.	1 St.	
322	Säuglingsbauchdeckenhalter	2 St.	2 St.	
323	Wundnadeln verschiedener Größen, scharf und rund	48 St.	48 St.	
324	Metalldose, durchlöcherte, zum Sterilisieren der Wundnadeln	1 St.	1 St.	
325	Nahtmaterial (in sterilen, gebrauchsfertigen Packungen)			
a)	Katgut Stärke 0 in Flaschenpackungen zu 25 m in Packungen zu 2,50 m	2 St.	2 St.	
	Stärke 1 in Flaschenpackungen zu 25 m in Packungen zu 2,50 m	4 St.	4 St.	
b)	Seide, geflochten Stärke 1 u. 2 in Flaschenpackungen zu 25 m in Packungen zu 2,50 m	2 St.	2 St.	
	Stärke 3 in Packungen zu 2,50 m	4 St.	8 St.	
c)	Leinenzwirn Stärke 3 in Flaschenpackungen zu 25 m	1 St.	1 St.	
326	Klammerbesteck nach Michel mit 200 Michelklammern verschiedener Größen	1 St.	1 St.	
327	Scharfe Löffel, doppelseitig, verschiedener Größen	2 St.	3 St.	
328	Amputationsmesser, einseitig schneidend	—	1 St.	
329	desgl., doppelseitig schneidend	1 St.	1 St.	
330	Bogensäge mit auswechselbaren Sägeblättern	1 St.	1 St.	
331	Knochenzange, schneidende, kleine, nach Liston, einfache, 14 cm lang	1 St.	1 St.	
332	Hohlmeißelzange nach Luer, gebogene, einfache	1 St.	1 St.	
333	desgl., doppelt übersetzte	1 St.	1 St.	
334	Knochenhaltezange nach Langenbeck	1 St.	1 St.	
335	Knochenhautschaber (Fingerraspatorium)	1 St.	1 St.	
336	degl., breiter, blattförmiger	1 St.	1 St.	
337	Schusterraspel	1 St.	1 St.	
338	Blasen-Troikart, gebogener	1 St.	1 St.	

Lfd. Nr.	Gegenstand	Menge		Bemerkungen
		Verzeichnis VIa	Verzeichnis VI b	
1	2	3	4	5
339	Scheidenspeculum nach Simon a) schmales, b) mittelbreites, c) breites	je 1 Satz	je 1 Satz	
340	Kugelzange, lange, nach Schröder	2 St.	2 St.	
341	Dilatatoren nach Hegar, aus Metall	1 Satz	1 Satz	
342	Klemm-Pinzette, lange	1 St.	1 St.	
343	Kürette nach Bumm, stumpfe, mittlere	1 St.	1 St.	
344	desgl., scharfe, kleine	1 St.	1 St.	
345	desgl., scharfe, mittlere	1 St.	1 St.	
346	Uterussonde	1 St.	1 St.	
347	Faßzange nach Adler	1 St.	1 St.	
348	Zange zur Geburtshilfe nach Naegele	1 Paar	1 Paar	
349	Tamponadebüchse nach Dührssen mit etwa 7 m langer Tamponade	1 St.	2 St.	
350	Perforatorium	1 St.	1 St.	
351	Glasrohre zur Scheidenspülung	2 St.	2 St.	
352	Augenspiegel mit Lupe	1 St.	1 St.	
353	Hornhautmeißel	1 St.	1 St.	
354	Lidhalter nach Desmarres a) für Erwachsene, b) für Kinder	je 1 St.	je 1 St.	b) Kann auf Schiffen fehlen, welche weder für die Beförderung von Fahrgästen eingerichtet sind noch Kinder an Bord haben
355	Augenpipette	6 St.	6 St.	
356	Salbenstäbchen aus Glas	3 St.	4 St.	
357	Stirnreflektor, verstellbarer, mit Fiberband	1 St.	1 St.	
358	Zungenspatel aus Glas	1 St.	1 St.	
359	Kehlkopfspiegel Nr. K 4, 7, 9 und KK 3 und 1 Griff	je 1 St.	je 1 St.	
360	Tracheotomiebesteck mit 3 versilberten Kanülen Kanülengröße: Lichte Weite von 5, 6½, 8 mm	1 St.	1 St.	
361	Nasenspekulum nach Hartmann	1 St.	1 St.	
362	Wateträger, kurzer und langer, mit Gewinde	je 1 St.	je 1 St.	
363	Ohrtrichter nach Siegel	1 Satz	1 Satz	
364	Ohrpinzette, chirurgische (Kniepinzette)	1 St.	1 St.	
365	Parazentesenadel nach Politzer	1 St.	1 St.	
366	Ohrspritze, in Ganzmetall (100 ccm) mit geradem Ansatz	1 St.	1 St.	
367	Gummiballon nach Politzer mit 1 Olive	1 St.	1 St.	
368	Rachenpinsel	2 St.	4 St.	
369	Zahnzangen, verschiedene	5 St.	8 St.	
370	Wurzelheber	1 St.	2 St.	
371	Mundspiegel	1 St.	1 St.	
372	Zahnpinzette	1 St.	2 St.	
373	Zahnsonde	1 St.	1 St.	
374	Zahnfüllinstrument, doppelendiges	1 St.	1 St.	
375	Exkavator, doppelendiger	2 St.	2 St.	
376	Anreibplatte aus Mattglas	1 St.	1 St.	
377	Anreibespätzle	1 St.	1 St.	

Lfd. Nr.	Gegenstand 2	Menge		Bezeichnung 5
		Verzeichnis VI a 3	Verzeichnis VI b 4	
1				
378	Wasserspritze zur Zahnbehandlung	1 St.	1 St.	
379	Füllspatel, abgebogener	1 St.	1 St.	
380	Implanzette, umsteckbare	3 St.	3 St.	
381	Sollux- oder Hexamikronlampe	1 St.	1 St.	
382	Trockenzerstäuber für insektizides Stäubemittel	1 St.	1 St.	
383	Flit-Spritze	1 St.	1 St.	
384	Umhängetasche für Arzt (aus Segeltuch)	1 St.	1 St.	
dd. Verbandmittel				
385	Gipsbinden, einzeln in luftdichtverschlossenen Dosen 1. 10 cm breit 2. 20 cm breit	20 St. 10 St.	20 St. 10 St.	
386	Verbandwatte in Preßrollenform, 6 cm/5 m in Stabilkartonpackung	4 St.	4 St.	
387	Verbandwatte, 6 cm/5 m, Einsatzrolle für Stabilkarton	6 St.	12 St.	
388	Verbandwatte in Preßrollenform zu 50 g, davon die Hälfte sterilisiert	10 St.	20 St.	
389	Polsterwatte in Preßrollen zu 100 g	10 St.	15 St.	
390	Zellstoff in Preßrollenform zu 100 g	10 St.	15 St.	
391	Vioformgaze	1 Pckg	2 Pckg	
392	Verbandmull, 8 cm/5 m, vierfach gelegt, in Rollenform in Stabilkartonpackung	4 Pckg	4 Pckg	
393	Verbandmull, 8 cm/5 m, Einsatzrolle für Stabilkarton, vierfach gelegt	6 Pckg	12 Pckg	
394	Verbandmull, 10 cm/5 m, in Zackzackpackung	10 Pckg	10 Pckg	
395	Mullkomresse, sterile, 15 × 15 cm, einzeln gepackt	150 St.	200 St.	
396	desgl. 20 × 20 cm	150 St.	200 St.	
397	Zellstoffmullkompresso, 10 cm/10 m	5 Rollen	10 Rollen	
398	Mullbinde, 6 cm/4 m, mit fester Kante	20 St.	30 St.	
399	desgl., 8 cm/4 m	80 St.	100 St.	
400	desgl., 10 cm/4 m	30 St.	40 St.	
401	desgl., 12 cm/4 m	10 St.	20 St.	
402	Flanellbinde, 8 cm/4 m	6 St.	6 St.	
403	Elastische Binde, 6 cm/4 m	3 St.	3 St.	
404	desgl., 8 cm/4 m	4 St.	4 St.	
405	desgl., 10 cm/4 m	3 St.	3 St.	
406	Stärkebinden, 8, 10 u. 12 cm breit	je 5 St.	je 5 St.	
407	Brandbinden, 10 cm/1 m in Blechhülse	12 St.	15 St.	
408	Sterilisierte Salbenkomresse	2 Pckg	4 Pckg	
409	desgl., mit Anästheticum	2 Pckg	2 Pckg	
410	Elastische Pflasterbinde, ganzflächig klebend, 8 cm/2½ m	2 St.	4 St.	
411	desgl., 10 cm/2½ m	2 St.	4 St.	
412	Cambricbinde, 8 cm/4 m	10 St.	10 St.	
413	Kautschuk-Heftpflaster, 1¼, 2½ u. 5 cm/5 m	je 5 Rollen	je 10 Rollen	
414	Pflasterwundverband, 4 cm/1 m	2 Pckg	4 Pckg	
415	desgl., 6 cm/1 m	4 Pckg	6 Pckg	
416	desgl., 8 cm/1 m	2 Pckg	4 Pckg	
417	Lederfingerlinge, schwarze, Größe IV—VI	10 St.	15 St.	
418	Arntragegurte mit 2 Schlingen	2 St.	2 St.	
419	Verbandtuch, schwarzes, 130 × 90 × 90 cm	3 St.	3 St.	
420	Schiene nach Braun, zusammenlegbare	1 St.	1 St.	

z. B. Branolind,
Packung zu 12 Kom-
pressen

z. B. Branolind Spezial
z. B. Elastoplast A

Einmal in Sprech-
stundenpackung zum
Nachfüllen, z. B.
Hansaplast

Lfd. Nr.	Gegenstand	Menge		Bezeichnung
		Verzeichnis VI a	Verzeichnis VI b	
1	2	3	4	5
421	Schiene nach Volkmann für Unterschenkel, mit T-Stück	1 St.	1 St.	
422	Schiene nach Volkmann für Oberschenkel, mit T-Stück	1 St.	1 St.	
423	Schiene nach Cramer, 8 X 50 cm	4 St.	6 St.	
424	desgl., 10 X 100 cm	6 St.	6 St.	
425	Holzschienen (einschließlich Spaltschienen)	4 St.	6 St.	
426	Pappe	3 Bogen	3 Bogen	
427	Sicherheitsnadeln in Schachteln, Messing, vernickelt, Größe 2	3 Dtzd.	3 Dtzd.	z. B. Messing-Duplex- Sicherheitsnadeln vernickelt

ee. Hilfsmittel zur chemischen und mikroskopischen Untersuchung(Die Hilfsmittel müssen — soweit es in Betracht kommt — aus nicht oxydierendem Metall hergestellt
oder gegen Oxydation geschützt sein)

428	Mikroskop mit Gehäuse und Zubehör	1 St.	1 St.	Mit umlegbarem Stativ, Beleuchtungsvorrichtung nach Abbe, Einrichtung zur Dunkelfeldbeleuchtung, Irisblende, Trieb am Tubus, Mikrometerschraube, 3 Objektiven (schwach, stark und Oelimmersion), 2 Okularen mit 8 bis 10-facher Vergrößerung, Kreuztisch und Mikroskopierlampe
429	Präpariernadeln, gerade, Nr. 1520	2 St.	2 St.	
430	Mikroskopierpinzette	2 St.	2 St.	
431	Pinzette nach Cornet, breite Form	1 St.	1 St.	
432	Anatomische Pinzetten, 10 cm lang, 12 cm lang	je 1 St.	je 1 St.	
433	Schere nach Cooper	1 St.	1 St.	
434	Schere, gerade, mikroskopische.	1 St.	1 St.	
435	Use aus Platin oder Platinersatz	2 St.	2 St.	
436	Ösenhalter nach Kolle	1 St.	1 St.	
437	Hohlgeschliffene Objektivträger	2 St.	2 St.	
438	Gewöhnliche Objektivträger, ungeschliffene, 76 X 26 mm	100 St.	100 St.	
439	Deckgläschchen	100 St.	100 St.	
440	Poliertuch	1 St.	1 St.	
441	Baumwollene Putztücher	2 St.	2 St.	
442	Uhrglasschälchen	6 St.	6 St.	
443	Blockschälchen mit Deckel	3 St.	3 St.	
444	Doppelglasschale nach Petri, 10 cm Durchmesser	4 St.	4 St.	
445	Glaspipette, einfache Form, 14 cm lang mit Gummihüttchen	6 St.	6 St.	
446	Tropfflasche mit eingeschliffenem Deckelstopfen, weißes Glas, 50 g Inhalt	2 St.	2 St.	
447	Kleiner Glastrichter, 6 cm Durchmesser	2 St.	2 St.	
448	Reagenzglasbürste	2 St.	2 St.	
449	Wassergläser	3 St.	3 St.	
450	Spiritusdruckbrenner	1 St.	1 St.	
451	Spiritus denaturatus (Brennspiritus)	1000 g	1000 g	
452	Fettfarbstifte (blau und rot mit Holzfassung)	2 St.	2 St.	
453	Fließpapier (48 X 60 cm)	20 Bogen	20 Bogen	
454	Weithalsige Gläser für Präparate	6 St.	6 St.	

Lfd. Nr.	Gegenstand	Menge		Bezeichnung
		Verzeichnis VI a	Verzeichnis VI b	
1	2	3	4	5
455	Absoluter Alkohol	500 g	500 g	
456	Lösung nach Giemsa (Azur-Methylenblau-Eosinlösung)	50 g	50 g	
457	Karbolgentianaviolettlösung	50 g	50 g	
458	Ziel-Neelsen'sche Karbolfuchsinslösung	50 g	50 g	
459	Salpetersäure	30 g	30 g	
460	Salzsäurealkohol	50 g	50 g	
461	Nylander'sche Lösung	50 g	50 g	
462	Jod-Jodkalilösung nach Lugol	50 g	50 g	
463	Azeton-Alkohol (1 + 1)	100 g	100 g	
464	Zedernöl	10 g	10 g	
465	Xylol	100 g	100 g	
466	Burritusche	10 g	10 g	
467	Benzidin-Tabletten „Merck“	50 St.	50 St.	
468	Löffler's Methylenblaulösung	50 g	50 g	
469	Alkoholische Fuchsinslösung	50 g	50 g	
470	Gentianaviolett in Substanz	10 g	10 g	
471	Esbach'sche Lösung	100 g	100 g	
472	Diazoreagenz I	200 g	200 g	
473	Diazoreagenz II	20 g	20 g	
474	Wasserstoffsuperoxydlösung	100 g	100 g	
475	Nitroprussidnatrium	5 g	5 g	
476	Acidum aceticum glaciale	20 g	20 g	
477	Blutsenkungsapparat nach Westergreen für drei Bestimmungen	1 St.	1 St.	
478	3,8%ige Natrium-citricum-Lösung, steril, in Ampullen zu 1 ccm	30 St.	40 St.	
479	Puffersalz nach Weise	20 g.	20 g	
480	Hämoglobinskala nach Talquist mit 2 Pipetten	1 St.	1 St.	
481	Rekord- oder Glasspritze, 2 ccm desgl., 10 ccm	1 St.	1 St.	
482	Handzentrifuge für 2 Gläser	1 St.	1 St.	
483	Zentrifugengläser	6 St.	6 St.	
484	Albuminimeter nach Esbach in Holzfutteral	1 St.	1 St.	
485	Blutkörperchenzählkammer mit den dazugehörigen Pipetten	1 St.	1 St.	
486	Reagenzglasständen für 12 Gläser	1 St.	1 St.	
487	Gummiballon zum Pipettenreinigen	1 St.	1 St.	
488	Venülen oder Blutversandgefäß, sterile	10 St.	20 St.	
489	Abstrichröhren, steril	15 St.	20 St.	
490	Stuhlversandgefäß	15 St.	20 St.	
491	Haarpinsel	2 St.	4 St.	
492	Blutkörperchentestseren zur Blutgruppenbestimmung (Blutgruppe 0, A und B)	je 5 Röhrchen	je 5 Röhrchen	Nach Ablauf der jeweiligen Verwendungszeit auswechseln
493	Reagenz nach Hayem	30 g	30 g	
494	Essigsäure, 1%ige	30 g	30 g	

ff. Röntgeneinrichtung

495	Röntgengerät mit Zubehör	1 St.	1 St.	Bei mehr als 1000 Personen an Bord
-----	--------------------------	-------	-------	------------------------------------

Lfd. Nr.	Gegenstand 2	Menge		Bezeichnung 5
		Verzeichnis VI a 3	Verzeichnis VI b 4	
gg. Bücher, Merkblätter, Formulare				
496	Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen	1 St.	1 St.	
497	Anleitung zur Gesundheitspflege auf Kauffahrteischiffen	1 St.	1 St.	
498	Betäubungsmittelbuch	1 St.	1 St.	
499	Krankenbuch	1 St.	1 St.	
500	Gesundheitstagebuch	1 St.	1 St.	
501	Größeres Handbuch über Diagnostik und Therapie, neuere Auflage	1 St.	1 St.	
502	Lehrbuch für Tropenkrankheiten, neuere Auflage	1 St.	1 St.	
503	Merkblätter für geschlechtskrank Seemeute auf Schiffen mit Schiffsarzt	100 St.	100 St.	
504	Vordrucke für Fieberkurven	50 St.	100 St.	

3. Sanitätskasten für Rettungsboote
(Verzeichnis VII)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Menge	Bemerkungen
1	2	3	4
1	Antineuralgicum mit Codein Tabletten	3 × 10 St.	z. B. Gelonida antineuralgica in Tropenpackung, auch als Compretten Analgeticum „MBK“
2	1-Methyl-4-phenylpiperidin- 4-karbonsäureäthylester-hydrochlorid Tabletten 0,025	2 × 10 St.	z. B. Dolantin
3	1-Phenyl-2-methylaminopropan-hydrochlorid Tabletten 0,003	30 St.	z. B. Isophen, Pervitin
4	Jodtinkturersatz in Tupfflaschen zu etwa 4 ccm	5 Fl.	z. B. Dijozol, Jothion, Kodan-Tinktur
5	Borsalbe in Tuben	3 × 10 g	
6	Mullkompressen, 20-fädig, 20 × 20 cm, einzeln gepackt, steril	10 St.	
7	Verbandmull, 20-fädig, Länge 1 m, Breite 80 cm, auf 10 cm zusammengelegt, in Zickzackpackung	1 m	
8	Kautschukheftplaster 2½ cm × 5 m	1 Rolle	
9	Pflasterwundverband, elastisch, 6 cm × 1 m	1 m	
10	Verbandtuch, schwarz, dreieckig, 130 × 90 × 90 cm	1 St.	
11	Verbandwatte in Preßrollenform zu 50 g	50 g	
12	Verbandpäckchen (mittlere)	4 St.	
13	Mullbinden mit fester Kante, 8 cm × 4 m in Einzelpackung	4 St.	
14	Schere, gerade, aus nichtrostendem Chromstahl in Poly- aethylenfolienbeutel luftdicht verschlossen, 10,5 cm	1 St.	
15	Sicherheitsnadeln, Gr. II, nichtrostend, in Polyaethylen- folienbeutel luftdicht verschlossen	1 Schachtel mit 12 St.	
16	Schlagader-Abbinde	1 St.	

4. Verbandkasten für Erste Hilfe
(Verzeichnis VIII)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bemerkungen	Menge
1	2	3	4
1	Jodtinkturersatz in Tupf- oder Spritzflasche	20—30 g	z. B. Dijozol, Jothion, Kodan-Tinktur
2	Keimfreie Verbandpäckchen mittlerer Größe	2 St.	
3	Mullbinden 6 cm × 4 m	2 St.	
4	Kautschukheftplaster 3 cm × 1 m	1 Rolle	
5	Pflasterwundverband 6 cm × 1 m	1 m	
6	Verbandtuch nach Esmarch	1 St.	
7	Schlagader-Abbinde	1 St.	
8	Lederfingerling, mittlere Größe	1 St.	
9	Sicherheitsnadeln	3 St.	

**Anmerkungen
für die zusammengesetzten Arzneimittel
(Verzeichnis I bis VI)**

	Verzeichnis	Lfd. Nr.	Zusammensetzung	
Anmerkung 1	I bis V und VI	23 } 129 }	Codeinum phosphoricum Acidum acetylosalicylicum Phenacetinum	0.01 0.25 0.25
Anmerkung 2	I bis V und VI	1 } 3 }	Acidum benzoicum Rad. Ipec. pulv. Codeinum phosphoricum Ol. Menth. pip. q.s.	0.03 0.01 0.01
Anmerkung 3	I bis V	4	Ephedrinum hydrochl. Kalium iodatum Tinctura Lobeliae Tinctura Stramonii	1.0 2.0 10.0 10.0
Anmerkung 4	I bis V	9	Extract. Belladonnae Codeinum phosphoricum Extr. Strychni Natr. bicarbonicum Magnesium-Perhydrol 25 % Flaeosacch. Menth. pip. e Sacch. lact.	0.005 0.005 0.0025 0.165 0.165 0.165
Anmerkung 5	I bis V	19	Aloe Tubera Jalapae pulv. Extractum Faecis Glycerinum	0.1 0.05 0.05 q. s.
Anmerkung 6	I bis V und VI	25 } 142 }	Kalium bromatum Natrium bromatum Ammonium bromatum Ammonium valerian. Oleum menth. pip.	0.2 0.2 0.2 0.005 q. s.
Anmerkung 7	I bis V und VI	58 } 102 }	Tumenol-Ammonium Anthrarobin Aether Tinctura Benzoës Äußerlich. Vor Gebrauch zu schütteln	4.0 1.0 10.0 15.0
Anmerkung 8	I bis V und VI	71 } 120 }	Phenazonum Pantocainum Glycerin. anhydr. ad	1.0 0.2 15.0
Anmerkung 9	VI	124	Gummi arabicum Aqua dest. Alcohol. absol. Phenol. liquef. gt.	9.0 18.0 3.0 III
Anmerkung 10	VI	125	Zinc. oxyd. rec. sicc. Zinc. sulf. sicc. Mastix. pulv. subtil.	30.0 4.5 3.0
Anmerkung 11	I bis V	2	Ammonium chloratum Succ. liquirit. Acidum benzoicum Camphora	0.18 0.12 0.008 0.004

Anlage Teil C**Muster**

*Heft in festem Einband
mit laufend numerierten
Seiten im Format DIN A 4*

(Titelblatt)

Betäubungsmittelbuch

(§ 7 der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen
vom 21. Dezember 1956 [Bundesgesetzbl. II S. 2102])

Schiff:

Reeder:

Heimathafen:

Ausrüstung nach Verzeichnis:

Zahl der Rettungsboote:

Zahl der Sanitätskästen:

Beginn der Eintragungen:

(Rückseite des Titelblatts)

Anleitung zum Ausfüllen der Kopfleisten der Blätter des Betäubungsmittelbuchs.

1. Die Blätter sind laufend durchzumerieren.
2. Für jede Zubereitungsform eines Betäubungsmittels ist ein besonderes Blatt zu verwenden.
3. Die Nummer der Verzeichnisse über die Ausrüstung, der Gehalt an wirksamer Substanz und die zulässigen Abgabemengen des Betäubungsmittels sind gemäß nachstehender Zusammenstellung einzutragen.

Lfd. Nr. des Verzeichnisses	BTM	Zubereitung	Gehalt an wirksamer Substanz in g	Einmalige Höchstgabe in g	Höchstabgabemenge je Tag in g	Bemerkungen
7/VI a+b	Dicodid	Tabletten	0,1	0,005—0,01	0,02	Internationaler Freiname: HYDROCODONE
24/I - V b	Dolantin	Tabletten	0,025	0,05 — 0,1	0,2	Internationaler Freiname: PETHIDINE
134/VI a+b	Dolantin	Tabletten	0,025	0,05 — 0,1	0,2	
135/VI a+b	Dolantin	Ampullen	0,1	0,05 — 0,1	0,2	
2/VII	Dolantin	Tabletten	0,025	0,05 — 0,1	0,2	
39/1 - V b	Morphium	Ampullen	0,02	0,03	0,1	
130/VI a+b	Morphium	Ampullen	0,01	0,03	0,1	
131/VI a+b	Morphium	Ampullen	0,02	0,03	0,1	
132/VI a+b	Morphium/ Atropin	Ampullen	0,02 0,005	0,03	0,1	
16/I - V b	Opium	Tabletten	0,03	0,15	0,5	
24/VI a+b	Pervitin Isophen	Tabletten	0,003	0,006	0,012)	Wegen der stark unterschiedlichen Wirkung ist individuell zu dosieren. Durchschnittl. Tagesd.
25/VI a + b	Pervitin Isophen	Ampullen	0,015	0,006	0,012)	
3/VII	Pervitin Isophen	Tabletten	0,003	0,006	0,012)	
133/VI a+b	Scophedal, „schwach“ (SEE)	Ampullen	0,01 Eukodal	0,03	0,1	
43/VI a+b	Tinct. Opii Tinctur simplex		1% Morphin.	1,5	5,—	

(Eintragungsblatt)

Name des Betäubungsmittels:

Nr. des Verzeichnisses:

Gehalt an wirksamer Substanz je Tablette oder Ampulle:

Einmalige Höchstgabe: Höchstabgabemenge je Tag:

Sollbestand nach Verzeichnis der Anlage Teil B:

Anlage Teil D**Muster**

Buch in festem Einband
mit laufend numerierten
Seiten im Format DIN A 4

(Titelblatt)

Krankenbuch
für Schiffe in der mittleren und großen Fahrt
sowie in der kleinen und großen Hochseefischerei

(§ 13 Abs. 1 der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen
vom 21. Dezember 1956 [Bundesgesetzbl. II S. 2102])

Schiff:

Reeder:

Heimathafen:

Ausrüstung nach Verzeichnis:

Beginn der Eintragungen:

(Linke Innenseite)

Lfd. Nr.	Tag der Krank- meldung	Name, Vorname und Geburtstag des Kranken	Angabe a) bei Besatzung: Dienststellung b) bei Fahrgästen: Schiffsklasse	Krankheitsercheinungen und Befunde (ggf. Fiebertabelle anlegen § 13 Abs. 1 VO) Bezeichnung der Krankheit
1	2	3	4	5

(Rechte Innenseite)

Dauer der Unterbringung im Krankenraum von — bis	Dauer der Dienstunfähigkeit (nur für Besatzung) von — bis	Art der Behandlung und weiterer Verlauf	Tag des Austritts aus der Behandlung (geheilt, gebessert, gestorben, ausgeschifft); bei Besatzg.: dienstfähig, Schonung, dienstunfähig? Bei Unfall: gemeldet und aufgenommen?	Bemerkungen über Desinfektions- und andere Maßnahmen
6	7	8	9	10

Anlage Teil F***Muster***

*Buch in festem Einband
mit laufend numerierten
Seiten im Format DIN A 4*

(Titelblatt)

**Gesundheitstagebuch
für Schiffe mit Schiffsarzt**

(§ 13 Abs. 2 der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen
vom 21. Dezember 1956 [Bundesgesetzbl. II S. 2102])

Schiff:

Reeder:

Heimathafen:

Ausrüstung nach Verzeichnis:

Beginn der Eintragungen:

(Rückseite des Titelblatts)

Das Gesundheitstagebuch für Schiffe mit Schiffsarzt

muß nach § 13 Abs. 2 der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen Angaben enthalten über:

1. hygienisch oder sonst ärztlich wichtige Wahrnehmungen und Maßnahmen an Bord,
2. ärztlich wichtige Wahrnehmungen in den Anlaufhäfen,
3. das Ergebnis der nach § 2 der Verordnung mindestens alle 3 Monate vorzunehmenden Überprüfung der Ausstattung (§ 1 Abs. 1 der Verordnung).

Darüber hinaus sollen Eintragungen gemacht werden über:

4. den Gesundheitszustand der Besatzung vor der Ausreise,
5. den Zustand der außer der Ausrüstung vorhandenen hygienischen, sanitären und medizinischen Einrichtungen vor oder bei der Ausreise,
6. Zustand, Menge und Herkunftsart des Trinkwassers,
7. die Verpflegung, insbesondere deren zweckmäßige oder unzweckmäßige Zusammenstellung, Klagen der Besatzung über die Verpflegung mit Stellungnahme zu den Gründen,
8. die Zahl der Krankmeldungen und Entlassungen aus der schiffsärztlichen Behandlung (wöchentlich),
9. die Belegung der Krankenräume ggf. des Isolierraums und des Raums für Geisteskranke mit Kranken (wöchentlich),
10. das Auftreten von Infektionskrankheiten mit Angabe der getroffenen Maßnahmen,
11. die schwereren Unfälle an Bord, während der Liegezeiten im Hafen auch an Land.

(Eintragungsblatt)

Tag

Verordnung über die Einrichtung von Auswandererschiffen.

Vom 21. Dezember 1956.

Auf Grund des § 36 des Gesetzes über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 (Reichsgesetzbl. S. 463) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Auswandererschiffe im Sinne dieser Verordnung sind Schiffe, welche die Voraussetzungen des § 37 des Gesetzes über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 (Reichsgesetzbl. S. 463) erfüllen. Als Kajütspassagiere gelten nur solche Reisende, die in Räumen befördert werden, in denen in der Regel nicht mehr als vier Personen untergebracht sind und mehr als 3,5 cbm Luftraum je Person zur Verfügung stehen.

§ 2

Auswandererschiffe müssen den Vorschriften für Fahrgastschiffe des Internationalen Übereinkommens zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (Anhang A des Internationalen Schiffssicherheitsvertrags London 1948; Bundesgesetzbl. 1953 II S. 603) genügen.

§ 3

(1) Die für Reisende bestimmten Räume und ihre Zugänge sowie die Aufgänge zu den Oberdecks müssen genügend Schutz gegen Unfallgefahren gewähren.

(2) Die Räume sind gegen Witterungseinflüsse ausreichend zu schützen und so einzurichten, daß keine vermeidbaren oder unzumutbaren Geräusche, Gerüche und Dünste eindringen oder ähnliche Einwirkungen entstehen können.

(3) Die lichte Höhe der Räume bis zur Unterkante der Decksbalken oder der Lüftungskanäle hat mindestens 195 cm zu betragen.

§ 4

(1) Die Räume müssen einen Fußboden von 3 cm Steinholz oder einen anderen gleichwertigen schwer entflammabaren Belag erhalten.

(2) Freiliegende Eisendecks über Wohnräumen sind mit Holz oder gleichwertigem Material zu belegen.

(3) Die Räume sind mit hellem Anstrich zu versehen, der leicht sauber zu halten ist und gegen Ungeziefer schützt. Der Anstrich ist nach Bedarf zu erneuern oder auszubessern. Kalkfarbe darf nicht verwendet werden.

§ 5

(1) Die Räume müssen unbehinderte Zugänge von mindestens 80 cm Breite haben; Zahl und Größe der Zugänge müssen in angemessenem Verhältnis zur Zahl der im Raum unterzubringenden Reisenden stehen.

(2) Die Gänge außerhalb der Räume sind durch eine Handleiste, bei Gangbreiten von mehr als 120 cm durch Handleisten an beiden Seiten, zu sichern.

(3) Die Aufgänge zu den Oberdecks müssen schnell und unbehindert von den Räumen erreichbar sein. Ihre Zahl und Größe müssen in angemessenem Verhältnis zur Zahl der Reisenden stehen; für je 80 Reisende ist ein Aufgang mit einer Mindestbreite von 80 cm vorzusehen. Die Aufgänge müssen an beiden Seiten, und, wenn sie breiter sind als 160 cm, auch in der Mitte ein festes Geländer haben. Die Stufen der Aufgänge sind mit Fußeisten zu verschen oder in sonst geeigneter Weise zu sichern.

(4) Auf den Decks und in den Gängen sind Orientierungspläne oder ausreichende Hinweise anzubringen, die das Aufsuchen der Räume und der Aufgänge erleichtern. Jeder Raum ist außen zu bezeichnen.

§ 6

(1) Die Heizungsanlage muß bei einer Außentemperatur von minus 10 Grad Celsius in den Räumen eine Mindesttemperatur von plus 18 Grad Celsius gewährleisten.

(2) Die Heizkörper sind so anzubringen oder abzuschirmen, daß die Reisenden weder gefährdet noch belästigt werden.

(3) Feuergefährliche Anlagen, insbesondere Kohle-, Öl- oder offene elektrische Öfen, sind verboten.

§ 7

(1) Die Lüftungsanlagen müssen einen mindestens zehnmaligen Luftwechsel in der Stunde ermöglichen. Bei Fahrten in tropische Gebiete ist eine elektrisch oder in entsprechender Weise angetriebene Lüftungsanlage zu gebrauchen.

(2) Kalte Luft ist bei Bedarf vorzuwärmen; sie darf nicht in unmittelbarer Nähe der Betten zugeführt werden.

(3) Bei Fahrten in moskitoverseuchte Häfen sind die nach außen führenden Öffnungen mit Moskitoschutz zu versehen.

§ 8

Die Räume sollen nach Möglichkeit natürliches Licht erhalten; sie müssen mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet sein, die eine durchschnittliche Helligkeit von 80 Lux gewährleistet.

§ 9

(1) Im Schlafraum muß für jeden Reisenden ein Luftraum von mindestens 3,5 cbm vorhanden sein; er darf nicht durch Ladung oder Gepäck, ausgenommen Handgepäck, beschränkt sein. Bei Berechnung des Luftraums wird die Deckshöhe nur bis zu

230 cm berücksichtigt. Am Eingang jedes Raums oder im Raum müssen Luftraum und Anzahl der Betten an gut sichtbarer Stelle angegeben sein.

(2) Reisende, und zwar männliche vom vollendeten 12., weibliche vom vollendeten 10. Lebensjahr an, sind getrennt nach Geschlechtern unterzubringen. Die Trennung kann unterbleiben, wenn es sich um Angehörige einer Familie handelt und diese gesondert untergebracht ist.

§ 10

(1) Jedem Reisenden muß ein Bett zur Verfügung stehen, das eine leicht erkennbare, fortlaufende Nummer trägt und unmittelbar zu erreichen ist. Es dürfen nicht mehr als 2 Betten übereinander angebracht sein. Für je zwei obere Betten muß mindestens eine Leiter vorhanden sein. Die Gänge zwischen den Betten müssen mindestens 60 cm breit sein.

(2) Der Abstand des unteren Betts vom Fußboden muß mindestens 25 cm, die Abstände vom unteren zum oberen Bett sowie vom oberen Bett zur Decke oder bis zur Unterkante der Decksbalken oder Lüftungskanäle müssen mindestens je 85 cm betragen. Die Abstände sind von der Unterkante des Bettrahmens aus zu messen.

(3) Die Betten sollen mit dunklen Vorhängen versehen und mindestens durch niedrige Scheidewände voneinander getrennt sein.

(4) Soweit Kinder unter 3 Jahren befördert werden, muß die jeweils notwendige Zahl von Kinderbetten vorhanden sein.

(5) Für jeden Reisenden sind, nach Möglichkeit im Schlafräum, ein verschließbarer Kasten oder Schrank und ferner in unmittelbarer Nähe des Betts mindestens ein zweiteiliger Kleiderhaken vorzusehen, der nicht über einem Heizkörper angebracht sein darf.

(6) In den Schlafräumen müssen für je 10 Reisende mindestens ein Spiegel und ein Abfalleimer mit Deckel vorhanden sein.

(7) An jedem Bett ist ein Halter mit Beutel für Fälle der Seekrankheit anzubringen.

§ 11

(1) Die Betten müssen mindestens 183 cm lang und mindestens 60 cm breit sein.

(2) Die Betten sind mit Matratze, Kopfteil, Kopfkissen und 2 Wolldecken sowie 2 Bettüchern und einem Kissenbezug auszustatten. Die Bettwäsche ist mindestens einmal wöchentlich zu wechseln. Matratze, Kopfteil, Kopfkissen und Wolldecken sind nach jeder Reise gründlich zu reinigen und nötigenfalls zu desinfizieren.

(3) Jedem Reisenden sind Seife und zwei Handtücher zur Verfügung zu stellen. Die Handtücher sind mindestens einmal in der Woche zu wechseln.

§ 12

(1) Für jeden Reisenden müssen eine Fläche von mindestens 0,5 qm auf Deck und außerhalb der Schlafräume ein geschützter Aufenthaltsraum mit einer Fläche von mindestens 1,0 qm vorhanden sein.

Speiseräume, die den Reisenden auch außerhalb der Mahlzeiten zugänglich sind, können auf den geschützten Aufenthaltsraum angerechnet werden.

(2) Jedem Reisenden muß außerhalb der Schlafräume eine Sitzgelegenheit zur Verfügung stehen.

§ 13

(1) Die Speiseräume sollen von den Schlafräumen getrennt und in der Nähe der Küche liegen.

(2) Die Zahl der Sitzgelegenheiten in den Speiseräumen soll genügend groß sein, um die Mahlzeiten — abgesehen von solchen für Reisende mit Kindern unter 10 Jahren — in zwei Abteilungen auszugeben.

(3) Tische und Stühle in den Speiseräumen müssen so beschaffen sein, daß sie leicht sauber zu halten sind und Feuchtigkeit abstoßen. Sie müssen gegen Umfallen und Rutschen bei Seegang gesichert sein.

§ 14

(1) Für je 10 Reisende muß, getrennt nach Geschlechtern, eine Wascheinrichtung mit fließendem Süßwasser vorhanden sein. Die Wascheinrichtungen sollen in der Nähe der Schlafräume liegen.

(2) Für je 25 Reisende ist eine Badewanne oder eine Dusche vorzusehen, die mit Sicherheitshandgriff zu versehen sind.

(3) Waschbecken und Badewannen müssen aus glatten Stoffen hergestellt sein, die leicht sauber zu halten sind und nicht splittern, brechen oder rosten.

(4) In den Waschräumen sowie an anderen günstig gelegenen Stellen sind Zapfhähne für Trinkwasser anzubringen.

§ 15

(1) Für je 20 Reisende muß, getrennt nach Geschlechtern, ein Abort mit Wasserspülung vorhanden sein. Die Aborte sind ausreichend gegen andre Räume und gegen die Gänge sowie gegeneinander abzuschirmen. Sie müssen ständig erleuchtet und gut zu entlüften sein.

(2) Die Aborte müssen von den Räumen der Reisenden leicht erreichbar sein.

(3) In den Aborten müssen Toilettepapier und Seife sowie Handtücher oder andere Einrichtungen zum Händetrocknen vorhanden sein.

§ 16

(1) Befindet sich auf dem Schiff eine Wäscherei, so müssen der Auswanderungsbehörde die Waschpreise zur Genehmigung vorgelegt werden. Wäsche für Kinder unter 3 Jahren ist unentgeltlich zu waschen.

(2) Befindet sich auf dem Schiff keine Wäscherei, so sind in angemessenem Verhältnis zur Zahl der Reisenden Räume und Vorrichtungen zum Waschen und Trocknen von Wäsche vorzusehen. Die Räume müssen ausreichend geheizt und gelüftet sein.

§ 17

(1) Die Fußböden der in den §§ 14 bis 16 vorgeschriebenen Räume müssen aus dauerhaften Stoffen hergestellt sein, die leicht sauber zu halten sind und Feuchtigkeit abstoßen. Die Abflußrohre sind so anzulegen, daß Verstopfungen leicht behoben werden können.

(2) Die Wände sind mit einem hellen Anstrich zu versehen oder gleichwertig abzukleiden. Die Sülle müssen mindestens 10 cm hoch sein.

§ 18

Die Eßräume sind nach jeder Mahlzeit, alle übrigen Räume nach Bedarf, mindestens jedoch einmal täglich, zu reinigen.

§ 19

(1) Den Reisenden ist mindestens dreimal täglich eine ausreichende und abwechslungsreiche Mahlzeit zu verabreichen. Für Kinder unter 3 Jahren ist besondere Kost vorzusehen.

(2) Die Mahlzeiten sind von einem gelernten Koch zuzubereiten, der auch eine dem Geschmack deutscher Reisender entsprechende Kost herzustellen vermag.

(3) Ein ausreichender Teil des für die Reisenden bestimmten Bedienungspersonals, mindestens jedoch ein Steward für je 50 Reisende, muß der deutschen Sprache mächtig sein.

(4) Selbstbedienung der Reisenden (Cafeteria-System) ist nur für die Ausgabe der Mahlzeiten zulässig. Sie ist unzulässig für Personen, die jünger als 10 oder älter als 65 Jahre sind, sowie für Kranke und Gebrechliche.

(5) Das Geschirr ist durch Bordpersonal zu reinigen.

§ 20

(1) In der Küche müssen die notwendigen Küchengeräte einschließlich Waagen und Gewichte vorhanden sein. Zur Zubereitung von Tee oder Kaffee ist ein besonderer Kessel zu benutzen.

(2) Auf Schiffen mit Einrichtungen für mehr als 500 Reisende muß ein besonderer, von der übrigen Küche abgeteilter Raum zur Zubereitung von Kleinkindernahrung vorhanden sein.

§ 21

(1) Eine ausreichende Menge an Nahrungsmitteln und Frischwasser muß vor der Einschiffung der Reisenden an Bord gebracht und bei der Ausreise vorhanden sein. Sie ist nach der Zahl der Reisenden und der mutmaßlich längsten Dauer der Reise zu bemessen.

(2) Die Auswanderungsbehörde kann Ausnahmen von den Vorschriften des Absatzes 1 zulassen, wenn sichergestellt ist, daß der fehlende Teil der Nahrungsmittel oder des Frischwassers während der Reise an Bord genommen wird.

(3) Die Nahrungsmittel sind in geeigneten Räumen so zu lagern, daß ein frühzeitiger Verderb ausgeschlossen ist.

(4) Frischwasser ist in zementierten oder mit gleichwertigem Material ausgekleideten Tanks zu halten. Zur Übernahme von Frischwasser bestimmte Schläuche dürfen nicht zu anderen Zwecken benutzt werden.

(5) Jedes Schiff muß mit einer Destillierungsanlage ausgerüstet sein, die für jede Person an Bord innerhalb von 24 Stunden mindestens 5 Liter Frischwasser herstellen kann.

§ 22

(1) Reisende dürfen nur bei freiwilliger Meldung und gegen angemessenes Entgelt im Bordbetrieb beschäftigt werden.

(2) Für eine angemessene Versicherung gegen Unfälle bei der Mitarbeit ist zu sorgen.

(3) Der Auswanderungsbehörde sind die Entgeltätze sowie die für mitarbeitende Reisende abgeschlossenen Versicherungsverträge zur Genehmigung vorzulegen.

§ 23

(1) Auf Auswandererschiffe sind die Vorschriften der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kaufahrteischiffen vom 21. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 2102) mit den sich aus den Absätzen 2 bis 8 ergebenden Ergänzungen anzuwenden.

(2) Die ärztliche Behandlung der Reisenden hat durch den Schiffsarzt unentgeltlich zu erfolgen. Arznei- und andere Hilfsmittel der Krankenfürsorge sind unentgeltlich an die Reisenden abzugeben. Für Impfungen, die vom Einwanderungsland vorgeschrieben sind, können Gebühren erhoben werden. Die Gebührensätze bedürfen der Genehmigung der Auswanderungsbehörde.

(3) Übersteigt die Zahl der Personen an Bord 800, bei Reisen von längerer Dauer als 14 Tagen 600, so muß ein zweiter Schiffsarzt an Bord sein.

(4) Übersteigt die Zahl der Personen an Bord 800, so ist die Menge der vorgeschriebenen, zum Verbrauch bestimmten Arznei- und anderen Hilfsmittel der Krankenfürsorge zu verdoppeln. Sie ist zu verdreifachen, wenn mehr als 1500 Personen an Bord sind.

(5) Neben dem Schiffsarzt muß mindestens eine Krankenpflegeperson an Bord sein; bei mehr als 500 Personen an Bord müssen zwei, bei mehr als 800 Personen drei und bei mehr als 1200 Personen vier Krankenpflegepersonen an Bord sein. Werden mehr als 250 Kinder unter 10 Jahren befördert, so muß eine weitere Pflegeperson an Bord sein. Das Pflegepersonal muß im Besitz eines Ausweises über die staatliche Anerkennung sein und darf nicht zu anderen Arbeiten herangezogen werden.

(6) Auf Schiffen mit mehr als 800 Personen an Bord muß die Schiffsleitung in besonderen Fällen auf Verlangen des Schiffsarztes zwei weitere Besatzungsmitglieder zur Hilfeleistung bei der Krankenpflege zur Verfügung stellen.

(7) Ein Krankenbett muß für Entbindungen geeignet, ein weiteres so eingerichtet sein, daß der Kranke darin aufrecht sitzen kann. Kinderbetten

müssen in ausreichender Zahl vorhanden sein. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Krankenbetten muß mindestens 10 v. H. betragen.

(8) Auf Verlangen des Schiffssarztes ist Diät oder Krankenkost zu verabreichen.

§ 24

(1) Neben dem Handgepäck sind Gepäckstücke der Reisenden bis zu einem Gesamtgewicht von 125 kg und einem Raumgehalt von 0,75 cbm unentgeltlich zu befördern sowie an und von Bord zu bringen.

(2) In den Schlafräumen muß für jeden Reisenden die Möglichkeit bestehen, Handgepäck bis zu einem Gewicht von 25 kg und einem Raumgehalt von 0,25 cbm unterzubringen.

§ 25

Wird auf einem Schiff eine Verkaufsstelle für die Reisenden unterhalten, so ist der Auswanderungsbehörde eine Liste der Waren und der Preise zur Genügsamkeit vorzulegen. Die Liste ist während der Reise auszuhängen.

§ 26

(1) Zum Abhalten von Gottesdienst ist ein geeigneter Raum vorzusehen.

(2) Die Schiffsleitung ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der für die Reisenden bestimmte Lesestoff ordnungsmäßig ausgegeben wird. Auf dem Schiff vorhandene Lautsprecher- und Lichtspielanlagen und ähnliche Einrichtungen sind für Veranstaltungen, welche die Reisenden in die Verhältnisse des Aufnahmelandes einzuführen bestimmt sind, im Rahmen des Zumutbaren zur Verfügung zu stellen.

§ 27

Alleinreisende Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahr dürfen nur dann befördert werden, wenn vom Auswanderungsunternehmer oder von anderer Seite eine ausreichende Fürsorge für sie sichergestellt ist.

§ 28

Durch möglichst täglichen Besuch aller Räume, die für die Reisenden, zur Aufbewahrung der Vorräte und zur Zubereitung der Mahlzeiten bestimmt sind, hat sich der Kapitän davon zu überzeugen, daß

1. alle Maßnahmen getroffen sind, die für eine ordnungsmäßige Unterbringung und Behandlung der Reisenden erforderlich sind,
2. die Besatzungsmitglieder die Reisenden angemessen behandeln und die für die Reisenden bestimmten Räume nur in Ausübung ihres Dienstes betreten,
3. die Vorschriften über Reinigung, Lüftung, Beheizung und Beleuchtung beachtet werden,
4. die Nahrungsmittel und das Trinkwasser ordnungsgemäß verwahrt werden, kein Verderb eintritt und die Reisenden ausreichende, gut zubereitete Mahlzeiten erhalten,

5. die Krankenräume in ordnungsmäßigem Zustand sind,
6. Kranke unverzüglich in die Krankenräume gebracht und behandelt werden.

§ 29

(1) Stirbt ein Reisender und ist die Mitnahme der Leiche untnlich, so hat der Kapitän für eine würdige, den Seegebräuchen entsprechende Bestattung zu sorgen.

(2) Der Nachlaß ist, sofern er sich nicht im Besitz der Angehörigen befindet, vom Kapitän oder einem von ihm damit beauftragten Schiffsoffizier und zwei Zeugen, die nicht zur Schiffsbesatzung gehören, in ein Verzeichnis aufzunehmen. Das Verzeichnis ist von allen Beteiligten zu unterschreiben und vom Kapitän zu verwahren. Die Zeugen haben nach Möglichkeit ihre zukünftige Anschrift anzugeben. Das Verzeichnis ist im Bestimmungshafen dem deutschen Konsul zu übergeben, der über den weiteren Verbleib der Nachlaßgegenstände entscheidet.

§ 30

(1) Vor jeder Ausreise ist das Schiff von der Auswanderungsbehörde unter Hinzuziehung eines Aufsichtsbeamten der See-Berufsgenossenschaft darauf zu überprüfen, ob

1. es der Vorschrift des § 2 entspricht,
2. die Räume und Einrichtungen den §§ 3 bis 17 entsprechen und in einem für die Beförderung von Reisenden geeigneten Zustand sind,
3. den Vorschriften des § 19 Abs. 2 und 3 über das Verpflegungs- und Bedienungspersonal entsprochen wird,
4. die Menge der mitgeführten Nahrungsmittel und des Frischwassers unter Berücksichtigung der Zahl der Reisenden und der mutmaßlich längsten Reisedauer ausreicht und die Beschaffenheit einwandfrei ist,
5. die Zahl der Schiffsärzte und des Krankenpflegepersonals den Vorschriften des § 23 entspricht,
6. die Menge, Art und Beschaffenheit der Arznei- und anderen Hilfsmittel der Krankenfürsorge den Bestimmungen des § 23 und der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen entsprechen.

(2) Wird ein nach dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See gültiges Sicherheitszeugnis vorgelegt, darf eine weitergehende Überprüfung nur stattfinden, wenn dies nach Kapitel I Regel 18 des Übereinkommens zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (Anhang A des Internationalen Schiffssicherheitsvertrags London 1948 — Bundesgesetzbl. 1953 II S. 603) zulässig ist. In diesem Fall hat die Auswanderungsbehörde den Aufsichtsbeamten der See-Berufsgenossenschaft um entsprechende Prüfung zu ersuchen.

(3) Auf die Prüfung nach Absatz 1 Nr. 6 findet § 15 der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen entsprechende Anwendung.

(4) Die Auswanderungsbehörde ist berechtigt, die Beschaffenheit der zur Verpflegung der Reisenden bestimmten Nahrungsmittel sowie des Frischwassers vor der Übernahme an Bord zu prüfen.

§ 31

Der Auswanderungsunternehmer hat der Auswanderungsbehörde rechtzeitig, spätestens jedoch 36 Stunden vor der Ausreise des Schiffs, Tag und Stunde des Auslaufens mitzuteilen.

§ 32

(1) Der Auswanderungsunternehmer hat der Auswanderungsbehörde eine Aufstellung über die Zahl der Reisenden zu übergeben, und zwar aufgeteilt nach

1. Personen unter 3 Jahren,
2. Personen über 3 Jahre, und zwar
 - a) Personen männlichen Geschlechts bis zum vollendeten 12.,
 - b) Personen weiblichen Geschlechts bis zum vollendeten 10. Lebensjahr,
3. a) Personen männlichen Geschlechts über 12 Jahre,
- b) Personen weiblichen Geschlechts über 10 Jahre.

(2) Der Auswanderungsbehörde sind auf Verlangen eine Aufstellung über die mitgeführten Nahrungsmittel, ein Verzeichnis derjenigen Nahrungsmittel, die erst während der Reise an Bord genommen werden sollen, unter Angabe des Übernahmehafens sowie ein Verzeichnis der mitgeführten Arznei- und anderen Hilfsmittel der Krankenfürsorge zu übergeben. An die Stelle der Übergabe des Arzneimittelverzeichnisses kann die verbindliche Erklärung des Kapitäns treten, daß das Schiff nach dem im § 1 der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen vorgeschriebenen Arzneimittelverzeichnis ausgerüstet ist.

§ 33

Der Auswanderungsunternehmer ist verpflichtet, der Auswanderungsbehörde und den von ihr hinzugezogenen Personen jederzeit Zutritt zum Schiff und zu allen Räumen und Anlagen zu geben, die der Besichtigung unterliegen, sowie die für die Überprüfung notwendigen Schiffspapiere vorzulegen und jede Auskunft zu erteilen.

§ 34

(1) Vor der Einschiffung sind alle Reisenden durch einen von der Auswanderungsbehörde zu bestimmenden Arzt zu untersuchen. Der Gesundheitszustand der Schiffsbesatzung ist einen Tag vor der Einschiffung der Reisenden vom Schiffsarzt zu überprüfen. Der Schiffsarzt hat der Auswanderungsbehörde das Ergebnis mitzuteilen.

(2) Reisende, die an einer Krankheit leiden, die andere Personen gefährden könnte, dürfen nicht eingeschifft werden. Das gleiche gilt für Personen, die wegen ihrer Beziehung zu dem Erkrankten die Krankheit übertragen könnten. Besatzungsmitglieder, die an einer solchen Krankheit leiden, sind von der Weiterreise ausgeschlossen.

(3) Reisende, die so schwer erkrankt sind, daß die Reise mit Lebensgefahr für sie verbunden wäre, sind nicht einzuschiffen.

(4) Körperlich hilflose Reisende oder solche, die an allgemeiner Körperschwäche, Geisteskrankheit oder Epilepsie leiden, dürfen nur dann eingeschifft werden, wenn entweder Angehörige oder Wärter oder vom Auswanderungsunternehmer dazu bestimmte Personen für sie sorgen und sichergestellt ist, daß sie getrennt von anderen Reisenden untergebracht werden.

(5) Über das Ergebnis der Untersuchung hat der Arzt eine Bescheinigung auszustellen, in der die Personen namentlich aufzuführen sind, die nicht eingeschifft werden dürfen.

§ 35

Die Reisenden dürfen erst eingeschifft werden, nachdem die Zustimmung der Auswanderungsbehörde vorliegt. Sie darf nur erteilt werden, wenn nach den Bescheinigungen des Arztes über die Untersuchung der Auswanderer und des Schiffsarztes über die Untersuchung der Schiffsbesatzung (§ 34) keine Bedenken bestehen.

§ 36

(1) Für die Einschiffung der Reisenden ist ein besonderer Landgangssteg bereitzustellen, der von Besatzungsmitgliedern nur benutzt werden darf, wenn sie Reisenden Hilfe leisten.

(2) Nach Beginn der Einschiffung darf Ladung nur insoweit genommen werden, als die für die Reisenden bestimmten Räume und ihre Zugänge dadurch nicht in Anspruch genommen werden.

(3) Die Reisenden dürfen nicht in der Zeit von 20 Uhr bis 6 Uhr eingeschifft werden. Erfolgt die Einschiffung während der Dunkelheit, so ist für ausreichende Beleuchtung der Auf- und Zugänge zum Schiff zu sorgen.

(4) In begründeten Ausnahmefällen kann die Auswanderungsbehörde Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 zulassen. Sie sind in der Besichtigungsniederschrift zu vermerken.

§ 37

Die Auswanderungsbehörde hat den ordnungsmäßigen Ablauf der Einschiffung zu überwachen und sich davon zu überzeugen, daß die Reisenden in den für sie bestimmten Räumen untergebracht werden.

§ 38

Über die Besichtigung ist eine Niederschrift nach dem Muster der Anlage in doppelter Ausfertigung zu fertigen, die vom Besichtiger, den von ihm zugezogenen Personen und vom Kapitän zu unterzeichnen ist. Eine Ausfertigung ist dem Kapitän auszuhändigen.

§ 39

(1) Die Auswanderungsbehörde kann in den auf das Inkrafttreten der Verordnung folgenden zwei Jahren in besonderen Fällen für einzelne Reisen Ausnahmen von den Vorschriften in § 3 Abs. 3, § 10 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 und 5 bis 7, § 12, § 14 Abs. 2 und 4, § 16 Abs. 2, § 19 Abs. 2 und 3, § 20 Abs. 2, § 24 Abs. 2 und § 26 Abs. 1 zulassen.

(2) Ausnahmen zu § 23 dürfen nur insoweit gewährt werden, als sie nach § 16 der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen zulässig sind.

§ 40

Diese Verordnung gilt auch im Land Berlin, sofern sie im Land Berlin in Kraft gesetzt wird.

§ 41

(1) Die Verordnung tritt 4 Wochen nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Mit dem gleichen Tage tritt die Bekanntmachung, betreffend Vorschriften über Auswandererschiffe vom 14. März 1898 (Reichsgesetzbl. S. 57) mit Änderungen vom 18. Februar 1903 (Reichsgesetzbl. S. 37), 26. Februar 1904 (Reichsgesetzbl. S. 136), 1. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 138), 20. Dezember 1905 (Reichsgesetzbl. S. 779), 3. August 1909 (Reichsgesetzbl. S. 904), 31. Juli 1913 (Reichsgesetzbl. S. 620) und 31. Juli 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 690), außer Kraft.

Bonn, den 21. Dezember 1956.

Der Bundesminister für Verkehr
Seeböhm

Anlage**Besichtigungsniederschrift**

Ort und Tag

Der unterzeichnete(n) Besichtiger hat/haben das nach
 Die bestimmte Auswandererschiff am auf Grund
 der Verordnung über die Einrichtung von Auswandererschiffen vom 21. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 2145) [Verordnung] besichtigt.

Folgende Personen wurden bei der Besichtigung zugezogen:

.....

Ich erkläre(n):
 Wir

1. Über die Seefähigkeit des Schiffs hat das von am auf Grund des Internationalen Übereinkommens zum Schutze des menschlichen Lebens auf See ausgestellte Sicherheitsergebnis, gültig bis vorgelegen.
2. Die Räume und die Einrichtungen des Schiffs entsprechen den §§ 3 bis 17 und 21 Abs. 5 der Verordnung. Sie befinden sich in einem für die Beförderung von Reisenden geeigneten Zustand.
3. Das Schiff ist für die Beförderung von Personen zugelassen.
 Das Schiff ist nach Angabe des Unternehmers zur Mitnahme von Auswanderern bestimmt, davon
 - a) Personen unter 3 Jahren
 - b) Personen männlichen Geschlechts vom vollendeten 3. bis zum vollendeten 12. Lebensjahr
 - c) Personen weiblichen Geschlechts vom vollendeten 3. bis zum vollendeten 10. Lebensjahr
 - d) Personen männlichen Geschlechts über 12 Jahre
 - e) Personen weiblichen Geschlechts über 10 Jahre
 - f) alleinreisende Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahr
4. Den Vorschriften über das Verpflegungs- und Bedienungspersonal in § 19 Abs. 2 und 3 der Verordnung wird entsprochen.

5. Die Menge der mitgeführten Nahrungsmittel und des Frischwassers ist unter Berücksichtigung der Zahl der Reisenden und der mutmaßlich längsten Reisedauer ausreichend.

Der fehlende Teil der Nahrungsmittel und des Trinkwassers wird während der Reise an Bord genommen.*)

Durch Stichproben wurde festgestellt, daß die Beschaffenheit der Nahrungsmittel und des Trinkwassers gut ist und eine einwandfreie Lagerung erfolgt.

Der Kapitän — der Stellvertreter des Kapitäns —*) hat folgende Erklärung abgegeben: „Ich versichere, daß Nahrungsmittel, Frischwasser, sowie Arznei- und andere Hilfsmittel der Krankenfürsorge in der von mir angegebenen Menge an Bord sind. Ich werde davon nichts von Bord bringen noch vor dem Antritt der Reise verbrauchen oder verbrauchen lassen.“

Ich werde für die Einnahme des fehlenden Teils der Nahrungsmittel und des Frischwassers während der Reise gewissenhaft Sorge tragen.“*)

6. Die Zahl der Seefahrer und das Krankenpflegepersonal entspricht den Vorschriften des § 23 der Verordnung.

7. Menge, Art und Beschaffenheit der Arznei- und anderen Hilfsmittel der Krankenfürsorge entsprechen den Vorschriften des § 23 der Verordnung und der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen vom 21. Dezember 1956 (BundesgesetzbL. II S. 2102).
Ein Verzeichnis der Arznei- und anderen Hilfsmittel der Krankenfürsorge ist beigelegt.*)
Das Schiff ist nach Verzeichnis der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen ausgerüstet.*)
8. Die Gebührensätze für vom Einwanderungsland verlangte Impfungen haben zur Genehmigung vorgelegen.*)
9. Die Entgeltsätze und die Versicherungsverträge für mitarbeitende Reisende haben zur Genehmigung vorgelegen.*)
10. Die Liste der Waren und Preise der Verkaufsstelle an Bord sowie die Preise der Bordwäscherei haben zur Genehmigung vorgelegen.*)
11. Eine ausreichende Fürsorge für alleinreisende Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahr ist sichergestellt.*)
12. Die ärztliche Untersuchung der Reisenden und der Schiffsbesatzung ist vorgenommen.
Eine Bescheinigung des Arztes bzw. des Schiffsarztes ist beigelegt.
13. Folgende Ausnahmen wurden auf Grund des § 36 Abs. 4 der Verordnung zugelassen:
14. Der Einschiffung der Reisenden wurde zugestimmt.
15. Bemerkungen

Die Besichtiger
Der

Der Kapitän

Die zugezogene(n) Person(en)

Der Stellvertreter des Kapitäns

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 17 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Juni 1925
über die Entschädigung bei Betriebsunfällen.**

Vom 28. November 1956.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 10. Juni 1925 angenommene Übereinkommen Nr. 17 über die Entschädigung bei Betriebsunfällen (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 93) haben die folgenden Staaten durch eine gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes abgegebene Erklärung auf gewisse Gebiete für anwendbar erklärt, deren internationale Beziehungen sie wahrnehmen:

Belgien auf Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi;

das Übereinkommen findet seit dem 25. Januar 1956 auf diese Gebiete Anwendung.

Frankreich auf Guadeloupe, Martinique, Französisch-Guayana und Réunion;

das Übereinkommen findet seit dem 27. April 1955 auf diese Gebiete Anwendung.

Italien auf Somaliland;

das Übereinkommen findet seit dem 12. März 1952 auf dieses Gebiet Anwendung.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 31. August 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 893).

Bonn, den 28. November 1956.

**Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein**

**Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch**

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 96
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1. Juli 1949
über Büros für entgeltliche Arbeitsvermittlung (Neufassung 1949).**

Vom 1. Dezember 1956.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 1. Juli 1949 angenommene Übereinkommen Nr. 96 über Büros für entgeltliche Arbeitsvermittlung (Neufassung 1949) — Bundesgesetzbl. 1954 II S. 456 — ist von den Niederlanden durch eine gegenüber dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes abgegebene Erklärung auf Surinam für anwendbar erklärt worden; das Übereinkommen findet seit dem 10. Juni 1955 auf Surinam Anwendung.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Oktober 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 906).

Bonn, den 1. Dezember 1956.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

**Bekanntmachung über die Wiederanwendung
des deutsch-italienischen Abkommens über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen.**

Vom 7. Dezember 1956.

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Regierung ist Einverständnis darüber festgestellt worden, daß das in Rom am 9. Juni 1938 unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen nebst Schlußprotokoll und Notenwechsel (Reichsgesetzbl. 1939 II S. 124, 122) mit Wirkung vom 1. Oktober 1954 gegenseitig wieder angewendet wird.

Bonn, den 7. Dezember 1956.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über die Wiederanwendung
des deutsch-italienischen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrages.**

Vom 8. Dezember 1956.

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Regierung ist Einverständnis darüber festgestellt worden, daß

der in Rom am 29. Dezember 1926 unterzeichnete Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien (Reichsgesetzbl. 1927 II S. 461)

mit Wirkung vom 1. Oktober 1954 mit der Maßgabe gegenseitig wieder angewendet wird, daß sich die Wiederanwendung nur auf solche Streitigkeiten bezieht, die nach dem 1. Oktober 1954 entstanden sind oder entstehen werden.

Bonn, den 8. Dezember 1956.

**Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein**

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten
des Dritten Zusatzabkommens zum Zollvertrag vom 20. Dezember 1951
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft.**

Vom 19. Dezember 1956.

Gemäß Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. November 1956 über das am 16. November 1955 unterzeichnete Dritte Zusatzabkommen zum Zollvertrag vom 20. Dezember 1951 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Bundesgesetzbl. II S. 962) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seiner Ziffer II am 17. Dezember 1956 in Kraft getreten ist, nachdem die Ratifikationsurkunden am 7. Dezember 1956 in Bonn ausgetauscht worden sind.

Bonn, den 19. Dezember 1956.

**Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein**

Einbanddecken für den Jahrgang 1956

Teil I: 1 Decke zu 2,— DM zuzüglich 0,70 DM Porto und Verpackung

Teil II: 2 Decken zu je 2,— DM zuzüglich 0,90 DM Porto und Verpackung

Auslieferungsbeginn: Mitte Januar 1957

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift wie in den vergangenen Jahren

Der Einfachheit halber wird gebeten, den Betrag auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 zu überweisen und die Bestellung auf der Rückseite des Postabschnittes aufzugeben. Gesonderte Bestellung erübrigt sich.

VERLAG „BUNDESGESETZBLATT“ BONN · POSTFACH